Dienstag, 21. Januar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 17 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8.75 dkr, Frankreich 7.00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Steuerreform: Im Falle ihres Wahlsieges 1987 will die SPD an der zweiten Stufe der Steuerreform 1988 mit einer Entlastung von fast zehn Milliarden Mark festhalten, aber dabei die Bezieher von kleineren Einkommen stärker entlasten. (S. 9)

Berlin: Ein Parteiausschlußverfahren gegen den wegen Verdachts der Bestechlichkeit inhaftierten früheren Baustadtrat Wolfgang Antes und zwei weitere CDU-Mitglieder hat der Landesvorstand der Berliner CDU gestern in Gang gebracht.

Kernkraft: In der Beurteilung der hessischen Kernkraftwerke und der Hanauer Nuklearbetriebe bestehen noch große Unterschiede zwischen dem DGB-Landesvorsitzenden Richert und Umweltminister Fischer (Grüne). Diese seien auch in absehbarer Zeit nicht aus der Welt zu schaffen, hieß es nach ihrem Treffen.

Atomwaffen: Der türkische Staatspräsident Evren hat die Vorschläge des rumänischen Staatschefs Ceausescu zur Schaffung einer atomwaffen- und chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan abgelehnt, verlautete aus Ankara.

Terrorismus: Die österreichische Regierung will für alle Diplomaten arabischer Länder, mit denen kein ausdrückliches Übereinkommen auf Visumsfreiheit besteht, die Visumspflicht einführen. Die Maßnahme richtet sich vor allem gegen libysche und syrische Diplomaten. (S. 2)

Libyen: Staatschef Khadhafi hat nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Jana Anweisung erteilt, „Selbstmordkommandos" für Einsätze im Ausland auszubilden. Die libyschen Volksversammlungen hatten die Kommandos als Antwort auf eine mögliche militärische Aktion der USA gefordert.

Indien: Ministerpräsident Gandhi hat sein Kabinett gestern auf vier Posten umgebildet, nachdem er am Vortag seine engsten Mitarbeiter in der Regierung für Parteiaufgaben abgestellt hatte.

Lesotho: Die Regierung des von Südafrika umschlossenen Königreichs Lesotho unter Ministerpräsident Jonathan ist nach Angaben des staatlichen Rundfunks gestürzt worden. Der Oberbefehlshaber der paramilitärischen Truppen, General Lekhanya, habe die Macht übernommen.

Nichts weiter als ein anderer Staat?

Das Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin wirft wieder eine Frage auf, die seit dem Grundlagen-Vertrag hinter den Kontakten steht: Ist die Bundesrepublik nur eine gleichrangige „Vertragsseite", oder muß das unterschiedliche Wertesystem Einfluß auf die Verhandlungen nehmen? Wolfgang Seiffert, bis 1978 Vertrauter Honeckers und jetzt Rechts-Professor in Kiel, versucht, eine Antwort zu geben. Seite 4

WIRTSCHAFT

Existenzgründungen: Auch bei der Inanspruchnahme von Existenzgründungshilfen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein Süd-Nord-Gefälle. Von den 1985 bewilligten Krediten (725 Millionen Mark) gingen allein 20 Prozent nach Baden-Württemberg und 16 Prozent nach Bayern, teilte die Lastenausgleichsbank (LAB) gestern in Bonn mit. (S. 9)

Schiffbau: Eine schwedische Reederei will Polen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen, weil die Werften des Landes ihre Lieferverpflichtungen nicht eingehalten haben. Die polnische Schiffbauindustrie hat Schwierigkeiten, ihre Produktionspläne zu erfüllen. (S. 10)

VW: Der Automobilkonzern wird in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 3500 neue Arbeitnehmer in allen sechs Inlandswerken einstellen. 600 davon haben bereits seit Jahresbeginn einen Arbeitsplatz erhalten, teilte ein Firmensprecher gestern in Wolfsburg mit.

Börse: An den Aktienmärkten blieb es bei uneinheitlicher Tendenz bei zumeist abbröckelnden Kursen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 300,66 (301,72). BHF-Rentenindex 105,292 (105,337). BHF Performance Index 100,454 (100,469). Dollarmittelkurs 2,4740 (2,4663) Mark. Goldpreis pro Feinunze 351,00 (352,60) Dollar.

KULTUR

Film: Regisseurin Doris Dörrie, die schon mit „Mitten ins Herz" und „Im Innern des Wals" Hoffnungen weckte, schielt bei ihrem ersten Ausflug aufs glatte Komödien-Parkett nicht nach billigem Lacherfolg. Ihr neuer Streifen „Männer", der die Geschichte des von seiner Paula betrogenen Julius erzählt, entpuppt sich als geistreich und glänzend unterhaltend. (S. 17)

Ballett: Die Choreographen an den deutschen Theatern lassen sich nur selten auf halsbrecherische Extratouren ein, die Tradition hat längst noch nicht ausgespielt. Zu denen, die immer wieder Kopf und Kragen riskieren und grundsätzlich anderes probieren, gehört Krisztina Horwáth. Ihr neuestes, in Freiburg gebotenes Stück „Papierflieger – Papierflügel" ist Beleg dafür. (S. 17)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde (Saarbrükken) erreichte durch einen 6:3, 6:4-Erfolg über Kathy Rinaldi (USA) das Finale in Worcester (Massachusetts). Dort trifft sie auf Martina Navratilova. (S. 7)

Ski Alpin: Traudl Hächer aus Schleching gewann in Oberstaufen den Weltcup-Riesenslalom vor der Schweizerin Vreni Schneider. Maria Epple-Beck wurde Achte, Regina Mösenlechner 14. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Geldautomaten: Ein „Computer-Freak" aus Köln hat gestanden, zusammen mit einem Komplizen Geldautomaten in NRW geplündert zu haben. Der Schaden wird auf etwa 80 000 Mark geschätzt. Der 32jährige will nach eigenen Angaben durch eine Fernsehsendung über Manipulationen mit Geldautomaten zu „Experimenten" angeregt worden sein.

Wetter: Mit Geschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometer raste ein Orkan in der Nacht zu gestern über Europa hinweg und richtete Schäden in Millionenhöhe an. Bäume knickten wie Streichhölzer, Dächer wurden abgedeckt, Stromleitungen zerfetzt. In England gab es mehrere Tote. Heute stark bewölkt, zeitweise Regen. 4 bis 8 Grad. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Botschaft Husseins an Peres bringt Bewegung in die Politik

Chancen für Nahost-Konferenz unter Dach der UNO / Murphy in Den Haag

HELMUT HETZEL, Den Haag

Das Zustandekommen einer Nahost-Friedenskonferenz unter dem Patronat der UNO scheint einen Schritt nähergerückt zu sein. Nach einem Gespräch, das der israelische Premierminister Shimon Peres in Den Haag mit dem amerikanischen Nahost-Experten Richard Murphy führte, war aus gut unterrichteten Kreisen zu vernehmen, daß Murphy den israelischen Regierungschef über Einzelheiten der US-Initiative für den Nahen Osten unterrichtet hat.

Murphy hatte zuvor in London mit König Hussein von Jordanien konferiert. An den von Hussein favorisierten Gesprächen soll indirekt auch die Sowjetunion als Mitglied des UN-Sicherheitsrats beteiligt werden. Das UN-Friedensforum soll als Garant für Zustandekommen und den reibungslosen Ablauf von direkten Gesprächen zwischen Israel, Jordanien und Palästinensern sorgen, jedoch keinen direkten Einfluß auf die Verhandlungen nehmen.

Murphy soll Peres eine Botschaft des jordanischen Monarchen überbracht haben. Ihr Inhalt: Hussein halte nicht mehr an der von ihm lange Zeit erhobenen Forderung nach einer Teilnahme der PLO an einer solchen Nahost-Friedenskonferenz fest. Der jordanische Herrscher sei vielmehr enttäuscht darüber, daß die PLO dem Terror öffentlich nicht abgeschworen habe und nach wie vor nicht bereit sei, Verhandlungen als einzige mögliche Lösung der Nahost-Frage zu betrachten. Genau dies hatte Hussein zur Bedingung für eine PLO-Beteiligung an Friedensgesprächen erhoben. Im Gegenzug zum jordanischen Verzicht einer PLO-Beteiligung soll Peres seinerseits der indirekten Teilnahme der Sowjetunion an diesen Friedensverhandlungen zustimmen. Viel hängt auch davon ab, wie das übrige arabische Lager auf diese offensichtlich bei Hussein vorhandene Verhandlungsbereitschaft reagieren wird.

Das Eingehen auf die Bedingung, die UdSSR an einer Friedenskonferenz zu beteiligen, wäre für Peres mit enormen innenpolitischen Problemen und Schwierigkeiten verbunden. Der israelische Premier ließ daher inzwischen verlauten, ein solch wichtiges israelisches Zugeständnis müsse dann auch unmittelbar zu einer Anerkennung des Staates Israel durch Moskau und damit zur Aufnahme diplomatischer Beziehung zwischen beiden Ländern führen. Bereits vor seinem Treffen mit Murphy hatte Peres in Den Haag öffentlich die Meinung geäußert, der jordanische König Hussein sei ernsthaft an einer friedlichen und dauerhaften Lösung des Nahost-Problems interessiert.

Peres sagte vor der Presse in Den Haag weiter, man habe Den Haag als Ort für diese Nahost-Gespräche und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Spanien unter anderem auch deshalb gewählt, weil die Niederländer sich in der Vergangenheit dem jüdischen Volk gegenüber so generös verhalten hätten. Vor allem vor und während des Zweiten Weltkrieges hätten sie unzähligen Juden Aufnahme und Hilfe gewährt. Auch habe das Land seine Vermittlung bei dem israelischen Bemühen um Ausreise von in der Sowjetunion lebenden Juden angeboten.

In einer Rede vor der jüdischen Gemeinde in Amsterdam erklärte Peres, der Dialog mit Jordanien und die Versuche, mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation ins Gespräch zu kommen, sollten auf eine Lösung der Palästinafrage gerichtet sein. Israel vertraue darauf, daß es zu einem Abschnitt neuer Beziehungen zwischen Israel und Jordanien komme.

DER KOMMENTAR

Leistungsschau

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Internationale Grüne Woche in Berlin, diese Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft, die am Donnerstag eröffnet wird, war immer auch Anlaß zur Positionsbestimmung. Immerhin stellen die Landwirte ein erhebliches Wählerpotential dar. Bis vor einigen Jahren drehte sich alles – die Klagen über die Einkommen der Bauern gehören dazu – nur um das Ausmaß der nächsten Preiserhöhung, wozu die Brüsseler EG-Kommission in diesen Tagen ihre Vorschläge auf den Tisch legen muß. Auf der Messe konnten noch Forderungen präsentiert werden.

Das Wort Reform fiel zwar in den zahlreichen Reden auch ständig, denn die wachsenden Überschüsse und die explodierenden Kosten waren und sind nun eimal ein Faktum. Aber sie dienten mehr zur Garnierung, als Alibi; ein Handlungszwang folgte daraus nicht.

Das hat sich geändert. Jetzt, da immer mehr unverkäufliches Getreide – nur ein Beispiel – angehäuft wurde, geht es allenfalls noch darum, ob überhaupt höhere Preise sinnvoll sind. Denn primär soll die Überproduktion gedrosselt werden. Darüber besteht Einigkeit. Gestritten wird darum, wie dies erreicht werden kann, ob nicht sogar niedrigere Preise wie in anderen Bereichen, wo das Angebot die Nachfrage übersteigt, notwendig sind.

Bauern-Präsident Heereman und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle haben in dieser Frage zum Schulterschluß gefunden. Sie lehnen Preissenkungen kategorisch ab. Die Mehrzahl der Bundesländer und auch die EG-Kommission wünschen dies zwar auch nicht, aber sie wollen die Preise stärker an dem orientieren, was auf den Märkten absetzbar ist. Dafür sollen die Bauern einen Ausgleich erhalten – bis hin zu direkten Einkommenszahlungen. Und zwar so, daß davon kein Anreiz auf eine immer höhere Produktion ausgeht, die keine Käufer mehr findet. Dies ist ein adäquater Ausweg.

DRK: Afrika droht von neuem Gefahr

Äthiopien bleibt Schwerpunktland der deutschen Hilfe / Dämme zur Wasserkonservierung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Genau ein Jahr nach dem „Tag für Afrika", an dem die Deutschen am 23. Januar 1985 rund 120 Millionen Mark für den durch Dürre und Hungersnöte gepeinigten Kontinent in die Sammelbüchsen steckten und auf Spendenkonten überwiesen, hat das Deutsche Rote Kreuz auf die trügerische Beruhigung der Lage in den Notgebieten aufmerksam gemacht.

In Äthiopien, schon immer der Schwerpunkt für Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland, sind nach offiziellen Angaben weiter insgesamt 5,8 Millionen Menschen betroffen; für sie müssen jährlich 1,2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel eingeführt werden. Entgegen weitverbreiteter Vorstellung, so ein DRK-Sprecher in Bonn, seien die Auswirkungen der langen Dürre noch lange nicht bezwungen. Es sei klar abzusehen, daß in sechs bis acht Monaten die internationalen Hilfsleistungen wieder verstärkt einsetzen müßten.

Im Jahre 1984 wurden vom Deutschen Roten Kreuz (einschließlich Bundeszuwendungen) 26,8 Millionen Mark für Äthiopien eingesetzt. 1985 waren es – bis einschließlich November – 19,3 Millionen Mark. Der langersehnte Regen, so das DRK, fiel zwar 1985 wieder einigermaßen normal, jedoch nur sehr ungleichmäßig verteilt. Der jetzt herrschende Trend bei der eigenen Agrarerzeugung werde nicht umkehrbar sein, vor allem wegen des Bevölkerungswachstums und des Unvermögens, eine ausreichende Agrarproduktion sicherzustellen.

Um zu verhindern, daß zukünftig ausbleibende Niederschläge ähnlich verheerende Folgen haben, fördert das DRK Geländeterassierungen, Wiederaufforstung und die Anlage einfacher Dämme zur Wasserkonservierung. In Bonn hieß es dazu: „Das Projekt geht auf eine Initiative des Äthiopischen Roten Kreuzes zurück, was eine Garantie dafür ist, daß dem geplanten Projekt das Schicksal vieler anderer, ähnlicher Versuche erspart bleibt: daß nämlich durch Planung am grünen Tisch in Europa vorbei an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bevölkerung gearbeitet wird".

Das DRK betont, daß der Aufwand für Afrika in den Jahren 1980 bis '85 genau 49 Prozent der Auslandshilfe der Organisation betrug. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat für Hilfsaktionen in Konfliktregionen Afrikas in diesem Jahr 337,8 Millionen Mark festgesetzt. Das Gesamtvolumen liegt damit über ein Drittel niedriger, als im Vorjahr. Die „Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond", die im Vorjahr innerhalb der „größten Hilfsaktion seit dem zweiten Weltkrieg" 315 Millionen Mark für „Dürrehilfe" aufbrachte, hat dem DRK mitgeteilt, daß die Situation „weiterhin sehr schwierig" sei. Die Hilfe müsse vor allem in Geldzuwendungen bestehen, damit Nahrungsmittel in Nachbarstaaten eingekauft werden könnten.

Entscheidung für den Kanaltunnel ist gefallen

DW. Lille

England soll bis Mitte der 90er Jahre durch einen doppelten Eisenbahntunnel mit dem europäischen Festland verbunden werden. Auf dieses Projekt für rund zehn Milliarden Mark einigten sich gestern der französische Staatspräsident François Mitterrand und die britische Premierministerin Margaret Thatcher in Lille. Mitterrand kündigte an, später könne eine weitere Verbindung für den Autoverkehr hinzukommen.

Die Verwirklichung des alten Traumes eines Tunnels zwischen den britischen Inseln und dem Kontinent wurde dem französisch-britischen Konsortium France Manche – Channel Tunnel Group (FM/CTG) übertragen. Sein Projekt sieht einen 50 Kilometer langen Doppeltunnel vor, in dem Passagier- und Güterzüge sowie Pendelzüge für Personenautos, Busse und Lkws verkehren sollen.

Seite 2: Ende eines Inseldaseins

Abrüstungsappell in Warschau löst Verwunderung aus

DW. Warschau

Mit einem umstrittenen Appell zur Abrüstung ist gestern in Warschau der von General Jaruzelski inspirierte Intellektuellen-Kongreß „für die friedliche Zukunft der Welt" zu Ende gegangen. Der Beschluß wurde überraschend und ohne Abstimmung bei der Schlußsitzung des Kongresses verlesen und schließt sich im wesentlichen den jüngsten Vorschlägen des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow an. In der Erklärung wird Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen, die Aufgabe der Projekte für Weltraumwaffen und Abschaffung der Atomwaffen vor Ende dieses Jahrhunderts gefordert. Westliche Teilnehmer zeigten sich erstaunt über die Art und Weise, wie die „Botschaft" zustande kam. Sie erfuhren den Text erst, als er in der abschließenden Plenarsitzung vorgelesen wurde. Ursprünglich war keine Abschlußerklärung vorgesehen.

Bonn lehnt Hilfe für Neue Heimat ab

Bangemann vermißt Sanierungskonzept / Landtag in Düsseldorf befaßt sich mit Affäre

p.p./Py. Bonn

Es soll dabei bleiben: Die Neue Heimat und ihre Eigentümer müssen sich aus eigener Kraft helfen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat gestern – nach der Sitzung des FDP-Präsidiums – unterstrichen, daß es für die Koalition, auch „aus ordnungspolitischen Gründen, keinen Anlaß gibt, öffentliche Mittel einzusetzen" zur Sanierung der Neuen Heimat. Mit Blick auf die gegenläufigen Aktivitäten der Hamburger CDU fügte er an: „weder im Bund noch in den Ländern". Die Probleme müßten von den Eigentümern, nämlich DGB, Einzelgewerkschaften und Bank für Gemeinwirtschaft, gelöst werden, der Staat helfe auch den kleinen Bauunternehmen nicht, die in Schwierigkeiten seien.

Bangemann: Wenn die Neue Heimat wolle, daß ihr geholfen werde, müsse sie im übrigen erst einmal ein tragfähiges Konzept vorlegen. Der Minister räumte ein, daß sich die Situation anders darstellen könnte, falls es darum gehe, mit öffentlichen Geldern die Übernahme von NH-Wohnungen durch die Mieter zu erleichtern. „Dann würde ja nicht dem Unternehmen geholfen." Aber auch hier sieht er die Neue Heimat und die Gewerkschaften in der Vorhand.

Die vom „Spiegel" verbreitete Meldung, die Sanierung solle durch den Verkauf der gewerkschaftseigenen Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge sowie durch den Gang der Bank für Gemeinwirtschaft an die Börse finanziert werden, ist von allen angeblich Beteiligten als „völlig gegenstandsloses Gerücht" beiseite geschoben worden. Die Skala der Dementis gegenüber der WELT reichte von „absurd" über „unmöglich" bis zu „schwachsinnig". In diesem Sinne äußerten sich die Vorstände der als eventuelle Käufer ins Gespräch gebrachten Allianz, Karlsruher und Hamburg-Mannheimer Versicherung, der Volksfürsorge selbst, aber auch Sprecher der gegebenenfalls befaßten Behörden Bundeskartellamt und Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Der Volksfürsorge-Vorstand stellte klar: Man habe in diese Richtung weder Gespräche geführt, noch sei man vom DGB etwa darauf angesprochen worden. Aber es wurde gegenüber der WELT der Verdacht geäußert, daß NH-Chef Diether Hoffmann vielleicht einen „Versuchsballon" gestartet haben könnte.

In Nordrhein-Westfalen ist inzwischen von der CDU-Opposition eine Sondersitzung von Finanz- und Städtebauausschuß des Landtags beantragt worden, um die Verbindlichkeiten des angeschlagenen Konzerns gegenüber Westdeutscher Landesbank (700 Millionen) und Wohnungsbauförderungsanstalt (995 Millionen) zu beleuchten. Wie dpa berichtet, soll außerdem die Stadt Dorsten-Wulfen 1980 für 12,4 Millionen Mark 156 leerstehende Sozialwohnungen ersteigert und anschließend an die NH für 11,2 Millonen Mark weiterverkauft haben – mit zinslosem Überbrückungskredit von 2,5 Millionen Mark.

Heereman fordert aktive Preispolitik

Mk. Bonn

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, sieht in direkten Einkommensübertragungen an die Landwirte keinen Ersatz für eine aktive Preispolitik. Gegenüber der WELT sagte er, es komme jetzt darauf an, die Überschüsse auf den europäischen Agrarmärkten zu beseitigen. Rasch gehandelt werden müsse bei Getreide. Hier seien die Preise besonders unter Druck geraten. Nur bei angemessenen Preisen lasse sich die bäuerliche Landwirtschaft auf die Dauer erhalten. Für das laufende Wirtschaftsjahr erwartet Heereman wegen der für die Bauern ungünstige Entwicklung der Preise Rückschläge bei den Einkommen.

Seite 9: Änderung abgelehnt

Wieder Krawalle um Startbahn West

DW. Frankfurt

Eine Gruppe von sechs bis acht vermummten Personen hat am Sonntagabend in der Nähe der umstrittenen Startbahn West des Frankfurter Flughafens Molotow-Cocktails auf einen vollbesetzten Mannschaftswagen der Polizei geworfen. Das Fahrzeug ging in Flammen auf. Die Beamten konnten sich nur mühsam in Sicherheit bringen. Die Urheber des Brandanschlags entkamen im Schutz der Dunkelheit in den angrenzenden Wald. Bevor ein herangerufener Wasserwerfer der Polizei die Flammen löschen konnte, war der Wagen bereits völlig ausgebrannt. Bereits am Nachmittag hatten gewalttätige Demonstranten auf der Westseite der Startbahn Kanonenschläge auf Einsatzfahrzeuge geworfen.

Der Gewinn, die unbekannte Größe

gil. Bonn

Über die Frage, wieviel Reingewinn ein Industrieunternehmen „übrig" behält, haben die Deutschen eine irrwitzig unrealistische Vorstellung. Neun von zehn Bürgern schätzen die Gewinne auch nicht annähernd zutreffend ein, sie vermuten sie zehnmal so hoch wie sie wirklich sind. Eine Umfrage von Marplan im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft brachte andererseits das kuriose Ergebnis, daß die Befragten den Betrieben gleichwohl dennoch höhere Gewinne durchaus zugestehen.

„Was schätzen Sie, bleibt als Gewinn übrig, wenn ein Industrieunternehmen für hundert Mark Waren verkauft – und zwar nach Abzug aller Kosten und Steuern?" lautete die Frage. 23 Prozent antworteten, es blieben 50 Mark als Gewinn übrig, 34 Prozent schätzten 20 Mark, 21 Prozent tippten auf zehn Mark Gewinn, zehn Prozent glaubten, die Unternehmen behielten fünf Mark übrig. Nur knapp fünf Prozent der Befragten kamen der Realität nahe: rund zwei Mark verbleibt den Betrieben als Nettorendite.

Diese Fehleinschätzung zieht sich mit Abstufungen quer durch alle Bevölkerungsschichten. Leitende Angestellte bewiesen noch am meisten Realismus: Jeder fünfte von ihnen gab einen zutreffenden Tip ab. Allerdings vermutet auch die knappe Hälfte der Leitenden den Gewinn in utopischen Größenordnungen von zehn bis 50 (statt zwei) Prozent. Beamte und andere Angestellte stuft dasInstitut noch als einigermaßen gut informiert ein; denn etwa jeder Siebte traf zumindest die wirkliche Größenordnung.

SEITE 2:
Die wundersamen Legenden

Die Arbeitnehmerschaft wird von den Demoskopen als „äußerst gering informiert" eingestuft. Nur knapp vier Prozent gaben die richtige Antwort, 65 Prozent dagegen vermuten extrem höhere als die tatsächlichen Gewinne. Auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bietet keine Gewähr für bessere Information.

Als bemerkenswert bezeichnet es das Institut, daß die Mehrheit dennoch den Unternehmen höhere Gewinne gönnt. Fast ein Drittel billigt den Firmen eine Nettoumsatzrendite von 20 Prozent zu – zehnmal mehr, als tatsächlich erwirtschaftet wird. Ein Zehntel meint gar, die Betriebe könnten am Jahresende ruhig 30 Prozent Gewinn abzweigen. 12 Prozent der Befragten halten dagegen die tatsächlichen zwei Prozent für ausreichend. Dies lasse darauf schließen, „daß die breite Öffentlichkeit den Unternehmen durchaus angemessene Gewinne zugesteht," kommentiert das unternehmernahe Institut.

Angaben über den Nettojahresüberschuß der Industrie-Aktiengesellschaften liegen für 1985 noch nicht vor. Das Institut vermutet jedoch, daß sich die Gewinne seit 1983 (1,2 Prozent) deutlich auf etwa zwei Prozent erholt hätten.

Rumänien hält Ungarn die Horthy-Verbrechen vor

Dokumentation erinnert an Schicksal Nord-Siebenbürgens

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Als Antwort auf ungarische Klagen über die Unterdrückung der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen hat das rumänische kommunistische Regime eine Dokumentation mit dem Titel „Der Horthy-faschistische Terror in Nordwest-Rumänien 1940–1944" veröffentlicht. Gleichzeitig hat die Bukarester Wochenzeitung „Contemporanul" die Volksrepublik Ungarn beschuldigt, das „Horthy-Regime" (also die rechts-autoritäre Regierung Ungarns vor 1944) rehabilitiert und von den „Verbrechen und Grausamkeiten gegen das rumänische Volk und andere Nachbarvölker" reinwaschen zu wollen.

Das Buch ist in den Medien Rumäniens ausführlich rezensiert worden. Dabei werden die Ungarn bezichtigt, gegen die rumänische Bevölkerung des abgetretenen Gebiets ein „Terrorregime" errichtet zu haben. Die rumänische Darstellung spricht von Massakern der „Horthy-Truppen" (also der Ungarn) gegen eine Reihe rumänischer Ortschaften in Transsilvanien (Siebenbürgen).

Nachdem die Ungarn inoffiziell wie offiziell gegen eine angebliche Zwangsassimilierung und Diskriminierung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen in der Gegenwart protestiert hatten, schlägt jetzt das Rumänien Ceausescus mit Argumenten aus der Vergangenheit zurück. Demnach habe der ungarische Staat während der Zeit der Annexion Nord-Siebenbürgens 1940 bis 1944 eine systematische Vertreibung und Massenverschleppung der rumänischen Bevölkerung durchgeführt. Das Buch spricht auch von „Horthys hitleristischer Politik der Ausrottung der siebenbürgischen Juden".

In kaum verdeckter Polemik gegen Budapest heißt es, angesichts der Grausamkeiten, die in den rumänischen Gebieten des Nordwestens geschehen seien, stellten die immer wieder unternommenen ungarischen Versuche, die Politik des faschistischen Regimes zu „verschönen", die Schuld „auf andere abzuwälzen" oder die Schuldigen zu entlasten, eine Herabwürdigung der „Hunderttausenden von Opfern dar".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zins und Markt

Von Leo Fischer

Die vollmundige Ankündigung von Wirtschaftsminister Bangemann, die fünf größten Industrienationen – kurz G 5 genannt –, wollten am Wochenende in London eine konzertierte Aktion zur weltweiten Senkung der Zinsen beschließen, erwies sich als leeres Versprechen. Das einzige, was der Minister durch sein Vorpreschen erreichte, war ein kurzfristiger Anstieg des Goldpreises und ein zwischenzeitliches Anziehen der Anleihenotierungen in den USA.

Zwar waren sich alle Teilnehmer in London darüber klar, daß die Zinsen fallen sollten, um den nachlassenden Aufschwungkräften der Weltkonjunktur neue Impulse zu verleihen und das Schuldenproblem zu entschärfen. Für die Amerikaner kam die sehr eigennützige Absicht hinzu, auf diese Weise die Finanzierung des horrenden Budgetdefizits zu erleichtern. Geblendet von dem Erfolg, den die G 5 mit ihren am 22. September beschlossenen Interventionen zur Herunterschleusung des Dollarkurses hatten – der Dollar fiel seither gegenüber dem Yen um 16 und gegenüber der D-Mark um 14 Prozent –, haben sich die Fünf überhoben; sie mußten sich wohl überheben. Man kann zwar, zumal wenn die Zeit für eine Neubewertung einer Währung reif ist, mit Interventionen einiges bewegen. Gegen die Marktkräfte kann aber eine Abwertung des Dollar nicht gelingen.

Die Finanzierung eines bis auf 227 Milliarden Dollar geschätzten Defizits im US-Haushalt läßt weltweit keinen Spielraum für Zinssenkungen, wollte man nicht die Notenpresse betätigen und damit die Gefahr eines neuen Inflationsschubes heraufbeschwören. In der Bundesrepublik ist durch eine erfolgreiche Antiinflationspolitik, an der die Bundesbank das Hauptverdienst hat, und durch die Regierungsbemühungen um die Konsolidierung des Haushalts vorexerziert worden, wie der Kapitalmarktzins seit 1981 um mehr als fünf Prozent gesenkt werden konnte. Eine konzertierte Aktion, wie sie Pöhl und Stoltenberg in der Bundesrepublik durchführten, wäre auch weltweit die beste Zinssenkungspolitik.

Wien zieht eine Lehre

Von Carl Gustaf Ströhm

Unter dem Eindruck des Terrorüberfalls auf dem Wiener Flughafen hat die österreichische Regierung Maßnahmen getroffen, um den Reiseverkehr von Arabern an die Donau in den Griff zu bekommen. Innenminister Karl Blecha (SPÖ) gab bekannt, daß die bisher bestehende Visa-Freiheit für tunesische Staatsbürger zumindest zeitweise aufgehoben wird. Tunesien ist das einzige arabische Land, dessen Bürger keinen österreichischen Sichtvermerk benötigen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Attentäter von Wien-Schwechat mit gefälschten tunesischen Pässen nach Österreich kamen: Mit Pässen, die ursprünglich „echt" waren und tunesischen Bürgern in Libyen abgenommen worden sind.

Ebenso kündigte der Innenminister an, daß Diplomaten jener arabischen Staaten, mit denen keine Gegenseitigkeit der Visa-Freiheit für die Inhaber von Diplomatenpässen besteht, in Zukunft gleichfalls einen Sichtvermerk bei der Einreise nach Österreich besitzen müssen. Betroffen wären davon Syrien und Libyen, jene Länder, die besonders im Verdacht stehen, dem Terror Vorschub zu leisten. Eine Frage allerdings mußte der österreichische Minister negativ beantworten: Eine Kontrolle des Diplomatengepäcks könne es nicht geben – auch die Schweiz sei dazu nicht bereit. Damit kann auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, daß Terrorwaffen mit diplomatischen Kurieren an den Tatort transportiert werden.

Österreich hat aus dem Versuch, sich mit den gemäßigten (oder auch nicht ganz so gemäßigten) Arabern gut zu stellen, um so den Terror von den eigenen Grenzen fernzuhalten, bittere Erfahrungen gemacht. Die pro-arabische Politik ist seinerzeit von Kreisky begonnen worden – sowohl Arafat wie Khadhafi als auch Syriens Staatspräsident Assad schienen Freunde Österreichs zu sein. Jetzt zeigt es sich, daß diese Freundschaften nicht viel geholfen haben. Die Attentate in Rom und vor allem in Wien haben bewiesen, daß die Terroristen nicht durch guten Willen allein ferngehalten werden können. Schon fragt man sich in Wien, ob es nicht doch sinnvoller gewesen wäre, im Nahen Osten weniger Profil und Entgegenkommen zu zeigen. Vielleicht wäre dann die Wahl der Terroristen nicht gerade auf Wien gefallen.

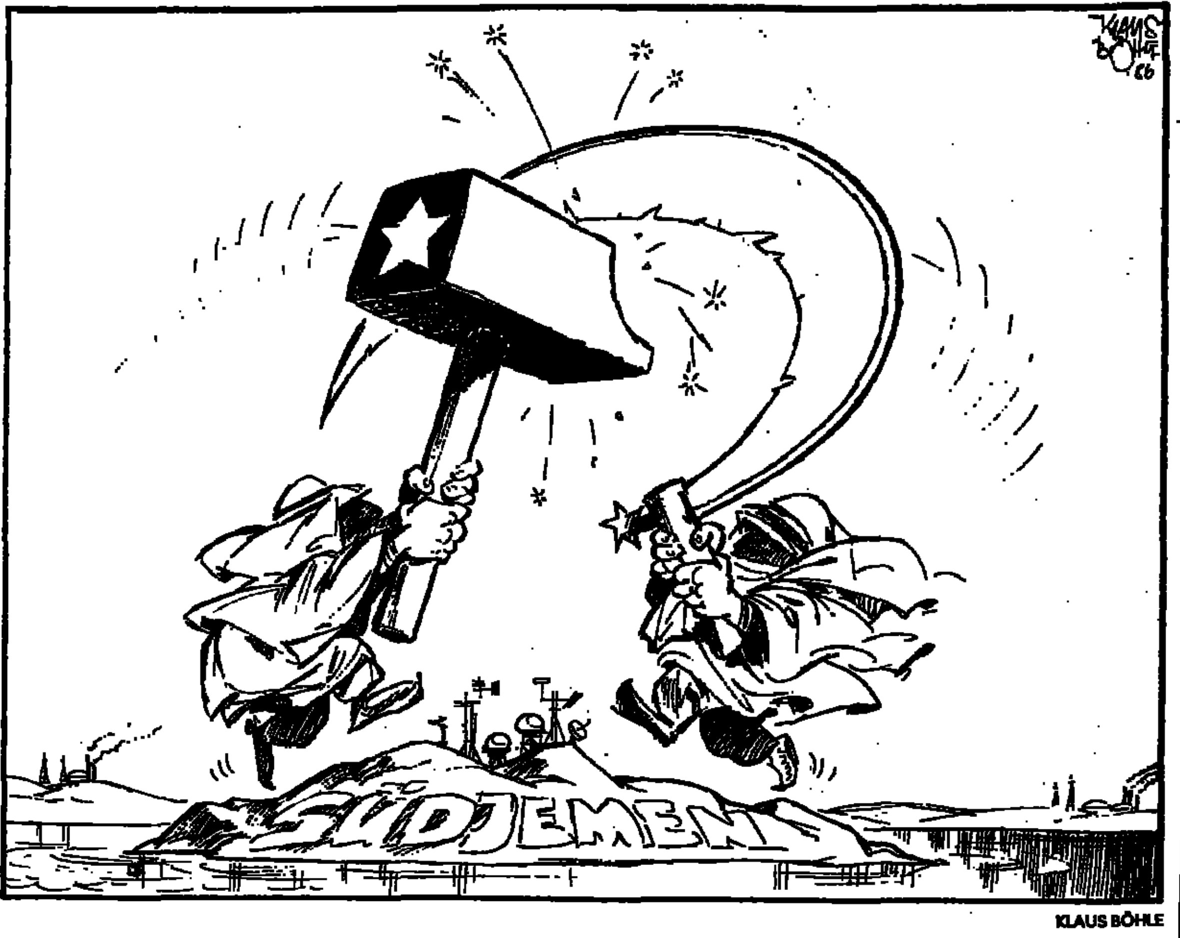
Wiedersehen in Kabul?

Von Peter Dittmar

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden", hat Breschnew gesagt, oder Andropow, oder Gorbatschow. Darum halten sich auch alle die kleinen Breschnews, Andropows, Gorbatschows an diese Parole und lassen die Kirche im Dorf und den Kreml in Moskau. Nur General Jaruzelski wollte sich extra ein Fleißkärtchen als Friedenskämpfer verdienen und lud deshalb zu einem „Kongreß von Intellektuellen für die friedliche Zukunft der Welt" nach Warschau ein. Sechshundert Einladungen soll er verschickt haben. Etwa hundertfünfzig wurden angenommen. Deutschlands berühmteste Namen waren nicht dabei, aber Hoimar von Ditfurth und Dieter Lattmann kamen, denn schließlich gibt es nichts Wichtigeres als den Frieden.

So palaverte man drei Tage lang und sah sich am letzten Tage plötzlich mit einer Resolution konfrontiert, die wortreich wiederholte, was Breschnew usw. gesagt haben. Freiheit und Menschenrechte kamen, da von den Kommunisten als sekundär und peripher erklärt, nicht vor. Kann sein, daß das jemanden störte, aber da vorsichtshalber darüber nicht abgestimmt wurde, fiel es nicht auf und nicht ins Gewicht. Die deutschen Teilnehmer, gut erzogen und in Kenntnis des schlechten Eindrucks, den Kritik im Ausland am Ausland hervorruft – außer in den USA natürlich, das walte Grass – versagten sich jeglichen Protest. Sie brachten auch nicht aufs Tapet, daß am Donnerstag die Miliz die polnischen Intellektuellen (und Oppositionellen) Kuron und Onyszkiewicz festnahm, um eine Pressekonferenz zu verhindern, bei der den Gästen einiges über den inneren Frieden in Polen erzählt werden sollte.

So konnten Ditfurth, Lattmann und all die anderen klugen Friedensfreunde mit dem Gefühl nach Hause reisen, etwas für das Wichtigste getan und den lieben Frieden nicht gestört zu haben. Und nur der böse Zufall kann es wollen, daß sie unter ihren vielen Papieren plötzlich den Brief entdecken, den Michnik, Lis und Frasyniuk aus dem Frieden des politischen Gefängnisses geschmuggelt und den Konferenzteilnehmern zugedacht hatten. Er schließt mit dem Satz: „Wir wünschen angenehme Beratungen und hoffen, daß der nächste Kongreß entweder in Johannesburg oder in Kabul stattfindet."



KLAUS BÖHLE

Ende eines Inseldaseins

Von Wilhelm Furler

Mit gewohnter Gelassenheit hat Premierministerin Margaret Thatcher neunhundert Jahre britischer Geschichte, neunhundert Jahre der „splendid isolation", der uneinnehmbaren Insellage, beendet durch eine gemeinsame Erklärung mit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand. Das Bauprojekt des Jahrhunderts soll spätestens 1993 fertiggestellt sein. An der Entschlossenheit beider Regierungen, nach so vielen vergeblichen Anläufen den Kanaltunnel für eine durchgehende Bahnverbindung und zu einem späteren Zeitpunkt auch einen Straßentunnel unabhängig von allen Wetterwidrigkeiten und Streikneigungen britischer wie französischer Seeleute und Hafenarbeiter endlich wahr zu machen, kann kein Zweifel bestehen.

Vor neun Jahrhunderten hat England zum letzten Mal eine erfolgreiche feindliche Invasion erlebt, als Wilhelm der Eroberer im Sommer 1066 englischen Strand betrat, stolperte, geistesgegenwärtig wider das böse Omen ausrief: „So ergreife ich dich, England!" und bei der Schlacht von Hastings seine Ankündigung wahr machte. Seither haben die stürmischen dreißig Meilen zwischen Insel und Festland dafür gesorgt, daß die Engländer von feindlichen Besetzungen verschont blieben, wenn auch eigene Thronbewerber manchmal erfolglos (Heinrichs VI. Sohn Eduard), manchmal aber erfolgreich (Eduard von York, nachmals König Eduard IV.; zuletzt Heinrich von Richmond, nachmals König Heinrich VII., dieser vor fast genau einem halben Jahrtausend im August 1485) landeten.

Die „splendid isolation" versetzte das Land in die Lage, sich voll auf den Ausbau der Flotte zu konzentrieren und die Landstreitkräfte eher zu vernachlässigen, während Frankreich beides ausbauen mußte und folglich zu Lande manchmal, zur See so gut wie immer scheiterte. Folgerichtig wurde England zur Seemacht überhaupt; das von ihm postulierte (und meist diktierte) Gleichgewicht der Kräfte bestimmte jahrhundertelang die europäische Politik. Wind und die eigene Flottenstärke machten die Engländer unschlagbar. Philipp II. und seine „unbesiegbare Armada" haben es erfahren, Ludwig XIV., zuletzt Napoleon und Hitler. Auf dieser Flottenmacht wurde wiederum ein Weltreich begründet. Die Gründung Belgiens wurde von den Briten betrieben als eine Sicherung des Sprungbretts vor ihrer Haustür; als deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg dort einmarschierten, griffen die Briten ein, um es in dieser Rolle zu bewahren.

Wenn in sieben bis acht Jahren erstmals Züge und Autos vom europäischen Festland durch den Kanaltunnel sozusagen trockenen Rades auf die Insel rollen, bedeutet dies für die Briten das Ende einer Tradition. Warum hat sich die gegenwärtige Regierung in London für eine feste Kanalverbindung so stark gemacht? Denn eingefleischte Insulaner sind die Briten ja immer noch. Nicht von ungefähr bezeichnen sie das europäische Festland unverändert als „Übersee". Und eine Reise dorthin ist psychologisch immer noch mehr als das Passieren von Grenzkontrollen, das etwa uns Deutschen bei Besuchen in den Nachbarländern selbstverständlich ist.

Noch immer gibt es im britischen Parlament und in der Öffentlichkeit Stimmen zuhauf, die vor den Gefahren einer festen Kanalverbindung warnen: vor Überfällen in Krisenzeiten, vor terroristischen Anschlägen, vor tollwütigen Tieren und vor luftverseuchenden Lkw-Kolonnen, die das Land mit minderwertigen Konkurrenzprodukten überschwemmen werden. Doch die übergroße Mehrheit der Briten denkt heute, hundertsechs Jahre nach dem tatsächlich erfolgten ersten Spatenstich, anders, was immer auch ihr Gefühl sagen mag.



Der Tunnel wird gebaut: Frau Thatcher, Mitterrand FOTO: AP

Die Insel stellt den mit Abstand größten Teil des Verkehrsaufkommens über den Kanal, sowohl im Personenverkehr als auch bei der Fracht. Immer mehr britische Unternehmen erkennen den erheblichen Wettbewerbsnachteil, der ihnen durch unsichere und zeitraubende Schiffs- und Fährtransportwege aufgebürdet wird. Britische Urlauber, die ihre Ferien zunehmend auf dem europäischen Festland verbringen – sei es beim Skiurlaub in den Alpen oder beim Sommerurlaub in Südfrankreich – und die dabei lieber Bus, Bahn oder den eigenen Wagen als das Flugzeug benutzten, haben keine Lust mehr, streik- oder wetterbedingt stundenlang an den Kanalküsten ausharren zu müssen.

Ebenso wichtig ist das „umgekehrte" Tourismus-Argument. Der Besuch von Ausländern im Vereinigten Königreich zeigt ein Wachstumspotential wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Ein Land, das immer noch derart stark unter industriellen Strukturschwächen leidet, kann sich die Chance, mit Hilfe eines Kanaltunnels zum Tourismus-Wachstum erheblich beizutragen, gar nicht entgehen lassen.

So ist denn die gestrige Vereinbarung von Lille zwischen Frau Thatcher und Staatspräsident Mitterrand, schon im kommenden Jahr und damit rechtzeitig vor den britischen Parlamentswahlen mit dem ersten Spatenstich zu einem gemeinsamen Kanaltunnel die gesamteuropäische Politik zu verstärken, ein wohlüberlegter Schlußpunkt für ein neunhundertjähriges Kapitel der britischen Geschichte. Künftig werden vom Festland her durchgehende Züge und auf ihnen huckepack Lkw-, Pkw- und Caravan-Kolonnen ungehindert einziehen.

Natürlich ruft das Ende der „splendid isolation" seit Wilhelm dem Eroberer bei manchen Wehmut, vielleicht gar ein Gefühl der Unsicherheit hervor. Der Tunnel ist ein Eingriff, gegen den sich die Briten lange zur Wehr setzten. Doch diesmal sind sie es, die zu diesem Eingriff drängen, um zwei Welten miteinander zu verbinden.

IM GESPRÄCH Gerhard Fischer

Zu den Aussätzigen

Von Eberhard Nitschke

Sein Kampf gegen ein biblisches Vorurteil gibt seinem Leben eine neue Richtung. Gerhard Fischer, bis vor wenigen Tagen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz, verließ seine Residenz in Bern, um künftig in einer indischen Aussätzigen-Station zu arbeiten.

Nach 35 Jahren als Diplomat, darunter in Äthiopien, Hongkong, als Botschafter in Irland und in den Niederlanden, ein Jahr vor der Pensionierung, beschloß Fischer, sich den Ausgestoßenenen unter den Kranken zu widmen. Er will, solange seine Kräfte reichen, dreihundert Kilometer südwestlich von Madras in Südindien in einer unter deutscher Leitung stehenden Lepra-Kolonie arbeiten. Vor allem mit Früherkennung ist der Krankheit erfolgreich entgegenzutreten, gegen die das Alte Testament nur die Aussetzung weit von den Wohnstätten der Gesunden entfernt empfahl. Rund drei Millionen Menschen, darunter auch etwa achttausend in Europa, leiden an der Krankheit.



Ein alter Diplomat geht den Weg der Nächstenliebe: Fischer FOTO: DPA

Gerhard Fischer hat keine Angst, sich zwischen den hundert Betten zu bewegen, in denen die Patienten der Ärztin Elisabeth Vomstein liegen. Er lernte sie während seiner Tätigkeit als Konsul in Madras 1960 kennen. In einem Gebiet von fünfzehnhundert Quadratkilometern betreut sie noch fünfzehn Lepra-Außenstellen der Provinz Tamil Nadu.

Fischer wurde 1921 als Sohn eines Diplomaten und späteren deutschen Gesandten in Peking in Oslo geboren. Zusammen mit seinem Bruder, dem heutigen Botschafter der Bundesrepublik in Peking, Per Fischer, besuchte er in China die Schule und bereitete sich auf ein medizinisches Studium vor. Der Krieg kam dazwischen. Gerhard Fischer rückte als Soldat zur Wehrmacht ein und geriet 1945 in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1947 entlassen wurde. Nach dem Studium der Jurisprudenz und Sinologie trat er 1952 ins Auswärtige Amt ein, wo er zwischenzeitlich auch ein Referat in der Politischen Abteilung leitete. Freunde des Botschafters wissen, daß sein „ungeheures Organisationstalent" inmitten äußerster Zivilisation nach „Herausforderung" verlangte. Das „Element der Hilfeleistung für Kranke in den Tropen" habe ihn eigentlich nie verlassen. Die Erkenntnis, für wie viele Lepröse eine Institution wie das „Settipatty" genannte Krankenhaus der Frau Dr. Vomstein Fels der Hoffnung sei, habe gegen jede Bedenken gestanden.

Der Botschafter a. D. Gerhard Fischer besitzt ein Haus am Chiemsee, in das er aber zunächst nur heimkehren wird, wenn die indischen Sommertemperaturen eine Arbeit der von ihm gedachten Art für Europäer unmöglich machen. Seine Frau Ann, eine geborene US-Amerikanerin, trägt den Gedanken mit, auch wenn sie in Deutschland bleibt. Die beiden Kinder des Ehepaares sind seit langem erwachsen.

Wenn Fischer in Europa ist, will er für die Aussätzigen die Sammelbüchse schwingen. Erstes Ergebnis anläßlich seiner Verabschiedung von Schweizer Industriellen in Bern: 20 000 Schweizer Franken für eine Wasserleitung im „Settipatty".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung kommentiert die Lage der Neuen Heimat:

Was sich als Folge unternehmerischer Mißwirtschaft zu einem handfesten Skandal auswuchs, soll jetzt nach mancher Ansicht mit Steuerzahler-Geldern „saniert" werden. Doch hier hat Finanzminister Stoltenberg mit vollem Fug und Recht einen Riegel vorgeschoben. Die Bundesregierung ist danach nicht bereit, für die Folgen von Fehlplanung – und man kann fast sagen Größenwahn – im Mangagement dieses riesigen Unternehmens aufzukommen. Eine Ungeheuerlichkeit am Rande dieser Glanzstücke der Finanzakrobatik ist das Beispiel Bremen: Die Hansestadt, ausgesprochen finanzschwach, verwendet Steuermittel zum Kauf von Wohnungen der „Neuen Heimat". Um diese zu sanieren, wie es so schön heißt. Doch der Bürger fragt sich, wo hier die Legitimation gegeben ist.

WZ Westdeutsche Zeitung

Das Düsseldorfer Blatt beschäftigt sich mit Richter Zeidler:

Das Thema Sterbehilfe ist für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, eine sehr kontroverse Materie. Dem kann man nicht widersprechen. Doch wenn er formuliert, das Thema stehe im Spannungsfeld der juristischen Diskussion, dann ist dies eine zumindest stark verkürzte Sicht der Dinge. Denn kaum eine Streitfrage der letzten Jahre ist so wenig ein ausschließlich juristisches Problem wie der sensible Themenkomplex Sterbehilfe. Sowenig man den Kirchen das Recht bestreiten kann, zu Fragen der Zeit ihre Meinung zu sagen, kann man einem hochrangigen Juristen den Mund verbieten. Doch immerhin ist Zeidler Präsident eines Verfassungsorgans. Das gebietet, daß er sich sachlicher und ausgewogener zu Fragen äußert, die für viele Bürger die Grenzen von Tabus erreichen.

Offenburger Tageblatt

Es schreibt zur Protestwelle:

Die Grünen wollen in diesem Vor-Wahljahr die Regierung in massenhaftem Protest regelrecht ertrinken lassen. Vor den Wohnhäusern von Abgeordneten der Regierungsparteien stehen Gewerkschaftler, die gegen die sozialpolitischen Entscheidungen der Koalition demonstrieren. Das wird „Mahnwachen" genannt ... Die Grenzen zwischen demokratischer Mitwirkung aller und dem Meinungsterror von Minderheiten beginnen unscharf zu werden.

DER BUND

Die Berner Zeitung meint zur amerikanischen Philippinen-Politik:

Wenige Wochen vor den Wahlen auf den Philippinen beginnt sich die amerikanische Regierung auf einen Sieg Präsident Marcos' einzurichten. Gleichzeitig jedoch suchen die USA nach Möglichkeiten, um ihre beiden Basen Clark und Subic zu ersetzen. Als neuer Ort könnte Palau, zu Mikronesien gehörend, in Frage kommen ... Die Haltung der Regierung Reagan gegenüber Marcos erinnert an die Politik früherer Regierungen gegenüber dem Schah von Iran und Diktator Somoza in Nicaragua.

Die wundersamen Legenden vom Unternehmensgewinn

Viele glauben an Umsatzrenditen bis zu 50 Prozent / Von Peter Gillies

Über die Behandlungsmethoden von Professor Brinkmann in der Schwarzwaldklinik oder über Passierschlagmethoden von Boris Becker ist man hierzulande glänzend informiert. Nur über ökonomische Zusammenhänge scheinen wir allenfalls laienhaft Bescheid zu wissen – aber selbst das wäre schon geschmeichelt, wenn man die jüngste Marplan-Umfrage über die Einschätzung von Unternehmensgewinnen heranzieht. Die Qualität wirtschaftlicher Information wird offenbar nur von ihrer Seltenheit übertroffen.

Seit Jahren ist demoskopisch stabil, daß die Deutschen über die Gewinne, die ein Unternehmen netto erwirtschaftet, aberwitzig utopische Vorstellungen haben. Nur bestenfalls ein Zehntel der Bürger trifft auch nur annähernd die Größenordnung. Rund neun Zehntel dagegen hegen Vorstellungen, die um etwa das Zehnfache (!) neben der Realität liegen. Daß leitende Angestellte aufgrund ihrer Erfahrung etwas wirklichkeitsnäher informiert sind als Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder, ändert an diesem Befund nichts, denn alle Gruppen tragen eine erschreckend realitätsferne Vorstellung über das mit sich herum, was bei einem Betrieb unter dem Strich übrig bleibt. Aus früheren Untersuchungen wissen wir, daß selbst Studenten der Betriebswirtschaft nur unwesentlich von diesem Trugbild abweichen.

Nun mag man einwenden, der Gewinn eines Unternehmens sei nur eine von vielen Kennziffern wirtschaftlicher Tätigkeit, Unwissen über ihn mithin nicht von Belang. Dies wäre jedoch eine unzulässige Verharmlosung, denn gerade der Gewinn als Erfolg des Wirtschaftens, als Quelle von Wachstum, Wohlstand und sozialer Sicherung, ist eine Kerngröße der Selbsteinschätzung. Überschätzt man ihn, überschätzt man gleichzeitig alle von ihm abgeleiteten Verteilungswirkungen.

Wer – wie die Mehrheit – glaubt, jedes Unternehmen mache zwischen 20 und 50 Prozent seines Umsatzes Gewinn, muß zwingend daraus folgern, auf die lächerlichen 7,5 Prozent Lohnerhöhungsforderung einer Gewerkschaft komme es nun wirklich nicht an, die Unternehmen könnten sie schließlich aus der Westentasche zahlen. Meldungen, wonach die XY-Aktiengesellschaft ihre Gewinne um 80 Prozent steigerte, leisten diesem Denken Vorschub, obgleich das Unternehmen seinen Nettogewinn lediglich von zwei auf 3,6 Prozent (also um 80 Prozent) steigerte.

Geschickt machen sich diese Unwissenheit über die Leistungsfähigkeit der wirtschaftlichen Triebfeder „Gewinn" jene Vereinfacher zunutze, die den Ertrag als kapitalistischen Profit zwar verfemen, gleichzeitig aber seine Unerschöpflichkeit suggerieren. Sie können – leider – auch künftig darauf vertrauen, daß auf dem Boden wirtschaftlichen Nicht- oder Halbwissens die Saat des Gefährlich-Unerfüllbaren ins Kraut schießt.

Wer bereitet diesen Boden? Gewiß ist die Schule eine Quelle der Unkenntnis. Die Bemühungen, unsere Bildungseinrichtungen und ihr Lehrpersonal mit realistischen Vorstellungen über wirtschaftliche Vorgänge bekanntzumachen und dadurch Indoktrination vorzubeugen, sind in den letzten Jahren kaum vorangekommen. Unternehmern sträuben sich auch heute noch die Haare, was in manchen Schulbüchern steht, wobei man nicht einmal in allen Fällen berechnete Falschinformation unterstellen mag.

Olaf Sievert, langjähriger Vorsitzender des Sachverständigenrats, hatte im letzten Jahr einmal für die „vergessenen Wahrheiten" der Ökonomie plädiert. An seine Liste sei erinnert: Arbeitsamkeit und Sparsamkeit sind stets gute Eigenschaften, auch wenn wir uns manchmal etwas weniger Arbeit oder eine geringere Sparneigung wünschten; hohe Löhne gefährden ohne Wenn und Aber die Beschäftigung; die Bereitschaft, Risiko zu tragen, ist etwas sehr Kostbares und stets eines besonderen Lohnes wert, den man aus verteilungspolitischen Zielen nicht verkürzen sollte; Inflation in Kauf zu nehmen, lohnt sich nie; gutes Geld muß immer knapp bleiben; der Staat kann nie alles besser, und es gibt Grenzen für seine Tätigkeit, aber auch für die Steuer- und Abgabenlast seiner Bürger. Wer sich an diese und andere einfache Wahrheiten erinnert, käme gar nicht zu dem Schluß, weitere Steuern (oder staatliche Kreditaufnahme) schüfen neue Arbeitsplätze. Er wäre auch gefeit gegen die These, üppige Kaufkrafterhöhungen durch forcierte Lohnerhöhungen verringerten die Erwerbslosenzahl. Zwar wissen die meisten Betriebsräte, daß ihre Arbeitsplätze sicher sind, wenn ihr Unternehmen gute Gewinne macht, aber ihre Funktionäre behaupten gleichwohl gebetsmühlenartig, der Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei.

Gewissenserforschung bei allen, die Wirtschaftsinformationen verbreiten, ist geboten. Der Transport der einfachen Wahrheiten erweist sich als schwieriger denn vermutet. Kosten bleiben stets Kosten, da mag man soviel herumdefinieren wie man will. Unternehmer, Politiker, Journalisten, Kirchen- und Gewerkschaftsmänner sollten die einfachen wirtschaftlichen Tatsachen als das betrachten, was sie (leider) sind: eine Bringschuld.

„Am liebsten bis zur Rente in der gleichen Maloche“

Jugend-Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem fehlender Arbeitsplätze. Viele – nicht nur Jugendliche – kommen auch geistig und psychisch mit den Forderungen und Strukturen der modernen Arbeitswelt nicht zurecht. Ein lösbares Problem.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

In der Ausbildungsstätte des Christlichen Jugenddorfwerkes Westerholt – mitten im Ruhrgebiet – ist gerade die Mittagspause vorüber. Die fünfzehn jungen Männer, arbeitslose Elektriker, Installateure, Maschinenschlosser, die hier eine Zusatzausbildung in Elektronik erhalten, nehmen wieder vor ihren Geräten Platz. Fast unwillig reagieren sie darauf, daß ein paar neugierige Besucher sie ausfragen wollen. Der Grund für die Zurückhaltung wird schnell offenbar: Die Abschlußprüfungen stehen unmittelbar bevor – da zählt jede Ausbildungsstunde doppelt und dreifach.

Der Enthusiasmus, mit dem sich die jungen Herren ihrer Ausbildung widmen, hat freilich einen seltsamen Gegensatz. Gerade erst erläuterte ihnen der Lehrgangsleiter noch *einmal*, daß allen Erfahrungen nach rund 95 Prozent der Teilnehmer bei erfolgreichem Kurs-Abschluß in ein festes Arbeitsverhältnis vermittelt werden können; auf die Frage aber, wie sie denn selbst ihre Perspektiven einschätzen, antwortet fast ein geschlossener Chor: „Schwarz!“

Es klingt irrational, was hier die Zukunft verdüstert. Ausbildungswilligkeit und Pessimismus, Arbeitsplatzgarantie und Angst um Be*rufsperspektiven – wie geht das* zusammen? Die Argumente sind teilweise nachvollziehbar, teilweise beschreiben sie einen unklaren Gefühlsbereich.

Große Unternehmen werden bevorzugt

Viele wollen die Heimat Ruhrgebiet nicht verlassen: „Wenn wir in Stuttgart nur den Mund aufmachen, fangen die doch schon an zu lachen. Und umgekehrt geht's uns genauso.“

Das Hauptproblem aber scheint: Fast alle sehnen sich nach einer ungebrochenen Berufslaufbahn. Die Tatsache, daß heutige Berufsentwicklungen mit dem einmal Erlernten nicht mehr auskommen, bereitet den meisten ein Unbehagen, das in Angst mündet. Daß die Firma ihre Produktion umstellen könnte, möglicherweise gar einmal ihre Pforten schließen, daß man nochmal auf die Schulbank zurück oder umziehen müßte – das alles wächst sich zu Schreckensbildern aus.

„Am liebsten bis zur Rente in der gleichen Maloche“, so lautet die Wunschformel, die anderswo zu anderen Zeiten gerade bei Jugendlichen eher abschreckende Wirkung gehabt hätte. Und noch ein Phänomen klingt erstaunlich: Die jungen Leute bevorzugen große Industrieunternehmen gegenüber kleinen Handwerksbetrieben, denen sie kaum Zukunftschancen einräumen. Die Vision einer großen technologischen Welt läßt trotz aller Anonymität – oder gar deswegen – das im persönlichen Kontakt ausgeübte Handwerk als etwas Rückständiges erscheinen, mit dem man die eigene Lebenswirklichkeit ungern verknüpft sehen möchte.

Bei solchen Problemen setzt die Arbeit des Christlichen Jugenddorfwerkes an, das, 1947 gegründet, heute in 112 Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet über 80 000 Jugendliche betreut. Es ist damit der größte freie Träger von Jugendbildung und -ausbildung in der Bundesrepublik. Rund 8000 Arbeitslose (nicht nur Jugendliche) erhalten in 35 speziellen Ausbildungsstätten eine vielfältige berufliche Förderung – finanziert mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und der entsprechenden Bundes- und Länderministerien.

Entsprechend groß ist die Erfahrung der pädagogisch und sozialpsychologisch geschulten Mitarbeiter. Der Leiter des Jugenddorfes Westerholt, Adolf Weißenfels, zum Beispiel rückt denn auch falsche Klischeevorstellungen in der Öffentlichkeit mit Nachdruck zurecht: „Es ist ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, daß Arbeitslosigkeit sich vorrangig als ein Problem fehlender Arbeitsplätze zeigt. Viele der Menschen, die wir hier betreuen – und das sind nicht nur Jugendliche –, kommen geistig und psychisch mit den Forderungen und Strukturen der modernen Arbeitswelt nicht mehr zurecht. Und das wiederum hat nicht nur etwas mit dem beruflichen Bereich zu tun, sondern das hat Ursachen, die den ganzen Menschen betreffen.“

In Gesprächen mit Betreuern und Betreuten wird das faßbarer. Im niederrheinischen Wesel etwa, wo das Christliche Jugenddorfwerk in einer ehemaligen Spirituosenfabrik ein Ausbildungszentrum – wie stets in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Arbeitsamt – eingerichtet hat, heben alle Beteiligten immer wieder eine Besonderheit hervor: „Hier nimmt man sich Zeit, in jeder Beziehung. Hat man etwas nicht verstanden, kann man zwei-, dreimal nachfragen. Hier kann man aber auch pesönliche Probleme erörtern; hier spricht man darüber, welchen Sinn das alles hat.“

So vage solche Äußerungen auch sein mögen, im Einzelfall handelt es sich um handfeste Fragen. Da ist zum Beispiel der frühere Fahrlehrer Bernd B (37). Alkohol am Steuer brachte ihn um Führerschein und Lizenzen. Die Arbeitslosigkeit brachte ihn zum Nachdenken. Früher war er oft wochenlang kaum zu Hause. Der Frau und den Kindern war er fast schon entfremdet. Das erzwungene Daheimbleiben hatte auch eine positive Wirkung: Die Familie ist heute intakter. „Da ist mir klargeworden, daß etwas in meinem Leben nicht gestimmt hat.“

In Wesel, wo er nun das Schlosserhandwerk erlernt, werden auch solche Fragen erörtert. Gemeinsamer Sport, Gemeinschaftsprojekte, Anregungen zu Hobbys, finanzielle Schwierigkeiten bis hin zu Ernährungsfragen – da wird kaum etwas ausgespart. Und Bernd B. ist sogar mit seinen Selbstwertproblemen fertig geworden. Obwohl sein „Chef“ hier jünger ist als er, kann er ihn anerkennen: „Der tut nicht so, als wüßte er alles besser als ich.“

Oder Marion B. (25), erlernte Lederstepperin, zwölf Monate ohne Arbeit. Sie besucht eines der Sechsmonatsprogramme, mit denen nicht nur Fortbildung angestrebt wird, sondern vor allem „psychische Aufrüstung“ gemeint ist. „Ich wußte schon kaum noch, wie schön es in einer Gemeinschaft sein kann. Hier lernt man, wozu man überhaupt da ist.“

Rudolf Hülsken, Leiter der Ausbildungsstätte Wesel, erläutert, warum man das Problemfeld Arbeitslosigkeit nicht allein den Arbeitsämtern überlassen kann: „Öffentliche Einrichtungen müssen normativ reagieren. Das hilft im Einzelfall zwangsläufig wenig. Ein Amt kann keine Sinnfragen stellen, geschweige beantworten. Das Christliche Jugenddorfwerk versucht demgegenüber, den Arbeitslosen ihre inneren Konflikte selbst deutlich zu machen, ihnen zur Selbsterklärung zu verhelfen, Perspektiven zu eröffnen und geistige wie körperliche Stabilität zu trainieren.“

Die Ausbilder können sich nicht darauf beschränken, praktische Fertigkeiten zu vermitteln. Gisela Zipfel, Schneiderin von Beruf, beschreibt ihr Aufgabenfeld: „Da muß man bei Eheproblemen helfen. Da muß man bei der Regulierung von Schulden zur Seite stehen. Alkoholismus gibt es in einzelnen Abteilungen. Die meisten wissen nicht, wie man sich überhaupt *bewirbt. Und so manchem ist unklar*, was er überhaupt will. Diese Wünsche müssen dann auch noch mit den Möglichkeiten koordiniert werden. Angst resultiert ja sehr häufig aus dem, was man heute so schön mangelnden Durchblick nennt.“

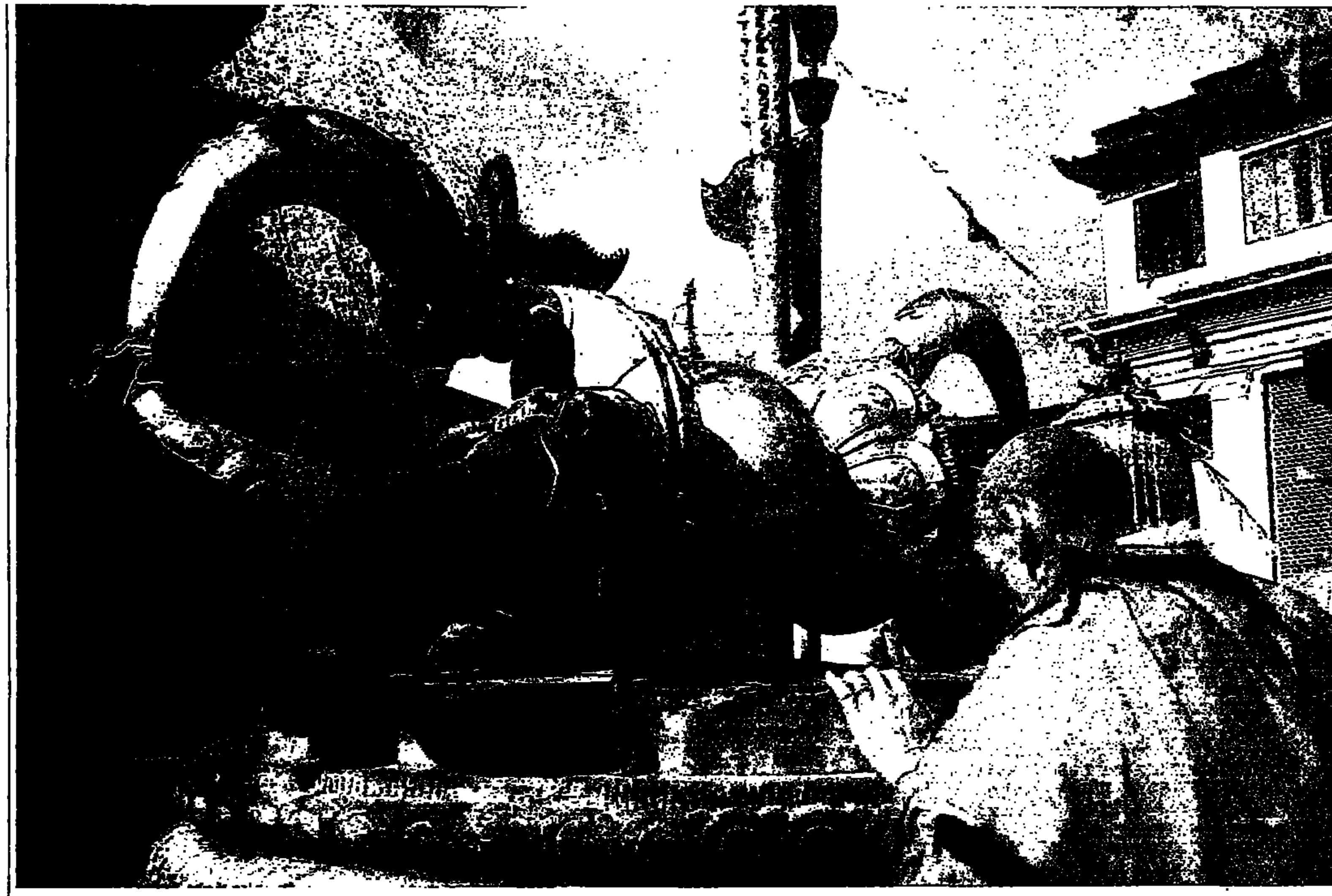
In Frechen, 80 Kilometer weiter südlich, bei Köln, in einer der größten Ausbildungsstätten des Christlichen Jugenddorfwerkes, treffen wir den CJD-Präsidenten, Christopher Dannemann, Sohn des beinahe schon le*gendären Gründers* des Werkes, Arnold Dannemann. Für ihn ist die Arbeitslosenbetreuung natürlich nur eines der Aufgabenfelder seiner Organisation. Aber ihm ist es eben gerade darum zu tun, kein Phänomen, vor allem im Hinblick auf Jugendliche, isoliert zu sehen.

Hilfestellung für eigene Daseinsentwürfe

Bei seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg kümmerte sich das Werk in erster Linie um heimatlose, elternlose, perspektivenlose Jugendliche. Heute gibt es nicht nur Einrichtungen für Behinderte, für Leistungssportler, für Schachtalente oder für Hochbegabte. Allen gemeinsam – auch den Arbeitslosen – ist ein Problem: In den normativen Zwängen der Gesellschaft fallen sie, lapidar gesagt, durch den Rost.

Christopher Dannemann sieht eines der Grundprobleme zeitgenössischer Erziehung eben in der Begleitung junger Menschen bei der Formulierung eigener Daseinsentwürfe. Der rasche Wandel in einer dynamischen Industriegesellschaft hat für ihn auch einen rascheren Wandel in der Formulierung von Lebensentwürfen zur Folge: „Entsprechend steht heute die Pädagogik vor der Nagelprobe, mit mehr Zuwendung und mehr ganzheitlicher Förderung rascher auf die Entwicklungen reagieren zu müssen. Dabei darf sie sich nicht nur modisch anpassen, sondern muß auch traditionelle Aspekte, etwa einer christlichen Lebensführung, modellhaft mitvermitteln. Entscheidend ist in jedem Fall, den jungen Menschen in ihnen gemäßen Sprache die Angst vor dem Verfehlen des eigenen Lebens zu nehmen.“

Kontinuität im Wandel, Erkenntnishilfe und praktisches Training – die Arbeitslosigkeit gehört auch in das geistige Spektrum einer umfassenden Daseinsorientierung.



Reverenz vor den Göttern, immer und überall: Die meisten Nepalesen sind Hindus, aber die buddhistischen Heiligtümer, wie Svayambunath, gehören zu den bedeutendsten. Am Eingang verweilt ein Mönch an der großen vergoldeten Vajra, Symbol des Unendlichen der drei Dimensionen.

Im Reich der Farben und Feste

Vor 35 Jahren erst begann Nepal, sich der Außenwelt zu öffnen. Heute ist es vor allem der Tourist, der die Entwicklung des einzigen Hindu-Königreichs mitfinanziert. Er stößt auf ein Land, dessen Menschen sich auf dem mühevollen Weg vom Mittelalter in die Neuzeit befinden, ohne ihre gefährdeten Traditionen zu verleugnen.

Von M. WEIDENHILLER

Nepal taucht ein ins Tihar-Fest, fünf Tage lang. Dem Hausputz folgt Lichterglanz, brennende Kerzen überall oder Tonschälchen voll mit Öl, ein Baumwollfaden drin. Wer es moderner liebt, hängt Girlanden bunter Glühbirnen auf. Papierfähnchen, an Schnüren aufgereiht, überspannen Straßen, schwingen sich von Haus zu Haus. Blumenketten für die, die man dieser Tage besonders ehrt, den Gott und die Göttin, den Bruder, aber auch die Krähe, die Kuh, den Hund. Man ißt Süßigkeiten, bergeweise, legt die Handflächen zum Gruß aneinander: Namaste. Ich verneige mich. Ich heiße dich willkommen.

Wir erleben die Nepalesen bei ihrem „Nationalsport“, dem Feiern. Geräuschvoll und bunt, gleichwohl immer mit der Religion verwoben, gewähren die Feste, einen Türspalt nur, Einblick in die Fremdartigkeit dieses Landes am Himalaja.

Religiöse Riten und Vorschriften bestimmen auch den Alltag. Frühmorgens, wenn der Nebel über dem winterlichen Katmandu wabert, die Kälte in den ungeheizten Häusern hockt, eilen die Menschen hin zu ihren Tempeln, um zu opfern: Blumen, Räucherstäbchen, Reis, Zinnoberpulver – auch Geld. Selbst nach Blut verlangt es die Götter. In Dakshinkali etwa, eine Busstunde von Katmandu entfernt. Familien, vor allem Frauen und Mädchen, herausgeputzt, kommen hierher, mit Ziegen, mit Hühnern. Ein blankes Messer trennt den Kopf vom Körper des Tieres. Das dickliche Blut wird mit der Hand aufgenommen, auf ein Blatt gelegt. Wenig später fährt die Familie zurück, das zerhackte Tier in Plastiktaschen.

Nichts ist da feierlich, läßt zeremonielle Würde ahnen. Nur einfach ein Stück Leben spielt sich ab in diesem einzigen Hindu-Königreich der Welt. Das Herrscherpaar ist allgegenwärtig, in Öl oder als Poster, in Hotelfoyers wie in Amtsstuben, neben Altarnischen oder an winzigen Verkaufsbuden. Seit 13 Jahren regiert König Birendra als absoluter Herrscher, über der Verfassung stehend, als Inkarnation des Gottes Wischnu. Hoch sind die Mauern, üppig ist der Stacheldraht rings um den Palast. Der Fußgänger wird auf die andere Straßenseite verwiesen, will er passieren. Ist Birendra dennoch „unser geliebter König“, wie riesige Transparente in Katmandus Prachtstraße unlängst bei seiner Rückkehr von einer Auslandsreise verkündeten? Zweimal begehrte das Volk 1985 gegen ihn auf: Die Lehrer streikten; sie forderten Gewerkschaften und mehr Geld. Protest auch gegen das Panchayat-System, das seit 20 Jahren das Parteiensystem ersetzt. Panchayat ist die politische Grundeinheit einer pyramidenförmig aufgebauten Staatsordnung. Doch die verfassungsmäßig zugestandene Eigenständigkeit des Panchayat wird durch die Machtbefugnisse von Regierung und König stark eingeschränkt. Die politische Willensbildung bleibt damit der gesellschaftlichen Elite – auch den höchsten Kasten – vorbehalten. Dadurch werde Stabilität gewahrt, meinen die einen; das verstoße gegen die Demokratie, *argumentieren die anderen*. Ihr Aufbegehren begann mit gewaltlosem Protest nach Gandhi-Vorbild. Es endete mit Bomben und Toten.

Würden nun die Touristen ausbleiben, die das Devisenpolster so kräftig auffüllen, überhaupt den wichtigsten „Industriezweig“ darstellen? Hatte man sich für sie nicht kräftig ins Zeug gelegt, Hotels gebaut, Schweizer Müsli und amerikanische Brownies auf die Speisekarte gesetzt, und konnte man sie nicht, weil als Fremde *unwissend und ausbeutbar, immer* wieder kräftig übers Ohr hauen?

Die Touristen, die mit Dollar-Brieftaschen oder die mit Rucksack und schmalem Budget, sie blieben nicht aus. Gerade jetzt im Winter, wo die schnee- und eisgepanzerten Achttausender sich von den Wolken befreien, zieht es Gipfelstürmer und Trekker in Scharen hierher. Andere wollen in diesem Entwicklungsland par excellence die hohe Entwicklung alter Kulturen bewundern oder ganz einfach in Katmandu, *dieses lebendige Museum*, eintauchen.

Spaziergang durch ein lebendiges Museum

Katmandu. Das ist ein Spaziergang zurück ins Mittelalter, faszinierend und dann wieder abstoßend, scheinbar chaotisch in seiner Ordnung. Immer wieder zieht es uns in die verschachtelte Altstadt mit ihren traditionellen Handwerksquartieren, den zahllosen Läden, schmuddeligen Imbiß- und Teestuben; dazwischen schmale, hohe Häuser mit prachtvollen, wenn auch dahingammelnden Schnitzereien an Fenstern und Balkonen. Da öffnet sich ein Gäßchen zu einem freien Platz, beherrscht von einem Stupa, dem Symbol Buddhas, grell bemalt mit den „allessehenden Augen“. Rings um die Stupas türmen sich kleine Pyramiden Reis zum Trocknen auf. Es ist Erntezeit, spürbar nicht nur auf den Dörfern. Mindestens drei Generationen Frauen schütteln auf flachen geflochtenen Tabletts unentwegt die Spreu vom Reis, die Spreu vom Reis ...

Ein paar Schritte weiter: Das Hupen der Autos, das Geklingle der Rikschafahrer erreicht Schmerzstärke. „Die Zimmer sind ruhig, nur die Menschen sind laut“, sagt der Nepalese im Hotel. War er nun originell oder *nur einfach logisch?*

Überhaupt heißt es umdenken: sich an das ständige Zuflüstern „Change Dollar? Change Traveller Cheques?“ gewöhnen; die Musik aufnehmen, nämlich Rotzen, Husten, Spucken; weitergehen, wenn Lumpenkinder die Finger zusammenlegen und bedeutungsvoll an die Lippen führen; ungerührt dreinschauen, wenn man Abfall auf die Straße wirft. Denn der ist wie Dreck und Kothaufen überall.

Überall türmen sich Berge von Waren auf. Obst und Gemüse ist wohlfeil. Und dennoch Mangel. An Zucker zum Beispiel. Eine Menschenschlange bildet sich, gierig ein jeder, ein paar Pfund zu ergattern. „Made in India“ oder „Made in China“ feieren Triumphe in diesem Land, das sich zwischen die beiden Riesen klemmt.

900 Kilometer lang und selten breiter als 100 Kilometer, mit dem höchsten Berg (Mount Everest) und der tiefsten Schlucht (Kali Gandaki) der Erde, mit subtropischem Dschungel, unwirtlichen Berghöhen und einer unendlichen Terrassenlandschaft, hat Nepal über die Jahrhunderte hinweg die Einflüsse aus Nord und Süd aufgenommen und verarbeitet. Es bildete sich eine ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt heraus, die ihresgleichen sucht. Politisch freilich bedarf es eines ständigen Balancespiels.

Gespräche mit Nepalesen über Indien fördern *stets* eins zutage: Mißtrauen. Mißtrauen vor Indiens politischen Ambitionen, Sorge aufgrund der fast totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Ob Buch oder Medizin, ob Fahrrad oder tiefgefrorene Pizza – all das kommt aus Indien. 80 Prozent seines Warenaustausches wickelt das landumschlossene Nepal mit seinem südlichen Nachbarn ab.

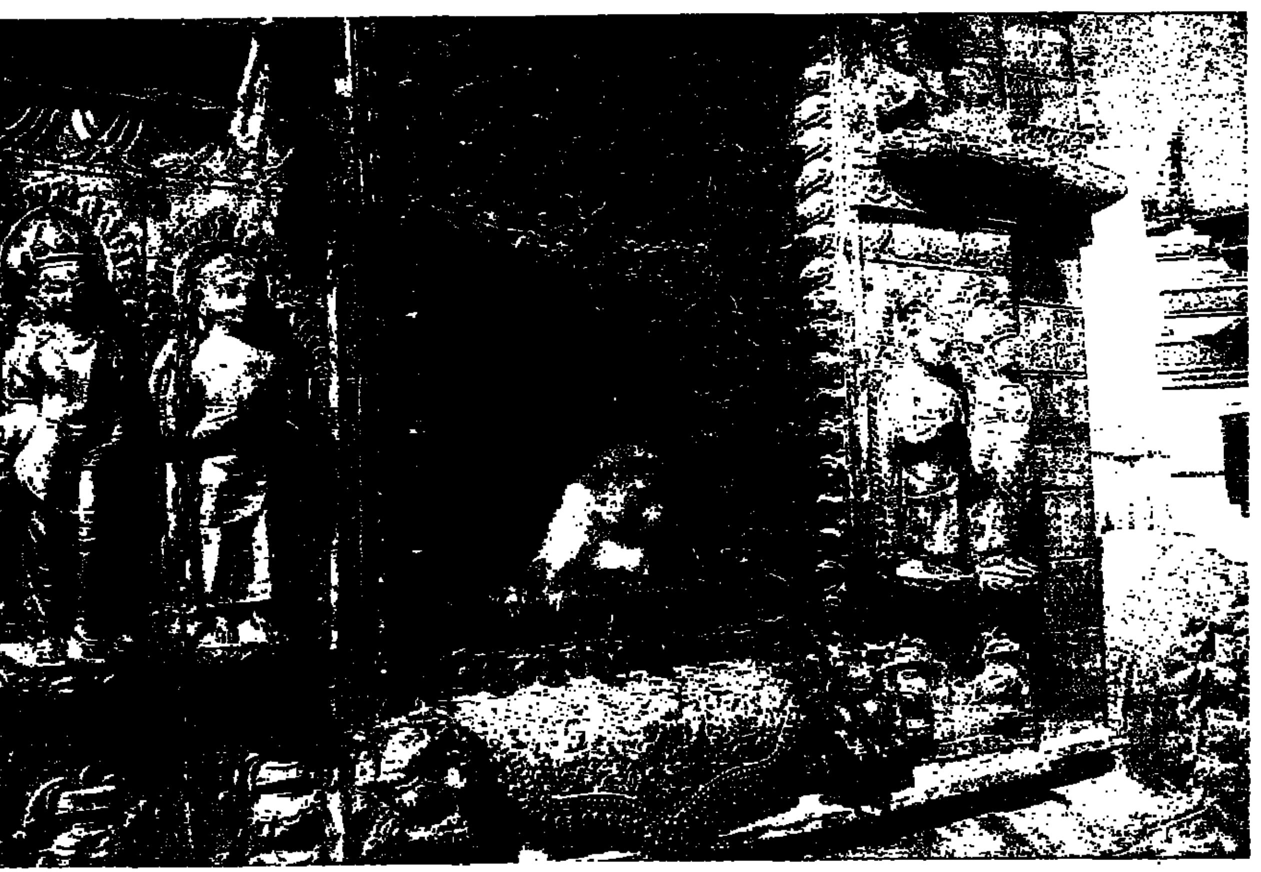
Die indisch-chinesische Rivalität am Himalaja hat auch ihr Gutes. Entwicklungshilfe fließt reichlich, wenn auch nicht immer selbstlos, wie der Straßenbau zeigt: Die Inder bauten den Tribhuvan-Highway vom Grenzort Raxaul nach Katmandu; an der Straße Katmandu–Phokara verrät eine Tafel, daß sie durch die „Freundschaft mit China“ entstand.

Erst vor 35 Jahren öffnete sich Nepal dem Ausland, der Entwicklungshilfe. Damals gab es nur Wege für Ochsenkarren. Abgelegene Bergdörfer und Täler waren erst nach wochenlangem Trekking erreichbar. Die Nepalesen schleppten die Lasten, die Pässe hinauf und wieder hinunter. Heute gibt es Straßen und Flugplätze; sie haben die Mobilität erhöht, so manche Erleichterung gebracht. Und dennoch sind die Nepalesen ein Volk von Trägern geblieben. Sie tragen ihre „Dokos“, ihre vollbeladenen Körbe, mit einem Riemen über der Stirn auf dem Rücken gehalten, bergan und bergab, barfuß zumeist – so weit die Füße tragen.

Nur jeder fünfte kann schreiben und lesen

Der Fortschritt, er kommt nicht mit Sieben-Meilen-Stiefeln. Mit dem rasch wachsenden Tourismus schleicht sich zudem eine oberflächliche Verwestlichung ein, die die Identität der Nepalesen gefährdet, Strukturen zerstört. Katmandu hat Strom – 24 Stunden lang – erst seit drei Jahren. Nur 20 Prozent der Bevölkerung können lesen und schreiben. Auf 100 000 Nepalesen kommt außerhalb des Katmandu-Tals lediglich ein Arzt; 35 von 1000 Kindern sterben, noch ehe sie fünf Jahre alt sind. Und dennoch: Scharen von Kindern überall, jährlich wächst das 16-Millionen-Volk um 2,6 Prozent. Vor allem auf dem Land, in den Bergen ist die Armut allgegenwärtig.

Regierung und Administration scheinen der Herausforderung nicht gewachsen. Immer mehr Menschen brauchen auch immer mehr Energie. Und die Nepalesen holen sie vor allem aus dem Holz. Tagein, tagaus schleppen Frauen und Kinder Holz als Brennmaterial, Blätter für das Vieh, in ihren Körben nach Hause. Nur noch 25 Prozent Nepals – früher 75 Prozent – sind bewaldet. Auf Bergen und in Tälern sind die zerrupften Überbleibsel von Wald nicht zu übersehen. Die Reste eines Hochwaldes klammern sich an die Bergrücken. Der Boden erodiert, ganze Hänge rutschen während der Monsunzeit zu Tal. Nepal ist zu einem Paradies mit dunklen Flecken geworden.



Verehrte Schmarotzer: In manchen Tempeln werden die Affen als heilige Tiere verehrt. Sie lassen es sich gern gefallen. Träge geworden, warten sie auf die eßbaren Opfergaben der Pilger. FOTOS: MARTA WEIDENHILLER

Ein Markt für den „eisernen Kanzler“

Nach Martin Luther und Friedrich dem Großen nimmt sich Ost-Berlin nun des Reichsgründers an: Die Bismarck-Welle rollt.

Von HANS-R. KARUTZ

Die „Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles“ – dieses ungewöhnliche Bild druckte die „DDR“-Presse am Wochenende. Ausdrücklich unter Berufung auf den 115. Jahrestag der Reichsgründung, den 18. Januar 1871, erschienen zwei bemerkenswerte Würdigungen des Reichskanzlers.

Mit dem Satz: „Nach Luther und Friedrich II. rückt nun Bismarck immer stärker in den Mittelpunkt des historischen Interesses“ verwies der „Morgen“, das Blatt der Ost-Liberalen, auf die neue Linie. „Jetzt Bismarck-Renaissance?“ fragte der Autor. Das Fragezeichen hätte er sich schenken können. Denn spätestens seit dem Erscheinen der Bismarck-Biographie mit dem bezeichnenden Titel „Urpreuße und Reichsgründer“ aus der Feder des Ostberliner Historikers Ernst Engelberg Ende vorigen Jahres ist die Figur des einstmals als „*ostelbischer Krautjunker*“ *und* „Unterdrücker der Arbeiterklasse, Vater des Sozialistengesetzes“ verschrieene Politiker politisch en vogue.

„Was an Bismarck fasziniert . . .“

Im „Morgen“ heißt es zusammenfassend über ihn: „Was an Bismarck fasziniert, ist, daß er, der preußische *Junker, die Geschäfte der deutschen* Bourgeoisie besorgte, indem unter seiner Führung Preußen das Reich schuf, das die Bourgeoisie brauchte, um sich zu entfalten; daß er, der ‚Blut-und-Eisen‘-Politiker, zwar auch nach 1871 mit den Waffen drohte, doch eine Politik machte, die den Krieg vermeiden sollte . . .“

Die Zeitung der „DDR“-CDU, „Neue Zeit“, fand zum Jahrestag der Kaiserproklamation – ähnliche Würdigungen dieses Ereignisses suchte man im Westen übrigens vergebens – sogar für die Arbeiterklasse plötzlich Positives im Wirken des Alten vom Sachsenwald: „Auch die deutsche Arbeiterklasse konnte auf der Basis des geeinten Deutschland ihre Kräfte besser sammeln“, zitiert die Zeitung Autor Engelberg.

Dessen 700-Seiten-Werk, im angesehenen Akademie-Verlag erschienen, ist allerdings in keinem „DDR“-Buchladen zu ergattern. Wer danach als unbedarfter Besucher aus dem Westen fragt – weil er an die Siedlersche Ausgabe für 48 Mark denkt, die in jeder West-Buchhandlung wohlfeil zu haben ist –, erntet ein ironisches Lächeln: „Den Bismarck gibt's schon lange nicht.“ Im Februar soll, so heißt es, eine neue Auflage auf den Markt kommen.

Selbst die Morgenmagazine im Ostberliner Rundfunk nahmen kritische Hörerfragen auf Band, weshalb der Bestseller denn nirgends zu haben sei: „*Zumindest hat jede Bibliothek* bei uns ein Exemplar erhalten“, tröstete der Moderator die frustrierten verhinderten Leser. Auch der Autor im „Morgen“ mochte sich einen Seitenhieb auf die offizielle Devisenpolitik nicht versagen (denn die in den Westen vergebene Lizenz brachte natürlich D-Mark-Einnahmen): Der „eiserne Kanzler“ werde gewiß als solcher zur Debatte stehen, schrieb der Verfasser, „sobald das Werk auch in Buchhandlungen unseres Landes er*hältlich ist*“. *Was unterstellt, andern*orts sei es vorhanden.

Neue Töne in der offiziellen Lesart

Die populärste „DDR“-Zeitschrift, die Familienpostille „Wochenpost“, griff zum raren Mittel einer „home story“ über Engelberg – auf zwei Mittelseiten. In einem Interview kommt die *offizielle* „DDR“-Lesart Bismarcks zum Ausdruck: „Ich finde, keiner, der sich mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts befaßt, kann an dieser Gestalt vorbei. Reaktionär war er in der Revolution von 1848, despotisch im Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten ... Aber er war auch bemerkenswert wegen einer Politik, die reale Gegebenheiten nicht ignorierte ... Und außerdem war er ein interessanter Mensch. Schon wie er schreibt, ist bildkräftig und ausdrucksstark“, *sagte Engelberg*.

In der bisherigen, auf engstirnige Klassenstandpunkte verkürzten „DDR“-Typologie war die Eigenschaft „interessant“ bislang ein Muster ohne ideologischen Wert.

Man liest es zweimal, wenn in der SED-„Einheit“ die Reichsgründung durch Bismarck als „insgesamt doch bedeutender historischer Fortschritt“ (Zitat Engelberg) gefeiert wird. Es ist ja, laut Honecker, angeblich „im Feuer des Dritten Reiches ein für allemal untergegangen“.

Bürgermeister von Dresden und Leipzig abgelöst

DW. Berlin

In Leipzig und Dresden, den beiden größten Städten der „DDR", haben innerhalb von einer Woche die Oberbürgermeister gewechselt. Wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN gestern berichtete, wurde der bisherige erste stellvertretende Oberbürgermeister der Messe-Stadt Leipzig, Bernd Seidel, zum neuen Oberbürgermeister der Stadt bestellt. Seidel löste Karl-Heinz Müller ab. Gründe für dessen Ausscheiden wurden nicht genannt. Bereits am vergangenen Donnerstag war der Oberbürgermeister von Dresden, Gerhard Schill, durch einen leitenden Funktionär der „DDR"-Jugendorganisation FDJ, Wolfgang Berghofer, abgelöst worden. Zu dem Wechsel in Dresden hatte ADN gemeldet, daß Gerhard Schill aus gesundheitlichen Gründen und auf persönlichen Wunsch aus seinem Amt ausgeschieden sei.

Für Partnerschaft mit „DDR"-Städten

DW. Saarbrücken

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat sich für deutsch-deutsche Städtepartnerschaften ausgesprochen. Windelen sagte in einem Interview des Saarländischen Rundfunks, er begrüße die Vorgespräche über eine Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt in der „DDR". Es sei wichtig, daß „über die Trennungslinie" zwischen Städten und Gemeinden möglichst viele Brücken geschlagen würden. Windelen bedauerte, daß die Bemühungen, „andere Partnerschaften zustande zu bekommen, bisher auf Zurückhaltung gestoßen" seien. Es sei nicht normal, daß viele westdeutsche Städte zwar Partnerschaften zum Beispiel mit Städten in Polen und der Sowjetunion hätten, nicht aber mit denen in der „DDR".

CDU: Sonderschulen sollen erhalten werden

DW. Bonn

Die Kulturpolitiker der CDU wollen die Sonderschulen als eigenständige Schulform erhalten, setzen sich aber für eine stärkere Zusammenarbeit mit allgemeinen Schulen ein. Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Peter Bendixen, sagte, das Gremium halte eine Neufassung der „Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Ordnung des Sonderschulwesens" für erforderlich. Stärker als bisher solle vor allem der Grundsatz einer intensiven Zusammenarbeit allgemeiner mit Sonderschulen festgeschrieben werden. Der Ausschuß tritt auch dafür ein, „der Gefahr unnötiger Schonräume und isolierender Sonderbedingungen entgegenzuwirken".

Hessen-SPD lehnt Ausschuß weiter ab

DW. Wiesbaden

Die hessische SPD lehnt die Einsetzung eines Parlamentsausschusses zur Untersuchung des Todes des Demonstranten Günther Sare weiterhin ab. Der Sprecher des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der SPD, Hans Zinnkann, sagte, der Bericht des Sonderbeauftragten Günter Erkel über das Verhalten der Polizei bei der Demonstration, bei der Sare von einem Wasserwerfer überrollt worden war, gebe „keinen Anlaß, von der bisherigen Haltung abzuweichen". Die SPD hatte bereits im Landtag einen Antrag der Grünen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abgelehnt. Die Landesmitgliederversammlung der Grünen hatte am Wochenende in Friedberg beschlossen, an der Forderung nach einem Ausschuß festzuhalten, da der Bericht „völlig unbrauchbar" sei. Keine Mehrheit fand der Antrag der Fundamentalisten, die Entlassung von Innenminister Horst Wintersteins zu fordern.

Wiesheu mit bestem Ergebnis nominiert

DW. Freising

Mit 95,7 Prozent der Stimmen ist der frühere CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu im oberbayerischen Freising als Direktkandidat der CSU für die Landtagswahl im kommenden Oktober nominiert worden. Für den 41jährigen Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, der zum viertenmal für den Landtag kandidiert, war dies das beste Ergebnis, mit dem er je nominiert worden ist. Der ehemalige CSU-Generalsekretär war 1984 nach einem Verkehrsunfall mit Todesfolge, an dem er beteiligt war, zu einem Jahr Gefängnis, das zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Wiesheu stand zum Zeitpunkt des Unfalls unter Alkoholeinfluß.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

‚Realos' retten rot-grüne Koalition in Hessen

Antrag auf Rücktritt Wintersteins von Mehrheit abgelehnt

D. GURATZSCH, Friedberg

Auf einer Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Friedberg haben sich am Wochenende die Gegner der rot-grünen hessischen Koalition um Jan Kuhnert, Jutta Ditfurth und Manfred Zieran mit ihrer Forderung nach Rücktritt des hessischen Innenministers Winterstein (SPD) nicht durchsetzen können. Verabschiedet wurden statt dessen Anträge, in denen lediglich die Einsetzung eines öffentlichen „Tribunals" zur Untersuchung der Todesumstände des Demonstranten Sare gefordert wird.

Das Tauziehen der beiden unversöhnlichen Gruppierungen, der Koalitionsbefürworter („Realpolitiker") und Koalitionsgegner (Fundamentalisten, Radikalökologen und Ökosozialisten), hatte schon beim Streit über die Tagesordnung dieser Landesversammlung begonnen. Die Realpolitiker versuchten, den Parteitag für beschlußunfähig zu erklären, da nicht ordnungsgemäß dazu eingeladen worden sei. Die Anwesenheit von nur wenig über 200 grünen Parteimitgliedern zeige, daß keine „ordentliche Mitgliederversammlung" zustande gekommen sei. Eine so wenig repräsentative Versammlung der Grünen könne mit ihren „Zufallsmehrheiten" keine Beschlüsse fassen, mit denen die auf einem Parteitag von 1200 bis 1500 Parteimitgliedern beschlossene Koalition mit den Sozialdemokraten gefährdet werde.

Satzungs-Gerangel

Die Koalitionsgegner, die ihre Anhänger mit eigenen Einladungsschreiben für diese Mitgliederversammlung eigens mobilisiert hatten, bestritten ausdrücklich, daß die Versammlung nicht satzungsgemäß zustandegekommen sei und ihre Beschlüsse deshalb keine satzungsgemäße Gültigkeit hätten. Vielmehr werde eine lediglich unterbrochene Landesmitgliederversammlung vom 24. November 1985 in Butzbach mit dieser Friedberger Versammlung fortgesetzt. Das Argument der Beschlußunfähigkeit diene lediglich dazu, den „Sprengsatz", der in dieser Versammlung liege, unschädlich zu machen und den versammelten Parteimitgliedern einen Maulkorb umzuhängen.

Nur mit knapper Mehrheit von 122 zu 116 Stimmen kam endlich der Beschluß zustande, mit dem sich die Friedberger Mitgliederversammlung selbst die Beschlußfähigkeit bescheinigte. Aber es war ein Pyrrhussieg. Denn als am Nachmittag dann die Koalitionsgegner ihren „Sprengsatz" vorzeigten, nämlich den Antrag der Gruppe Kuhnert/Ditfurth/Zieran, dem sozialdemokratischen Innenminister das Mißtrauen auszusprechen, reichte es nicht zu einer Mehrheit für diesen Antrag, mit dem die erst 30 Tage alte Koalition von Wiesbaden hätte ausgehebelt werden können.

Streit um Innenminister

Ihren Antrag hatten Kuhnert/Ditfurth und Zieran mit der Reaktion Wintersteins auf den Bericht des von ihm eingesetzten unabhängigen Untersuchungsbeauftragten Erkel über die Umstände, die zum Tod von Sare geführt hatten, begründet. Ein Innenminister, der „eine Polizeistrategie, die Tote in Kauf nimmt, vorbehaltlos billigt", sei für die Grünen „untragbar".

Aber auch ein Alternativantrag der ökosozialistischen Gruppe um Landesvorstandsmitglied Werner Wenz erhielt keine Mehrheit. Wenz hatte die alte Forderung der Grünen in Hessen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Vorfälle beim Tode Sares einzusetzen, mit dem Druckmittel verknüpfen wollen, dem Innenminister bis zur Einsetzung eines solchen Ausschusses den Haushalt zu verweigern.

Dennoch können sich die „Realpolitiker" bei den hessischen Grünen nach diesem Sieg über die Fundamentalisten und Ökosozialisten kaum in Sicherheit wiegen. Er kam nämlich nur dadurch zustande, daß sich die radikal-marxistische Michael-Stamm-Gruppe, in Hessen vertreten durch Rolf Ascheberg, mit einem eigenen Antrag zu profilieren suchte und so das Lager der Koalitionsgegner schwächte.

Aschebergs Antrag, der mehrheitlich gebilligt wurde, aber noch mit einem ebenfalls verabschiedeten, „realpolitischen" Antrag „harmonisiert" werden muß, fordert die Einsetzung eines öffentlichen „Tribunals" zur Klärung der Todesursache von Sare. Die Begründung: Mit dem „parlamentarischen Instrumentarium" sei eine solche Klärung nicht möglich.

Voigt kontra Trampert

DW. Bonn

Karsten Voigt als Vertreter der SPD war der rechteste der Rechten im Saal des Frankfurter DGB-Hauses. Die IG Metall und die IG Druck hatten handverlesen geladen. Als Gegenspieler Voigts fungierte Rainer Trampert, einer der drei Bundessprecher der Grünen. Eines verband alle an diesem Abend: die Ablehnung einer rot-grünen Koalition, unabhängig ob auf Landes- oder Bundesebene. Voigt, weil er die offizielle Bonner SPD-Linie vertreten mußte, und Trampert als Repräsentant der Hamburger „Z-Fraktion", die eine harte „öko-sozialistische" Linie vertritt. Die Zuhörer waren Geschwerkschafter vom äußersten linken Flügel, die mit Stolz bekannten, in Frankfurt gegen Wallmann dabeigewesen zu sein.

Wem der Beifall an diesem Abend galt, war programmiert. Voigts Werbung um die Solidarisierung des linken Flügels und die Bitte einer Unterstützung von Johannes Rau als Alternativ-Kandidat zu Helmut Kohl durch die Grünen konnten nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Das Eintreten des SPD-Abgesandten für die NATO war für die Zuhörer zuviel. Daß die Ablehnung des Atlantischen Bündnisses durch die Grünen das entscheidende Hindernis für eine Übertragung des hessischen Modells auf Bonn sei, wurde schon gar nicht mehr registriert.

Anders Trampert. Er nennt die Position des „SPD-Chefstrategen" Peter Glotz „rechts bis reaktionär". Mit ihrer „Abgrenzung" von den Rempeleien gegen Wallmann mache sich die SPD-Spitze einer „realen Schwächung des Widerstands" schuldig. Gegen diese Argumentation hatte Voigt mit seinem Einwand, nicht die Gewerkschaften und Sozialdemokraten, sondern die Arbeitgeber müßten als Unruhestifter dastehen, keinen Erfolg. Auch ein Blick in die Wahlkampfkiste Raus gab den Zuhörern nichts: „Ja, Rau versucht CDU-Wähler zu gewinnen, weil auf andere Weise die Mehrheitsverhältnisse in Bonn gar nicht zu kippen sind." Die Anwesenden setzten auf eine andere Karte. Die Zeit sei reif, so ein Repräsentant der IG Druck und Papier, „wo wir und nicht das Parlament die Dinge ändern können".

Vor einem Arrangement?

Treffen von Biedenkopf und Pützhofen an geheimem Ort

WILM HERLYN, Essen

„Hahnenkämpfe", kommentierte gestern in Düsseldorf ein CDU-Mann die Streitdiskussionen in der westfälisch-lippischen und der rheinischen Union. In der Tat nehmen die Auseinandersetzungen darüber, wer die fusionierte CDU in Nordrhein-Westfalen als 1. Vorsitzender führen darf, skurrile Züge an.

Nachdem durch – gezielte? – Indiskretionen aus der westfälischen Ecke bekannt wurde, daß sich Professor Kurt Hans Biedenkopf mit seinem Kontrahenten um diese Funktion, Dieter Pützhofen, im Münsterschen treffen wollte, schlug der Krefelder Oberbürgermeister telefonisch flugs einen anderen Ort der geheimen Verhandlungen am späten Sonntag vor: Statt des Oorscher Hofes nannte er ein fashionables Restaurant im Essener Süden.

Gleichzeitig bat er darum, daß Biedenkopf nicht mit einer Rückendeckung von drei Stellvertretern anrückte, sondern nur höchstens einen Parlamentär mitbringen sollte. Früher waren beide Kandidaten davon ausgegangen, daß die Gespräche unter vier Augen geführt würden. Pützhofen setzte sich in dem Punkt durch.

Das Ergebnis – soweit es durchsickerte – ist bisher mager. „Wir haben uns in die Hand versprochen, nichts zu sagen", hieß es aus der Umgebung Pützhofens. Solche Erklärungen lassen weiten Raum für Spekulationen. Doch zeichnet sich ab, daß eine Lösung favorisiert wird:

Danach dürfte sich Kurt Biedenkopf in die Annalen der Parteigeschichte als erster Vorsitzender der fusionierten CDU in Nordrhein-Westfalen eintragen – vorausgesetzt, daß der gemeinsame Parteitag von Rheinländern und Westfalen am 8. März in Düsseldorf positiv entscheidet.

Pützhofen könnte dann, um die herausgehobene Position zu dokumentieren, in einem besonderen Wahlgang als erster Stellvertreter bestimmt werden. Nach der geplanten Satzung, über die der Parteitag auch am 8. März befindet, wird der Vorstand auf zwei Jahre gewählt. Die Rheinländer dringen darauf, daß der Spitzenkandidat der Union für die Landtagswahl 1990 frühzeitig installiert wird. Auf dieses Amt hat aber schon Pützhofen seine Option abgegeben, während Biedenkopf erklärte, er werde sich um ein Bundestagsmandat in Bonn bemühen.

Der casus belli ist in dem Gespräch zwischen Biedenkopf und Pützhofen aber noch nicht beseitigt worden. Die rheinische Seite möchte, daß der Westfale sich öffentlich erklärt, das Amt des Landesvorsitzenden mit seinem Abgang in die Bonner Bundespolitik zur Verfügung zu stellen – also den Weg freizumachen für Dieter Pützhofen. Bisher scheint Biedenkopf nicht bereit, diese bindende Zusage abzugeben.

Die Minderheit hat einen eigenen Staat

Ist die Bundesrepublik Deutschland nur eine gleichrangige Vertragsseite in den Beziehungen zur „DDR"? Oder muß das unterschiedliche Wertesystem Einfluß nehmen auf Verhandlungen mit Ost-Berlin? In diesem Spannungsfeld finden die Kontakte statt. In der Tagespolitik neigen einige Bonner Politiker dazu, den „leichteren" Weg zu gehen: die „DDR" als einen gleichwertigen Staat zu behandeln. Ein Grund, darauf hinzuweisen, daß dies langfristig für Deutsche und Deutschland der schwierigere Weg sein kann.

Von WOLFGANG SEIFFERT

Es ist keine Beckmesserei, wenn das publizierte Kulturabkommen mit der DDR zum Anlaß genommen wird, erneut über das grundsätzliche Verhältnis zur DDR nachzudenken. Wie immer man das jetzt den Ländern zur Stellungnahme vorliegende Dokument im einzelnen bewertet, es handelt sich um ein Folgeabkommen zum Grundvertrag mit der DDR von 1972, für das der Satz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gilt, daß es nicht nur vertragsgemäß, sondern auch grundgesetzgemäß sein muß. Daß es insbesondere in keiner Hinsicht zu einer Verkürzung oder Lockerung der Grundrechte und Freiheiten führen dürfe. Und daß es die Organe des Bundes oder der Länder keineswegs von der verfassungsrechtlichen Pflicht entbinde, nicht nur die bestehenden Gemeinsamkeiten im öffentlichen Bewußtsein zu wecken, sondern auch wachzuhalten, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede der Lebens- und Rechtsordnung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bestehen. Die Erinnerung an dieses Verfassungsangebot ist nicht nur Hinweis auf eine verpflichtende Rechtslage.

Das neue Kulturabkommen

Auch das ist allerdings notwendig, erleben wir doch gerade im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen mit der DDR den (rechtlich unzulässigen) Versuch, die grundgesetzliche Prüfungspflicht des Bundes und der Länder mit dem Hinweis einzuschränken, es könne angesichts der Verhandlungsposition der DDR keine „Nachbesserungen" geben. Dabei wäre es doch umgekehrt die Aufgabe der Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland, die DDR-Seite auf diese Prüfungspflicht und die daraus unter Umständen folgenden Änderungsnotwendigkeiten nach der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik hinzuweisen. Diese freilich kennt die DDR nur zu gut. Aber die Betonung der rechtsstaatlichen Position der Bundesrepublik wäre doch etwas himmelweit besseres als „Warnungen" vor der Erwartung, man könne jetzt noch Verbesserungen durchsetzen.

Es ist vor allem ein politisches Gebot, daran zu erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland in ihren Beziehungen zur DDR nicht nur schlechthin eine Seite des Grundlagenvertrages ist, sondern den sozialen Rechtsstaat vertritt. Es folgt daraus, daß beide – der soziale Rechtsstaat (die Bundesrepublik Deutschland) und die kommunistische Staatlichkeit (in Gestalt der DDR) – innerhalb der gleichen deutschen Nation existieren. Schon allein dieser unbestreitbare Tatbestand schließt jede Gleichsetzung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR mit solchen zu anderen Staaten, auch zu anderen kommunistischen Staaten wie etwa zur Sowjetunion, mit zwingender Logik aus.

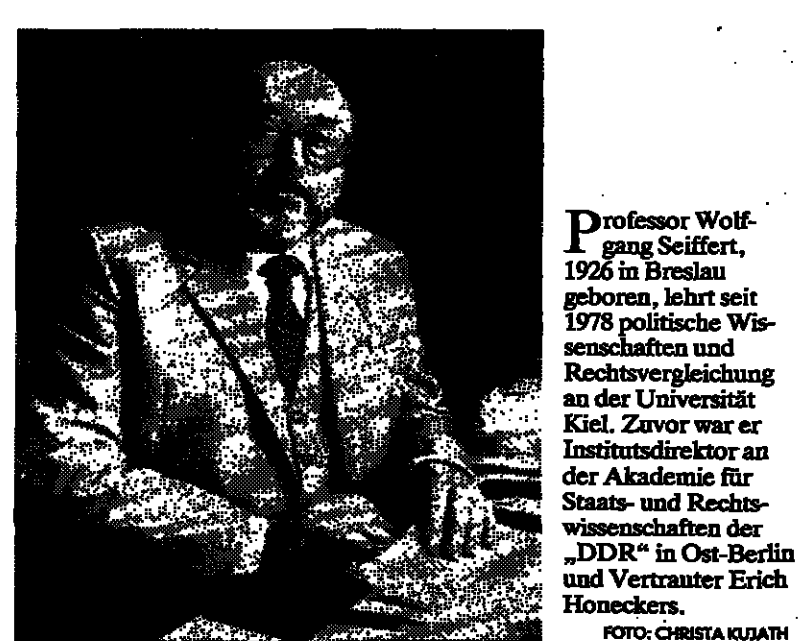
Doch was logisch ist, bestimmt nicht immer auch das politische Verhalten. Jedenfalls treffen wir gerade in dieser Hinsicht in der hiesigen Öffentlichkeit immer wieder und immer mehr auf Tendenzen, Bundesrepublik und DDR nicht nur in juristischer Hinsicht, sondern auch politisch als „Gleiche" zu behandeln, ja die einander ausschließenden politischen und wirtschaftlichen Systeme beider Staaten als gleichwertig anzusehen. Dabei wird völlig außer acht gelassen, daß hier zwei der Zielsetzung nach gegensätzliche und in bezug auf die Gesamtnation sehr unterschiedliche politische Kräfte langfristig um ihren Einfluß auf das künftige Gesamtdeutschland ringen: die Mehrheit der Demokraten einerseits und die Minderheit der Parteigänger der kommunistischen Diktatur andererseits.

Sowjets „in Deutschland"

Die prinzipielle und kaum zu überwindende Schwächeposition dieser Minderheit in Deutschland darf nicht blind machen für die Realität, daß sie heute – anders als in der Weimarer Republik – ihren eigenen Staat mitten in Deutschland besitzt und zudem seit mehr als vierzig Jahren sowjetische Streitkräfte in Deutschland stehen, die sich auch bewußt so („Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland") nennen. An den machtpolitischen Konsequenzen dieser Realitäten in Deutschland haben die politischen Repräsentanten der SED noch nie Zweifel aufkommen lassen. Mit der Gründung der DDR, das kann man bei dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen nachlesen, das seit dem Ausscheiden Häbers wieder für die Beziehungen zur Bundesrepublik verantwortlich zeichnet, habe der „welthistorische Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" nunmehr „auch auf deutschem Boden unwiderruflich seinen Anfang genommen" (Einheit, Heft 9/10-1984, S. 826).

Die Ursachen des Fehlverhaltens in der Bundesrepublik wurzeln daher auch nicht im Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR 1972 (den inzwischen wohl alle Parteien als gültige Rechtsgrundlage der Beziehungen mit der DDR akzeptieren), sondern darin, wie man seitdem dem Problem der kommunistischen Staatlichkeit in Deutschland bis heute begegnet. Hier trifft man sowohl auf einen Mangel an Prinzipienfestigkeit, auf Leichtfertigkeit im Umgang mit Grundsatzpositionen der Deutschlandpolitik ebenso wie auf – manchmal schon erstaunliche – Fehleinschätzungen der Situation wie der Haltung der DDR. Das beginnt oft ganz unversehens und ungewollt.

Das erste, was in diesem Zusammenhang in Erscheinung tritt, ist eine schleichende Relativierung der Begriffe und Werte, die die Substanz des sozialen Rechtsstaates und seine qualitative Unterscheidung gegenüber jeder Form kommunistischer Diktatur betreffen und deren Inhalte unverwässert zu bewahren, daher unverzichtbar ist. Betrachten wir die Entwicklung, die die Vertragspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Osten nahm.



Professor Wolfgang Seiffert, 1926 in Breslau geboren, lehrt seit 1978 politische Wissenschaften und Rechtsvergleichung an der Universität Kiel. Zuvor war er Institutsdirektor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der „DDR" in Ost-Berlin und Vertrauter Erich Honeckers.
FOTO: CHRISTA KUJATH

Morgen lesen Sie:
„Normalisierung" und ihre Folgen für das Bonner Selbstverständnis. Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit von Grundverschiedenem: Demokratie und Diktatur.

Die Spätfolgen der Abtreibung

KNA, Freiburg

Zehn Jahre nach der Reform der Strafbestimmungen gegen Abtreibung machen katholische Beratungsstellen eine neue Erfahrung: Immer häufiger suchen Frauen Rat, die erst Jahre nach einem Schwangerschaftsabbruch in seelische Not geraten sind. Die Leiterin des Referates Familienhilfe des Deutschen Caritasverbandes, Elisabeth Buschmann, erklärte in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), nicht selten gehe es in diesen Fällen um „Lebenskrisen, bei denen der Schwangerschaftsabbruch plötzlich eine sehr intensive Rolle spielt, zum Beispiel bei Trennung oder Scheidung, beim Tod eines Kindes, bei Feststellung der Unfruchtbarkeit und Nichterfüllung des Kindeswunsches in der nachfolgenden Ehe, bei schwerer Krankheit oder im Klimakterium". Noch mehr Sorgen bereiteten den Beratungsstellen jene Frauen, die „in vergleichbarer Not nach einem Schwangerschaftsabbruch nicht mehr auf uns zukommen".

Gedenken an den „Holocaust"

hrk. Berlin

Über die Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an einem „Holocaust"-Museum zum Gedenken an die Vernichtung jüdischer Mitbürger durch den Nationalsozialismus, das 1989 in der amerikanischen Hauptstadt Washington errichtet werden soll, beraten die zwölf Mitglieder des „Holocaust Memorial Committee" heute und morgen in Berlin und Bonn. Das Gremium war im Sommer 1985 vor allem unter dem Eindruck der Irritationen des Bitburg-Besuchs von Ronald Reagan vom amerikanischen Präsidenten ins Leben gerufen worden. Die deutschen Mitglieder dieses Rates benannte Bundeskanzler Helmut Kohl. Zu ihnen gehören der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Petersen und Wolfgang Bergesdorf vom Bundespresseamt.

Gestern trafen sich die deutschen und amerikanischen Gäste im Axel-Springer-Haus und berieten über weitere Aktivitäten.

1987 Kampf um christliche Wähler

idea, Bonn

Zwei Parteien, die sich als „bewußt christlich" verstehen, wollen im Bundestagswahlkampf 1987 der Union möglicherweise die Stimmen konservativer Christen streitig machen: Während die Deutsche Zentrumspartei bereits entschieden hat, bei der Wahl in allen Wahlkreisen zu kandidieren, will die Christliche Partei für das Leben (CPL) darüber auf ihrem Bundesparteitag 1986 abstimmen.

Beide Parteien werfen CDU und CSU vor, auf ethischem Gebiet, besonders in Fragen der Abtreibung, Pornographie und Gotteslästerung, versagt zu haben. Die Unionsparteien hätten die versprochene „geistig-moralische Wende" nicht vollzogen, sagt der Vorsitzende der etwa 3000 Mitglieder zählenden Zentrumspartei, Gerhard Woitzik, aus Dormagen bei Düsseldorf. Deshalb seien besonders bei der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen viele bewußte Christen nicht mehr zur Urne gegangen. Das Zentrum hat derzeit 45 Mandate in Kommunalparlamenten.

SPD-Linke contra Parteiführung

dpa, Bonn

Kritik an den Vorschlägen der SPD-Führung für eine neue Wirtschaftspolitik der 90er Jahre hat die Parteilinke angemeldet. Nach Ansicht von Bundesvorstandsmitglied Peter von Oertzen weisen die von der SPD-Vostandskommission unter Leitung von Wolfgang Roth ausgearbeiteten Vorstellungen, über die auf dem Wirtschaftsparteitag der SPD im Mai in Hamburg diskutiert werden soll, in entscheidenden Bereichen Lücken auf.

Oertzen erklärte, die Parteilinke vermisse in dem Roth-Papier vor allem eine ausreichende Analyse der Ursachen für die Wirtschaftskrise sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Strategien von „aufgeklärten Vertretern" der neokonservativen Wirtschaftspolitik, wie etwa des westfälischen CDU-Vorsitzenden Biedenkopf und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth. Weiter kritisierte von Oertzen ein „undifferenziertes Vertrauen" auf die heilenden Kräfte des Marktes.

Mit Wackersdorf kann die CSU ruhig leben

Von PETER SCHMALZ

Die bayerische Staatsregierung sieht sich mit ihrem Energiekonzept, das einen forcierten Einsatz der Kernkraft bei der Stromproduktion und den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage vorsieht, auf dem richtigen Weg. Einerseits sind die in der Vergangenheit hohen bayerischen Stromtarife bereits unter den Bundesdurchschnitt gesunken, andererseits zeigt eine Untersuchung, die von der Münchener Staatskanzlei noch geheimgehalten wird, eine große Zustimmung der Bevölkerung: Danach wird der Regierung auf keinem anderen Gebiet eine ähnlich hohe Kompetenz zugewiesen wie bei der Energievorsorge.

Deshalb ist anzunehmen, daß die CSU im Laufe des Landtagswahlkampfes verstärkt auf den Zusammenhang von preiswerter Energie und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hinweist und die SPD damit in eine schwierige Argumentationslage zu bringen versucht, nachdem die Landtags-Opposition eine völlige Abkehr vom staatlichen Energiekonzept fordert.

Insbesondere gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), für die CSU und die Landesregierung ein unerläßliches Glied im atomaren Entsorgungskreislauf, macht die SPD energisch Front. Bei einem Ausflug der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zum WAA-Baugelände bei Wackersdorf in der Oberpfalz erklärte der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann, ein Sieg der SPD bei der Bundestagswahl wäre „das gleichzeitige Aus für die WAA". Ein entsprechender Beschluß des SPD-Parteirats sei mit der Stimme von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau zustandegekommen.

Trotz unterschiedlicher Meinungen auch innerhalb der SPD, inwieweit der Protest gegen die Anlage sich landesweit durch einen Zuwachs an Wählerstimmen auszahlen wird, ist die Partei entschlossen, ihren Widerstand gegen die Wiederaufarbeitung zu einem ihrer zentralen Wahlkampfthemen auszubauen.

Landesbericht Bayern

Dabei fällt dem Schwandorfer SPD-Landrat Hans Schuierer zunehmend die Rolle einer Symbolfigur zu, die er allem Anschein nach mit wachsender Freude an der Agitation ausfüllt. Wohl ist er als Landrat ein von der Bevölkerung direkt gewählter Kommunalbeamter – worauf die SPD immer wieder hinweist –, nach der bayerischen Verfassung rangiert er aber zugleich als Staatsbeamter und ist damit Teil des Staates – ein Umstand, den die Sozialdemokraten nicht erwähnen.

Aufgrund dieser Doppelfunktion wäre er nach Ansicht des bayerischen Innenministeriums bei öffentlichen Äußerungen zur Zurückhaltung verpflichtet. Schuierer aber scheint im Gegenteil gewillt zu sein, sich an einer Hetzkampagne zu beteiligen. Nach der zweiten Räumung eines illegalen Hüttendorfes auf dem Baugelände am 7. Januar sprach er von einem „kriegsmäßigen Einsatz der Polizei", während das Innenministerium erklärte, durch das „besonnene und konsequente Vorgehen der Polizei kam es zu keinen folgenschweren Zusammenstößen mit den Platzbesetzern".

Wahrheitswidrig behauptete der Landrat auch, bei der Räumung sei die Bundesgrenzschutz-Spezialeinheit GSG-9 eingesetzt worden. Kommentar des zuständigen Ministeriums: „Er muß geträumt haben." Gegen Schuierer läuft ein Disziplinarverfahren.

Mit einer anderen Wahrheit hat die SPD dagegen ungeahnte Schwierigkeiten: Der stellvertretende Landrat und SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer, der sich in Vertretung Schuierers weigerte, die Baugenehmigung (über deren Rechtsmäßigkeit der Bayrische Verwaltungsgerichtshof seit gestern verhandelt) zu unterschreiben, ist in eine peinliche Erpressungsaffäre mit homosexuellem Hintergrund verwickelt. Die SPD muß deshalb einen Ansehensschwund bei der mehrheitlich konservativen Bevölkerung dieser Region befürchten.

Der Widerstand gegen das Milliarden-Projekt ist nach Ansicht der Landesregierung bei den Einheimischen ohnehin gering. Nach Angaben des Innenministeriums wurden bei den beiden Platzräumungen 1790 Personen festgenommen oder in Gewahrsam genommen. Davon wohnten lediglich 70 im Landkreis Schwandorf und mit insgesamt 461 nicht einmal ein Viertel im Regierungsbezirk Oberpfalz.

Landrat Schuierer behauptet dagegen, bei der letzten Räumung seien über 90 Prozent der Besetzer Einheimische gewesen. In einem Dringlichkeitsantrag bittet die CSU-Fraktion Innenminister Karl Hillermeier um einen Bericht über die Herkunft der Demonstranten und über die rechtliche Beurteilung der Protestaktion.

Als bestürzend bezeichnete der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner den Besuch der SPD-Landtagsfraktion auf dem Baugelände. Sie habe sich damit gegen die Demokratie gestellt, indem sie den Versuch unterstützt, „die Meinung einer Minderheit an die Stelle der Entscheidung der parlamentarisch gewählten Regierung zu setzen". Solchen Versuchen habe bislang die gemeinsame Ablehnung aller Demokraten gegolten; diese elementare demokratische Gemeinsamkeit habe die bayerische SPD jetzt aufgekündigt, erklärte Brunner.

Mitterrand als Wahlkämpfer

Der Präsident nicht mehr über allen Parteien / Vorbereitungen für die Zeit danach

PETER RUGE, **Paris**

Das Auftreten des französischen Staatspräsidenten auf der Wahlkampfbühne hat einhellige Ablehnung durch die Oppositionsparteien gefunden. „Das ist nicht mehr der Präsident aller Franzosen, François Mitterrand hat einen Graben aufgerissen zwischen sich und denen, die im Falle eines Wechsels der Mehrheit im Parlament mit ihm zusammenarbeiten wollten", empören sich die Bürgerlichen. „Mitterrand riskiert einen Vertrauensbruch, wenn er für die Zeit der Kampagne bis März seine Rolle als Staatschef vernachlässigt und sich an die Spitze der Sozialistischen Partei stellt."

Appell in eigener Sache

Der Präsident hatte nach mehrfachem Drängen seiner Parteifreunde, wohl auch unter dem Eindruck der letzten Meinungsumfragen, an einer Massenveranstaltung der Linken teilgenommen. „Gebt mir Zeit, sonst riskiert Ihr, daß das Reformwerk nicht vollendet wird, daß die sozialen Verbesserungen zurückgenommen werden – stimmt Mitterrand", appellierte er an alle Wähler. Diese Parteinahme erfährt noch eine zusätzliche Verschärfung: auf der Wahlveranstaltung fiel das Wort vom „Programm der Reichen gegen die Armen", mit dem der Staatspräsident die in der vergangenen Woche abgeschlossene Wahlplattform zwischen den bürgerlichen Oppositionsparteien RPR und UDF scharf kritisierte.

„Den Sozialisten steht das Wasser am Hals, deshalb greifen sie jetzt zu allen Mitteln", ist denn auch der Eindruck vieler Franzosen. Die Diskussionen entzünden sich vor allem an Vorgängen, die den Verdacht der Manipulation hervorrufen: während die staatlichen Fernsehkanäle über eineinhalb Stunden über Mitterrand berichteten, blieb für die Opposition mit ihrem Wahlprogramm nur wenig Raum – ein paar Minuten.

Eine weitere Manipulation wird nach den jüngsten Meinungsumfragen vermutet. Die im „Figaro" veröffentlichten Ergebnisse geben der bürgerlichen Opposition jetzt 57 Prozent der Stimmen (Bürgerliche 48 Prozent, Nationale Front 9 Prozent), der Linken 37 Prozent (Sozialisten 26 Prozent, Kommunisten 11 Prozent). Der links stehende „Le Monde" sieht dagegen einen Aufwärtstrend für die Linken auf 41 Prozent (Sozialisten 30 Prozent, Kommunisten 11 Prozent). Auf die Opposition würden nur 48 Prozent der Stimmen entfallen, also ein Unterschied von 9 Prozent. Die Volksmeinung habe sich auch zugunsten des Staatspräsidenten Mitterrand gewendet, sagt das Blatt: seine Popularität sei nun auf 50 Prozent geklettert (43 Prozent war die Einschätzung im November).

Sprachrohr der Linken

Einer solchen Beliebtheit steht eigentlich die Art und Weise entgegen, mit der die Sozialisten immer ungenierter für die Zeit nach den Parlamentswahlen im März vorsorgen: ein Beispiel ist der 5. Fernsehkanal, der immer offensichtlicher zum Sprachrohr der Linken ausgebaut werden soll. Obwohl die für die Medien zuständige unabhängige „Hohe Kommission" ihren Einspruch anmeldete, hat die Regierung des Premierministers Fabius grünes Licht gegeben. Dieser erste private Fernsehkanal der Gruppe Seydoux- Riboud, der wegen der überraschenden Beteiligung des Italieners Berlusconi inzwischen von den Franzosen „Spaghetti-Kanal" genannt wird, kann voraussichtlich vom 20. Februar an, also knapp einen Monat vor den Parlamentswahlen, „normal" empfangen werden. Auch hier dürften die Dienstvorschriften recht großzügig ausgelegt worden sein, denn die freigemachten Frequenzen galten bisher als unverzichtbare Reserve des staatlichen Fernsehens in Frankreich.

USA entwickeln neue Generation von Super-Chips

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Ein Mikro-Schaltkreis, der in der Lage ist, künstliche Intelligenz zu erzeugen, ist in den Bell-Laboratorien der privaten amerikanischen Telefongesellschaft AT&T entwickelt worden. Der Schaltkreis, nicht größer als eine Mini- Briefmarke, kann 80 000 logische Schlußfolgerungen in der Sekunde (FLIPS) ziehen, 10 000 Mal schneller als alle bisher bekannten Schaltkreise ähnlicher Art.

Künstliche Intelligenz kann auf der Basis eines Programms Schlußfolgerungen anstellen. Wie es heißt, muß der neue Mikro-Schaltkreis als eigenständiger Computer angesehen werden. Es wird angenommen, daß die Bell-Entwicklung im amerikanischen SDI-Programm Anwendung findet, aber auch Zukunft auf dem kommerziellen Markt besitzt. Bevor der neue Schaltkreis auch in Westeuropa angewendet werden darf, ist nach Darstellung aus informierten NATO-Kreisen damit zu rechnen, daß die US-Regierung Auflagen macht, um einen Technologietransfer in den Ostblock zu verhindern.

Ebenfalls in den USA ist auch eine neue Generation von Computerschaltkreisen entwickelt worden, der „VHSIC". Das Verteidigungsministerium in Washington hat für deren Entwicklung in den letzten vier Jahren umgerechnet 2,6 Milliarden Mark ausgegeben. Der jetzt funktionierende „VHSIC" wird in die ersten Waffensysteme eingebaut und schon bald auf dem kommerziellen Markt auftauchen. Hinter dem Kürzel „VHSIC" verbirgt sich der Begriff „very high speed integrated circuit": Integrierter Schaltkreis mit extrem hoher Geschwindigkeit. Sechs Firmen waren an der Forschungsarbeit beteiligt, darunter Texas Instruments, IBM und Honeywell. Die Panzerabwehrrakete TOW-2 wird als erste mit dem Supergeschwindigkeitsschaltkreis ausgerüstet. Das Pentagon finanzierte die Forschungsarbeiten, um moderne „fire-and-forget"-Waffen zu entwickeln, die nicht mehr durch den Schützen im Fluge verfolgt werden müssen: Sie werden abgefeuert und können vergessen werden. „VHSIC-Chips" übernehmen die automatische Lenkung bis ins Ziel. Der Anwendung des Superschaltkreises in der militärischen und zivilen Technik sind nach Expertenangaben keine Grenze gesetzt. (SAD)

Ein Nein aus Ulster schreckt London nicht

Nachwahl als Barometer für das anglo-irische Abkommen

REINER GATERMANN, **Belfast**

Die Sicherheitskräfte in Nordirland sind in höchste Bereitschaft versetzt, der persönliche Schutz für die profiliertesten Politiker erheblich verstärkt. Am Donnerstag gehen die Wähler in 15 der 17 Wahlkreise der Provinz zur Urne, um zu bestimmen, wer sie im Unterhaus in London vertreten soll.

Viel wichtiger als diese personelle Entscheidung ist jedoch die Frage der Stimmenverteilung zwischen den protestantischen Unionisten und den Nationalisten und zwischen den rivalisierenden Parteien im Lager der katholischen Nationalisten, zwischen der Sinn Fein und der „Sozialdemokratischen *und* Labour Party" (SDLP).

Denn hieraus wird sich am ehesten die Einstellung der Nordiren zum am 15. November 1985 unterzeichneten anglo-irischen Abkommen ablesen lassen, in dem erstmals der Republik Irland in Ulster in einigen juristischen und sicherheitspolitischen Fragen Mitspracherecht eingeräumt wird. Dublin sichert gleichzeitig zu, keine Wiedervereinigung der Provinz mit der Republik gegen den Willen der Nordiren zu betreiben.

Dieses Hillsborough-Abkommen ist auch unmittelbarer Anlaß dieser umfassendsten Nachwahl in der britischen Parlamentsgeschichte. Die 15 Westminster-Abgeordneten der Unionisten – elf gehören zur Offiziellen Unionspartei (OUP) und vier zu den Demokratischen Unionisten (DUP) unter Führung des wortgewaltigen Pastors Ian Paisley – legten gegen Ende des Jahres ihr Mandat nieder. Sie protestierten damit gegen die Londoner Regierung, weil diese ein Referendum über das Abkommen ablehnte.

Gegen Einmischung

Die Unionisten, strikte Gegner jeglicher Einmischung Dublins in Ulster, klagen vor allem Premierministerin Margaret Thatcher an, die Zusammengehörigkeit Nordirlands mit den übrigen Teilen des Vereinigten Königreiches zu untergraben und die Loyalisten verraten zu haben. Sie sind unter der Parole „Ulster sagt nein" in den Wahlkampf gezogen.

Nein sagt auch die Sinn Fein, politische Mutter der IRA-Terroristen. Jedoch im Gegensatz zu den Protestanten wirft *die katholische* Sinn Fein der Regierung in Dublin vor, Nordirland im Stich gelassen zu haben, weil der Hillsborough-Vertrag nicht die Wiedervereinigung Irlands zum obersten Gebot hat.

Die einzige der wichtigen Parteien, die im anglo-irischen Abkommen eine Möglichkeit sieht, den in den vergangenen 16 Jahren aufgebauten Haß abzubauen und den Terrorismus effektiv auf beiden Seiten der Grenze zu bekämpfen, ist die SDLP. Sie ist bisher in Westminster ebenso wie die Sinn Fein mit nur einem Abgeordneten vertreten.

Gemeinsame Kandidaten

Bei den Protestanten einigten sich die beiden Unionsparteien auf gemeinsame Kandidaten; dagegen lehnt die SDLP eine Kooperation mit Sinn Fein ab, solange sich diese nicht eindeutig vom Terrorismus distanziert. Um der Wahl jedoch den von Unionisten gewünschten Referendumscharakter zu nehmen, beschlossen SDLP und Sinn Fein, nur in jenen vier Wahlkreisen Gegenkandidaten aufzustellen, wo sie Aussichten haben, eine Mehrheit zu erzielen.

Die besten Möglichkeiten hierfür bestehen in dem Grenzbezirk Newry and Armagh, dem vom Terrorismus am meisten gebeutelten. Hier erhielt die Unionist James Nicholson 1983 lediglich ein Übergewicht von rund 1500 Stimmen. In der Bevölkerung hieß dies allerdings eine „nationalistische Mehrheit", jedoch bisher auf SDLP und Sinn Fein verteilt.

Damit die Unionisten dennoch zu ihrem Referendum kommen, sahen sie sich gezwungen, in vier Wahlkreisen mit überhaupt keinem Gegenkandidaten anzutreten.

Auch wenn die Unionisten ein oder zwei Mandate verlieren sollten, ist für sie am wichtigsten, Frau Thatcher zu zeigen, daß eine bedeutende Mehrheit Ulsters gegen das Abkommen ist. Die SDLP muß – indem sie der Sinn Fein einen bedeutenden Teil ihrer früheren Stimmen abnimmt – beweisen, daß ein Großteil der katholischen Bevölkerung der Provinz gegen Gewalt und für eine friedliche Lösung des Nordirland-Konflikts ist. London läßt sich nicht beeindrucken: Wie immer die Wahl ausfällt, das Hillsborough-Abkommen bleibt.

Am Ende hoffte Marxist Tierno Galvan auf Gott

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Zehntausende von Madrider Bürgern sowie Politiker aller Parteien nahmen am Montag Abschied von dem im Rathaus der Hauptstadt aufgebahrten Bürgermeister, Professor Tierno Galvan, einem der wichtigsten Politiker des Überganges, Schöpfer der Präambel der spanischen Verfassung. Im intellektuellen Widerspruch zu den politischen Dogmen seiner Zeit verkörperte der „alte Professor", wie der 67jährige schon seit zwanzig Jahren genannt wird, jenen Typ von Politiker, der, aus dem 19. Jahrhundert stammend, nur noch in Spanien überlebte.

Als Bürgermeister 1979 zum ersten Mal von einer sozialistischen Partei gewählt, deren Führung den unbequemen Ehrenpräsidenten loswerden wollte, hielt er stets Überraschungen bereit. Der Agnostiker empfing den Papst in wohlgesetzter lateinischer Rede. Vor der *österreichisch-deutschen Kolonie* hielt er ein Extempore über den „Mann ohne Eigenschaften" zum 100. Geburtstag Robert Musils. Und seine engsten Freunde staunten, als er, der seriöse Schöpfer der „ersten pornographischen Woche" Madrids, mit einer halbnackten afrikanischen Schönheitskönigin in einem Madrider Nachtclub Samba tanzte.

Nach dem Bürgerkrieg, an dem der Student auf der republikanischen Seite teilnahm, begann 1948 seine akademische Karriere als ordentlicher Professor für politische Wissenschaften – zuletzt in Madrid, wo er unter anderem eine Generation von Diplomaten der Franco-Ära vor allem im Marxismus unterrichtete. Weil er sich an mehreren oppositionellen Gründungen beteiligte, verlor er schließlich seinen Lehrstuhl und lehrte vorübergehend in den USA.

Nach einer Krebsoperation vor einem Jahr wußte er, daß er in Kürze sterben müsse. Der Agnostiker, der sich nach seiner Überführung ins Krankenhaus vor einer Woche jede „unwürdige Verlängerung des Lebens" durch Intensivbehandlungen verbat, wandte sich zuletzt wieder mehr dem Glauben und auch der Kirche zu: „Gott hat noch nie einen guten Marxisten verlassen." Er bedankte sich bei den Gläubigen für ihre Gebete. So werden in diesen Tagen in Madrider Kirchen Gottesdienste für einen Agnostiker abgehalten.

Kirchenbrände in Polen

JGG. **Köln**

„Unbekannte Täter" haben im nordostpolnischen Bezirk Bialystok Gotteshäuser der *ukrainisch-katholischen* Kirche in Brand gesteckt, die unter Denkmalsschutz stehen. Wie die Pariser „Kultura" berichtet, brannte nach der Kirche in Czyzy jetzt die Kirche in Jacno bis auf die Grundmauern nieder. In Kirchenkreisen wird ein Zusammenhang mit der Renaissance der ukrainisch-katholischen Kirche sowohl in Polen als auch in der benachbarten Sowjetunion gesehen. In der UdSSR, wo die Kirche offiziell seit 1945 der orthodoxen Kirche einverleibt ist, lebt sie im Untergrund weiter. Wie das New Yorker Bulletin „Free Poland" berichtet, ist in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der heimlich geweihten Bischöfe von drei auf zehn gestiegen.

Delors sprach mit Außenminister Abe

AP, **Tokio**

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, ist in *Tokio mit dem japanischen Außenminister* Shintaro Abe zusammengetroffen. Beide Politiker sprachen sich für die Fortführung der jährlich stattfindenden Gespräche zwischen den Staaten der EG und Japan aus. Die Konsultationen sollen wegen der andauernden Spannungen im Handel noch verstärkt werden. Beide Politiker hätten die gemeinsame Verantwortung der großen Industrieländer angesichts solcher Probleme wie der Verschuldung und der Entwicklung der Ölpreise betont, hieß es. Nach Angaben des japanischen Außenministeriums erörterten Abe und Delors die Aussichten für das Gipfeltreffen der sieben größten Industriestaaten, das vom 4. bis 6. Mai in Japan stattfinden wird.

Prozeß gegen Wahl-Boykotteure

DW. **Warschau**

Gegen Polens führenden Astrophysiker, Professor Jan Hanasz, und drei *seiner Mitarbeiter ist gestern in der* Stadt Thorn der Prozeß eröffnet worden. Die Wissenschaftler werden von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, eine Sendung des staatlichen polnischen Fernsehens unterbrochen und die Zuschauer aufgerufen zu haben, die Parlamentswahlen vom vergangenen Herbst zu boykottieren. Im Fall eines Schuldspruchs können die vier Angeklagten zu Strafen von bis zu drei Jahren Haft verurteilt werden. Professor Hanasz und seine drei Assistenten waren im vergangenen September in Thorn verhaftet worden. Die Wahlbeteiligung wurde offiziell mit 78,8 Prozent angegeben; die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" meinte dagegen, es seien bestenfalls 66 Prozent gewesen.

Annäherung am Horn von Afrika?

Italien vermittelt ein Treffen der verfeindeten Staatschefs von Äthiopien und Somalia

ACHIM REMDE, **Bonn**

Mitte Januar haben sich an der Gegenküste Südjemens, im kleinen, mit Frankreich verbündeten Dschibuti, die Staatschefs von Äthiopien, Somalia, Sudan, Kenia und Uganda getroffen, um gemeinsam über eine Strategie zur Bekämpfung der Dürre zu beraten, die, besonders in Äthiopien, mit zu der spektakulären Hungersnot geführt hatte.

Die Konferenz endete mit der Gründung einer gemeinsamen Organisation – „Inter-Governmental Authority for Drought and Development" (IGADD), die entsprechende Maßnahmen entwickeln und verwirklichen soll. Sie ist als ostafrikanisches Pendant zu der bereits vor zehn Jahren von den Sahel-Staaten gegründeten CILS (Comité Intergouvernemental pour la Lutte contre la Secheresse) anzusehen. Diese hat sich allerdings nie durch irgendwelche Aktivitäten hervorgetan.

Da die Zukunft der IGADD ähnlich verlaufen dürfte, wäre das Treffen von Dschibuti nicht der Rede wert, wenn es dabei nicht zum ersten Mal seit März 1977 zu einer Begegnung der Präsidenten von Äthiopien, Mengistu Haile Mariam, und Somalia, Siyyad Barre, gekommen wäre. Wegen eines Streiks um die gemeinsame Grenze in der Ogaden-Region sind Somalia und Äthiopien im Kriegszustand. Durch ihre Lage am Horn von Afrika – Kontrolle über die Zufahrt zum Roten Meer und damit zum Suez-Kanal – sind beide Länder als Verbündete für die Supermächte von hohem strategischem Interesse. Solange Äthiopien unter Kaiser Haile Selassie fest im westlichen Lager stand, war Somalia Verbündeter der Sowjetunion. Nach dem Sturz des Kaisers unterstützte die Sowjetunion die äthiopische Revolutionsregierung im Kampf um den Ogaden. Barre *brach mit der Sowjetunion*, die USA wurden die neuen Verbündeten.

Mit diesem spektakulären Wechsel der Fronten scheint, außer vielleicht den Sowjets, keiner der Beteiligten so richtig glücklich geworden zu sein. Die Somalis behaupten, der Westen lasse sie verkommen und fordern ständig mehr Entwicklungshilfe und militärische Unterstützung gegen Äthiopien. Die äthiopische Elite, über Generationen westlich gebildet, kann sich mit einem kommunistischen System nicht anfreunden. Mengistus Revolutionsregierung muß erleben, daß die Hilfe für Dürreopfer fast nur aus dem Westen kommt, während der Ostblock auf Bezahlung von Waffenlieferungen besteht.

Vor diesem Hintergrund kann die politische Brisanz des Treffens, das auf Vermittlung der ehemaligen Kolonialmacht Italien zurückgeht, kaum hoch genug eingeschätzt werden. Aus Kreisen westlicher Diplomaten in Ad*dis Abeba verlautet, daß Mengistu* gegen den Willen der Sowjets teilgenommen hat.

In Belgrad ein Kiosk für Dissidenten

CARL G. STRÖHM, **Belgrad**

Jugoslawien hat eine Besonderheit aufzuweisen, die es in keinem anderen kommunistischen Lande gibt: einen öffentlichen Kiosk für oppositionelle und regimekritische Zeitschriften und Literatur – und das mitten im Zentrum von Belgrad, an der Hauptstraße Terazije.

Der Kiosk befindet sich – welch eine Doppelsinnigkeit – auf halbem Wege zwischen dem Hotel Moskwa und dem Hochhaus Albanien. Auf dem Verkaufstisch und in seinem Innern stapeln sich Publikationen, die sonst nicht leicht zu haben sind: rebellische Studentenzeitschriften, Broschüren über Streiks, eine Schrift gegen die in Jugoslawien praktizierte Todesstrafe, aber auch das Magazin „Theoria", Organ der philosophischen Gesellschaft Serbiens, mit zahlreichen Beiträgen aus der Feder von Philosophen der „Praxis"-Gruppe – Professoren, die allesamt von der regierenden KP gemaßregelt oder ausgeschlossen worden sind.

Besondere „Leckerbissen"

„Kämpfe!" steht als Aufforderung auf einer Papptafel. Darunter hat der Kiosk-Verkäufer in ungelenker Handschrift auf besondere oppositionelle „Leckerbissen" hingewiesen: „Lesen Sie die Antwort von Dobrica Cosic!" (Hier geht es um eine Auseinandersetzung des oppositionellen Belgrader Schriftstellers mit der Parteiführung der Republik Kroatien.)

Auf der „Hitliste" steht hier zweifellos die Belgrader Literaturzeitung „Knjizevne Novine" – ein Blatt, dessen Chefredakteure immer wieder gefeuert werden, manchmal mitsamt der ganzen Redaktion –, das aber auf geheimnisvolle Weise stets erneut zu seiner kritischen Linie zurückfindet.

In der 700. Jubiläumsausgabe geht der Zagreber Philosoph Milan Kangrga auf die Parteibürokraten los: „Diese Verteidiger sind nicht im mindesten über die katastrophalen wirtschaftspolitischen und ideologischen Zustände im Lande oder über diese allumfassende tiefe Krise besorgt, in die wir geraten sind. Die kümmern sich nur um die Verteidigung des Systems. Es geht also nicht um den Menschen, sondern um die Erhaltung des Systems, in dem einige gut prosperieren!

Kangrga spricht in seinem Beitrag von dem „durch und durch bürokratisierten System" Jugoslawiens. Dieses System *bezeichne sich* selber als „Selbstverwaltungs-Sozialismus" – und das wiederum treibe die Jugend in die Opposition, in den Nationalismus, in die Konterrevolution. Der Ausweg liege, wie der Professor for*muliert, in einer „radikalen Verände*rung der bestehenden bürokratischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse".

Solche Thesen haben dem streitbaren Professor und der Belgrader Literaturzeitung von seiten der kommunistischen Parteipublizistik den Vorwurf eingetragen, die sich hier versammelnde literarische Opposition propagiere den Umsturz und „dürste nach der Macht".

Die Antwort Kangrgas in einem Leserbrief an die Parteizeitung „Vjesnik" in Zagreb: Es sei absurd, daß der Vorwurf der Machtlüsternheit ausgerechnet von Leuten erhoben werde, die schon selber seit 40 Jahren regierten und ihre Macht mit niemandem teilen wollten.

Wo die Literaturzeitung die Probleme intellektuell anpackt, führen die jugoslawischen Studentenzeitungen, die hier am Belgrader Kiosk verkauft werden, eine noch direktere Sprache. Schlagzeile der Jugendzeitschrift „Mladost", Organ des offiziellen Jugendverbandes: „Wir könnten wie die Götter leben – aber wir sind ein sozialistisches Land!"

Politische Zuverlässigkeit

Die Belgrader Zeitschrift „Student" formuliert in einem Sonderheft zum 40. Jahrestag der kommunistischen Parteizellen an der Universität:

„In einer Situation, da das Land sich in einer solchen Krise befindet, da die Nationalismen emporschießen wie die Pilze nach dem Regen, da wir *anderthalb Millionen Arbeitslose* haben – und ein Schulsystem, das aus jungen Leuten Fachidioten macht, da Streiks in den Betrieben zu einer normalen Erscheinung des Alltags werden, da die Arbeiter von ihrem Lohn nicht einmal ihr existentielles Minimum bestreiten können – in einer solchen Situation, da unser einziger Ausweg in produktiver Arbeit besteht, verlangt man von den besten Arbeitern den Nachweis der politischen Zuverlässigkeit!"

Das aktuelle Fachbuch

Wenn der Tod aus der Erde kommt

In jeder Minute ereignen sich weltweit 14 Erdbeben, über 800 pro Stunde, mehr als 20 000 am Tag: Sieben Millionen Mal im Jahr bebt die Erde. Eine Zone ist besonders betroffen: Der Pazifische Ozean, von den Aleuten im Norden bis Feuerland im Süden, ist von einem schmalen Band intensiver Erdbeben- und Vulkantätigkeit umgeben. Dieses Band – „The Ring of Fire" genannt – enthält etwa 75 Prozent aller aktiven Vulkane der Welt und ist der Schauplatz der verheerendsten Erdbeben und Vulkanausbrüche in der Geschichte. Auch die jüngsten Katastrophen in Mexico und Columbien liegen geografisch exakt auf dieser schmalen Zone.

Die Zeitschrift „Science" hat einmal unsere Zeit das „goldene Zeitalter des Geowissenschaftlers" genannt. Geologie, eine Wissenschaft, die ganz zu unrecht als langweilig verschrien ist, hat für unsere Zukunft auf diesem Planeten eine größere Bedeutung als je zuvor. Wissenschafts-Journalist David Ritchie, der für die New York Times und die Washington Post schreibt, nimmt das zum Anlaß, in seinem Buch den verschiedenen Theorien über die Entstehung von Beben nachzugehen, die von den Geologen in den letzten *hundert Jahren entwickelt* wurden. In reportagehaften Szenarien beschreibt er, welche Gefahren einer hochzivilisierten Massengesellschaft drohen, wenn ein Beben über sie hereinbricht, ihre Infrastruktur zerstört, den raffiniertesten Notplan zunichte macht.

Der Autor entwirft ein fiktives Bild der Stadt San Francisco, der ein vernichtendes Beben prognostiziert wird, und stellt die Frage, ob die Menschen nicht besser beraten wären, wenn kein Alarm gegeben würde. Zitat: „Das Wort *Erdbeben* übt in Kalifornien etwa die gleiche Wirkung aus wie der Ruf *Haie* an einem dicht bevölkerten Badestrand". D.T

„Wann stürzt San Francisco?" Vulkane – Erdbeben – Flutwellen, von David Ritchie, 232 Seiten, 16 Abb., Ernst Kabel Verlag, Hamburg; DM 29,80; ISBN 3-921909-29-5.

Auch Queen Elizabeth bekommt mehr Schub

Mit ihren Projekten für das „Schiff der Zukunft" weist die deutsche Meerestechnik eine erfolgreiche Bilanz auf

Von DIETER THIERBACH

„Anstelle vieler kleiner Schritte hat man sich bemüht, alles in einem großen Verbundprojekt zusammenzufassen." In der Tat: Das „Schiff der Zukunft" (Kurzbezeichnung „SdZ") wurde in den letzten Jahren in der deutschen Schiffbauindustrie zum Begriff, im positivem wie im negativen Sinne. Dr. Werner Menden, Ministerialdirektor im Bonner Minsterium für Forschung und Technologie (BMFT) zog gestern Bilanz: „Mit diesem Projekt ist in jedem Fall die eher konservative Innovationsbereitschaft der Reeder gefördert worden."

Kritiker werfen dem BMFT vor, daß nur Einzelerkenntnisse – je nach Interessenlage von Reedern und Schiffsbauern – beim Neubau verwendet wurden. Ein Prototyp-Schiff, in dem alle Teilvorhaben verwirklicht wurden, gibt es bis heute nicht. Gewerkschaften geben zu bedenken, ob bei so viel geballter Technik letzlich nicht die Menschen zu kurz kommen, die auf diesen Schiffen arbeiten sollen. „Insgesamt kann man hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Kapazität auf den verschiedenen Sektoren der Meerestechnik in unserem Land durchaus eine solide Grundlage für zukünftige Aktivitäten sehen", meinte Minister Heinz Riesenhuber.

Ende 1985 befanden sich zwei Containerschiffe in Fahrt, die als „eingeschränkte" SdZ-Prototypen gelten müssen; Erkenntnisse aus 31 Teilvorhaben sind hier berücksichtigt. Bei ca. sieben Prozent höheren Baukosten für SdZ-Version als für herkömmliche Schiffe sind bei der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft bereits vier weitere Containerschiffe mit einem Gesamtauftragswert von über 400 Millionen DM im Bau, um mit ausgesuchten „Schiff der Zukunft"-Techniken bestückt zu werden.

Lizenzvergabe ins Ausland

Ziel der 1980 begonnenen und im vergangenen Jahr abgeschlossenen Entwicklung war eine neue Schiffsbetriebstechnik, die sicherer im Betrieb, wartungsgünstiger, sparsamer im Energieverbrauch ist und das Fahren mit weniger Besatzung ermöglichen sollte. An der technischen Entwicklung des Mammutprojektes mit immerhin 51 Gesamtvorhaben beteiligten sich drei Werften, 13 Unternehmen der Schiffbau-Zulieferindustrie, zwei Reedereien, drei Ingenieurbüros und vier Hochschulen.

Ihre Wirtschaftlichkeit verdanken die Neubauten in erster Linie einer schon in den 60er Jahren erfundenen Spezialität des Hamburgers E. A. Nönnecke: Ein sog. asymmetrisches Hinterschiff verändert die Strömungsverhältnisse so vorteilhaft, daß sie bei gleicher Schiffsgeschwindigkeit zu Leistungseinsparungen bis zu zehn Prozent führen. 38 asymmmetrische „*Hinterteile*" wurden schon gebaut, zehn davon im Ausland. Auch die patentrechtliche Vermarktung zeigt Erfolge: Bis November '85 waren 40 Lizenzen an deutsche und ausländische Werften, vornehmlich für Container- und Mehrzweckschiffe vergeben.

Eine zweite Erfindung, ebenfalls aus den 60er Jahren, nutzt die Energie im Abgasstrom von Schiffspropellern zur Erzeugung zusätzlichen Schubes für den Schiffsvortrieb. Nach ihrem Erfinder, Grim'sches Leitrad genannt, können bei gleicher Schiffsgeschwindigkeit Leistungseinsparungen von mehr als zehn Prozent erzielt werden.

Berücksichtigt man, daß die Kraft*stoffkosten mit einem Anteil von im*merhin ca. 50 Prozent der gesamten Schiffsbetriebskosten zu Buche schlagen, verbessert die Entwicklung von Prof. Grim die Wirtschaftlichkeit des Transportsysstems um ca. fünf Prozent. Unterlizenznehmer in Japan, Holland und England bestükken ihre Schiffe mit dem Energiesparer. 47 Leiträder sind bei Neubauten und Nachrüstungen existierender Schiffe – davon vier im Ausland – im *Einsatz. Auch die „Queen Elizabeth 2"* soll demnächst umgerüstet werden.

Die Kommandobrücke alter Prägung hat im „Schiff der Zukunft" endgültig ausgedient. Bei einem „Ein-Mann-Fahrplatz" liegen alle Geräte und Instrumente zur sicheren Handhabung und Kontrolle der *Schiffsführung im unmittelbaren* Greif- und Sichtbereich.

Seekarte aus dem Rechner

Wo Kapitän, Wachoffizier, Lotse und Rudergänger früher sich gegenseitig behinderten, hat jetzt ein einziger Mann in der „Schiffsführungszentrale" ale Fäden in der Hand.

Veränderte und teilweise völlig neue Gerätekonstruktionen sind bereits in Betrieb: Ein digitales, hochauflösendes Radar mit Bildspeicherung der Bremer Krupp Atlas-Elektronik läßt erstmals eine Betrachtung auch bei Tageslicht zu. Ein Navigationsdisplay zur Standortbestimmung des Schiffes ist nachgeschaltet: Was der Wachoffizier früher noch mit Kopfarbeit und Bleistift machte, wird jetzt auf der wenige Meter entfernt liegenden Seekarte markiert. Und auch die ist digital gespeichert. Bis zu 130 Seekarten haben im Rechner Platz, bis zu 40 Navigationslinien können vorgegeben werden.

260 moderne Radargeräte (Serienpreis: ca. 150 000 DM) sind auf Schiffen im In- und Ausland in Betrieb. Ein von der gleichen Firma entwik*keltes Bahnreglersystem* entlastet – als eine Art Autopilot – das Brükkenpersonal durch automatisches Navigieren bei sog. Revier- und Manöverfahrten. Die nötigen Befehle für die Rudermaschine, Querstrahlruder und Maschinendrehzahl werden per Computer ausgeführt und steuern das Schiff auf der gewünschten Bahn.

Neu gestaltet ist das gesamte Sicherheits- und Rettungssystem. Eine zuverlässige Rettungseinheit steht mit dem „Schiffsrettungssatelliten" zur Verfügung. Die Stahlkonstruktion der Rendsburger Weft Nobiskrug wird im Notfall von der Schiffsbesatzung bestiegen und über eine Rutsche am Heck des Schiffes im freien Fall zu Wasser gelassen. Bei Schiffsneubauten wird heute fast ausnahmslos eine Kunststoffversion verwendet.

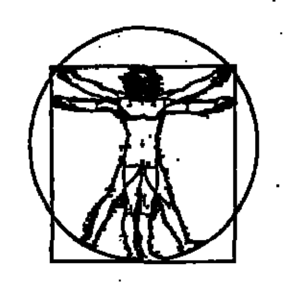
50 dieser U-Boot-ähnlichen Schwimmkörper sind bisher zum Stückpreis von ca. 70 000 DM (einschließlich Ablaufbahn) gebaut und einsatzbereit. Bei Schiffsuntergang schwimmt der Satellit selbständig *auf. In ihm ist eine tragbare* Rettungsboot-Funkstation eingebaut. Durch Automatisierung aller Funktionen werden sämtliche Seenotfrequenzen bestrichen, ein Peilsender für beide Flugfunk-Notfrequenzen wird ebenfalls automatisch aktiviert. Die Serienfertigung wird in diesem Jahr aufgenommen.

Auf dem Forschungsschiff „Schall" der Bremer „Krupp Atlas Elektronik" werden moderne Navigationssysteme erprobt. Auf Schiffs-Kommandobrükken zeichnet sich eine ähnliche Tendenz wie im Flugzeug-Cockpit ab: Weitgehende Automation führt zu einer drastischen Personalverringerung. FOTO: KAE

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Pränatale Diagnose

Marburg (wm.) – Eine neue Methode zur vorgeburtlichen Diagnostik von genetischen Defekten soll an der Universität Marburg untersucht und erprobt werden. Die sogenannte Chorionbiopsie wird zwischen der 9. und 11. Schwangerschaftswoche vorgenommen. Dabei werden die Zotten untersucht, die von der Außenhülle des Embryos (Chorion) in das Gebärmuttergewebe eindringen. Auf diese Weise



kann bei Schwangerschaften, bei denen ein erhöhtes Risiko für einen genetischen Defekt besteht, schneller und sicherer eine Diagnose gestellt werden als mit der bisher üblichen Fruchtwasseruntersuchung, die oft erst in der 21. Woche abgeschlossen werden kann.

Borkenkäfer in der Falle

Bonn (dpa) – Über zehn Millionen Borkenkäfer gingen im vergangenen Jahr in die 13 000 Fallen, die in den rheinischen Wäldern mit Duftstoffen die Holzschädlinge anlockten. Bei dem regnerisch-kalten *Sommer hätte das Fangergebnis* eigentlich niedriger sein müssen, meinten Forstexperten. Dies lasse nur den Schluß zu, so der Rheinische Landwirtschaftsverband am Wochenende, daß es in den geschädigten Wäldern immer noch übermäßig viele dieser Schädlinge gebe.

Auerwild im Odenwald

Frankfurt (gur.) – Der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach will das ausgestorbene Auerwild im Odenwald wieder heimisch machen. Er hat die Forstämter im südlichen Teil der Region, die bis vor zehn Jahren noch eines der Verbreitungsgebiete der in der Bundesrepublik seltenen Rauhfußhühner war, *angewiesen, entsprechende* Bedingungen zu schaffen. Raubwild (wie der Fuchs) sowie wildernde Hunde und Katzen sollen verstärkt bejagt, Waldbesucher sollen ferngehalten werden. Auch die Waldbewirtschaftung soll auf das Wiedereinbürgerungsprogramm hin orientiert werden. Dennoch wird es mindestens 10 Jahre dauern, bis sich die neuzuschaffenden Bestände stabilisiert haben werden.

Malaria-Impfstoff

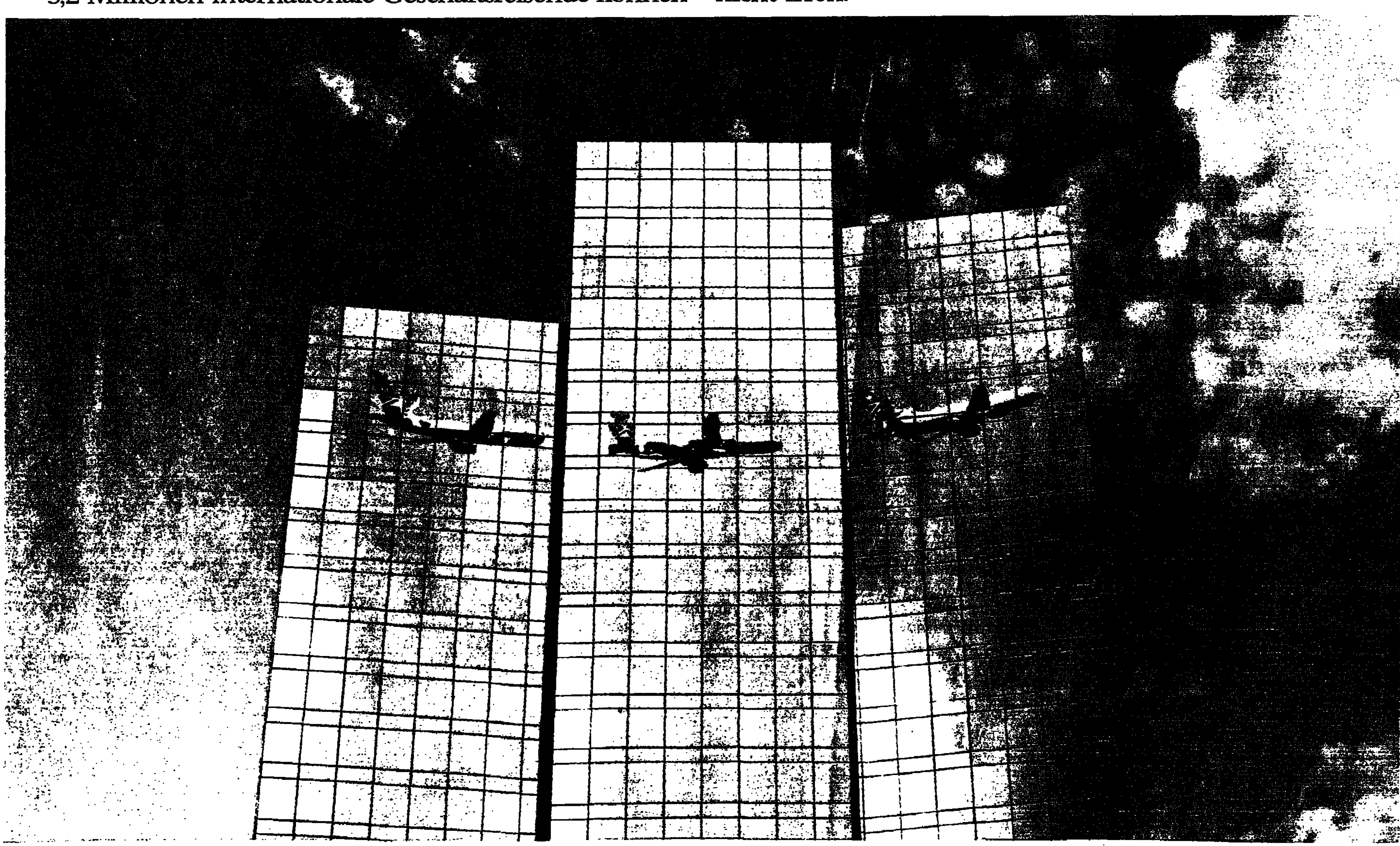
New York (Kü.) – Einen Impfstoff gegen die gefährlichste Tropenkrankheit, die Malaria, wollen Forscher der New Yorker Universität und der Schweizer Firma Hoffmann-La Roche in einem gemeinsamen Projekt entwickeln. Die Wissenschaftler sind dabei, bestimmte Moleküle in der Außenhülle von verschiedenen Entwicklungsstadien des Malariaerregers Plasmodium zu isolieren und zu charakterisieren. Diese Antigene sollen in einen kombinierten Impfstoff eingebaut werden. Erste klinische Prüfungen mit einem vorläufigen Impfstoff sollen schon in diesem Frühjahr beginnen.

EARN wächst weiter

Bonn (wat) – Mehrere türkische Universitäten und Forschungsinstitute werden mit dem Datenverbundnetz der europäischen Universitäten, dem „European Academic and Research Network" (EARN) verbunden. Es handelt sich um die Universitäten von Istanbul, Adana, Eskisehir und Ankara. Gemeinsamer Knotenpunkt wird das Datenverarbeitungszentrum der Ägäis-Universität in Izmir sein. EARN umfaßt damit weltweit inzwischen 19 Länder und 1178 Institute.

Kinder malen Kometen

Paris (esa) – Die Europäische Weltraumorganisation ESA hat einen Malwettbewerb für Kinder unter 10 Jahren ausgeschrieben. Sie sollen ihre Vorstellung von der Begegnung der Raumsonde „Giotto" mit dem Kometen Halley in einem Bild (DIN A4) darstellen. Kinder haben, so die ESA, die Chance, Halley bei seiner nächsten Wiederkehr im Jahr 2061 noch einmal zu sehen. Giotto wird sich im März dem Kometen bis auf 500 Kilometer nähern. Die Preisgewinner werden von der ESA nach Paris eingeladen. (Einsendungen an: ESA, Press Section, 8-10 Rue Mario Nikis, 75738 Paris Cedex 15, Frankreich).



STAND PUNKT

Siegen oder ausfallen

Die Tore – eng wie ein Nadelöhr. Der Schnee – nur noch eine pappige Masse. Die Ausfallquote – hoch. Girardelli (Weltcup-Sieger 1985), der Schwede Nielsson (Weltmeister 1985), der Jugoslawe Petrovic (Sieger von Sestriere und Kranska Gora), dessen Landsmann Krizaj (Vize-Weltmeister 1982), der Italiener Edalino (Gewinner des Parallel-Slaloms von Wien), der schwedische Junioren-Weltmeister Wallner (Sieger von Berchtesgaden) und ebenso der Deutsche Florian Beck (Sieger von Bad Wiessee).

Eine Liste, die sich wie „Who is who" des Slalom-Sports liest. „Und das ist durchaus normal so", sagt Florian Beck, „denn gefahren wird mit vollem Risiko: Entweder Ausfallen oder Siegen." So hält es jeder Läufer, auch der Liechtensteiner Spezialist Paul Frommelt. In Kitzbühel gewann er, was ihm zuvor fünf Jahre lang nicht gelungen war. Slalom-Arithmetik.

Beck sagt: „Es entscheiden höchstens zwei *Zehntelsekunden* über Sieg und Niederlage." Und der Abstand zwischen zehn Läufern beträgt oft nur eine Sekunde. Wer nur um Millimeter die Ideallinie zwischen den Kippstangen verläßt, hat schon verloren, gravierend. Gleich zwei perfekte Läufe an einem Tag schafften in diesem Winter trotz aller anderen Sieger denn auch nur Petrovic (in Kranska Gora) und Nielsson (in Sestriere). Ansonsten aber gilt: Fehlanzeige.

„Siegen", sagt Beck, „kann man in dieser Disziplin nämlich nur noch aus dem Unterbewußtsein heraus. Aber dafür braucht man Sicherheit, was eben Selbstvertrauen schafft. Dann kann man auch die Kippstangen traumwandlerisch sicher in direkter Linie anfahren, um sie nur noch zur Seite zu boxen."

Doch der Mut zur Fall-Linie, ohne dabei zu Fall zu kommen, stellt sich meist nur ein, wenn der Läufer auch in Hochform ist. Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli, eigentlich ein Slalomspezialist von hohen Graden, ist es in diesem Winter *nicht. Er hat zuviel für die Abfahrt* geübt. Nun fehlt ihm die Sicherheit für den Slalom und damit der Mut zum Lotteriespiel zwischen den Kippstangen.

„Wenn man ein Tor nicht voll erwischt, kommt es meist zu einer negativen Kettenreaktion. Dann wacht *man wie aus einem schönen* Traum auf", sagt Beck. Und das passiert ziemlich unsanft, denn die Wirklichkeit heißt dann: Sturz und Niederlage.

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Bernhard Langer Elfter

Palm Desert (GAB) – Golf-Profi Bernhard Langer wurde bei der „Bob Hope Classic" (fünf Runden auf vier Plätzen bei je Par 72) in Kalifornien Elfter. Für seine 70+70+66+68+68=342 Schläge kassierte er 13 800 Dollar. Sieger im Stechen auf dem ersten Extra-Loch wurde Danni Hamond (69+64+68+68+66) vor seinem US-Kollegen John Cook (68+67+65+69+66), die je 335 Schläge hatten.

Gregor Braun gab auf

La Paz (dpa) – Wegen zu starken Windes hat Radprofi Gregor Braun seinen Angriff auf den 10-km-Weltrekord des Italieners Francesco Moser abgebrochen. Nachdem er rund vier Kilometer auf dem 3600 m hoch gelegenen Velodrom in La Paz/Bolivien zurückgelegt hatte, gab er auf.

Schwere Vorwürfe

Sion (dpa) – Heftige Vorwürfe gegen den am vergangenen Dienstag bei einem Hubschrauberabsturz im afrikanischen Mali ums Leben gekommenen Chef der Rallye Paris-*Dakar, den Franzosen Thierry* Sabine, hat jetzt der Vater des ebenfalls dabei getöteten Schweizer Piloten François-Xavier Bagnoud (25) erhoben. Bruno Bagnoud behauptet, Sabine, der ebenfalls eine Pilotenlizenz besaß, habe zum Zeitpunkt des Absturzes den Hubschrauber gesteuert *und sei trotz eines Sandsturmes* gegen den Willen seines Sohnes noch einmal gestartet, ohne daß jemand habe aussteigen können.

Thaler erwägt Boykott

Düsseldorf (sid) – Der Gevelsberger Radprofi Klaus-Peter Thaler (36), Weltmeister im *Querfeldeinfahren*, erwägt aus Protest gegen die WM-Strecke im belgischen Lembeek am kommenden Wochenende einen Boykott. Nach Ansicht Thalers ist die Strecke unzumutbar, weil sie bei den derzeitigen Wetterverhältnissen zu 80 Prozent aus Laufpassagen besteht.

Littbarski: Super-Tor

Köln (sid) – Fußball-Nationalspieler Pierre Littbarski vom 1. FC Köln erzielte das „Tor des Jahres 1985". So entschied die Mehrzahl der 664 742 Einsender bei der ARD-Sportschau. *Auf Littbarskis Tor vom* 25. April zum 3:1 im Spiel gegen Werder Bremen entfielen 112 936 Stimmen.

TENNIS / Nach dem verlorenen Masters-Finale in New York mußte sich Boris Becker diesmal Kritik von seinem Trainer Günter Bosch gefallen lassen



Recht unsanft landete Boris Becker (Foto links) in einem Blumenbeet. Bei diesem Sturz zog er sich eine Fleischwunde über dem Knie zu (Foto mitte). Mit Eisbeuteln versucht er die Wunde zu kühlen (Foto rechts). Die drei Zentimeter lange Rißwunde wurde später in der Umkleidekabine geklammert. Sein Trainer Günter Bosch: „Er muß sein Knie zwei Tage steifhalten." Sein Manager Ion Tiriac: „Davon wird er nicht sterben." Ernsthaft behindert hat die Verletzung den Wimbledonsieger nicht. Becker: „Danach habe ich drei Spiele hintereinander gewonnen. Lendl spielte möglicherweise nachlässig, weil er dachte, das Spiel sei schon zu Ende." Boris Becker flog nach dem Finale nach Monte Carlo, wo er sich 14 Tage lang erholen wird. FOTOS: DPA (2), AP

Lendl: „Boris wird lernen müssen zu warten"

H.-J. POHMANN, New York

Sekunden, nachdem er Ivan Lendl die Hand zur Gratulation gegeben hatte, mußte Boris Becker nach langer Zeit das bittere Gefühl der Niederlage ertragen. Da hockte er auf seinem Stühlchen am Platzrand, kein Mensch um ihn herum, während der ansonsten ungeliebte Ivan Lendl im Mittelpunkt stand und vor die Fernsehkameras gezerrt wurde.

„Ich bin unheimlich sauer, wenn ich mal verliere, aber das legt sich schnell." Immerhin hatte Becker dann gut drei Minuten Zeit, sich Gedanken über sein Spiel zu machen. Und darüber, daß „Ivan Lendl die wirkliche Nummer eins in der Welt ist". Dann machte sich jedoch wieder die Galerie bemerkbar, die schon während des zwei Stunden 20 Minuten dauernden Matches immer wieder lautstark den 18jährigen unterstützte. Mit Boris, Boris-Rufen wurde Becker Mut gemacht.

In seiner abschließenden, in Englisch gehaltenen Dankesrede vor 16 022 Zuschauern war er wieder derjenige, der wegen seiner unbekümmerten Schlagfertigkeit hier in New York so populär geworden ist. „Für mich war es toll, im Garden zu sein, ich habe ein ganz gutes Jahr gehabt, in dem ich einige Turnierchen gewonnen habe, wie zum Beispiel Wimbledon, und ich werde wieder hierher kommen."

Das wird er mit Sicherheit, denn man muß kein Prophet sein um zu wissen, daß Becker am Masters in den nächsten Jahren regelmäßig teilnehmen wird. Allerdings wird Ivan Lendl nicht in jene Situation geraten, wie sie einst Björn Borg erlebt hat, und die heute John McEnroe zu überstehen hat. „Ich fühle mich zur Zeit körperlich und psychisch topfit, ich will mindestens bis zu meinem 30. Lebensjahr spielen", so meinte Lendl in einem Fernsehinterview zu den Reportern.

Und wer sich den 1,88-m-Mann auf dem blauen Untergrund im Garden angesehen hat, nimmt ihm diese Äußerung mit Leichtigkeit ab.

Er war derjenige, der im Endspiel dominiert hat, der jederzeit in der Lage war, seinen Rhythmus zu ändern. Kein Wunder, denn zum sechsten Mal stand Lendl hintereinander im Finale des Masters im Madison Square Garden. Ein Vorteil, den auch der 25jährige erkannte. „Der Erwartungsdruck war für Becker in New York zu groß. Deshalb machte er viel zu viele Fehler, die ich bei ihm ansonsten nicht gewöhnt bin."

In der Tat wirkte Becker zu Beginn des Finales wie gelähmt als er ver*suchte, vorsichtig von der Grundlinie* aus zu agieren. Doch was ihm beim letzten Aufeinandertreffen mit Lendl in London besser gelang (damals unterlag er in fünf Sätzen), erwies sich in New York schnell als Trugschluß. Denn die Passivität des Deutschen nutzte der Weltranglistenerste fast brutal aus.

Erst im zweiten Satz änderte Bekker seine Taktik, wurde offensiver und konnte damit Lendl überraschen. Er führte 5:2 und besaß bei 5:3 und bei eigenem Aufschlag die Möglichkeit, den Satz zu gewinnen. Mit „einem schrecklichen Spiel" vergab Becker diese Chance und damit war eigentlich alles gelaufen. Denn fortan hatte Becker keine echte Möglichkeit mehr, im Gegenteil, es fiel auf, daß er sich wiederum häufig von den äußeren Begebenheiten ablenken ließ.

Da stimmte auf einmal die Bespannungshärte seiner Schläger nicht mehr, dann war es das Griffband, das nicht mehr richtig saß und zwischendurch ärgerte sich Becker immer einmal über das „elektronische Auge", das häufig nicht nach seinen Wunschvorstellungen funktionierte. Na und? Um Champion zu werden, muß er da durch. Dabei erscheinen all diese Reaktionen durchaus verständlich zu sein und zeigen auch die Unsicherheit, der er manchmal bei kritischen Phasen ausgesetzt ist. So kann es unter dem Strich nur von Vorteil sein, wenn Becker weiterhin Zeit und Ruhe hat, den Lernprozeß, den er noch lange nicht abgeschlossen hat, durchzuführen.

Was aber irgendwann einmal zum Nachteil umschlagen könnte, sind die unzähligen Versuche, mit spektakulären Hechtsprüngen zum Punktgewinn zu kommen. Natürlich ist es eine feine Sache, im Fluge einen spektakulären Punkt zu gewinnen. Nur dürfen diese publikumswirksamen Aktionen nicht überhand nehmen, denn schnell kann es dazu kommen, bei unwichtigen und überflüssigen Bällen zu hechten.

Kritik mußte sich Becker wegen seines Verhaltens diesmal auch von seinem Trainer Günter Bosch gefallen lassen. Ungeschminkt hielt Bosch seinem Schützling vor: „Er nutzt seine Chancen nicht. Den zweiten Satz hätte er gewinnen müssen. Er läßt es manchmal an Einstellung und Konzentration fehlen. Es geht einfach nicht, mal so und mal so zu spielen, mal dieses und mal jenes zu probieren." Gearbeitet werden, so der Trainer, müsse vor allem an der Beständigkeit, „der sehr gute Durchschnitt wie bei Lendl fehlt noch, Boris braucht ein höheres Plateau, um zu seinen Gipfeln zu steigen. Bisher ist er allzu oft noch im Tal." Auch gehe es nicht mehr so weiter, äußere Umstände für eigene Fehler verantwortlich zu machen – wie im zweiten Satz die Schläger.

Das Talent Becker soll und muß also noch weiter reifen. Ivan Lendl gab ihm mit auf den Weg: „Ich habe gelernt zu warten, und Boris wird es auch lernen müssen."

„Den Hintern versohlt"

sid/dpa, **Düsseldorf**

Die internationale Presse ist sich nach dem 16. Finale des Tennis-Masters-Turniers weitgehend einig. Sie ist voll des Lobes für den klaren Sieger Ivan Lendl und zollt dem Verlierer Boris Becker Anerkennung für dessen tapferen Kampfgeist. Der allgemeine Tenor: Becker war noch nicht reif genug für einen Sieg gegen Lendl, der überall und uneingeschränkt als Nummer eins im Welttennis akzeptiert wird. Die **New York Times** drückt das so aus: „An einem Tag, an dem der aufgehende Star des Tennis (Boris Becker) hoffte, Ivan Lendl zu zeigen, daß er auf seinem ersten Weltranglistenplatz auf wackliger Position steht, erhielt er den Hintern versohlt (he was given a spanking) und wurde auf den ihm zustehenden Platz verwiesen, der um einiges hinter Lendl ist."

Liberation (Paris): „Madison war für Becker – das Tennis aber für Lendl. Meister Lendl schickt Becker auf das Übungsfeld zurück."

Le Figaro (Paris): „Boris Becker muß sich noch etwas gedulden, bevor er die Nummer eins der Welt sein wird. Doch seine Fortschritte versprechen eine noch stärkere und spektakulärere Rivalität für 1986."

Times (London): „Es war kein gro*ßes Match, lange nicht so gut wie das* Duell der beiden im November in Wembley."

Mirror (London): „Das war der Tag, an dem der Traum eines Jungen starb und durch einen lebenden Alptraum ersetzt wurde."

Il Giornale (Mailand): „König Ivan zerstörte die heftigen, ungestümen Angriffe Beckers in kaltblütiger Ruhe."

Tagesanzeiger (Zürich): „Becker ist, selbst wenn er verliert, einer der spektakulärsten Tennisspieler."

L'Equipe (Paris): „Ivan Lendl ist der wahre Meister der letzten Saison. Nur mit seinem Enthusiasmus konnte Becker gegen ihn nichts ausrichten."

*

Bei den deutschen Fernsehzuschauern war Boris Becker am Sonntag der große Sieger. Die Live-Übertragung aus New York erzielte mit 18,54 Millionen Zuschauern (45 Prozent) die höchste Einschaltquote des Tages. Den einstigen Kino-Hit „Der weiße Hai" sahen nur 17,46 Millionen (41 Prozent) Zuschauer.

TENNIS

Kohde wird immer besser

sid, **Worcester**

Claudia Kohde beginnt das Tennisjahr 1986 wie Boris Becker. Die 22 Jahre alte Saarbrückerin steht beim mit 250 000 Dollar dotierten Turnier in Worcester im US-Bundesstaat Massachusetts sogar in beiden Endspielen, nachdem sie vor einer Woche in Washington bereits das Einzel-Halbfinale und das Doppelfinale erreicht hatte.

In Worcester hatte die Weltranglisten-Fünfte trotz einer leichten Schulterverletzung und einer Erkältung in der Vorschlußrunde nach den üblichen Startschwierigkeiten letztlich keine Mühe beim 6:3, 6:4 über die an Nummer acht gesetzte Amerikanerin Kathy Rinaldi. Im Doppel bezwang sie mit ihrer tschechoslowakischen Partnerin Helena Sukova das routinierte US-Duo Nagelsen/Potter noch überlegener mit 6:1, 6:2.

„Es läuft im Moment hervorragend, ich treffe augenblicklich wirklich, was ich will", freute sich Deutschlands Tennislady Nummer eins, die sich anschließend erst einmal in einem 14tägigen Skiurlaub von den Turnierstrapazen der letzten Monate erholen will.

Endspielgegnerin ist in beiden Fällen die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova. Die 29 Jahre alte Linkshänderin besiegte im zweiten Halbfinale Pam Shriver in nur 51 Minuten mit 6:1, 6:1 und stellte damit den Matchrekord gegen ihre Doppelpartnerin auf 24:3.

„Ich mußte irgendwas Lustiges machen, sonst wäre ich vom Platz gegangen", sagte Pam Shriver anschließend. Zur Erheiterung der Zuschauer ging sie bei einem Rückstand von 1:6 und 0:4 zur Anzeigentafel und änderte den Spielstand auf 6:4, 5:4 zu ihren Gunsten. „Hoffentlich wirst Du jetzt endlich nervös", rief sie zu ihrer Partnerin, die daraufhin in schallendes Gelächter ausbrach.

SKI ALPIN

Hächers Sieg im Weltcup

sid, **Oberstaufen**

Traudl Hächer riß jubelnd die Arme in die Höhe und präsentierte mit einem strahlenden Lachen auf dem Gesicht der Fotografen-Meute ihre Skier. Die 23jährige aus Schleching freute sich wie eine Schneekönigin über ihren dritten Weltcupsieg. In 2:23,45 Minuten stoppte Traudl Hächer in Oberstaufen die Siegesserie der Schweizerin Vreni Schneider.

Hinter Traudl Hächer, am vergangenen Freitag Siegerin des Super-G von Puy St. Vincent, kamen Vreni Schneider (2:24,40), die nach dem ersten Lauf geführt hatte, dann aber einen schweren Fehler machte, und Olga Charvatova (CSSR/2:24,76) auf die Plätze zwei und drei. Zwei weitere Läuferinnen des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), Maria Epple-Beck (Seeg) als Achte (2:25,91) und Regina Mösenlechner (Inzell) als 14. (2:27,74) sammelten Weltcup-Punkte.

Doch im Mittelpunkt des Interesses stand Traudl Hächer. „Ich kann es gar nicht fassen", meinte sie nach dem ersten Riesenslalom-Weltcupsieg ihrer Laufbahn. Nachdem sie am Sonntag bei der Einfahrt zum Zielhang gestürzt war, mußte die Tochter von Hans Hächer, 1953 Deutscher Meister im Riesenslalom und in der Kombination, gestern mit der ungünstigen Startnummer zwei bei Neuschnee ins Rennen gehen und belegte nach dem ersten Durchgang Platz drei.

„Ich habe bestimmt keine Siegchance, obwohl ich keinen Fehler gemacht habe. Die Piste wird jetzt immer schneller, je mehr Schnee aus der Spur gefahren wird", befürchtete Traudl Hächer kurz vor dem zweiten Lauf. Nach ihrem Erfolg erhielten dann allerdings die Organisatoren von Oberstaufen ein verdientes Lob von der Siegerin: „Ich bin von der Piste begeistert. Alle fuhren unter gleichen Bedingungen."

Sport in Zahlen...

TENNIS

16. Masters-Turnier in New York, Doppel, Finale: Edberg/Jarryd – Nystroem/Wilander (alle Schweden) 6:1, 7:6. – **Damenturnier** in Worcester, Halbfinale: Kohde (Deutschland) – Rinaldi (USA) 6:3, 6:4, Navratilova – Shriver (beide USA) 6:1, 6:1. – Doppel: Kohde/Sukova (CSSR) – Nagelsen/Potter (USA) 6:1, 6:2.

EISHOCKEY

Bundesliga, 31. Spieltag: Landshut – Düsseldorf 3:6, Köln – Rosenheim 2:2, Bayreuth – Schwenningen 3:4, Kaufbeuren – Iserlohn 7:7, Mannheim – Rießersee 8:1.

RALLYE

54. Rallye Monte Carlo, erster Lauf zur Weltmeisterschaft, Stand nach zwei von vier Etappen und sechs von 36 Sonderprüfungen: 1. Toivonen/Cresto (Finnland/USA) Lancia Delta 1:09:49 Std., 2. Alen/Kivimäki (Finnland) Lancia Delta 1:05 Min. zur. ... 5. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Audi Sport Quattro 1:42.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 5, 14, 30, 34, 41, 43, Zusatzspiel: 18. – **Rennquintett**: Rennen A: 8, 15, 6. – Rennen B: 23, 28, 30.

(Ohne Gewähr).

Alfonsins Kraftprobe mit den Gewerkschaften

Generalstreik angekündigt / Ideologische Konfrontation

WERNER THOMAS, Miami

Es war der bisher schärfste verbale Schlagabtausch zwischen den Kontrahenten. Präsident Raul Alfonsin beschuldigte die Gewerkschaftsfunktionäre, sie konspirierten „gegen die Interessen des arbeitenden Volkes". Sie seien schon von Juan Peron als „billige Demagogen" und „Feinde der Nation" identifiziert worden. Die Angegriffenen konterten mit dem Vorwurf, Alfonsin habe seine Versprechungen nicht eingelöst: „Was uns der Präsident offeriert, ist eine autoritäre Arroganz."

Am Freitag dieser Woche erlebt Argentinien einen Machtkampf, der die Entwicklung der nahen Zukunft entscheidend beeinflußen kann: Die peronistische Gewerkschaftsbewegung CGT veranstaltet den ersten Generalstreik gegen das sieben Monate alte wirtschaftliche Sanierungsprogramm der Alfonsin-Regierung, den „Plan Austral". Wenn ihr eine eindrucksvolle Mobilisierung der Bevölkerung gelingt, können weitere Aktionen dieser Art folgen.

In schwieriger Phase: Raul Alfonsin FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Raul Alfonsin befindet sich in der kritischen Phase seiner 26monatigen Amtszeit. „Das Schicksal seiner Regierung steht und fällt mit dem Erfolg oder Mißerfolg des Plan Austral", urteilte die Zeitung „La Nacion". Viele Argentinier verlieren die Geduld, die Unzufriedenheit wächst. Die CGT will diese Chance nützen, um verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Die Autoritätsmaßnahmen brachten zwar drastische Fortschritte an der Inflationsfront. Im Juni lag die jährliche Inflationsrate noch bei 1000 Prozent, in der zweiten Jahreshälfte lediglich bei 20,2 Prozent. Das Realeinkommen sinkt jedoch, weil die Regierung jetzt nur Lohnerhöhungen von fünf Prozent gewährt. Außerdem ging die Zahl der Arbeitslosen durch die Auswirkungen der Rezession in die Höhe.

Raul Alfonsin, der charismatischste Präsident seit Perons Zeiten, der bisher souverän regierte und im November noch einen glänzenden Triumph bei den Kongreßwahlen verbuchen konnte, scheint ins Schlingern geraten zu sein. Politische Beobachter erwähnen oft zwei Entwicklungen: Im Oktober war der Ausnahmezustand proklamiert worden, um die Verhaftung von zwölf Personen zu ermöglichen, unter ihnen sechs Offiziere, angeblich rechte Terroristen. Alle befinden sich wieder auf freiem Fuß.

Es folgte der Fall Guglielminetti, der noch immer die Medien beschäftigt. Der ehemalige Geheimdienstbeamte Raul Guglielminetti, der einige Monate zum Leibwächterkorps Alfonsins zählte, wurde kurz vor Weihnachten von Spanien an Argentinien ausgeliefert. Er soll vor zwei Jahren an der Entführung und Ermordung eines Unternehmers beteiligt gewesen sein.

Ein Haftrichter veranlaßte wenige Tage später seine Freilassung: Die Beweise würden nicht ausreichen. Jetzt wird erneut nach Guglielminetti gesucht. Der ist jedoch untergetaucht.

Die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition erhält immer deutlicher ideologische Konturen. Alfonsin richtete am vergangenen Wochenende scharfe Angriffe gegen die Kommunistische Partei im Zusammenhang mit den blutigen Demonstrationen während eines Besuchs des amerikanischen Bankiers David Rockefeller: Sie habe ihre Strategie geändert, unterstütze linksextreme „Provokateure" und destabilisiere die demokratische Ordnung.

Der Machtkampf wird vermutlich von der Stimmung der Argentinier entschieden werden. „Es gibt keine Alternative zu Alfonsin", schrieb das Massenblatt „Clarin". Alfonsin ist trotz der Rückschläge ein populärer Präsident geblieben. Anfang Januar ermittelte ein Meinungsumfrageinstitut, daß 62 Prozent der Bevölkerung von Buenos Aires seine Amtsführung schätzen.

Moskau hat Aden fest im Griff

Sowjetische Garnison sichert Sieg der Marxisten / Südjemens Präsident nach Nordjemen geflüchtet

PETER M. RANKE, Kairo

Nach acht Tagen eines blutigen Bürgerkrieges im Südjemen hat die radikale Moskau-Fraktion unter Abdul Fattah Ismail gesiegt und ist Herr in Aden. Der bisherige Präsident Ali Nasser Mohammed, der einen von Moskau unabhängigen Kurs steuern wollte, ist über Addis Abeba in die nordjemenitische Hauptstadt Sanaa geflüchtet und will eine „Befreiungsorganisation" aufbauen. Unterdessen sind die Ausländer, unter ihnen mehr als 1000 Sowjetbürger, evakuiert.

Der am Sonntag geschlossene Waffenstillstand, an dem Sowjetbotschafter Viktor Perischkin und PLO-Vertreter der Radikalen Volksfront mitarbeiteten, dauerte gestern an.

„Unsicherer Kantonist"

Über Radio Aden gab der vor einer Woche angeblich erschossene Abdul Fattah Ismail eine neue kollektive Führung für Staatspartei und Regierung bekannt und gelobte engste Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er warf dem abgesetzten Präsidenten vor, er habe eine Einmann-Diktatur errichten wollen und sei deshalb gestürzt worden.

Zwar hatte Ali Nasser Mohammed, der letzte Woche die radikale Moskau-Fraktion ausschalten wollte, bei seinem Besuch in Äthiopien Hilfszusagen erhalten, aber zu spät. Jetzt wird der äthiopische Herrscher Haile Mariam Mengistu jedoch nichts unternehmen, was Moskau verärgern könnte.

Truppen- oder Waffenhilfe für Ali Nasser Mohammed aus dem Ausland war auch deshalb unmöglich, weil die „Regierungs-Truppen" nicht den wichtigen Luftstützpunkt Khormakschar sichern oder freikämpfen konnten, wo die Hauptmacht der sowjetischen Garnison liegt. Sie haben sich inzwischen den „Rebellen" ergeben, die in den letzten Tagen von sowjetischen Soldaten und Ausbildern unterstützt worden waren. Zuverlässige Berichte aus Aden besagen, daß dieses Eingreifen der Sowjets auf Seiten der Streitmacht Abdul Fattah Ismails die Entscheidung brachte.

Politische Beobachter weisen darauf hin, daß die Sowjets im Südjemen ihr Ziel erreicht haben: Die Absicherung des wichtigen Stützpunktes Aden durch ein ihnen total ergebenes Regime. Sie konnten auf Ex-Präsident Abdul Fattah Ismail zurückgreifen, der erst vor einem Jahr aus dem Moskauer Exil nach Aden zurückgekehrt war und als geheimer Aufpasser fungierte. Daß es Ali Nasser Mohammed trotz anderslautender Radio-Nachrichten am vorigen Montag nicht gelungen war, die Moskau ergebende Fraktion nach deren Putschversuch auszuschalten, hat sein politisches Ende besiegelt.

Westliche Diplomaten weisen darauf hin, daß Parteichef Gorbatschow lieber blutige Zusammenstöße hinnimmt, als einen unsicheren oder unzuverlässigen lokalen Politiker an der Macht zu belassen. Ali Nasser Mohammed galt wegen seiner Annäherungspolitik an Saudi-Arabien und die Golfstaaten in Moskau als politisches Risiko.

Nach den Erfahrungen im Südjemen würde Moskau zweifellos ebenso hart durchgreifen, wenn seine Stellung etwa in Vietnam, in Äthiopien, Angola oder Libyen gefährdet werde, betonen westliche Diplomaten.

Zögerndes Saudi-Arabien

Gerade im Hinblick auf Libyen habe Moskau den Amerikanern eine Lektion erteilen wollen und Aden jetzt noch fester in den Griff genommen. Politische Abrechnungen, Hinrichtungen und massiver Terror seien dort jetzt zu erwarten. Die Sowjets haben zwar durch die Flucht und Evakuierung russischer Zivilisten aus Aden zunächst „Gesicht verloren", haben aber durch den entschiedenen Einsatz ihrer Garnison die Lage gemeistert, geben auch arabische Beobachter zu. Sie sehen das als Rückschlag für pro-westliche Positionen in der arabischen Welt an. Das vom Westen hochaufgerüstete Saudi-Arabien hat während der Bürgerkriegs-Woche im Südjemen nicht eine Sekunde lang daran gedacht, im Nachbarland zugunsten der gemäßigten Kräfte einzugreifen oder Hilfe zu schicken. Die sowjetische Bastion am „Tor der Tränen" ist stärker als zuvor. (SAD)

Engholm fordert Distanz zu „linken Dogmatikern"

WELT-Gespräch mit dem SPD-Fraktionschef in Kiel

GEORG BAUER, Kiel

Vor einem „Beschönigen" der gewalttätigen Angriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallman (CDU) hat der SPD-Fraktionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Björn Engholm, gewarnt. In einem Gespräch mit der WELT meinte Engholm: „Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich zur demokratischen Linken zählen, können nur sagen, Gewalt scheidet für sie in jeder Situation aus. Und Gewalt beginnt in dem Augenblick, wo gerempelt und mit Ellenbogen gestoßen wird."

Der ehemalige Bonner Bildungsminister distanzierte sich ausdrücklich von Versuchen, die Ausschreitungen in Frankfurt auf die geplante Änderung des Streikparagraphen 116 zurückzuführen. Dagegen hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau den Vorfall zwar verurteilt, als Ursache dafür aber auch die vorgesehene Änderung des Streikrechtsparagraphen genannt. Engholm meinte, nur mit friedlichem Mitteln, mit Appellen und Demonstrationen könne man gegen eine Änderung des „116" vorgehen. Seine Partei rief er dazu auf, eine klare Trennungslinie gegenüber linken Dogmatikern und Gruppierungen zu ziehen. Gegenüber den Grünen dürfe die SPD allerdings keine „Berührungsängste" haben.

Gewalt scheidet aus: Björn Engholm FOTO: CHRISTA KUJATH

Den SPD-Kanzlerkandidaten Rau bezeichnete er als die einzige Alternative zu Kanzler Kohl, die die SPD zur Zeit habe. Die hohe Identität von Person, moralischem Anspruch und Programm bei Rau sei Grundlage für mögliche Chancen der Sozialdemokratie, die Mehrheit wieder zu gewinnen. Im Kampf um die Mehrheit in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein muß sich die SPD nach Ansicht von Engholm auf ihre eigene Kraft besinnen. Als Ziel für die nächste Landtagswahl 1987 im nördlichsten Bundesland formulierte er: „Unser Ziel kann nur heißen, eigenständige Mehrheiten zu erreichen". Eine Koalition mit der FDP schloß der SPD-Oppositionsführer unter den gegenwärtigen Vorzeichen aus. Durch Bangemann dominiere bei den Freien Demokraten eindeutig der konservative Kurs. Sollten die Sozialdemokraten „wider Erwarten" auch bei der Wahl 1987 nicht den Ministerpräsidenten besetzen, so müßte die SPD die programmatischen und personellen Weichen völlig neu stellen. Engholm selbst werde nur für eine Übergangszeit die Position des Oppositionsführers ausüben.

Engholm wiederholte seine Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dieser Anspruch auf größeren Entscheidungsspielraum der Städte und Gemeinden gewinne auch in der SPD an Boden. Im Gegensatz etwa zur Nachkriegszeit, als die Sozialdemokraten eher staatssozialistisch-zentralistisch dachten, nehme nun die Anhängerschaft der „genossenschaftlichen Linie" in der SPD zu. Engholm: „Man kann nicht leugnen, daß über eine bestimmte Periode der Nachkriegszeit die Sozialdemokraten zentralistischer gedacht haben. Aber seit etwa zehn Jahren dominiert wieder stärker der genossenschaftliche Gedanke."

Auch bei der SPD mache sich Skepsis gegenüber zu großen Einrichtungen – seien es Gemeinden oder Schulen – breit. „All dies ist heute nicht mehr die Mehrheitsphilosophie von Sozialdemokraten. Da hat man sicherlich aus der Vorstellung, groß ist besser oder zentraler ist effektiver, eine Menge gegenüber der Vergangenheit gelernt." An der Kompetenzverlagerung auf der Schiene Gemeinde, Kreis, Land, Bund seien alle Parteien schuld, doch müsse dieser Sog jetzt gestoppt werden. Engholm sprach sich für die Schaffung von kleineren Einrichtungen im Sinne „kleinerer Republiken" aus.

„Staatssekretär Ermisch bleibt"

dpa, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat gestern Berichte über eine bevorstehende Ablösung seines Staatssekretärs Günter Ermisch zurückgewiesen. In einer von der Bonner Hardthöhe veröffentlichten Erklärung werden gleichzeitig rechtliche Schritte gegen Behauptungen angekündigt, wonach Ermisch die Ehe eines Bediensteten des Verteidigungsministeriums zerstört habe. Wörner wies diese Unterstellung als unbegründet zurück.

Ermisch wurde vor der Veröffentlichung der Hardthöhe von Wörner gehört. Er erklärte dem Minister, daß er sich nichts vorzuwerfen habe, heißt es in der Darstellung des Ministeriums.

VW stellt weiter ein

MICHAEL JACH, Wolfsburg

In den sechs Inlandswerken der Volkswagen AG sollen bis zur Jahresmitte 3500 Arbeitskräfte neu eingestellt werden; 600 davon seien bereits seit Anfang Januar beschäftigt. Dies teilte die Wolfsburger Konzernspitze gestern mit, nachdem am Wochenende FDP-Wirtschaftssprecher Otto Graf Lambsdorff und Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht erneut Kritik an der Einstellungspolitik der IG Metall im VW-Aufsichtsrat geübt hatten („Zusätzliche Samstagsschichten statt möglicher Zeitvertrags-Arbeitsplätze"). Dazu wiederholte ein VW-Sprecher das Argument, „bei unseren derzeit voll ausgelasteten Kapazitäten" sei Mehrbeschäftigung technisch unmöglich.

In Sorge um den Israel-Tourismus

lz. München

Über die Parteiengrenzen hinweg haben sich der Münchner Gewerkschaftsvorsitzende Alois Mittermüller (SPD) und Münchens Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler (CSU) zu einer Solidaritätsaktion mit Israel zusammengefunden. Mittermüller appellierte an alle Touristen, sich nicht durch Terroranschläge von einem Urlaub in Israel abhalten zu lassen. Nicht nur innere Empörung über die Terrorakte, sondern auch äußere Solidarität mit Israel müsse demonstriert werden. Gauweiler erklärte, die Terroristen dürften nicht das letzte Wort haben. Die Sicherheitsbehörden hätten aus den Attentaten gelernt, um in Zukunft reagieren zu können.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wandel durch Kenntnis

„Der Wandel im Amerikabild der Jugend": WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der von Herrn Karutz geschilderte Wandel im Amerika-Bild der Jugend kommt nicht von ungefähr. Er resultiert nicht zuletzt aus dem klaren Bekenntnis der Bundesregierung zur gemeinsamen Werteordnung des Westens. Hinzu kam eine starke Intensivierung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches. Bis 1981/82 war der Umfang des deutsch-amerikanischen Jugendaustauschs im Hinblick auf die politische Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen unbefriedigend. Neue Initiativen waren notwendig. So konnten zum Beispiel im Rahmen des neu geschaffenen parlamentarischen Patenschaftsprogramms im Austauschjahr 1984/85 520 junge Deutsche (420 Schüler und 100 Berufstätige) einen einjährigen Amerikaaufenthalt genießen. Die Kosten für diesen Aufenthalt trägt der Deutsche Bundestag. Mittlerweile hat fast jeder Abgeordnete – die Grünen ausgenommen – eine Patenschaft übernommen.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit betreibt eine Förderung zumeist durch die Vergabe von Globalmitteln, während die Durchführung der Programme bei den Mitgliedsverbänden des Bundesjugendringes, der deutschen Sportjugend, den Studentenverbänden und anderen Organisationen der Jugendarbeit wie zum Beispiel dem Deutschen Jugendherbergswerk liegt. Einen ersten Überblick über die bestehenden Möglichkeiten im Rahmen des internationalen Jugendaustausches bietet eine Broschüre des Studienkreises für Tourismus e. V. (Dampfschiffstraße 2, 8130 Starnberg), die im Auftrag des BMJFG herausgegeben wird. Sie erscheint unter dem Titel „Internationale Begegnungen für Deutschland, Europa und Übersee".

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Was ist verkehrt gelaufen?

„Gewalt in Frankfurt": WELT vom 13. Januar

Es ist schon bewundernswert und geradezu vorbildlich, wie gelassen der Frankfurter Oberbürgermeister anläßlich des Neujahrsempfanges des DGB-Kreises Frankfurt auf die Fußtritte und Boxhiebe reagiert hat.

Nach diesem Eklat werden sich allerdings Oberbürgermeister Wallmann, seine Parteifreunde, die Medien und wir alle uns fragen müssen, was hier eigentlich verkehrt gelaufen ist beziehungsweise versäumt wurde. Es ist ja nicht so, daß die Angriffe auf OB Wallmann ohne jeden Bezug zu vergleichbaren Ereignissen in den vergangenen Jahren wären, wenngleich sie zwar inzwischen die Spitze eines Eisbergs darstellen. Erinnern wir uns doch nur an die harten Auseinandersetzungen beim Stahlarbeiterstreik, an die beunruhigenden Ausfälle beim Streik der Drucker und Metaller und schließlich an die empörenden Vorfälle beim diesjährigen FDP-Dreikönigstreffen.

An die Adresse der überwiegend besonnen reagierenden Gewerkschaftsführung sei der Wunsch gerichtet, die Mitglieder nicht noch weiter mit überzogenen Forderungen zu verunsichern, die sich später überhaupt nicht realisieren lassen. Unerfüllte Erwartungen erzeugen Frustrationen, diese wiederum haben dann die erschreckenden Aggressionen zur Folge. Auch die Drohungen des IG-Metall-Vorsitzenden Steinkühler, die Regierungspolitik provoziere „brennende Städte und revoltierende Jugendliche", dienen nicht zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten. Sie beschwören geradezu die Gefahr weiter herauf – und das bei der für sich ein wenig anmaßend in Anspruch nehmenden „Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften in der bestehenden Gesellschaft".

Unmittelbarer Anlaß der Auseinandersetzungen in Frankfurt ist der Streit um Paragraph 116. Auch hier ist weitere Aufklärung dringend notwendig, daß es sich primär nicht um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften handelt, sondern um den Zugriff zur Kasse in Nürnberg. Hierbei sollte bedacht werden, daß die organisierten Gewerkschaftsmitglieder nur eine Minderheit der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik darstellen, daß die Mehrheit der gleichfalls Beiträge entrichtenden Arbeitnehmer überhaupt kein Verständnis dafür hat, wenn ihr Geld für unsinnige Arbeitskämpfe verpulvert wird. Wer sich für einen Arbeitskampf entschließt, sollte vorher wissen, wie er nachher dies Unternehmen auch finanziell durchstehen kann – auch das gehört zur Verantwortung gegenüber den eigenen Mitgliedern – aber nicht durch den Griff in die Taschen anderer.

Dr. Reinald Ohler,
Oberhausen 11

Import-Textilien

„Mut zur Arbeitsteilung": WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hans-Jürgen Mahnke sieht in den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens eine protektionistische Belastung der Handelspolitik des Jahres 1986. Er wittert Machenschaften der Protektionisten, die flexibel genug seien, um auch die neuen EG-Mitgliedstaaten Spanien und Portugal in ihre „Aufklärungsarbeit" einzubeziehen.

Nun ist Protektionismus natürlich eine Frage der Definition. Der deutsche Textil- und Bekleidungssektor, dessen Importzuwachsraten (auch aus den Niedrigpreisländern) in den letzten 15 Jahren bei weitem höher lagen als in den meisten anderen Branchen, und der im internationalen Vergleich die höchsten Pro-Kopf-Einfuhren von importierten Textilien (auch aus Entwicklungsländern) aufzuweisen hat, vertritt mit gutem Grund die Auffassung, daß er sich diesen Schuh nicht anzuziehen brauche. Wenn in der Bundesrepublik Deutschland 60 Prozent aller verkauften Textilien aus dem Ausland stammen, davon ein Drittel aus den sogenannten Niedrigpreisländern, so ist auch der Mut zur Arbeitsteilung bereits unter Beweis gestellt worden.

Was die Süderweiterung angeht, so haben die Politiker der EG es in ihrer Weisheit für richtig gehalten, die Gemeinschaft um zwei Entwicklungsländer zu vergrößern. Dabei war es von vornherein klar, daß diese Staaten (auch auf dem Textil- und Bekleidungssektor) von diesem Beitritt profitieren möchten und sich deshalb für einen noch stärkeren Außenschutz der erweiterten EG einsetzen werden. Die „protektionistisch gesonnenen" deutschen Verbandsfunktionäre konnten und können sich deshalb die Spesen für Reisen nach Madrid und Lissabon sparen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Konrad Neundörfer,
Gesamttextil e. V., Frankfurt/M.

Wort des Tages

„Die Fähigkeit des Menschen zu Gerechtigkeit ermöglicht Demokratie, aber die Neigung des Menschen zu Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig."

Reinhold Niebuhr, amerikanischer Theologe und Religionsphilosoph (1892–1971)

Maß der Dinge

„Wehe dem, der unversehens vom Hexenschuß getroffen wird ...": Geistige WELT vom 4. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufsatz spiegelt die tiefe Enttäuschung darüber wider, daß die Medizin die Ansprüche, die ihr die Gesellschaft, aber die sie sich auch selbst gestellt hat, nicht erfüllen konnte und wohl nicht erfüllen kann.

Es scheint die Erkenntnis zu reifen, daß der Urtraum des Menschen, die Überwindung von Leiden und Sterben, paradoxerweise mit dem Leben nicht vereinbar ist.

Sich dieser Erkenntnis zu stellen, muß den Menschen – selbsterklärtes Maß aller Dinge –, besonders aber den Mediziner mit großer Trauer erfüllen. Der Aufsatz Lüths basiert auf der zu beobachtenden Grundströmung, daß die eingangs erwähnte Enttäuschung umschlug in Skepsis und sogar Haß gegenüber der zunächst vielversprechenden Pharmachemie, gegenüber bestaunten Operationen und diagnostischen Verfahren. So werden unbegreifliche intellektuelle und operationstechnische Leistungen durch Beschreiben des zweifelhaften Zustandes des Patienten nach der Operation ad absurdum geführt (Beispiel: Kunstherz).

Eine allgemeine Tendenz wird deutlich: Der Wert des menschlichen Lebens an sich und dessen Verlängerung als unumstößliches höchstes Gut hat starke Einbußen hinnehmen müssen. Wenn Leben nach heutiger Einschätzung seinen hohen Rang behaupten will, so muß es gewisse Qualitätsanforderungen erfüllen, und diese werden immer mehr vom Patienten selbst und nicht von der Medizin definiert werden.

Wir kommen zur Psychologie, die Paul Lüth richtigerweise verstanden wissen will als die Hinführung zu „Haltung, Umgang, Anwendung" dem Patienten gegenüber. Die Labor- und Apparatemedizin als Allheilmittel zur Gesundheit oder – vielleicht besser – zur Glückseligkeit wird zu Recht in Frage gestellt. Nur führt diese Kritik an manchen Stellen zur Unseriosität und zur weiteren nicht vertretbaren Verunsicherung von Patienten.

Wir sollten versuchen, unseren Patienten klar zu machen, was wissenschaftlich fundierte Medizin heute leisten kann, und freimütig bekennen, wo unsere Grenzen des rational Erklärbaren und Machbaren sind, statt den „hoffnungsvollen" Weg zurück ins Mystische von seiten der Medizin aus aufzuwerten.

Dr. med., Dipl.-Chem.
Rüdiger Grote, Hannover 71

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Rudolf Lusper, seit 1979 Berliner Mitglied des Europaparlaments, feierte seinen 65. Geburtstag. Nach dem Krieg war er einer der Mitgründer der Jungen Union Deutschlands und stand von 1950–1952 an der Spitze ihres Berliner Landesverbandes. Zudem bekleidete er jahrelang Spitzenpositionen im CDU-Landesvorstand. Der berufliche Weg führte den Volljuristen zu Beginn der fünfziger Jahre zur Bezirksverwaltung von Berlin-Steglitz, wo er als Rechtsamtsleiter und als Bezirksstadtrat für Personal und Verwaltung tätig war. Bereits 34jährig wurde er 1955 Senatsdirektor beim Senator für Inneres und blieb es – unter den sozialdemokratischen Senatoren **Lippschitz** und **Albertz** – bis zur Auflösung der SPD/CDU-Koalition im Jahre 1963. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt wie als Geschäftsführer der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, dem er selbst – wie bereits 1950/51 – wiederum in den Jahren 1967–1976 angehörte. Ende 1976 wurde er Mitglied des 8. Deutschen Bundestages.

EHRUNGEN

Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt die Preisträger des Niedersachsenpreises für Wissenschaft und Kultur bekanntgegeben. Den Wissenschaftspreis soll der Jurist und Historiker Professor **Franz Wieacker** (Göttingen) erhalten. Er gehört zu den bedeutendsten gegenwärtig lebenden Rechtsgelehrten. Seit 1953 ist er Mitglied der Göttinger Universität und seit 1955 Mitglied der Göttinger Akadamie der Wissenschaften sowie der Leipziger, Bayerischen und Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Drei Orgelbauer erhalten den Kulturpreis. Es handelt sich um **Jürgen Ahrend** aus Leer und **Harry** und **Guntram Hillebrand** aus Isernhagen im Kreis Hannover. Ahrend hat neben eigenen Orgelbauten zahlreiche historische Orgeln wie die St. Martinikerk-Orgel in Groningen und die Arp-Schnitger-Orgel in Norden restauriert. Die Gebrüder Hillebrand wurden besonders bekannt durch den Bau der Orgel für die St. Marienkirche in Danzig, die im August 1985 fertiggestellt wurde. Die Preise sind jeweils mit 10 000 Mark dotiert.

*

Der Direktor der Schule für Taubblinde und Stellvertretende Direktor des international bekannten Taubblindenzentrums in Hannover-Kirchrode, Oberstudiendirektor **Karl-Heinz Baske**, ist bei seiner Verabschiedung aus dem Schuldienst von Niedersachsens Sozialminister **Hermann Schnipkoweit** mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** reist am 3. Februar nach Belgien, um die Ehrendoktorwürde der Universität Löwen entgegenzunehmen. Vor der Verleihungszeremonie wird er an einer katholischen Messe in der Brüsseler Sankt-Peters-Kirche teilnehmen. Nach der Verleihung ist er mit seiner Frau **Marianne** in Schloß Laeken Gast von König **Boudouin** und Königin **Fabiola** bei einem Essen im kleinsten Kreis.

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird sich vom 23. bis 26. Januar in Berlin aufhalten. Bei der Berlin-Reise des Bundespräsidenten wird auf dem Programm auch der Besuch der „Grünen Woche" stehen, die zum 51. Mal in der früheren Hauptstadt stattfindet. Die zahlreichen ausländischen Landwirtschaftsminister werden Freitag abend Gäste des Bundespräsidenten in dessen Amtssitz Schloß Bellevue sein.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Walter Gorenflos**, deutscher Botschafter in Brasilien, wird demnächst Besuch von einem deutschen Diplomatenehepaar erhalten. Welches, wird in wenigen Tagen die Lostrommel im Auswärtigen Amt entscheiden. Diese „Traumreise" mit Aufenthalt in der Botschafterresidenz wird nach Erwerb von Losen zu 99 DM vom „Förderkreis Dritte Welt" angeboten. Auf die Idee kam seinerzeit die deutsche Botschafterin in Malawi, **Dorothea von Rossum**. Um dem Förderkreis, der Kleinprojekte in der Dritten Welt finanziert, zu mehr „Kasse" zu verhelfen, bot sie per Losverfahren einen zweiwöchigen Aufenthalt in ihrer Residenz an, samt Auto, das sie stellte. An der Verlosung von „Traumreisen" beteiligen sich inzwischen weltweit deutsche Diplomatenfamilien in den Auslandsbotschaften, wobei, so ein Sprecher des Pressereferates im AA, offenbar auch die „tiefe Sehnsucht nach Palmen und Sonne" diese Idee so erfolgreich werden ließ.

Der Förderkreis Dritte Welt des Auswärtigen Amtes, eine Gruppe junger Diplomaten, die sich um die Finanzierung von Kleinprojekten in Entwicklungsländern bemüht, hat neue Gelder bewilligt. Dem deutschen Botschafter in Haiti, **Karl-Friedrich Gansäuer**, geht jetzt ein Scheck über 5000 Mark zu, mit dem zwei Industrienähmaschinen angeschafft werden. Einen Scheck über 1000 Mark erhält der deutsche Botschafter in Peru, **Hans-Joachim Hille**. Er soll mit dem Geld Zement für ein Gemeinschaftshaus anschaffen. 7500 Mark bekommt der deutsche Botschafter in Marokko, **Norbert Monfort**. Das Geld übergibt er anschließend einem Kinderkrankenhaus in Rabat. Der Förderkreis Dritte Welt hatte 1985 sein Rekordjahr. Verschiedene Aktionen, unter anderem ein Sommerfest in der Bonner Diplomatenschule, eine Fastenaktion im AA, die Verlosung von Grafiken, brachten mehr als 55 000 Mark in die Kassen. In den nächsten Wochen werden die derzeitigen Organisatoren des Förderkreises – **Bernd Borchardt**, **Michael Moscovici** und Dr. **Georg Witschel** – über die Vergabe weiterer Gelder beraten.

*

Dr. **Helmut Urbaneck**, seit 1981 deutscher Generalkonsul in Lyon, übernimmt das Generalkonsulat in Recife, Brasilien. Das Generalkonsulat ist für den gesamten Norden Brasiliens zuständig. Der Diplomat verbrachte den überwiegenden Teil seiner Laufbahn auf Auslandsposten. 1959 war der Jurist ins Auswärtige Amt eingetreten. Zu seinen Stationen gehören Göteborg (1960–1963), Lagos (bis 1966), Mexiko (bis 1970), Barcelona (bis 1973) und nach dreijähriger Tätigkeit in der Bonner Zentrale Helsinki von 1976 bis 1981.

WAHL

Durch Briefwahl bestimmten die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik e. V. (GI) einen neuen Vorstand und drei neue Präsidiumsmitglieder. Für die Jahre 1986–1987 wurden Professor Dr. **Fritz Krückeberg**, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) und Universität Bonn, als Präsident, Professor Dr. **Horst Strunz**, Exper-Team GmbH, Dortmund, als Vizepräsident (Wiederwahl), und **Friedrich K. Rauch**, Colonia Versicherung AG, Köln, als Schatzmeister gewählt. Das Präsidium wurde ergänzt durch die Herren Dr. H. Balzert, TA Triumph Adler AG, Nürnberg, Professor Dr. **Rudolf Bayer**, Technische Universität München, und Dr. **Peter Kohlhammer**, Digital Equipment GmbH, München. Die GI zählt derzeit 9500 Mitglieder, von denen die eine Hälfte dem Bereich Studium, Forschung und Lehre, die andere dem Sektor Herstellung und Anwendung zuzuordnen ist; ihr Sitz ist Bonn.

Wenig Irritation

J. G. – Bemerkenswert wenig irritiert zeigte sich die Montag-Börse von dem nun publizierten Gerücht, eine Sanierungsaktion mit Banken-Forderungsverzicht und Herabsetzung des Aktienkapitals um ein Drittel stünde beim großen Duisburger Stahl- und Maschinenbaukonzern Klöckner-Werke AG bevor. Bei generell und besonders bei Stahlwerten etwas leichterer Börse unterbrach die Aktie der schon seit einem Jahrzehnt dividendenlosen Firma ihren in den letzten Monaten starken Kursanstieg nur mit einem Abfall um ein Zehntel.

Das eilige und klare Dementi der Duisburger mag bei dieser verhaltenen Börsenreaktion mitgespielt haben. Desgleichen wohl der erneute und verstärkte Hinweis der Konzernzentrale, daß man den Abschluß für 1984/85 dank Überwindung der Stahl-Verluststrähne endlich wieder mit Gewinn vorlegen und zudem die Partnerschaft mit dem australischen Rohstoffriesen CRA „demnächst" weiter verstärken werde.

In dieser Partnerschaft zur Entwicklung und weltweiten Vermarktung moderner (Stahl-)Technologie liegt offensichtlich eine vom Börsenpublikum bereits honorierte Zukunftsmusik. Desgleichen im weiteren Ausbau des *stahlfernen* Verarbeitungsbereichs, den der Stahlkonzern in einem Krisen-Jahrzehnt haushoher Stahlverluste auf mehr als zwei Milliarden Mark Umsatz gut verzehnfacht hat. An der Tatsache, daß der Konzern hoch verschuldet ist und unverhältnismäßig große Zinslasten mit sich schleppt, ändert das alles nichts. Das muß, jedenfalls nach heutigem Erkenntnisstand, die Aussicht auf Dividendenrückkehr noch auf Jahre hinaus verdunkeln.

Erste Stelle

J.Sch. (Paris) – An erster Stelle unter den Kriterien der französischen Wähler steht die Arbeitslosigkeit. Sie war in den ersten sozialistischen Jahren entgegen der Regierungsversprechen stark gestiegen. 1985 aber ging sie zum ersten Mal zurück und zwar um 3,5 Prozent auf 2,32 Millionen. Damit ist zwar immer noch die Zwei-Millionen-Schwelle, unter der man bleiben wollte, erheblich überschritten. Aber immerhin kann die Regierung jetzt einen relativen Erfolgsausweis vorlegen. Bei näherer Betrachtung der Statistik zeigt sich allerdings, daß er vor allem der „sozialen Behandlung" des Problems zuzuschreiben ist. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen verminderte sich so um 13 Prozent, während die der Erwachsenen weiter zunahm. Im internationalen Vergleich schneidet Frankreich damit eher schlechter ab, ebenso wie bei der Inflation, wo man trotz aller Erfolge über dem Durchschnitt liegt. Aber wenn die nationalen Daten stimmen, ist schon viel gewonnen.

LANDWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Bauern-Präsident von Heereman

Landwirte lehnen eine Änderung der aktiven Markt- und Preispolitik ab

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

„Alle Überlegungen, eine aktive Markt- und Preispolitik in der Europäischen Gemeinschaft durch direkte Einkommensübertragungen zu ersetzen, werden von der deutschen Landwirtschaft entschieden zurückgewiesen." Das erklärte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, gegenüber der WELT. Er forderte die Politiker zum raschen Handeln auf. Notwendig sei vor allem die Herstellung des Marktgleichgewichts und die Schaffung von Spielräumen für Preiserhöhungen.

Die Gesellschaft brauche für ihre sichere Zukunft eine gezielte Förderung der Landwirtschaft, betonte der Bauern-Präsident im Vorfeld der 51. Internationalen Grünen Woche, die am Donnerstag abend in Berlin eröffnet wird. Dazu gehöre auch eine „gerechte Entlohnung" der Bauern für ihre Leistungen. Es sei weder gerecht noch angemessen, wenn der Einkommensstandard in der Landwirtschaft zu mehr als 30 Prozent unter vergleichbaren Einkommen im gewerblichen Bereich liege.

Die Bedeutung der Landwirtschaft geht nach Ansicht Heeremans weit über den Anteil von zwei Prozent des Bruttosozialprodukts hinaus, den sie erwirtschaftet. Sie beschäftige immer noch 1,4 Millionen Menschen, das sind mehr als fünf Prozent aller Erwerbstätigen. Direkt und indirekt hänge, so Heereman, jeder sechste Arbeitsplatz *in der Bundesrepublik* von der Landwirtschaft ab. Daher sei eine gezielte Förderung der Landwirtschaft auch eine konsequente Maßnahme zum Eindämmen der Arbeitslosigkeit.

Um mit den Schwierigkeiten in der Landwirtschaft fertigzuwerden, gebe es kein Patentrezept. Eine Lösung sei deswegen so schwierig, weil wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der EG die Abwanderung in andere Bereiche, verglichen mit vor 15 Jahren, erheblich schwerer geworden sei. Der Strukturwandel erreiche nur noch ein Drittel dessen, was Anfang der siebziger Jahre registriert worden war. Der Strukturwandel allein könne jedoch das Mengenproblem nicht lösen.

„Nur bei angemessenen Preisen läßt sich die bäuerliche Landwirtschaft auf die Dauer erhalten", sagte Heereman. Direkte Einkommensübertragungen und Ausgleichsmaßnahmen könnten nur eine Ergänzung sein, selbst wenn sie in bestimmten Bereichen verbessert werden müssen. Was die Bundesregierung in diesen Bereichen getan hat, erkenne die Landwirtschaft durchaus an. Es fehle *jedoch noch ein gesetzlich* abgesichertes Gesamtkonzept.

Am schnellsten müsse bei Getreide gehandelt werden. Hier sollte sich die Europäische Gemeinschaft nach Auffassung Heeremans auf ein Programm für nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie verständigen. Dadurch könnten heutige Getreideflächen entsprechend umgewidmet werden. Vorrang sollten solche Maßnahmen haben, die nicht zu Eingriffen bei den Einzelbetrieben führen. Vorübergehende Mengenregelungen würden dann nicht ausgeschlossen, wenn die Alternative nur weitere Preissenkungen sein sollten.

Der Milchmarkt habe gezeigt, daß Mengenregelungen ein wirksames Instrument zur Eindämmung der Überproduktion seien. Die Ausgaben auf diesem Markt ließen sich in den nächsten fünf Jahren halbieren. Die Landwirte würden zwar Mengenregelungen nicht leichten Herzens zustimmen. Die katastrophale Einkommenslage und die voraussichtliche Entwicklung zwängen jedoch zu wirksamen Maßnahmen.

Überdies fordert Heereman eine verbesserte Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und begleitende Maßnahmen zur Milderung des Strukturwandels, wo er nicht verhindert werden kann. Auch die weitere Konzentration in der tierischen Veredelung müsse unterbunden werden.

Für das laufende Wirtschaftsjahr erwartet Heereman starke Einkommensrückschläge. Der Getreidepreis liege um zehn bis 13 Prozent unter dem des Jahres 1982/83, bei Rindfleisch rechnet er mit einem Minus von rund zehn Prozent. Auch die Schweinepreise würden weiter sinken.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Ausländer-Nachfrage sorgte für ein glänzendes Ergebnis

adh. Frankfurt

Rekordmarken meldet die deutsche Automobilindustrie: Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik 4 166 700 Pkw/Kombi hergestellt. Das sind zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor und auch noch sechs Prozent mehr als 1979. In dem bisherigen „Rekordjahr" waren 3 932 556 Personenwagen vom Band gelaufen. Eine Wende gab es auch bei den Nutzkraftwagen, mit 279 000 Lkws war die Produktion um neun Prozent höher als im Jahr zuvor. Von 1981 bis 1984 hatte die Branche stetig sinkende Produktionszahlen hinnehmen müssen.

Für das glänzende Jahresergebnis sorgten im letzten Jahr aber nicht die Bundesbürger, sondern das Ausland: Der Export wuchs mit einem Plus von 15 Prozent auf 2 568 400 Personenwagen stärker als die Produktion. Damit wurden 61,6 Prozent der in Deutschland produzierten Pkws ins Ausland verkauft. Im Vorjahr, das als sehr gutes Exportjahr gilt, waren es erst 58,9 Prozent.

Die Lust der Ausländer an deutschen Autos kam der Branche gerade recht. Denn die Deutschen, verwirrt durch Katalysator-Hickhack und die Diskussion um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen, hielten sich im vergangenen Jahr lange Zeit zurück. Bei den Neuzulassungen wird deshalb wahrscheinlich nur der Wert des Vorjahres (2,4 Millionen Zulassungen) erreicht. Marktführer ist übrigens nach wie vor unangefochten der VW Golf, der bei den Neuzulassungen von Januar bis November (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) einen Anteil von 12,6 Prozent erreichte, gefolgt vom Opel Kadett mit acht Prozent.

Erst im Herbst erwachte bei den Bundesbürgern die Bestellfreude, dann allerdings gleich kräftig. „Die Nachfrage nach Personenkraftwagen bewegte sich zum Jahresende auf hohem Niveau", schreibt der Verband der Automobilindustrie (VDA) in seinem Produktionsbericht. Daß im Dezember allein bei der Produktion nicht ganz das Ergebnis des Dezember 1984 erreicht wurde, ist eine Spätfolge des Streiks von 1984, die „Aufholeffekte" ließen die Produktion untypisch hoch ausfallen.

Übrigens scheint auch im Export die Nachfrage keine Schwäche zu zeigen, Exportdispositionen auf hohem Niveau meldet der VDA aus der Autoindustrie. Allein die Binnennachfrage nach Nutzkraftwagen zeige eine leichte Abschwächung. Im ganzen vergangenen Jahr ist die Entwicklung bei den Lkws im übrigen deutlich auseinandergefallen: Während die Produktion von leichten Lkws bis sechs Tonnen mit einem Plus von 15 Prozent deutlich nach oben zeigt (im Export sogar plus 29 Prozent), legten die schweren Lkws bei der Produktion nur zwei Prozent zu, im Export fielen sie sogar um sechs Prozent zurück. Im ganzen bleibt für die Lkw-Hersteller aber erstmals seit vier Jahren ein Exportzuwachs.

Handelspolitischer Dissens

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Den USA und der EG gelingt es nicht, den handelspolitischen Graben, der sie trennt, zuzuschütten. Das hat auch die Konferenz im kalifornischen San Diego wieder gezeigt, zu der sich übers Wochenende Spitzenbeamte aus der Gemeinschaft, Kanada, Japan und den Vereinigten Staaten versammelten. Zu einem wenig erfreulichen Schlagabtausch kam es zwischen dem Brüsseler Vizepräsidenten Willy de Clercq und dem noch neuen Handelsbevollmächtigten des Weißen Hauses, Clayton Yeutter.

Auslöser war die Warnung der Europäer, daß die von der Reagan-Administration gewünschte neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) gefährdet werde, wenn die USA ihre Textileinfuhren weiter beschränkten. Der Kongreß marschierte bereits in diese Richtung und verabschiedete ein entsprechendes Gesetz. Bei der Zurückweisung des präsidentiellen Vetos im November wurde allerdings die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Einen zweiten Versuch will die amerikanische Legislative im August wagen, wobei die Befürworter davon ausgehen, daß sich die US-Handelsbilanz (Defizit 1985 etwa 145 Milliarden Dollar) noch einmal verschlechtert, bevor die Dollar-Abwertung faßt. Der Druck aus den US-Bundesstaaten mit umfangreicher Textilproduktion ist enorm, und in der ersten Novemberwoche werden 33 Senatoren und 435 Abgeordnete gewählt. Unter diesen Umständen käme die erforderliche Stimmenzahl vermutlich zustande.

Die Administration berücksichtigt dieses innenpolitische Klima, indem sie die Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens, das am 31. Juli ausläuft, deutlich restriktiv führt, das heißt, zu Lasten der Anbieter aus der Dritten Welt. Dort ist der Zorn aber ohnehin groß, da Washington schon bisher die ausländischen Lieferungen durch erfindungsreiche Importbarrieren wie regionale Länderquoten und Ursprungsvorschriften zusätzlich gebremst hat.

De Clercq hat Yeutter in San Diego davon zu überzeugen versucht, daß die meisten Entwicklungsländer bei der noch ausstehenden Beschlußfassung über die neue Gatt-Runde abspringen werden, wenn die Amerikaner auch in dieser empfindlichen Warengruppe höhere Handelsschranken errichten (bei Zucker ist das soeben geschehen).

Die Überzeugungsarbeit des EG-„Außenministers" war jedoch vergeblich. Der Mann aus Chicago, der vor einigen Jahren für die USA den Käsekrieg gegen die EG gewann, wollte den Zusammenhang zwischen Textilien und Gatt-Runde nicht akzeptieren. Nach seiner Auffassung ist es auch gar nicht wichtig, daß alle 90 Gatt-Mitglieder an den Verhandlungen, deren Starttermin das Weiße Haus auf September festgesetzt hat (Vorgespräche beginnen am 27. Januar), teilnehmen. Yeutter außerdem: „Wenn wir uns anstrengen, machen die Entwicklungsländer mit."

So einfach ist es eben nicht. Folgt man Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der bei seinem Besuch in Washington vergangene Woche auch mit Yeutter sprach, dann zerreißt der dünne Faden, an dem die Gatt-Runde hängt, wenn die USA den Protektionismus verschärfen. Es müsse alles vermieden werden, was die Dritte Welt verprellen könnte. In dieser Situation seien kontraproduktive Maßnahmen tödlich.

Bangemann rechnete aber auch vor, daß Washington bisher kein führendes Entwicklungsland von der Notwendigkeit der Gatt-Runde überzeugen konnte. „Umgedreht" worden seien Staaten wie Thailand, Taiwan und Südkorea allein durch die Bemühungen der Europäer. In der Tat: Wenn es zu einer Liberalisierung des Welthandels kommen soll, kann sie nur auf breiter Basis gelingen.

Die Stimmung in San Diego war äußerst gespannt, als de Clercq Yeutter vorwarf, man könne die ärmsten Länder nicht auffordern, mehr zu importieren und ihre Schulden zu bezahlen, wenn andere ihre Märkte schlössen. Das sei nicht logisch und kaum zu verteidigen. Für Yeutter besteht indes auch weiterhin die Chance, „daß jeder gewinnt". Abgeschmettert wurde der Vorschlag der USA, das Gatt in eine Art internationales Gericht auszubauen, um auf diese Weise Handelsstreitigkeiten schneller zu schlichten. Die EG möchte das Wesen der multinationalen Organisation in Genf, die seit 1948 ihre Entscheidungen im Konsens-Verfahren trifft, nicht ändern.

AUF EIN WORT

„Staatliche Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind bei modernen Volkswirtschaften wirkungslos; sie führen zu Leistungsbilanzdefiziten, hohen Zins- und Inflationsraten. Jüngstes Beispiel: die Entwicklung bei unserem französischen Nachbarn."

Dr. Jost Prüm, Präsident der Industrie- und *Handelskammer des Saarlandes.* FOTO: HARTUNG

BDI ist für 1986 optimistisch

dpa/VWD, Köln

Die gesamtwirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1986 werden vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zumeist zuversichtlich eingeschätzt. Auf die Stärkung der Unternehmenserträge seien vermehrt Investitionen gefolgt, die die Wettbewerbsfähigkeit verbessert hätten und zunehmend Neueinstellungen ermöglichten. Zusammen mit der Steuerreform sei 1986 für alle ein deutlicher Zuwachs der Realeinkommen und eine ausgeprägte Stärkung des privaten Verbrauchs zu erwarten, so daß sich ein nun auch von der Inlandsnachfrage getragenes Wachstum entwickeln könne.

STEUERPOLITIK

Hans Apel präzisiert die Vorstellungen der SPD

p. p., Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, hat die Vorstellungen seiner Partei präzisiert, welche steuerlichen Maßnahmen sie im Falle eines Wahlsiegs ergreifen würde. Zugleich hat die Parteilinke allerdings dieses Konzept mit einem Fragezeichen versehen, da sie darüberhinausgehend gesetzliche Maßnahmen auch zur „Umleitung von Kapitalströmen" in ihren Forderungskatalog geschrieben hat.

Nachdem Apel bereits vor einem Monat die Grundzüge des offiziellen SPD-Steuerprogramms vorgestellt hatte, ergänzte er diese nach der einstimmigen Verabschiedung des Parteipräsidiums: Wie die Regierungskoalition hält auch die Opposition eine zweite Steuerentlastungsstufe 1988 für „sinnvoll", will diese aber stärker auf die mittleren Einkommensschichten zuschneiden. So sollen die steuerlichen Grundfreibeträge drastisch auf 5022 Mark (für Ledige) bzw. 10 044 Mark (für Verheiratete) angehoben und die Proportionalzone bis zur Einkommensgrenze von 21 600 bzw. 43 200 Mark ausgedehnt werden.

Die anschließende Progressionskurve soll nach den Vorstellungen der SPD bis etwa 41 000 bzw. 82 000 Mark abgeflacht, zugleich jedoch – entgegen den Regierungsvorstellungen – auf eine Tarifentlastung im oberen Progressionsbereich verzichtet werden. Außerdem hat das Parteipräsidium in den Wunschkatalog die Eingrenzung des Splittingvorteils für Ehepaare sowie die Abschaffung der Kinderfreibeträge aufgenommen, für die im Falle eines SPD-Wahlsiegs 1987 eine einheitliche Erhöhung des Kindergeldes in Kraft treten würde.

INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE

OECD: Emissionsvolumen erreichte ein Rekordniveau

J. Sch. Paris

Die internationalen Finanzmärkte wurden 1985 mit 283,3 (im Vorjahr 228,8) Mrd. Dollar in Anspruch genommen, teilt die OECD mit. Damit wurde ein neuer Rekord aufgestellt, wobei die Aufnahme lang- und mittelfristigen Kapitals auf 261 (197) Mrd. Dollar zunahm.

Dieser Boom ist vor allem den Anleiheemissionen zu verdanken, die sich um 50 Prozent auf 168 (112) Mrd. Dollar erhöhten. An internationalen Anleihen (Euro-Obligationen) wurden 136 (82) Mrd. Dollar emittiert und an Auslandsanleihen 31 (28) Mrd. Dollar, während die von den Entwicklungsorganisationen aufgenommenen Gelder auf 1,3 (2,0) Mrd. Dollar zurückgingen.

Die Kreditoperationen, die 1984 nur rund die Hälfte des Gesamtvolumens ausgemacht hatten, blieben mit fast unverändert 115 (117) Mrd. Dollar hinter den Anleihen zurück. Dabei stiegen aber die sogenannten Backup-Fazilitäten, das heißt mittelfristige Kreditarrangements zur Absicherung der Ausgabe von anderen Finanzinstrumenten, insbesondere kurzfristiger Euro-Notes auf 50,2 (28,8) Mrd. Dollar, während die von Bankenkonsortien bereitgestellten Kredite auf 43,2 (56,8) Mrd. Dollar zurückgingen.

Die OECD-Länder beanspruchten mit 82 (79) Prozent den Hauptteil der Mittel, und zwar 63 Prozent (147 Mill. Dollar) in Form von Anleiheemissionen. Die Entwicklungsländer waren mit nur noch 29 (33) Mrd. Dollar beteiligt. Darin kommt zum Teil die Reduzierung – von 11,3 auf 6,3 Mrd. Dollar – der im Rahmen internationaler Umschuldungsabkommen neu gegebenen Kredite zum Ausdruck. Osteuropa hat die Finanzmärkte mit 5,2 Mrd. Dollar um 55 Prozent stärker als 1984 in Anspruch genommen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Publikumsfonds mit Rekordergebnis

Frankfurt (dpa/VWD) – Den 133 im Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) zusammengefaßten Publikumsfonds sind im vergangenen Jahr Rekordmittel in Höhe von 8,2 Mrd. DM zugeflossen. Wie der BVI mitteilte, entspricht das einer Verdoppelung im Vergleich zu 1984. Das Fondsvermögen sei um 26,6 Prozent auf 58,2 Mrd. DM gestiegen. Die Rentenfonds stellen danach mit derzeit 37,1 (28,7) Mrd. DM die mit Abstand größte Gruppe unter den Publikumsfonds dar. Der Mittelzufluß habe sich im Jahresverlauf auf 8,4 Mrd. DM summiert – ein Rekordergebnis, das auch 1977 im bisher besten Jahr der Rentenfonds nur annähernd erreicht worden sei. Die Aktienfonds verdanken der haussierenden Börse einen Anstieg des Fondsvermögens auf 11,2 (8,5) Mrd. DM.

Umsatzzuwächse

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Umsatz von verarbeitendem Gewerbe und Bergbau in der Bundesrepublik wies auch im letzen November nach oben. Er lag nach Darstellung des Statistischen Bundesamtes mit 129 Mrd. DM um 2,1 Prozent über dem entsprechen Vorjahresmonat. Den größten Anstieg meldete mit sieben Prozent Zuwachs das Investitionsgütergewerbe, während der Umsatz der Konsumgüterindustrie um 2,1 Prozent stieg.

Gespräche begonnen

Tokio (dpa/VWD) – Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat gestern mit dem japanischen Außenminister Shintaro Abe eine Serie von Gesprächen über Handelsprobleme zwischen Japan und den zwölf EG-Staaten begonnen. Er will während seines fünftägigen Besuchs auch mit Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone und dem für internationalen Handel zuständigen Minister Michio Watanabe zusammentreffen. Der japanische Überschuß im Handel mit der EG ist nach Berechnungen des Tokioter Finanzministeriums 1985 auf die Rekordhöhe von mehr als elf Milliarden Dollar angewachsen.

Produktionssteigerung

Tokio (dpa/VWD) – Die beiden größten japanischen Autohersteller haben ihre Produktion und ihre Exporte im vergangenen Jahr weiter steigern können. Toyota Motor Corp. produzierte 3,66 Mill. Fahrzeuge, (6,9 Prozent) mehr als im Vorjahr. Bei Nissan Motor Co. lag die Produktionszahl von 2,5 Mill. Einheiten um 0,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Exporte nahmen um 2,3 Prozent auf 1,44 Mill. zu.

Keine Hermes-Kredite

Bonn (VWD) – Für Exportgeschäfte mit Polen wird es zunächst keine Hermes-Deckung geben. Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es dazu gestern, die von Bonn den Polen in Aussicht gestellte neue Deckungstranche von 100 Mill. DM könne solange nicht gewährt werden, wie von polnischer Seite nicht bestimmte Bedingungen erfüllt worden seien. Der für die Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Bürgschaften und Garantien zuständige Bonner Interministerielle Ausschuß (IMA) hat die Gewährung neuer Deckungen an gewisse regelmäßige Zahlungseingänge von polnischer Seite geknüpft.

Wochenausweis

	31.12.	23.12.	30.11.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	65,2	64,5	68,0
Kredite an Banken	105,3	105,5	99,9
Wertpapiere	4,1	4,0	4,1
Bargeldumlauf	114,7	117,6	113,4
Einl. v. Banken	55,8	44,6	55,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,3	5,1	0,5

EISENBAHN

Gewerkschaft fordert ein „Schienen-Ausbaugesetz"

Mk. Bonn

Eine Gleichbehandlung des Schienenverkehrs mit dem Straßenbau hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, auf einer Bundeskonferenz der Geschäftsführer seiner Organisation in Frankfurt gefordert. Er forderte ein Schienen-Ausbaugesetz und wandte sich gegen einen „weiteren Kahlschlag der Bahn durch Streckenstillegungen und rigorosen Personalabbau". Im Gegensatz zu den Ankündigungen gebe es keine Verschiebung der dringend notwendigen Investitionen zugunsten der Bahn. Nach Haars Ansicht hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg mehrfach Bundesverkehrsminister Werner Dollinger „überspielt". So müsse die Bahn weiterhin teure Kredite aufnehmen, die ihr Wirtschaftsergebnis belasten.

Die verbesserte Ertragslage bei der Bahn sei „auf dem Rücken der Eisenbahner" durch drastische Personaleinsparungen erzielt worden. Der Bahnvorstand halte an eine Unternehmensstrategie zur Arbeitsplatzvernichtung fest. Die Leistungsanforderungen gingen, so Haar, an die Grenze dessen, was gesetzlich oder tarifvertraglich verlangt werden dürfe. Haar forderte Neueinstellungen bei der Bahn. Im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge sprach sich die Gewerkschaft entschieden gegen *jede Form der Privatisierung aus.*

In politischen Kreisen in Bonn hieß es, diese Erklärungen gehörten zum Ritual der Gewerkschaft. Es wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaft in den vergangenen Monaten bei den Maßnahmen zum Abbau des Defizits bei der Bahn mitgespielt habe.

EXISTENZGRÜNDUNGEN / Nachfrage nach öffentlicher Hilfe ist leicht gesunken

Das Süd-Nord-Gefälle verstärkt sich

HEINZ STÜWE, Bonn

Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik macht sich immer stärker bei den Firmengründungen bemerkbar. Von den Hilfen, die der Bund Existenzgründern gewährt, fließt inzwischen knapp die Hälfte nach Bayern und Baden-Württemberg. Besonders deutlich zeige sich das regionale Gefälle bei der im vergangenen Jahr eingeführten Ansparförderung, erklärte in Bonn der Vorstand der bundeseigenen Lastenausgleichsbank (LAB), die die Förderprogramme für Firmengründer abwickelt. Ein Drittel der Anträge kam aus Bayern, *20 Prozent aus Baden-Württemberg*, während Niedersachsen mit knapp sechs Prozent deutlich unterrepräsentiert war.

Das Existenzgründungssparen hat sich recht schnell durchgesetzt. „In den ersten Wochen wurden wir mit Anträgen regelrecht überschwemmt", berichtete LAB-Vorstandsvorsitzender Kurt Andreas. Entsprechend der Zielsetzung des Programms, Firmengründern durch mehrjähriges Ansparen zu einer soliden Finanzbasis zu verhelfen, waren unter den 27 000 Antragstellern besonders viele junge Leute. Die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt von 200 Mill. Mark waren schnell ausgeschöpft, 7000 Personen mußten auf 1986 vertröstet werden.

Bei den übrigen Existenzgründungsprogrammen gab es 1985 mit 1425 Kreditzusagen gegenüber 1520 im Vorjahr einen leichten Rückgang, den Andreas aber als „Stabilisierung auf hohem Niveau" wertete. An ERP-Existenzgründungskrediten wurden 725 (800) Mill. Mark, im Rahmen der Eigenkapitalhilfe 475 (470) Mill. Mark bewilligt. Insgesamt seien von der LAB 1985 bei einem Kreditvolumen von 1,4 (1,5) Mrd. Mark rund 15 000 Firmengründungen unterstützt worden, erklärte Andreas. Die Ausfälle sind recht niedrig. Von den Gründern, die 1980 Eigenkapitalhilfe erhalten haben, seien bis heute erst 9,3 Prozent gescheitert. Vorstandsmitglied Klaus Nötzel führt dies auch auf die kritische Prüfung der Kreditanträge zurück. Besondere Bedeutung mißt er der Qualifikation des Gründers bei: „Wer das, was er plant, nicht gelernt hat, kann kein Geld von uns bekommen."

Zufrieden zeigte sich der Vorstand mit dem neuen LAB-Gesetz, das in den nächsten Tagen in Kraft tritt und dem Institut eine Umbenennung in *„Deutsche Ausgleichsbank" bringt.* Die lange zwischen Bund und Ländern strittige Tätigkeitsbeschreibung des Instituts umfaßt nun – neben der angestammten Aufgabe zur Eingliederung der Aussiedler – die Wirtschaftsförderung für gewerblichen Mittelstand und freie Berufe und die Finanzierung für den Umweltschutz.

KLÖCKNER-WERKE

Kein Plan für Kapitalschnitt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Alle Vorbereitungen für eine Ausgliederung des Stahlbereichs „in ähnlicher Form wie bei den anderen deutschen Stahlunternehmen" seien getroffen, die Partnerschaft mit dem australischen Rohstoffkonzern CRA werde demnächst durch eine stärkere CRA-Beteiligung im Technologiebereich ausgebaut.

Mit diesen Aussagen antwortet die Klöckner-Werke AG, Duisburg, auf das Gerücht, der Vorstand verhandele mit den Bankenüber einen Forderungsverzicht von weit mehr als 100 Mill. DM und die Banken seien dazu nur bei einem „Eigentümer-Sanierungsbeitrag" bereit, den sie mit einer Herabsetzung des Aktienkapitals von 469 Mill. DM im Verhältnis 3:2 anstrebten. Die Börse reagierte bei generell leichterer Tendenz mit rund zehnprozentigem Kursabfall der Klöckner-Werke-Aktie, die seit 1974/75 (30. 9.) dividendenlos ist und in den letzten Monaten einen Höhenflug erlebte.

Der Stahl- und Maschinenbaukonzern ergänzt nun auch seine frühere Aussage, daß 1984/85 im zuvor lange verlustreichen Stahlbereich „die Wende erreicht", im rentablen Verarbeitungsbereich der Gewinn weiter verbessert und insgesamt „ein gut positives Ergebnis aus laufendem Geschäft" erzielt wurde. Daneben seien (erneut) beträchtliche ao. Erträge angefallen, die „zur Stärkung des Unternehmens" verwendet würden.

Eine Kapitalsanierung, deren Erfolg dann von neuen Stahlverlusten überrollt wurde, hatte die Klöckner-Werke AG 1980 mit Halbierung des Aktienkapitals und Wiederaufstokkung auf die alte Höhe unternommen. In 1983/84 wurden insbesondere aus Aufwertungen im Anlagevermögen reichlich 1,1 Mrd. DM Sondererträge mobilisiert, damit etliche Bilanzposten verbessert, der Stahl-Strukturaufwand im wesentlichen erledigt und der Neuverlust aus laufendem Stahlgeschäft ausgeglichen. Dem dabei unverändert gebliebenen Verlustvortrag von 245 Mill. DM wurde damals eine durch Sonderposten auf 249 (286) Mill. DM erhöhte Rücklagensumme gegenübergestellt.

BOEHRINGER INGELHEIM / Der Einstieg in die Gentechnologie verspricht keine schnellen Erträge

Die Bedeutung des Inlandsgeschäfts schwindet

INGE ADHAM, Frankfurt

Wenn er von „seinen" Forschern spricht, wird Folkert Bellstedt, stellvertretender Vorsitzender der Zentral-Geschäftsleitung von Boehringer Ingelheim und eigentlich für die Finanzen zuständig, sehr lebendig. Er hat eine „Riesenfreude" an jener jungen, vorwärtsdrängenden Crew, die weltweit für das drittgrößte deutsche Pharmaunternehmen forscht.

Es ist eine junge Generation von Forschern eingezogen, die auch als Manager denken und fakultätsübergreifend arbeiten können, beobachtet Bellstedt. Eine Art Wachablösung, weil viele langbewährte Mitarbeiter aus der Aufbauphase nach dem Krieg in den Ruhestand gehen, sicherlich eine Zäsur in dem jetzt hundert Jahre alten Familienunternehmen.

Schläfrig geworden ist das Unternehmen darüber nicht. Schon seit jeher gilt bei Boehringer Ingelheim der Grundsatz, beim Forschen für die neueste Technik zu sorgen. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch der entschiedene Schritt in die Gentechnologie zu sehen, der im letzten Jahr mit einer auch kapitalmäßigen Verbindung mit der amerikanischen Gentech nachdrücklich untermauert wurde. Bisher kostet die Lizenzpartnerschaft erheblich Geld, und Hubertus Liebrecht, Vorsitzender der Zentral-Geschäftsleitung, rechnet nicht mit schnellen Erträgen.

Aber dank vernünftiger Erträge, eines stattlichen Eigenkapitalpolsters und einer hohen Liquidität können es sich die Ingelheimer wohl leisten, auf Kurzatmigkeit zu verzichten. Zumal es keine Aktionäre gibt, die auf Dividende drängen. Auch dies ist sicher ein Grund, warum Boehringer Ingelheim ein Familienunternehmen in der heutigen Form bleiben möchte. Die Gesellschafter entnehmen übrigens keine Gewinne.

„Wir wollen den wesentlichen Vorteil eines Familienunternehmens – die Beweglichkeit in den Entscheidungen – nutzen", formulierte einmal Hubertus Liebrecht, einer der Vertreter der drei Familienstämme in der Geschäftsführung. Die Beweglichkeit verlangt er auch von seinen Mitarbeitern, die er allerdings erklärtermaßen sehr selbständig arbeiten läßt. Bei der Suche nach neuen Kräften für Spitzenpositionen stützt sich das Unternehmen am liebsten auf den Nachwuchs aus dem eigenen Haus. Bei der notwendigen „Internationalität" der Mitarbeiter gibt es keine Probleme, fast 60 Prozent der Boehringer-Beschäftigten arbeiten im Ausland, das 80 Prozent zum Boehringer-Geschäft beiträgt.

Vor allem die Internationalität hat Boehringer Ingelheim in den letzten Jahren zu stetem Wachstum verholfen. Auch im letzten Jahr dürfte der Umsatz währungsbereinigt um gut zehn Prozent gestiegen sein. Von den 4,5 Mrd. DM Weltumsatz entfallen rund 85 Prozent auf Arzneimittel.

Am deutschen Arzneimittelmarkt ist Boehringer Ingelheim mit einem Marktanteil von rund fünf Prozent beteiligt, etwa ein Fünftel des weltweiten Pharmaumsatzes wird in der Bundesrepublik erarbeitet. Aber immer noch arbeiten zwei Drittel der mehr als 3000 Mitarbeiter in der Forschung in der Bundesrepublik.

Die Forschungsintensität hat im letzten Jahr eher zugenommen (1984 wurden 16 Prozent vom Pharmaumsatz in die Forschung gesteckt). In diesem Jahr veranschlagt Bellstedt allein die Sachinvestitionen besonders für die Erneuerung alter Forschungsgebäude auf rund 400 Mill. DM.

„Unsere Hauptbetätigung ist und bleibt der Gesundheitssektor", betont Liebrecht. Auch wenn die Entwicklung in der Bundesrepublik im letzten Jahr etwas besser war als 1984, wird die Bedeutung des deutschen Geschäfts für den Firmenverbund tendenziell weiter abnehmen. Denn auch im vergangenen Jahr ist der Umsatz im Ausland deutlich stärker als im Inland gestiegen. „Wir wollen dort weiter wachsen, wo wir gut sind," sagt Liebrecht. Und damit meint er vor allem die USA (in Nordamerika werden inzwischen 30 Prozent vom Pharmaumsatz erzielt) und Japan, wo die Chancen noch nicht voll ausgeschöpft sind.

Bei der jetzt erreichten „guten geographischen Streuung" (Liebrecht) ist Boehringer Ingelheim immer dem Grundsatz gefolgt: Erst das Geschäft aufbauen (häufig zunächst mit einem befreundeten Unternehmen) und dann erst die Fertigung nachziehen. Im Falle USA heißt das inzwischen auch die Fertigung von Wirkstoffen, um den kritischen Augen der amerikanischen FDA zu entsprechen.

Weltweit arbeiten für das Familienunternehmen inzwischen annähernd 22 000 Menschen, es könnten noch mehr werden. „Unsere Ausgangsposition ist gut", betont Liebrecht. Sorgen machen ihm freilich die möglichen Entwicklungen in der Pharmapolitik.

HANNS ARNT VOGELS / MBB-Chef wird 60 Jahre

Gespür für kluge Schachzüge



FOTO DIE WELT

Elend schwere Aufgaben haben ihn nie geschreckt. Und wenn jemand meint: „Das geht nicht", dann reagiert Dr.-Ing. Hanns Arnt Vogels, der morgen seinen 60. Geburtstag feiert, eher kalauerhaft: „Machen Sie Beine drunter, dann geht's." Ähnlich muß er gedacht haben, als er Anfang Februar 1983 den Vorstandsvorsitz bei MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Ottobrunn übernahm.

Um seine neue Aufgabe, den flügellahmen größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern wieder auf Vordermann zu bringen, beneidete ihn damals niemand. Doch schon nach kurzer Amtszeit erwies sich der gebürtige Berliner als Glücksgriff für MBB, dessen Aufsichtsratsvorsitzender, der bayerische Finanzminister Max Streibl, auf die „vielfältigen Begabungen und Fähigkeiten des erfahrenen Managers Vogels" gehofft hatte. Nicht mit Hauruck-Verfahren, sondern in zäher Arbeit und mit Überzeugungskraft verstand es Vogels, MBB Beine zu machen.

Als Sanierer des bundeseigenen Maschinenbaukonzerns Diag (1977) und als persönlich haftender Gesellschafter im Flick-Konzern (ab 1978) hatte sich Vogels einen guten Namen gemacht. Bei MBB erkannte der Ingenieur und Energieexperte die Notwendigkeit, Synergieeffekte zu nutzen und zukunftsträchtiges Knowhow an den richtigen Stellen zu plazieren. Von Turbulenzen und Durststrecken spricht heute niemand mehr. Der Luft- und Raumfahrtkonzern hat inzwischen eine solch starke Stellung in zivilen und militärischen Hochtechnologie-Sparten, daß man mit Gelassenheit den 90er Jahren entgegensehen kann. Bis dahin will Vogels den Umsatz auf über zehn (1982: 5,7) Mrd. DM bringen.

Aber nicht nur sein Gespür für kluge Schachzüge und sein Know-how machen den charmanten Vogels, der ruhige und effektive Arbeit schätzt, zu einem gefragten Manager. Dazu trägt auch seine Offenheit und sein Beharrungsvermögen bei. Vogels sucht nicht laufend nach der eigenen Balance, er nimmt in Kauf auch öffentlich anzuecken, weil er sagt und tut, was er denkt.

Das war nicht nur der Fall, als es darum ging, Krauss-Maffei wenigstens in den Dunstkreis von MBB zu bringen. Zuletzt bekam dies selbst der bayerische Ministerpräsident Stauß zu spüren. Mit sehr viel Mut trat ihm Vogels entgegen und lehnte in aller Öffentlichkeit einen BMW-Einstieg bei MBB ab. Ob sein allgewaltiger Landesvater ihm diesen Geburtstagswunsch erfüllt?

DANKWARD SEITZ

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Holsten zahlt Bonus

Hamburg (dpa/VWD) – Eine unveränderte Dividende von 6 DM und einen Bonus von 1 DM will die Holsten-Brauerei AG, Hamburg, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) ausschütten. Das Grundkapital von 30 Mill. DM wird zu mehr als einem Viertel von der Vereins- und Westbank, Hamburg, gehalten. (HV am 7. März).

Gasabgabe gesteigert

Hamburg (zy) – Die Hamburger Gaswerke (HGW) wollen in diesem Jahr an die Investitionserfolge ihres Vorjahres anknüpfen und 150 Mill. DM für die Verteilung und Sicherung der Erdgasversorgung aufwenden. 1985 hatte das Unternehmen 170 Mill. DM investiert. Ende vergangenen Jahres versorgten die HGW neben der Hansestadt insgesamt 95 Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein und im nördlichen Niedersachsen. Die 458 000 Kunden bezogen 21,9 Mrd. kWh. Damit konnten die Gaswerke ihre Energieabgabe um 2,2 Prozent steigern, obwohl der größte Einzelkunde, die Hamburgischen Electricitätswerke, im Sommer 1985 ihr Erdgaskraftwerk Moorburg stillegten. Im Bereich der kommunalen Erdgasversorgung betrug die Abgabesteigerung mehr als acht Prozent und stieg auf 17,8 Mrd. kWh.

Übernahmeangebot

London (dpa/VWD) – Die Großbrauerei Guinness hat dem britischen Spirituosenhersteller Distillers ein Übernahmeangebot von 2,27 Mrd. Pfund (rd. 8 Mrd. DM) unterbreitet. Die Distillers-Gruppe ist der weltweit größte Hersteller von schottischem Whisky. Das Übernahmeangebot ist das höchste in der Geschichte der britischen Privatwirtschaft. Distillers hat gestern das Angebot begrüßt. Eine Offerte der Supermarkt-Gruppe Argyll über 1,9 Mrd. Pfund hatte Distillers vor kurzem abgelehnt. Guinness übernahm erst im vergangenen August eine Aktienmehrheit bei dem Whiskyhersteller Bell's und würde mit der Übernahme von Distillers mehr als 50 Prozent des Weltmarktes für Scotch Whisky kontrollieren.

Kooperation in Taiwan

Düsseldorf (Py.) – Der US-Reifenkonzern Goodyear und die Formosan Rubber Group Inc., Taiwan, beabsichtigen in der Republik China ein Produktionsunternehmen für Zubehörteile internationaler Autohersteller und anderer industrieller Erzeuger zu gründen. Die neue Gesellschaft, an der beide Partner jeweils zur Hälfte beteiligt sind, wird zunächst Keilriemen herstellen und über die Goodyear-Vertriebsorganisation weltweit anbieten.

Kurzarbeit bei Kali+Salz

Kassel (rtr) – Die insgesamt 6000 Beschäftigten der Kali und Salz AG werden in diesem Jahr zwei bis fünf Wochen kurzarbeiten. Das Kasseler Unternehmen, eine Tochtergesellschaft des Chemiekonzerns BASF, führt dies auf die deutliche Verschlechterung der Marktbedingungen im Kaligeschäft - vor allem in Ausland - zurück.

Hohes Umsatzwachstum

Mannheim (VWD) – Die Boehringer Mannheim GmbH will 1986 stärker wachsen. Nach Angaben von Geschäftsführer Heinrich Hornef ist der Inlands-Umsatz der Gruppe 1985 um 9 Prozent auf 1,4 Mrd. DM - bei einem Betriebsergebnis etwa in Vorjahrehöhe - gestiegen. Im laufenden Jahr werde ein zweistelliges Umsatzwachstum angepeilt. Ausschlaggebend werde das Auslandsgeschäft bleiben, das 1985 um 17 Prozent (Inland gut 2 Prozent) zunahm. Der Exportanteil überschritt damit erstmals 50 Prozent.

Gewinnplus bei Océ

Düsseldorf (J. G.) – Hollands führender und auch auf deutschem Markt starker Kopiertechnik-Produzent Océ-van der Grinten N. V., Venlo, nennt für 1985 eine Steigerung des Gruppenumsatzes um 7,5 Prozent auf 1,97 Mrd. hfl. Der Reingewinn habe sich um 20 Prozent auf 77 Mill. hfl verbessert.

Neue Produktionsstätte

Bielefeld (hdt.) – Rund 7,5 Mill. DM investiert die Dr. August Oetker Nahrungsmittel GmbH, Bielefeld, in eine neue Produktionsstätte im ostwestfälischen Oerlinghausen, in der ab April die Fertigung von Müsli anlaufen wird. Bereits in der Anlaufphase sind 45 neue Arbeitsplätze zu besetzen.

GROSSBRITANNIEN / Finanzplanung bis 1988/1989

Ausgaben werden eingefroren

fu. London

Die britische Regierung hat mit der Vorlage ihres Haushalts-Weißbuches für die Finanzplanung bis zum Finanzjahr 1988/1989 bestätigt, daß sie die Staatsausgaben in den nächsten drei Jahren real einfrieren wird. So soll das Haushaltsvolumen für das kommende Finanzjahr 1986/1987 (Stichtag 1. April) 139,1 Mrd. Pfund (493,8 Mrd. DM) betragen. Im jetzt zuende gehenden Finanzjahr liegt das Budget bei 134,2 Mrd. Pfund. Bis zum Finanzjahr 1988/1989 soll der britische Haushalt nur auf 148,7 Mrd. Pfund steigen.

Das Einfrieren der Staatsausgaben wird in erster Linie durch Kürzungen im Verteidigungsetat und ein beschleunigtes Privatisierungsprogramm möglich. So wird sich der Anteil der Verteidigungsausgaben am Haushaltsvolumen zwischen dem jetzigen Finanzjahr 85/86 und dem Finanzjahr 88/89 von 13,1 auf 12,9 Prozent verringern. In jedem der nächsten drei Jahre erwartet die Regierung Thatcher Einnahmen aus Verkäufen von Staatsunternehmen und staatlichen Beteiligungen in Höhe von 4,75 Mrd. Pfund (16,9 Mrd. DM).

Am stärksten wird sich der Anteil der Ausgaben für die Bereiche Sozialversicherung und Gesundheit ausweiten, nämlich von gegenwärtig zusammen 45,7 auf 48,5 Prozent des Haushaltsvolumens in drei Jahren. Dagegen wird sich der Anteil der Ausgaben für Erziehung und Wissenschaft von 12,7 auf 12,1 Prozent, der für die Wirtschaftsförderung von 2,9 auf ein Prozent und der für die Haus- und Wohnungshilfen von vier auf 3,7 Prozent verringern.

Von der Opposition ist die Haushaltsvorlage scharf kritisiert worden. Schatten-Schatzkanzler Hattersley bezichtigte die Regierung, keinerlei Rücksicht auf die Arbeitslosen zu nehmen.

NAMEN

Dr. **Bernhard Scheublein**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Paulaner-Salvator-Thomasbräu AG, München, feiert am 22. Januar den 80. Geburtstag.

Hans-Uwe Müller (47) ist zum alleinigen Geschäftsführer der Stelzer Rührtechnik GmbH, Warburg, bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Ludwig Krämer**, der am 31. Dezember 1985 aus dem Unternehmen ausschied, aber Mitglied des Beirates des Unternehmens bleibt.

Dr. **Heribert Roegner** leitet seit dem 1. Januar die Abteilung Wirtschaftspresse innerhalb der Hauptabteilung Presse der BMW Bayerische Motoren Werke AG, München.

Dr. **Paul Zellhorn** (66), Vorstandsmitglied der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank eG, Düsseldorf, ist in den Ruhestand getreten.

Heinrich Wolf, Aufsichtsratsvorsitzender der Steinzeug-Gesellschaft mbH, Köln, und Vorstandsvorsitzender des Fachverbandes Steinzeugindustrie e. V., Köln, vollendete am 20. Januar das 60. Lebensjahr.

POLEN / Werften können Lieferfristen nicht einhalten – Mangel an Arbeitskräften

Künftige Auslandsaufträge gefährdet

AFP, Warschau

Die polnische Schiffbauindustrie hat erhebliche Schwierigkeiten, ihre Produktionspläne zu erfüllen und vereinbarte Lieferfristen einzuhalten. Die Verzögerungen in der Auslieferung nehmen in einem Ausmaß zu, daß künftige Auslandsaufträge immer stärker gefährdet werden könnten. Eine schwedische Reederei kündigte inzwischen an, daß sie Polen wegen der Nichterfüllung von vor rund acht Jahren eingegangenen Verpflichtungen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen will.

Die Lage im polnischen Schiffbau, der zu einer der Schlüsselindustrien des Landes gehört, wird inzwischen auch von den Parteiführern der Ostseeregion als „sehr besorgniserregend" eingestuft. Sie traten in der vergangenen Woche in Danzig (Gdansk) zusammen, um über die Möglichkeiten einer Verbesserung zu beraten. Nach den Angaben des Danziger Parteiorgans „Glos Wybrzeza" wird die Schiffproduktion der Werften seit drei Jahren durch „zahlreiche Mängel, Materialverschwendung und schlechte Qualität" beeinträchtigt. Die mit westlichen Reedereien abgeschlossenen Kontrakte könnten darum nicht fristgemäß eingehalten werden. Die Verzögerungen in der Auslieferung bestellter Schiffe nehmen ständig zu und haben inzwischen Jahre erreicht. So wartet unter anderem die erwähnte schwedische Reederei, die in den siebziger Jahren vier Fährschiffe in Auftrag gab, noch immer auf die Lieferung. Um das erste bestellte Fährschiff, mit dessen Bau schon vor Jahren begonnen wurde, fertigzustellen, mußte sie schwedische Arbeitskräfte anheuern, die nun auf den polnischen Werften arbeiten.

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hatte in der vergangenen Woche Schwierigkeiten in der Schiffbauindustrie zugegeben. Er nannte den Mangel an Arbeitskräften das größte Problem der polnischen Werften. In der Tat sind Tausende von Arbeitskräften aus den Schiffbaubetrieben ausgeschieden. Seit den im Dezember 1981 gegen die freie polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność ergriffenen Maßnahmen wurden zahlreiche Arbeiter entlassen. Andere gaben ihre Arbeitsstellen in den Werften von Danzig und Gdingen auf, da sie in diesen Hochburgen des Arbeiterwiderstandes ständig unter strenger polizeilicher Überwachung standen. Allein die Danziger Werften zählten während der großen Auguststreiks 1980 rund 17 000 Arbeitskräfte. Heute sind hier nur noch rund 13 000 Arbeiter beschäftigt.

Nach den Angaben des Parteiorgans Glos Wybrzeza sieht es in vielen anderen Betrieben der alten Hansestadt nicht viel besser aus. Sie macht dafür jedoch hauptsächlich die ständig sinkende Arbeitsdisziplin verantwortlich, was zu hohen Produktionsausfällen führe.

FRANKREICH / Geringere Nachfrage aus der Dritten Welt

Außenhandel enttäuschte

J. Sch. Paris

Im Außenhandel hat die französische Regierung im letzten Jahr ihr Ziel einer mindestens ausgeglichenen Bilanz nicht erreicht. Nach vorläufigen Angaben entstand ein Defizit von 24 Mrd. Franc. Gegenüber dem des Vorjahres von 24,7 Mrd. Franc ergab sich praktisch keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung. Denn die definitiven Ergebnisse sind meist ungünstiger als die provisorischen. So war vor einem Jahr der Passivsaldo für 1984 nur auf 19,8 Mrd. Franc veranschlagt worden.

Zwar hatte die Stabilisierungspolitik der Regierung den privaten Verbrauch und damit die Importe zunächst stark gedrosselt – 1982 betrug das französische Handelsbilanzdefizit noch 93,5 Mrd. Franc – aber die Exporte konnten im letzten Jahr nur um bescheidene 2,4 Prozent ausgeweitet werden.

Obwohl sich die Energieimporte wegen der Ölpreisbaisse auf netto 181 (187) Mrd. Franc verminderten, schrumpfte der Ausfuhrüberschuß an Industriegütern auf 88,8 (102,5) Mrd. Franc. Schuld war nicht zuletzt die stark erhöhte Automobileinfuhr. Außerdem nennt das Außenhandelsministerium fehlende Großaufträge aus der Dritten Welt als wichtigen Grund für das enttäuschende Ergebnis.

Die französische Leistungsbilanz wird jedoch für 1985 zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder mit einem Überschuß abschließen, vor allem wegen des gestiegenen Aktivsaldos im Touristenverkehr.

PEUGEOT / Konzern erwartet ausgeglichenen Abschluß

Klage über deutschen Markt

J. Sch. Paris

Während der staatliche französische Automobilkonzern Renault auch im letzten Jahr Milliardenverluste verbuchte, wird der private Peugeot-Konzern (PSA) einen ausgeglichenen Abschluß vorlegen. Nach dem vorläufigen Stand der Konsolidierung ist mit einem eher positiven als negativen Ergebnis zu rechnen, erklärte der Präsident der Konzerholding PSA, Jacques Calvet, anläßlich eines Pressetests der neuen 205-Reihe in Süd-Marokko. Gegenüber der WELT beklagte er sich aber über völlig unzureichende Gewinne auf dem deutschen Markt, dem drittgrößten nach Großbritannien und Spanien. „Dies ist ausschließlich der Unterbewertung des Franc gegenüber der D-Mark zuzuschreiben."

Allerdings entwickelten sich die beiden Automobilgesellschaften des Konzerns sehr unterschiedlich. Die Automobiles Peugeot konnte ihren Gewinn von 350 Mill. Franc 1984 trotz der starken Absatzverluste an Talbot-Wagen 1985 auf etwa 500 Mill. Franc steigern, was vor allem dem Erfolg des „205" zuzuschreiben war. Dagegen schrieben die Automobiles Citroën weiter rote Zahlen. Allerdings konnte sie ihre Verluste von 1,15 Mrd. Franc 1984 um etwa die Hälfte reduzieren.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der anderen Tochtergesellschaften (Motorräder, Fahrräder, Werkzeugmaschinen usw.) kommt man wohl auf einen konsolidierten Gewinn, hieß es, nachdem der Konzern für 1984 einen Verlust von 341 Mill. Franc ausgewiesen hatte, gegenüber von 2590 Mill. Franc 1983. Diese Verbesserung der Ertragslage war auch dem starken Belegschaftsabbau und der Reduzierung der Produktionskapazitäten zu verdanken. Sie liegen gegenwärtig bei 1,5 Mill. Fahrzeugen gegenüber 2,2 Mill. 1979.

Auch in diesem Jahr will Calvet vor allem in den Citroën-Werken Personal freisetzen. Aber erst 1987 könnte diese Gesellschaft ihre Schwierigkeiten überwinden, die nach Calvet vor allem auf der nicht zügig genug verfolgten Modellpolitik beruhen. Der Nachfolger des legendären 2CV kommt erst im Herbst auf den Markt und kann dieses Jahr noch nicht zu Buche schlagen.

Nicht zuletzt aber will die PSA-Gruppe ihre obere Wagenklasse erneuern. 1987 und 1988 werden der Citroën CX und die Peugeot-Modelle 505 und 604 abgelöst.

KENIA / Unverhoffte Deviseneinnahmen durch sprunghaften Preisanstieg bei Kaffee

Brasiliens Mißernte Nairobis Glück

dpa/VWD, Nairobi

Für Politiker und Geschäftsleute in Kenia gibt es gegenwärtig nur ein Thema: die Kaffeepreise. Ihr sprunghafter Anstieg als Folge der dürrebedingten brasilianischen Mißernte läßt den ostafrikanischen Produzenten auf ein gutes Geschäft hoffen. Experten errechnen bereits, das Land könne in diesem Jahr seine Deviseneinnahmen aus Kaffee von 283 Mill. US-Dollar im Jahr 1985 (707 Mill. DM) verdreifachen.

„Coffee Bonanza" ist das Stichwort in den Zeitungen Nairobis. Noch waren die Dürreschäden in Brasilien gar nicht richtig beziffert, als der kenianische Staatssekretär für Landwirtschaft, George Mwicigi, schon vorhersagte, der Boom werde mindestens zwei Jahre dauern. An der Börse in Nairobi haben sich die Notierungen im Vergleich zum September bereits verdoppelt. Die Spitzenpreise liegen 83 Prozent über denen des Booms von 1977/78.

„Behandelt jeden Kaffeestrauch wie eine Goldgrube", fordern Politiker. Und Staatspräsident Daniel Arap Moi warnt Schmuggler davor, wie 1977 erneut große Mengen der Ernte an der nationalen Kaffeebehörde vorbei ins Ausland zu bringen.

Anlaß der Freude ist der bis auf 50 Prozent geschätzte Ernteausfall in Brasilien, das rund 30 Prozent des Welthandels bestreitet. Zur gleichen Zeit wird nämlich in Kenia eine Rekordernte erwartet. Rund 2,2 Mill. Säcke zu je 60 Kilogramm werden nach Schätzung der nationalen Kaffeebehörde 1985/86 (1. Oktober) geerntet. Das wäre ein Mehrertrag von 43 Prozent gegenüber 1984/85. Hinzu kommen eine Million Säcke, die Kenia wegen seiner geringen Quote von 2,3 Prozent innerhalb des Internationalen Kaffeeabkommens von 1984 im vergangenen Jahr nicht absetzen konnte. Den Exporteuren steht somit doppelt so viel zur Verfügung wie im Kaffeejahr 1984/85 mit 1,6 Mill. Säcken.

Die doppelte Menge zum doppelten Preis – so lautet allerdings nur die Rechnung der allergrößten Optimisten. Besonnenere Experten meinen, daß sich die Preise nach dem für Mitte Februar erwarteten Auslaufen des Quotensystems wieder stabilisieren. Dann können alle Kaffeeländer ihre gesamte Produktion auf den Markt bringen. Wahrscheinlich, so ein erfahrener Kaffee-Einkäufer in Nairobi, werden die Preise für den kenianischen „Arabica" im Jahresdurchschnitt „nur" um 50 bis 60 Prozent über den Werten von 1985 liegen.

Sollte das Quotensystem auseinanderbrechen, wären die Folgen für Kenia verheerend. In normalen Erntejahren übertrifft die Weltproduktion den Konsum bei weitem. Die Quotenregelung, die bestimmte Absatzmengen zu festgesetzten Preisen garantiert, liegt im Interesse der Produzenten. Gerade kleine Erzeuger wie Kenia, die 30 Prozent der Exporterlöse dem Kaffee verdanken, könnten ohne Quotierung von den Exportriesen Brasilien, Kolumbien und Indonesien erdrückt werden.

„Die rosigen Aussichten werden durch die Erinnerungen an den Boom 1977/78 getrübt", merkt die angesehene Zeitschrift „Weekly Review" an. Damals weiteten zahlreiche afrikanische Länder den Anbau aus, und in den folgenden Jahren verfielen die Preise. Einige konnten sich enorm bereichern, aber viele kleine Farmer mußten aufgeben.

Die Furcht mancher Kaffeeländer, daß bei allzu hohen Preisen viele Konsumenten auf Tee umsteigen könnten, braucht Kenia nicht ganz zu teilen: Über ein Viertel seiner Deviseneinnahmen deckt das Land durch den Tee-Export.

KODAK / Einstieg bei kompakten Kleinbildkameras

Zweistellige Zuwachsraten

nl. Stuttgart

Der Fotokonzern Kodak steigt nunmehr auch in das Geschäft mit Kleinbild-Sucherkameras, die auf 35 mm Brennweite des Objektivs und somit für das Bildformat 24 x 36 Millimeter ausgelegt sind, ein. Wie von der Kodak AG, Stuttgart-Wangen, verlautet, handele es sich dabei um eine Modellreihe von drei unterschiedlich ausgestatteten Kleinbild-Kompaktkameras (in der voraussichtlichen Preislage zwischen 200 und 300 DM), deren oberstes Modell beispielsweise mit automatischer Einstellung der Filmempfindlichkeit, elektronischer Belichtungssteuerung, Autofocus, Schärfespeicherung und Blitzzuschaltung ausgerüstet ist.

Entwickelt wurde diese Kamera-Serie, mit der Kodak nunmehr der positiven Marktentwicklung beim Absatz kompakter Kleinbildkameras folgt, zusammen mit dem japanischen Fotounternehmen Chinon, das die Geräte für Kodak produzieren wird. An Chinon ist Kodak mit zehn Prozent beteiligt. In der Bundesrepublik wird Kodak die Kameras ab Herbst anbieten. Mit diesem neuen Produkt erweitert Kodak seine Angebotspalette über die Pocket- und Disc-Kameras hinaus in den Sektor der kompakten Kleinbildkamera hinein, um auch hier getreu dem hauseigenen Prinzip entscheidungsfreier Fotografie Kompetenz vorweisen zu können. Weltweit war das Marktvolumen für Kleinbild-Sucherkameras 1985 gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 Prozent auf insgesamt rund 16 Mill. Stück angestiegen. Für das laufende Jahr wird erneut eine zweistellige Zuwachsrate erwartet.

Zugleich kündigt Kodak auch die Einführung einer neuen Serie von Farbnegativ-Kleinbildfilmen („Kodacolor gol") an, die eine wirklichkeitsgetreuere Farbwiedergabe innerhalb eines größeren Belichtungsspielraums ermöglichen. Mit diesen ab Frühsommer verfügbaren Filmen (zunächst in den Empfindlichkeitsstufen 100 und 400 ASA) wird die Filmgeneration „Kodacolor VR" abgelöst.

Nicht zuletzt den innovatorischen Erfolgen beim Film sei es nach Kodak-Einschätzung zuzuschreiben, daß die Zahl der in 1985 gefertigten Farbbilder in der Bundesrepublik um sechs bis sieben Prozent auf 1,7 Mrd. Stück angestiegen ist. Zwei Minilab-Systems vervollständigen die Neuheiten-Vorstellung.

CHEMIKANT / Ein Beruf mit glänzenden Aussichten

Technische Kenntnisse sind wichtiger als starke Muskeln

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Ulrich Gruber, Leiter der Aus- und Weiterbildung der Hoechst AG, Frankfurt, betont es mehrmals: „Das ist kein Beruf, der nur viel Kraft und Muskeln erfordert, sondern der auch die hohen geistigen Anforderungen moderner Technologien mit sich bringt." Die Rede ist vom Chemikanten (vormals: Chemiefacharbeiter), der Allround-Kraft im chemischen Betrieb.

Das Feld seiner Aufgaben und Wissensgebiete ist beeindruckend: Er muß

- Reaktionsgemische in großtechnischem Maßstab ansetzen und vorbereiten können. Das geht nicht ohne Kenntnisse der Chemie und der (sicheren) Materialhandhabung;
- chemische Produktionsprozesse steuern und überwachen können. Hier hält zunehmend die Mikroelektronik Einzug – der Umgang mit speicherprogrammierbaren Steuerungen oder mit Prozeßleitsystemen gehört zum alltäglichen Handwerkszeug;
- die modernste Produktionstechnik der Chemie wie der Biochemie im Griff haben. Hier wachsen die Anforderungen noch mit der tendenziellen Ablösung der Großproduktionen durch feinchemische Prozesse mit hohem technischem Know-how;
- eine ganze Reihe von Laborarbeiten – mit den modernsten Analysemethoden und den zugehörigen Geräten – beherrschen, um die nötigen Kontrollen im Produktionsprozeß durchzuführen.
- Kenntnisse in der Anlagenwartung haben, um mit den Wartungsspezialisten zusammenarbeiten zu können.

Die dreijährige Ausbildung entspricht der Vielfalt dieser Anforderungen. Produktions- und Verfahrenstechnik, Wartungstechnik, Labortechnik sowie Steuerungstechnik und Prozeßautomation sind die Hauptfelder, mit denen sich die Azubis auseinanderzusetzen haben.

In der Regel sind es Haupt- und Realschüler, die sich auf so viel Abwechslung einlassen. Ihre Chancen stehen gut. Denn im Laufe der nächsten Jahre wird die Nachfrage schon als Folge der erhöhten altersbedingten Abgänge – in der Chemie noch verstärkt durch eine tarifliche Vorruhestands-Regelung – weiter wachsen.

Allerdings haben die Ausgelernten schon heute beste Aussichten, übernommen zu werden. Bei Hoechst warten auf die 70 fertigen Chemikanten dieses Winters 120 Stellen.

Nach den rund 600 Mark Monatslohn im ersten, nach 700 und 800 Mark im zweiten und dritten Lehrjahr beginnt damit das richtige Geldverdienen. Bei 2800 Mark liegen die Anfangsgehälter in der Normalschicht, und durch Schicht-, Sonn- und Feiertagszulagen können daraus bis zu 3400 Mark werden.

Damit ist freilich auch eine Kehrseite des verantwortungsreichen Berufs angesprochen: Weil große Chemieanlagen in der Regel rund um die Uhr laufen, geht es selten ohne Schichtarbeit, ein Grund auch dafür, daß bislang kaum weibliche Chemikanten ausgebildet werden. Höhere Einkommen und größere zusammenhängende Freizeitblöcke bieten eine gewisse Entschädigung dafür.

Attraktiv scheinen auch die Karrieremöglichkeiten. Vom Facharbeiter über den Schichtführer bis zum Vorarbeiter kann man auf betriebsinternen Pfaden vorankommen, der Industriemeister der Fachrichtung Chemie bedarf einer weiteren Ausbildung und Prüfung. Und mit etwas Ehrgeiz kann man es auch zum Betriebstechniker oder gar zum Diplom-Ingenieur bringen.

BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE / Zur Rechtslage

Neueinstellungen erleichtert

Stü. Bonn

Personalchefs, die den erweiterten Spielraum für befristete Arbeitsverträge aufgrund des Beschäftigungsförderungsgesetzes nutzen wollen, müssen darauf achten, daß nur wirkliche Neueinstellungen und nur die erste Befristung, nicht aber etwaige folgende, unter das Gesetz fallen. Darauf hat Friedhelm Jobs, Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel, in einem Beitrag für die Zeitschrift „Personalführung" (Heft 1/1986) hingewiesen.

Nach Paragraph 1 des Beschäftigungsförderungsgesetzes (BeschFG) sind vom 1. Mai 1985 bis zum 1. Januar 1990 einmalig befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten auch ohne einen die Befristung rechtfertigenden Grund zulässig. Dies gilt allerdings nur in zwei Fällen:

- wenn mit dem befristeten Arbeitsvertrag ein Arbeitnehmer neu eingestellt wird oder
- wenn für einen Auszubildenden nach der Lehre kein Dauerarbeitsplatz vorhanden ist und er befristet weiterbeschäftigt werden soll.

In bestehende Arbeitsverhältnisse könne diese Bestimmung nicht eingreifen, hebt Jobs hervor. Diese bedürfen aufgrund der Rechtsprechung eines „sachlichen Grundes und einer Rechtfertigung für die Dauer", um zulässig zu sein.

Bei einer Neueinstellung muß dies nun nicht mehr der Fall sein, da die neue Gesetzesbestimmung gegenüber der Rechtsprechung und tarifvertraglichen Grundsätzen ranghöheres Recht ist und zwingend gilt. Jobs empfiehlt jedoch, in jedem Fall die Rechtslage genau zu prüfen. „Sind die Voraussetzungen des Paragraphen 1 BeschFG nicht gegeben, besteht ein Dauerarbeitsverhältnis, wenn im übrigen kein sachlicher Grund vorliegt", schreibt Jobs. Dabei geht es vor allem um den Begriff „Neueinstellung". Probleme könnten auftauchen, wenn ein Arbeitnehmer wiederholt bei demselben Arbeitgeber beschäftigt war. Eine Neueinstellung sei insbesondere dann nicht gegeben, wenn der Zeitraum zwischen den Arbeitsverträgen kürzer als vier Monate sei.

Eine weitere Befristung nach dem ersten Vertrag sei, wie Jobs betont, unzulässig, auch dann, wenn durch beide Verträge zusammen die Höchstdauer von achtzehn Monaten nicht überschritten werde. Einzige Ausnahme: wenn es für die Befristung einen sachlichen Grund gibt.

DIE GESCHÄFTSIDEE / Eine Zeitschrift liefert Tips und detaillierte Rezepte zum Selbständigmachen

Wie man mit viel Mut, aber wenig Geld den Traum vom eigenen Unternehmen verwirklicht

HEINZ STÜWE, Bonn

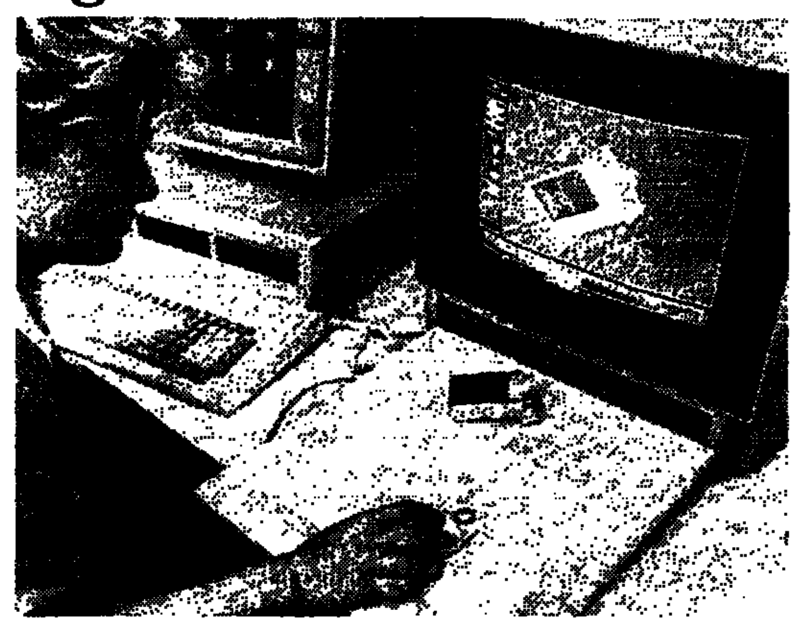
Ein vierzigjähriger Arbeitsloser gründet im Mai 1984 eine Spezialfirma zum Möbelabbeizen und kommt mit fünf Mitarbeitern bereits im Jahr 1985 auf 850 000 DM Umsatz und 180 000 DM Gewinn. Ein arbeitsloser ehemaliger Maler und Möbelverkäufer macht sich mit selbständig und erzielt im zweiten Jahr 400 000 DM Umsatz und 80 000 DM Gewinn. Sein Weg zum Erfolg: eine Prospektverteilagentur.

Diese Firmengründer haben eines gemeinsam: Die Idee und das Konzept für ihr Unternehmen stammen aus der Zeitschrift „Die Geschäftsidee". Sie verbreitet seit neun Jahren leicht lesbare Anleitungen für Unternehmensgründungen, von der Dachrinnenreinigung bis zum Sandwichladen. Herausgeber und Initiator ist Norman Rentrop (29), Diplomkaufmann aus Bonn.

Mit seiner Zweimonatszeitschrift setzte er 1976, damals noch Student, seine beste Geschäftsidee in die Tat um. Heute beschäftigt der agile Jungunternehmer in seinem Fachverlag für Unternehmensaufbau über 80 Mitarbeiter. Das Verlagsprogramm umfaßt zahlreiche Ratgeber für Gründungen und Management, das Flaggschiff (Auflage: über 20 000, Preis: 189,60 DM im Jahr) bleibt aber „Die Geschäftsidee".

Ähnliche Publikationen für Neuunternehmer in den USA waren für Rentrop seinerzeit das Vorbild. Nachmachen könnte auch die Devise des neunköpfigen Redaktionsteams der „Geschäftsidee" lauten. „Wir berichten nicht über spinnerte Ideen, sondern über tatsächliche Gründungen", betont Rentrop.

Wo sich Kleinunternehmer in neuen Marktnischen tummeln, sind Rentrops Leute zur Stelle. Die Pioniere werden zu ihren Erfahrungen und Problemen befragt, vor allem aber zu Umsatz und Gewinn. Branchenexperten werden hinzugezogen. Mit den daraus gefilterten Marktstudien glaubt Rentrop, in dem Informationsdickicht für Gründer eine Lücke zu füllen. Im neuesten Heft umfaßt die Themenpalette einen Frischnudelstand, Werbung auf Gully-Deckeln, eine Zeitschrift für Vermißte, einen Knopfladen, eine Personal-Computer-Vermietung und eine Hundefahrschule.



Die Werbung ist der beste Kunde: Das Computergrafik-Studio ist eines der Unternehmenskonzepte aus dem Verlag Rentrop. FOTO: GESCHÄFTSIDEE

Ausführlich wird als Unternehmenskonzept Nr. 116 ein Windschutzscheiben-Reparaturdienst vorgestellt. Dabei geht es darum, daß kleine Schäden an Verbundglas-Autoscheiben mit Hilfe eines flüssigen Kunstharzes repariert werden, so daß nicht die ganze Scheibe ausgetauscht werden muß. Der Arbeitsablauf sei in zwei Tagen erlernbar und erfordere keine besonderen Vorkenntnisse. Bei Reparaturpreisen von 150 DM (für einen Pkw) und 480 DM (für einen Bus) bleibe eine „satte Gewinnspanne", heißt es in dem Artikel. Schon mit 4000 DM sei der Start möglich, das Risiko mithin gering.

In einer Beispielkalkulation kommen die „Geschäftsidee"-Experten auf 98 000 DM Gewinn vor Steuern im Jahr. Als höchster Gewinn werden gar 240 000 DM genannt. Daß mit Rentrops Ideen Geld zu verdienen ist, bestätigt Andreas Tisler aus Rheinbach. Als 19jähriger, den Gesellenbrief als Kfz-Mechaniker gerade in der Tasche, begann er 1981 mit der Reparatur von Kunstledermöbeln. „Am Anfang lief das sehr gut", erinnert er sich heute. „Als sich dann aber Unmengen von Leuten darauf stürzten, auch solche, die schlecht arbeiteten, kam die Sache in Verruf." Nach eineinhalb Jahren hatte Tisler seinen Aktionsradius auf 400 km ausgeweitet und war dennoch nicht mehr ausgelastet. Er sattelte um und ist heute selbständiger Versicherungskaufmann. Daß er seinen Reparaturservice so schnell aufgeben mußte, mag er Rentrop nicht anlasten, wohl aber, „daß er die Idee noch als gut verkaufte, als längst klar war, daß das nicht mehr funktioniert".

Härter mit der „Geschäftsidee" ins Gericht geht Rainer Molsich aus Markgröningen, Rentrops Paradebeispiel für eine Prospektverteilagentur. „Ich habe nur die Idee aus der Zeitschrift. Wenn ich mich nach dem Konzept gerichtet hätte, wäre ich nach einem Monat pleite gewesen", betont Molsich. Sein Unternehmen ist jetzt vier Jahre alt. Rentrops Konzepte seien miserabel gemacht und enthielten keine realistischen Zahlen. „Für eine Prospektverteilagentur ein Startkapital von 800 DM anzugeben, ist ein Witz. Ich habe 25 000 DM gebraucht." „Die Geschäftsidee" empfehle, zuerst Kundenwerbung zu betreiben und dann eine Verteilorganisation aufzubauen. Molsichs Kommentar: „Jedes Kind kann sich denken, daß es nur umgekehrt herum funktioniert." Abwegig ist für Molsich der Hinweis, das Ganze könne ohne eigenes Auto klappen. Regionale Marktunterschiede würden zudem überhaupt nicht berücksichtigt, die Bedeutung von Qualifikation und Branchenkenntnissen vernachlässigt.

Molsich befürchtet, daß so Interessenten mit völlig falschen Vorstellungen dazu verleitet werden, sich selbständig zu machen. Allein aus seiner Branche könne er fünf Personen nennen, die sich mit dem Projekt Prospektverteilung nichts als Schulden aufgehalst hätten. „Darin sehe ich eine Gefahr."

Rentrop weist solche Vorwürfe entschieden zurück: „Unrealistisch sind nicht unsere Gewinnangaben, sondern höchstens die Erwartung, diese Zahlen seien Gewinngarantien. Wir können keine Erfolgsrezepte bieten und wollen das auch nicht." Die potentiellen Gründer werden deshalb zu eigenen Rechnungen animiert. „Interessenten müssen selbst Markttests machen. Unsere Kalkulationen sollen sie nur zur eigenen Arbeit anleiten", betont „Geschäftsidee"-Redaktionsleiter Michael Rieck. Tatsächlich werden künftige Risiken in der Zeitschrift nicht verschwiegen, etwa beim Windschutzscheiben-Reparaturdienst: „Wenn nur ein Teil der 80 Autoglasereien und 39 000 Kfz-Betriebe in das Reparaturgeschäft einsteigt, könnte es für die Gründer eng werden."

Daß seinem Team einmal die Themen ausgehen könnten, fürchtet Rieck nicht. „Es tut sich immer etwas. Zur Zeit gibt es mindestens 200 Geschäftsideen, die wir genau beobachten."

TOP-MANAGER / Erfolgreiche Unternehmerinnen berichten über ihre Erfahrungen beim beruflichen Aufstieg

Auf der Suche nach dem typisch weiblichen Führungsstil

INGE ADHAM, Frankfurt

Vier weibliche Top-Manager brachte Heinz Goldmann, agiler Präsident der gleichnamigen Stiftung, aufs Podium. Einer „typisch weiblichen" Unternehmensstrategie und dem damit verbundenen Führungsstil kam er dabei freilich nicht auf die Spur. Um das Fazit vorwegzunehmen: Karriere macht nur, wer a) gut ist und b) sich auch entsprechend einsetzt, und das völlig unabhängig vom Geschlecht.

Ob dies für die Teilnehmer am Unternehmensseminar, bei dem mit mehr als einem Drittel Anteil die Damen weitaus stärker repräsentiert waren als zur Zeit – noch? – auf den Management-Etagen der Unternehmen, eine wirklich neue Erkenntnis war, ist zu bezweifeln. Als Trost auf dem harten Weg nach oben durften sie allerdings ein Bekenntnis aller vier Managerinnen mitnehmen: Eine typische Diskriminierung wegen ihres Geschlechts sei ihnen nicht widerfahren. Am deutlichsten sagte es Dr. Viola Hallmann (41), seit 1972 erfolgreich an der Spitze der Theis-Gruppe, Hagen (Stahl): In ihrem Unternehmen ist keine weitere Frau in einer Führungsposition. Niemand habe sich darum bemüht, bedauert sie, die Frauen seien allzuoft uninteressiert daran, Karriere zu machen.

Viola Hallmann wurde immerhin ebenso wie der Italienerin Claudia Matta (Carrara & Matta – Badezimmereinrichtungen) der Einstieg leichter gemacht als sonst bei Managerinnen üblich: Beide stehen an der Spitze eines Familienunternehmens. Aber der Einstieg ist nicht alles, der Beweis, daß man „es kann", die Erfolge, dürfen nicht ausbleiben.

Viola Hallmann hat es geschafft, Familie (Mann und ein Kind) und berufliches Engagement unter einen Hut zu bringen, während Frau Matta einräumte, daß über ihrer starken Inanspruchnahme durch die Firma ihre Ehe gescheitert sei. Die Notwendigkeit der Unterstützung und des Verständnisses beim Partner wurde denn auch von allen Teilnehmerinnen unterstrichen. Denn verheiratet sind sie alle und somit lebender Beweis für den Unsinn der These, eine Frau könne nur Karriere machen, wenn sie Junggesellin bleibe.

Jolanta Buch Andersen, Vorsitzende des Vorstands der dänischen Fancy Food Group A/S und vor 23 Jahren aus Polen nach Dänemark eingewandert, sagte sehr deutlich, worauf es ankommt: „Was immer man vorhat, man muß zunächst Prioritäten setzen." Auch damit unterscheidet sich das karrierewillige weibliche Wesen dann nicht vom männlichen Wettbewerber. Dr. Lilian Uchtenhagen, Nationalrätin und Präsidentin des Verwaltungsrates der co op Schweiz, bemüht sich, Frauen zu ermutigen. „Frauen müssen mehr Mut bekommen zum Learning by Doing."

Besonderheiten in Unternehmensstrategie und Führungsstil ließen sich aus der Tatsache, daß die Manager weiblichen Geschlechts sind, aber nicht herleiten, deutlich wurden jedoch Nuancen des persönlichen Stils, wie sie auch unter männlichen Managern zu finden sind.

Ob es Goldmann gelungen ist, den weiblichen Zuhörern mehr Mut zur Karriere zu machen, bleibt unsicher. Auf alle Fälle hat er sich gut verkauft, als geschickter Gesprächsführer nämlich. Als Verkäufer ist Goldmann bekannt, „ein As, was alle Verkaufstechniken angeht", meinen Teilnehmer seiner Seminare.

URTEILE

Bewerbungsgespräch

Sieht eine Betriebsvereinbarung die Beteiligung des Betriebsrates bei Bewerbungsgesprächen vor und findet ein solches Gespräch ohne Beteiligung der Arbeitnehmervertretung statt, kann der Betriebsrat aus diesem Grund seine Zustimmung zu der Einstellung verweigern. In einem Fall hatte der Geschäftsführer einer GmbH sich darauf berufen, daß an dem Gespräch mit dem Bewerber der Aufsichtsratsvorsitzende der GmbH teilgenommen habe. Das Landesarbeitsgericht Berlin entschied, daß sich der Geschäftsführer, da er sich die Entscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden zu eigen gemacht habe, sich dessen Verhalten zurechnen lassen müsse, weil andernfalls das Beteiligungsrecht des Betriebsrates umgangen werden könne. (Az.: 9 Ta BV 5/84 vom 11. 2. 1985)

Unfall beim Teeholen

Geht ein im Bergbau Beschäftigter während der Arbeitszeit von seinem Arbeitsplatz über das Zechengelände, um sich Tee zu holen und zieht er sich auf dem regennassen Gelände bei einem Sturz eine Fußverletzung zu, so steht dieser Unfall nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts (Az.: 5a RKnU 3/84 vom 14. 5. 1985) unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Grundsätzlich gilt die Nahrungsaufnahme als unversicherte Tätigkeit aus dem privaten und persönlichen Lebensbereich. Ist ein Arbeitnehmer aber bei seiner Beschäftigung „dursterregenden Einwirkungen" ausgesetzt, so steht er unter Versicherungsschutz, wenn er Flüssigkeit zu sich nimmt. Die Begründung: Das Trinken dient in diesem Fall „wesentlich der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit".

Ehrenamtlich Tätige

Ein ehrenamtlich Tätiger kann nach einem Urteil unter besonderen Umständen auch im häuslichen Bereich unter Versicherungsschutz stehen. Im konkreten Fall wurde der Vorsteher eines Wasserbeschaffungsverbandes nachts durch ein Tonsignal der in seinem Haus installierten Anlage zur Überwachung von Wasserbehältern geweckt und war dann bei der Überprüfung der Ursache im Haus gestürzt. (Az.: 2 RU 71/84 vom 26. 6. 1985)

Rezeptgebühr

Das Bundessozialgericht hat grundsätzlich entschieden, daß bei der ärztlichen Verordnung von verschiedenen Heilmitteln auf einem gemeinsamen Rezept von den Patienten für jedes Heilmittel die Rezeptgebühr einzeln entrichtet werden muß. Das Bundessozialgericht entsprach damit in letzter Instanz der Rechtsauffassung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen. Das Bundessozialgericht wies die Klage eines selbständigen Masseurs und Bademeisters aus Bremen ab. Der Kläger hatte von seinen Patienten für jedes Rezept mit mehreren Verordnungen nur eine Rezeptgebühr kassiert und wandte sich nunmehr dagegen, daß ihm die Ortskrankenkassen bei der Abrechnung für jedes Heilmittel die Rezeptgebühr von der Vergütung abgezogen haben. (Az.: 3 RK 37/84)

IBM

Gewinn leicht zurückgegangen

nl. Stuttgart

Seinen Optimismus hinsichtlich der Zukunft der IBM und der gesamten Computerindustrie hat John F. Akers, IBM President und Chief Executive Officer, bei der Vorlage des vorläufigen Jahresergebnisses 1985 unterstrichen. Danach hat der IBM-Konzern seinen Umsatz im vergangenen Jahr um neun Prozent auf 50,06 Mrd. Dollar gesteigert.

Unter Annahme der Wechselkurse des Jahres davor hätte der Umsatz um 400 Mill. Dollar höher gelegen, die Steigerungsrate hätte sich dann also auf 9,8 Prozent belaufen. Der Nettogewinn verminderte sich im Konzern um 0,4 Prozent auf 6,56 Mrd. Dollar. Dies führte zu einer Verringerung der immer noch ansehnlichen Umsatzrendite auf 13,1 (14,3) Prozent. Der Nettogewinn pro Aktie ging auf 10,67 (10,77) Dollar zurück.

Nach Akers' Angaben lagen die Auslieferungen des Konzerns im vergangenen Jahr höher als 1984. Die Auftragseingänge ließen ein gutes weiteres Wachstum erwarten. Gleichwohl nähere man sich aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven Nordamerikas dem Jahr 1986 mit Vorsicht. Die Kostenentwicklung werde sorgfältig überwacht. An erzielte Produktivitätsfortschritte erwarte man, auch im laufenden Jahr anknüpfen zu können, erklärte Akers.

DHL WORLDWIDE EXPRESS / „Feuerwehr" im internationalen Kurierdienst – Banken sind die größten Kunden

Paketgeschäft soll das künftige Wachstum tragen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Als Boris Becker zum Tennisturnier in Melbourne angekommen war, mußte er etwas Unangenehmes feststellen: Seine Lieblings-Schuhe waren daheim in Leimen unter dem Bett stehengeblieben. Der Notruf erreichte den Kurier-Dienst DHL in Kelsterbach bei Frankfurt am Freitag abend, die Schuhe wurden nebst einigen Reservepaaren noch am selben Abend in Leimen abgeholt und schon am Sonntag mittag in Melbourne ausgeliefert. Leider zu spät – B. B. war schon ausgeschieden.

Derlei „sportliche" Leistungen sind selbst bei einem Kurierdienst nicht ganz alltäglich. Doch auf Schnelligkeit und Zuverlässigkeit kommt es immer an.

Spezielles Angebot

Ob eine deutsche Bank Dollarschecks so schnell wie möglich in New York einlösen möchte, ob Ausschreibungsunterlagen im letzten Moment, doch termingerecht in Riad eintreffen oder ob Ersatzteile zwei Tage später schon in Nairobi eingebaut werden sollen – wenn's drauf ankommt, werden immer häufiger die Kurierdienste „eingespannt".

Mit ihrem speziellen Angebot wollen sie weder den Speditionen noch den Postverwaltungen ins Handwerk pfuschen. Der Stückgutverkehr bleibt Sache der einen, die Massen-Briefzustellung Sache der anderen (mit der Post haben die Kuriere sich zudem darauf geeinigt, nur international zu arbeiten). „Wir sehen uns eher als eine Art Feuerwehr, die einen zusätzlichen Dienst anbietet", grenzt sich Luke Weihs, Marketing-Chef der DHL Worldwide Express GmbH, Kelsterbach, der deutschen Dependance des Marktführers, von den Massentransporteuren ab.

Ganz ohne Masse geht es freilich auch bei einem Kurierdienst nicht ab, der weltweit mehr als 15 000 Menschen in 730 Niederlassungen, verteilt auf 189 Länder, beschäftigt. Im vergangenen Jahr kam der weltweite Marktführer auf ein Transportvolumen von rund 30 000 Tonnen oder 21 Millionen Dokumentensendungen.

Allein die deutsche Gesellschaft beförderte rund eine Million Sendungen, etwa doppelt so viele wie 1983. Allein auf der Strecke Frankfurt–New York fliegen jede Nacht drei Tonnen DHL-Fracht mit – deutlicher Hinweis auf einen der Branchenschwerpunkte: Unter den 44 000 deutschen Kunden stellen die Banken das größte Transportaufkommen, weitere starke Gruppen sind die Bauindustrie, High-Tech-Unternehmen und die Chemie. Auf 20 Großkunden entfällt allein ein Sechstel der Umsätze.

Seit dem Herbst 1985 bedienen die 480 (1980 waren es erst 114) deutschen DHL-Mitarbeiter von 19 (1980: 10) Niederlassungen aus flächendeckend die gesamte Bundesrepublik. 120 Kleinwagen sind täglich unterwegs, um die „Post" aus dem Ausland abzuliefern und die eiligen Sendungen bei den Kunden oder aus den überwiegend bei Reisebüros stationierten „Expreßboxen" einzusammeln.

Noch sind es hauptsächlich Dokumente, die in das weltweite Netz eingespeist werden und das Image der ganzen Branche prägen. Doch davon möchte Weihs allmählich wegkommen: „Wir können auch zollpflichtige Sendungen wie Ersatzteile oder Magnetbänder schnell befördern – da sehen wir auch den größten Zuwachs der nächsten Jahre."

Strukturelle Folgen

Nicht ohne Grund: Die „Konkurrenz" von Telefax und elektronischer Nachrichtenübermittlung dürfte zumindest die Wachstumsraten der Dokumententransporteure dämpfen.

Das Paketgeschäft, derzeit erst bei acht Prozent des Transportvolumens, wird daher systematisch ausgebaut. Mit einem deutschen Automobilhersteller etwa, der vier kostspielige Ersatzteilläger in den USA unterhält, wird versucht, die Lagerhaltung durch einen 48-Stunden-Lieferservice von Deutschland aus zu minimieren. Auf dieser Schiene der kompletten Problemlösungs-Konzepte will DHL gezielt weiterfahren.

Das hat auch strukturelle Folgen: Die 120 Kleinwagen etwa wird man durch Transporter ablösen müssen, und auch die eigenen Flugzeuge, die derzeit 16 europäische (auch osteuropäische – der Verkehr nach Moskau wurde gerade 1985 eröffnet) Hauptstädte im Über-Nacht-Service über den Knotenpunkt Brüssel miteinander verbinden, werden um einige Nummern wachsen müssen. Die Drehscheibe auf dem Brüsseler Flughafen, wo 25 000 Sendungen in der Stunde automatisch sortiert werden können, ist bereits auf Zuwachs ausgelegt; ihre 15 000 Quadratmeter sind erst zur Hälfte genutzt.

Via Brüssel ist die Kelsterbacher GmbH auch in das internationale Konzernnetz eingebunden. Die DHL-Gruppe, 1969 von drei Jurastudenten (Dalsey, Hillblom und Lind) in San Francisco gegründet, besteht heute aus zwei rechtlich unabhängigen Gesellschaften, dem Stammhaus in den USA und der DHL International in Hongkong. Beide werden von einem weltweiten Hauptquartier in London aus geführt und koordiniert.

Mit Konzernzahlen hält sich das Unternehmen zurück – Hauptgesellschafter der Hongkonger Gesellschaft ist ein Chinese. Immerhin: Auf dem europäischen Kontinent allein haben die Schnelltransporteure 1985 etwas mehr als 100 Millionen Dollar umgesetzt. Und die Planzahl von knapp 200 Millionen Dollar für 1986 läßt einiges von der Dynamik des vertraulichen Geschäfts ahnen.

BOOTSINDUSTRIE / Kleine Unternehmen dominieren

Importdruck bereitet Sorgen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, der anhaltende Trend zu mehr Freizeit und die zunehmenden wassersportlichen Aktivitäten der Bundesbürger bringen zwar einigen Optimismus in den deutschen Bootsmarkt, doch der Wettbewerb der mittelständisch strukturierten Hersteller in der Bundesrepublik, der Importdruck und der nach rascher Expansion in den 70er Jahren heute durch das Gebrauchtboot-Angebot langsam verstopfte Markt bereiten der Branche derzeit keine Freude.

Selbst der Wechselkurs der D-Mark ist für den maritimen Freizeitmarkt von Bedeutung, weil zur Zeit 52 Prozent des Gesamtmarktvolumens (201 von 385 Mill. DM) Importe sind. Sie halten den Markt unter Druck. Der Präsident der Bundeswirtschaftsvereinigung Freizeitschiffahrt, Willi K. Seifert, meinte anläßlich der laufenden „boot '86" in Düsseldorf (bis 26. Januar), daß „die Firmengrößen es nur selten erlauben, in der Produktion Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen".

Derzeit haben kaum mehr als sechs der rund 250 deutschen Hersteller mehr als 20 Beschäftigte. Im benachbarten Ausland liegt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl mehr als doppelt so hoch. Ein gutes Dutzend ausländischer Großkonkurrenten (mit nahezu 1000 produzierten Booten pro Jahr) von Schweden bis Italien macht den Deutschen schwer zu schaffen.

In der Bundesrepublik kann allenfalls Dehler Yachtbau aus dem sauerländischen Meschede der Konkurrenz Paroli bieten, auch im Export. Daneben machen aber einige Kleine mit Nischenprodukten, was Bauart und obere Größenklassen (jenseits 20 Meter Länge) angeht, ihr Geschäft. Einige können sich vor Aufträgen nicht retten.

Ende letzten Jahres dürfte es nach Angaben Seiferts etwa 135 000 Segel- und 56 000 Motorboote in der Bundesrepublik gegeben haben, ohne die sicher 25 000 Gebrauchtboote, die beim Handel oder bei den Werften liegen und beim Neukauf in Zahlung gegeben worden sind. Seifert vermutet, daß pro Neuboot drei Gebrauchtboote umgesetzt werden müssen. Dazu kommt auch noch die überaus lange Haltbarkeit der aus glasfaserverstärktem Kunststoff produzierten Boote.

Vom deutschen Produktionsvolumen (rund 250 Mill. DM) gehen Segelboote und Yachten für 67 Mill. DM in den Export. Allein einige Großprojekte für seegehende Motor- und Segelyachten schlugen 1985 mit 23 Mill. DM zu Buch. Wichtigste Abnehmerländer sind weiterhin die Schweiz (12 Mill. DM), die USA (10) und England (8 Mill. DM). Im Import halten die Niederlande und Schweden mit 40 beziehungsweise 34 Mill. DM die Spitze.

WARUM
HAST DU UNS FÜR IMMER VERLASSEN?

Für uns alle unfaßbar, müssen wir schweren Herzens von Dir für immer Abschied nehmen.

KARL FROH

* 2. 10. 1934 † 17. 1. 1986

Im Alter von nur 51 Jahren bist Du viel zu früh von uns gegangen und hinterläßt eine große Leere.

In tiefer Liebe allein
Deine Anne
Torsten, Christine,
John Carlos und Ann-Katrin
sowie alle Angehörigen

Seevetal 3, Unner de Bult 55

Trauerfeier am Donnerstag, dem 23. Januar 1986, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Maschen.

Anschließend bitten wir die Trauergäste in den Gasthof Becker, Helmstorf.

Beisetzung in „seinem Glückstadt" im engsten Familienkreis.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um Spenden für den Küstenschutz auf das Konto des Landschaftszweckverbandes der Insel Sylt, Raiffeisenbank Keitum, Kontonummer 1 08.

Am 17. Januar 1986 verstarb im Alter von nur 51 Jahren, völlig unerwartet, mein Vater und Geschäftspartner

KARL FROH

Der Verstorbene hat sein reiches Wissen, seine umfassende Erfahrung und seine unermüdliche Tatkraft seiner Firma stets uneingeschränkt zur Verfügung gestellt.

Mein Vater stand mir stets mit Rat und Tat zur Seite.

Ich werde alles versuchen, die Geschäfte in seinem Sinne fortzuführen.

Er wird für mich immer ein Vorbild sein.

In tiefer Trauer
TORSTEN FROH
und Mitarbeiter
der Fa. KARL FROH & CO., Hamburg

Trauerfeier am Donnerstag, dem 23. Januar 1986, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Maschen.

Anschließend bitten wir die Trauergäste in den Gasthof Becker, Helmstorf.

Beisetzung in „seinem Glückstadt" im engsten Familienkreis.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um Spenden für den Küstenschutz auf das Konto des Landschaftszweckverbandes der Insel Sylt, Raiffeisenbank Keitum, Kontonummer 1 08.

Der Lebensweg unserer lieben

Louise Katharina Hock
geb. Banaschewski

* 19. Oktober 1898 † 14. Januar 1986

ist vollendet.

Wir gedenken ihrer in Liebe
und Dankbarkeit
Dr. Johann J. Hock und Frau Marie-Luise
geb. Anschütz
Gerhard Hock und Frau Françoise
geb. Mathiot
Andreas J. Meyer und Frau Ilse Katarina
geb. Hock
mit Bettina und Katharina

2121 Gifkendorf 3

Das Seelenamt und die Trauerfeier finden statt am Freitag, dem 24. Januar 1986, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche Maria Grün, Hamburg 55, Schenefelder Landstraße 5.

Anschließend Beisetzung auf dem Blankeneser Friedhof in Hamburg-Sülldorf, Sülldorfer Kirchenweg 151.

KARL FROH
Geschäftsführer

* 2. 10. 1934 † 17. 1. 1986

Wir nehmen Abschied von einem Menschen, dem wir ungeteilt unser Vertrauen geschenkt haben und der uns durch seine große Schaffenskraft und seine Fähigkeiten in jeder Beziehung ein Vorbild war und bleiben wird.

Wir werden, wie es sein Wille war, in seinem Sinne weiterarbeiten.

Unser herzliches Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und allen Angehörigen.

DIE MITARBEITER
der
IGGESUND GmbH
Hamburg

Trauerfeier am Donnerstag, dem 23. Januar 1986, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Maschen.

Anschließend bitten wir die Trauergäste in den Gasthof Becker, Helmstorf.

Beisetzung in „seinem Glückstadt" im engsten Familienkreis.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um Spenden für den Küstenschutz auf das Konto des Landschaftszweckverbandes der Insel Sylt, Raiffeisenbank Keitum, Kontonummer 1 08.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesekus, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Aktien ruhiger und uneinheitlich

Stromversorger und Rohstoffwerte rückten in den Vordergrund

DW. – Hoffnungen auf eine freundlichere erfüllten sich an der Montagbörse nicht. Die einzelnen Branchenteilmärkte entwickelten sich unterschiedlich. Die weithin weichere Tendenz in den Börsensälen wurde nicht als beunruhigend empfunden, weil Ausländer kaum unter den Verkäufern waren. Das deutlich geschrumpfte Geschäft wurde weitgehend von der privaten Bankenkundschaft und dem Berufshandel getragen. Das Londoner Wochenendtreffen des Fünferclubs konnte die deutschen Aktienmärkte nicht beeinflussen.

In den Vordergrund gerückt sind nun auch die Stromversorgungspapiere, bei denen HEW mit einem Tagesgewinn von 6,5 Prozent den Vorreiter machten. Offensichtlich meint man, daß von dem fundierten deutschen Konjunkturaufschwung die Stromproduzenten stärker profitieren werden, als man bisher unterstellt hat. Zweite Favoritengruppen waren Rohstoffwerte wie Preussag, die deutlich die 300-DM-Marke überschritten, aber wieder abbröckelten, und Degussa, die nennenswert zulegten. Einfache Minusankündigung (fünf Prozent Rückgang) bei Klöckner. Nachgebend auch die anderen Stahlwerte und Großbanken, Maschinenbauer uneinheitlich, Farbennachfolger leichter, Autopapiere schwankend.

Frankfurt: Die Hausse der Cassella-Aktie endete abrupt mit einem Minus von 330 DM. Holzmann gaben 10,50 DM und Rheinmetall 20 DM ab. Tucher erhöhten um 76 DM und Metallgesellschaft um 27 DM. Degussa zogen um 13,50 DM an.

Düsseldorf: AEG-Kabel verminderten um 20 DM, Edelwitten um 5 DM und Ford um 10 DM. Kabelmetal verloren 2 DM. Aufgestockt haben Balcke-Dürr um 13 DM, Bilfinger um 5 DM und DAT um 20 DM. Nordstern erhöhten um 35 DM.

Hamburg: HEW verbesserten sich um 6 DM. Nachgegeben haben Hapag Lloyd um 3,50 DM und NWK-Vorzüge um 3 DM. Phoenix Gummi verminderten um 0,90 DM und Holsten Brauerei stockten um 0,90 DM auf. Vereins- und Westbank gaben um 5 DM nach.

Berlin: Bergmann zogen um 27 DM an. Berliner Bank und Berliner Elektro lagen um je 3 DM, Bekula um 2,50 DM, DeTeWe um 2 DM und Herlitz St. um 1 DM fester. Orenstein büßten 7 DM, Schering 5 DM und DUB-Schultheiss 2 DM ein.

München: Aigner verbesserten sich um 2,50 DM, Audi AG um 5 DM und Bay. Lloyd um 44 DM. Deckel AG stockten um 5 DM und Energie Oberfranken um 15 DM auf. Flachglas lagen um 12 DM, Heilit um 2 DM und Wanderer um 5 DM höher.

Stuttgart: Spinnerei Pfersee wurden 15 DM höher zugeteilt. Salamander zogen um 6 DM an. Neckarwerke lagen um 7,90 DM höher. Daimler waren um 25 DM und Mercedes um 10 DM ermäßigt. Boss mußten 25 DM abgeben.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 300,66 (301,72)
WELT-Umsatzindex: 7757 (8089)
Advance-decline-Zahl: 90 (81)

Inland

		20.1.	17.1.
H	Aach M Bed. 10	2585	2650
H	Aach. M Vers. 7	1760	1750
D	Aach. Ruck. 9	3950	4120
D	Aseag *4	550T	560T
M	Ack-Gögg. 6	154	146,9
H	Aaca 3	172	171,5
D	Adler 9	310G	310G
F	Adt 0	69,9	70
F	AEG 0	298	300
D	AEG KABEL 9	530	550
S	Aesculap 9	492	490TG
F	AGAB 5	121,5	120

		20.1.	17.1.
D	Cobk.Reste+0 RM	18,2bG	–
F	Cobk.Genußsch.	114,1	113,35G
D	Conc. Chem. 4,5+3	320bB	315
B	Conc. Spinne * 0	400G	400G
D	Contigas 7,5	340	332
D	Conti Gummi 3	215	216
D	Dahb. St. 7,65	286	284,5
D	dgl. Vz. 14,55	440G	435
S	Daimler 18,5	1425	1450
M	Deckel AG 0	270bG	265
D	Dt. Atl. Tel.10+1	670bB	650T
H	Doag 5	559	550
D	Dt. Babcock St. 3	239,5	240bB
D	dgl. Vz. 3,5	227	228
F	Dt. Bank 12	888,5	894

		20.1.	17.1.
H	Hb.Hochb. *4+0,64	104	104G
H	HEW 5	130	120
H	Hdl. Löb. 9	–	525bG
Hn	Hann. Papier 5,5	140,2	141
H	Harmstorf 0	94	86,5
D	Harpener 11	356	353
F	Hartm. & B.St. 4	1100	1090
F	dgl. Vz. 4	980G	980bG
M	Hasen-Bräu 9	1035G	1035G
S	Heidelb. Zem. 7	395,5	395
M	Heilit & W. 5	300	298
D	Hein. Lehm. *0	330	330
D	Heinr. Ind. *14+4	700T	670
H	Hemmoor 12,5	210bG	220T
D	Hentel	403	404
F	Henninger 7	153	153

		20.1.	17.1.
F	MAB 6,5	450bG	450T
F	dgl. Vz. 6,5	395T	380T
D	Mannesmann 4	304	308
F	Mannh. Vers. 8	1252	1240
H	Markt & K. 7	233	230
F	MAN St. 0	230	234,5
F	dgl. Vz. 0	213	219,5
F	MAN-Rol. 20,2	615T	590
S	M.Mühl.Weing. *0	345G	346
D	Mauser 0	105	100
F	Mercedes 10,5	1286	1285
F	Metallges. 0	419	392
S	Met. u. Lack 0	123bB	115
S	Milag 6,5	450G	450
F	Moenus 0	100,5	98,2
F	Monachia 5	[illegible]	[illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 167,58 (168,23); Elektrowerte: 365,92 (360,46), Autowerte: 813,70 (817,94), Maschinenbau: 203,10 (203,70); Versorgungsaktien: 171,54 (170,33); Banken: 439,80 (445,54); Warenhäuser: 145,77 (146,03); Bauwirtschaft: 404,68 (407,08); Konsumgüterindustrie: 153,15 (153,27); Versicherung: 1631,82 (1647,58); Stahlpapiere: 181,47 (188,95)

Kursgewinner (Frankfurt):

Brau AG	401,00	+67,00	+20,0%
Ried d. H.	960,00	+104,0	+12,1%
Koepp	265,00	+25,00	+10,4%
Seilwolff	33,00	+3,00	+10,0%
Stöhr	192,00	+17,10	+9,7%
Metallges.	419,00	+27,00	+6,8%
Girmes	163,00	+8,00	+5,1%
Binding Vz.	294,00	+14,00	+5,0%
Reichelbräu	524,00	+24,00	+4,8%
Schlenk	262,00	+12,00	+4,8%

Kursverlierer (Frankfurt):

Cassella	920,00	-330,0	-26,4%
Klöckner	113,50	-12,50	-9,9%
Gerling NA Vz.	780,00	-59,00	-7,0%
Gerlin NA Kl.	800,00	-58,00	-6,7%
KSB St.	191,00	-11,00	-5,4%
Anzag	180,00	-10,00	-5,2%
Dyckerh. Vz.	185,00	-9,90	-5,0%
Dt. Conti Rück	1500,00	-75,00	-4,7%
Dt. Atl. Tel.	650,00	-30,00	-4,4%
Bay. Vereinsbk.	556,00	-25,00	-4,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 890,00, Kötitzer 1950,00 B, VAB 4000,00 T
Düsseldorf: BASF 270,00, Bayer –, Contigas 316,00, IWK –, Linde 660,00 bG, Metallges. 370,00 T, Nixdorf 580,00, Schering 646,00, VEW 140,00
Frankfurt: Allweiler St. 275,00 G, Allweiler Vz. 212,00, BASF 276,00, Bayer 284,00, Contigas –, Contigummi 203,50, Frankona –, IWK 356,00, Linde 675,00, Magdeburger Feuer 910,00, Magdeburger Feuer NA 1500,00 G, Mainkraft –, Metallges 400,00, Moto Meter 235,00, Nixdorf 575,00, Pfaff –, Schering 643,00, VEW 140,00, Wibau –
Hamburg: Doag 350,00, Schering 635,00
München: BASF 270,00, Br. Wolik. 178,00, Contigas 331,00 bGr, IWK 358,00, Isar-Amper 352,00 bG, Linde 655,00 bG, Metallges. 385,00 G, Nixdorf 563,00, Schering 630,00, Stumpf 115,00 G, VAB 3700,00 bG, VEW 143,50, Wanderer 485,00
Bezugsrechte: Frankfurt: Machines Bull 3,10, Rütgers 52,50

Devisenmärkte

Der US-Dollar profitierte vom G5-Treffen, obwohl keine Beschlüsse publik wurden. Es wirkte sich jedoch aus, daß eine Zinssenkungsrunde vorerst nicht stattfindet. Am frühen Morgen des 20. Januar streifte der Kurs 2,48 und befand sich damit 2,5 Pfennig über dem New Yorker Schluß vom Freitag. Das Interesse erlahmte jedoch bald, und der Kurs ermäßigte sich auf 2,47. Da New York heute geschlossen blieb, kam es am Nachmittag nur zu gelegentlichen Umsätzen unter der amtlichen Notiz von 2,4740. Das Englische Pfund lag mit 3,526 nur noch knapp über seinem historischen Tief von 3,525. Die andere europäische Ölwährung, die Norwegische Krone, stieg um 4,3 Promille auf 32,56. US-Dollar in: Amsterdam 2,7865; Brüssel 50,49875; Paris –; Mailand 1684,50; Wien 17,396; Zürich 2,0975; Ir. Pfund/DM 3,540; Pfund/Dollar 1,4252; Pfund/DM 3,576.

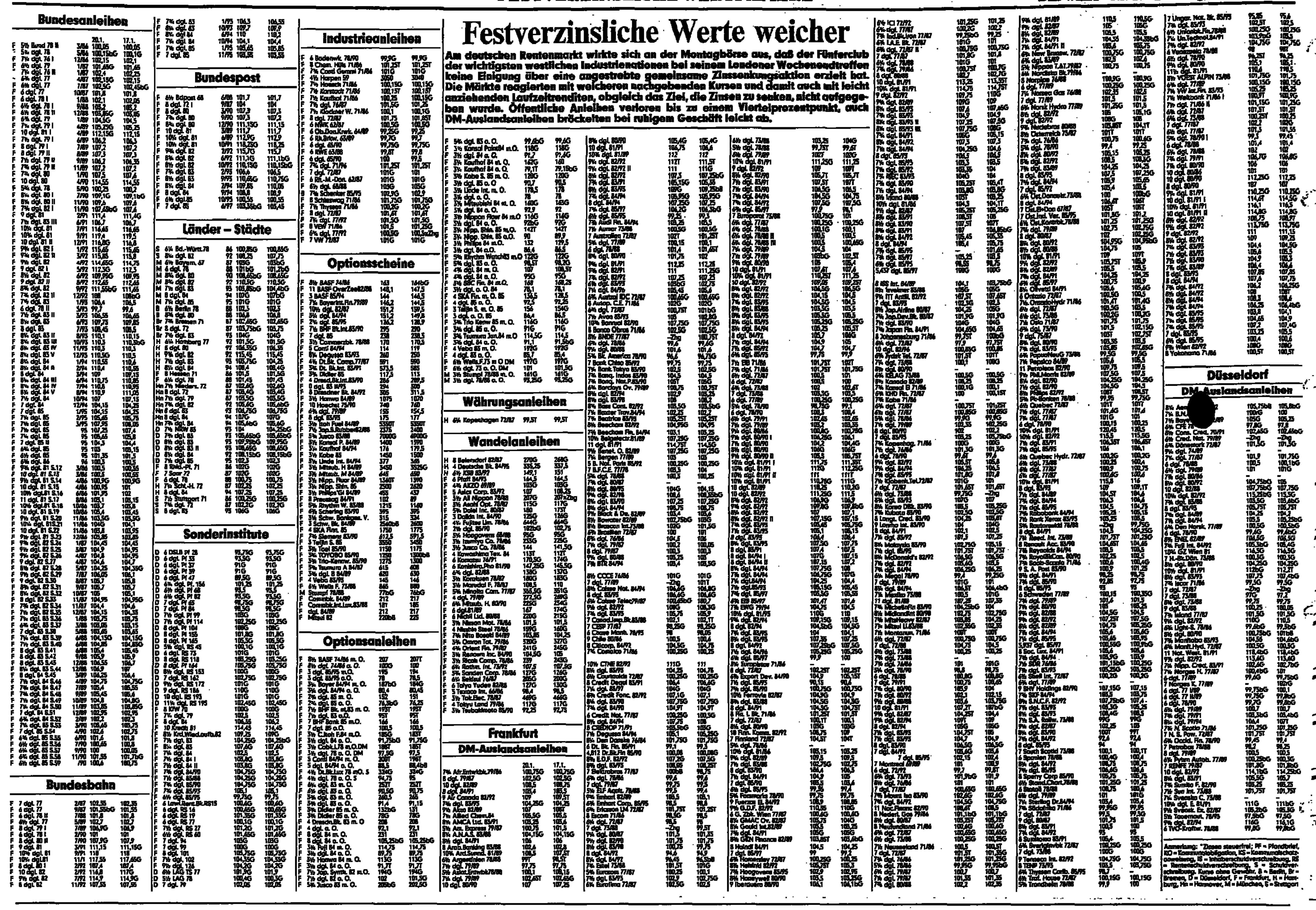
Devisen und Sorten

20.1.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,4623	2,4703	2,4493	2,42	2,57
London[2]	3,519	3,533	3,461	3,47	3,62
Dublin[2]	3,047	3,061	2,988	2,99	3,14
Montreal[1]	1,7588	1,7668	1,7368	1,70	1,80
Amsterd.	88,675	88,895	88,535	87,75	89,50
Zürich	117,85	118,05	117,89	116,50	119,25
Brüssel	4,889	4,909	4,823	4,70	4,90
Paris	32,535	32,695	31,99	31,60	33,35
Kopenh.	27,26	27,38	27,07	26,25	28,00
Oslo	32,50	32,62	31,82	31,50	33,25
Stockh.**	32,245	32,405	31,71	31,50	33,25
Mailand[3]**	1,463	1,473	1,421	1,39	1,49
Wien	14,20	14,24	14,148	14,17	14,34
Madrid**	1,595	1,605	1,566	1,53	1,65
Lissabon**	1,547	1,567	1,465	1,10	1,90
Tokio	1,218	1,221	–	1,175	1,235
Helsinki	45,19	45,39	44,615	44,00	46,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,618	1,672	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,7195	1,7385	–	1,68	1,78
Johannbg.*	1,063	1,097	–	0,78	1,10
Hongkong*	31,56	31,84	–	30,00	36,00

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Festverzinsliche Werte weicher

Am deutschen Rentenmarkt wirkte sich an der Montagbörse aus, daß der Fünferclub der wichtigsten westlichen Industrienationen bei seinem Londoner Wochenendtreffen keine Einigung über eine angestrebte gemeinsame Zinssenkungsaktion erzielt hat. Die Märkte reagierten mit weicheren nachgebenden Kursen und damit auch mit leicht anziehenden Laufzeitrenditen, obgleich das Ziel, die Zinsen zu senken, nicht aufgegeben wurde. Öffentliche Anleihen verloren bis zu einem Viertelprozentpunkt, auch DM-Auslandsanleihen bröckelten bei ruhigem Geschäft leicht ab.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet gingen Kakao und Kupfer aus dem Markt. Mit Ausnahme des deutlich festeren Kassamonats notierte Kaffee niedriger.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	17.1.	16.1.
März	327,50	327,00
Mai	294,50	297,50
Juli	268,75	268,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	280,20	282,10
Am. Durum	277,14	279,04

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	121,50	122,20
Mai	125,00	125,60
Juli	127,60	128,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	102,60	105,00
Mai	103,30	104,00
Juli	105,98	104,00

HAFER Chicago (c/bush)		
März	133,50	133,00
Mai	134,00	134,25
Juli	131,00	131,00

MAIS Chicago (c/bush)		
März	248,75	248,50
Mai	252,25	252,25
Juli	252,50	252,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	107,50	107,40
Mai	109,60	110,20
Juli	111,70	110,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	17.1.	16.1.
März	244,00	234,00
Mai	247,00	258,34
Juli	252,00	254,52

KAKAO New York ($/t)	17.1.	16.1.
März	2185	2170
Mai	2228	2216
Juli	2247	2240
Umsatz	2470	1458

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,19	5,13
Mai	5,51	5,42
Juli	5,79	5,68
Sept.	5,90	5,82
Okt.	6,08	5,96
Umsatz	7243	62870

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,42	4,45

KAFFEE London (£/t) Robusta	17.1.	16.1.
Jan.	2350-2360	2380-2420
März	2415-2415	–2488
Mai	2495-2500	2560-2565
Umsatz	10526	9856

KAKAO London (£/t)		
März	1712-1713	1703-1705
Mai	1715-1716	1704-1705
Juli	1735-1737	1728-1730
Umsatz	1317	2263

ZUCKER London (£/t) Nr.6	17.1.	16.1.
März	139,40-139,80	138,80-139,20
Mai	146,20-146,60	145,60-145,80
Aug.	151,80-153,40	151,60-152,00
Umsatz	2058	1687

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	20.1.	17.1.
Saraw.spez.	952,50	952,50
weiß.Saraw.	1410,00	1425,00
weiß.Munt.	1420,00	1435,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	17.1.	16.1.
Jan.	94,50	94,00
März	96,70	95,55
Mai	98,05	97,00
Juli	99,30	98,10
Sept.	100,10	99,00
Umsatz..1000	3000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	17.1.	16.1.
	28,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,75	20,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Jan.	19,85	19,75
März	20,10	19,98
Mai	20,44	20,35
Juli	20,70	20,65
Aug.	20,75	20,67
Sept.	20,75	20,60
Okt.	20,80	20,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	19,00	19,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,50	14,50
fancy	14,00	14,00
bleichf.	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	11,50	11,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	44,30	45,45
April	40,70	41,40
Juni	44,85	45,10

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	62,30	62,65
März	62,75	63,00
Mai	63,95	64,00

HÄUTE Chicago (c/lb)	17.1.	16.1.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	533,00	534,40
März	539,00	542,00
Mai	552,00	553,00
Juli	558,50	562,25
Aug.	556,00	558,00
Sept.	556,50	539,00
Nov.	530,00	532,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Jan.	152,50	154,00
März	155,00	156,40
Mai	156,80	158,70
Juli	159,30	161,00
Aug.	159,00	160,50
Sept.	153,10	154,50
Okt.	148,50	149,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	17.1.	16.1.
März	312,60	315,10
Mai	319,00	322,40
Juli	326,30	329,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	17.1.	16.1.
	16,50	16,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	20.1.	17.1.
cif	760,00	850,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	505,00	510,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	325,00	315,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	123,00	123,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	385,00	385,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	247,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	17.1.	16.1.
März	62,40	62,55
Mai	62,40	62,50
Juli	60,35	59,85
Okt.	50,35	49,90
Dez.	48,75	48,50
März	49,50	49,30

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,00	40,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	20.1.	16.1.
März	493-470	493-470
Mai	505-515	501-502
Aug.	516-520	–
Umsatz	52	37

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	20.1.	17.1.
März	42,50	42,50
Mai	42,50	42,50
Juli	42,50	42,50
Okt.	42,50	42,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	20.1.	17.1.
März	616,00-618,00	615,00-621,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20.1.	17.1.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	20.1.	17.1.
Jan.	12049	12080
Feb.	12164	12285

KAUTSCHUK London (p/kg)	17.1.	16.1.
Nr.1 loco	59,50-61,50	59,00-61,00
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	20.1.	17.1.
Febr.	184,00-185,00	184,00-185,00
März	185,50-186,50	185,50-186,50
Nr. 2 Febr.	178,50-179,50	178,50-179,50
Nr. 3 Febr.	176,00-177,00	176,00-177,00
Nr. 4 Febr.	171,00-172,00	171,00-172,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	20.1.	17.1.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	20.1.	17.1.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	273,81-274,51	287,66-288,02
drittl. M.	284,76-285,11	297,42-297,59
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	89,21-89,38	89,74-89,92
drittl. M.	92,92-93,27	94,00-94,17
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	980,41-982,17	984,29-987,84
drittl. M.	998,07-999,84	1010,90-1012,67
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	144,50-145,56	147,56-148,62
Prod.-Pr.	173,46	172,92
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	20.1.	17.1.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	20.1.	17.1.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	360,90-362,67	361,08-362,86
BLEI in Kabeln	97,00-98,00	97,50-98,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	20.1.	17.1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	318-319	318-319
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	352	352-354
MS 63	344-354	352-354

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	20.1.	17.1.
Leg. 225	335	335
Leg. 226	337	337
Leg. 231	370-372	370-372
Leg. 233	380-382	380-382

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	20.1.	17.1.
PLATIN (DM/g)	31,35	31,20
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28630	28800
Rückn.-Pr.	27880	28050
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28710	28940
Rückn.-Pr.	27960	28180
verarbeitet	30110	30300
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	28125	28450
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	497,70	503,70
Rückn.-Pr.	482,80	488,60
verarbeitet	519,50	525,80

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	20.1.	17.1.
10.30	353,25	357,25
15.00	351,00	352,60
Zürich mit.	351,00-351,75	357,00-358,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	86400	88500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	427,10	430,75
3 Mon.	440,30	443,30
6 Mon.	453,70	456,75
12 Mon.	480,20	482,80
PLATIN (£/Feinunze) London	17.1.	16.1.
fr. Markt	251,75	260,95
PALLADIUM (£/Feinunze) London	17.1.	16.1.
f. Händl.-Pr.	72,40	74,60

New Yorker Metallbörse

	17.1.	16.1.
GOLD H & H Ankauf	352,50	365,25
SILBER H & H Ankauf	611,00	616,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	365,00-367,00	356,00-360,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	105,00-106,00	108,00-109,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Jan.	615,50	614,90
Feb.	617,60	617,10
März	620,00	620,00
Mai	629,00	627,00
Juli	637,00	636,00
Sept.	646,00	646,50
Dez.	662,00	658,00
Umsatz	unerh.	14000

KUPFER (c/lb)	17.1.	16.1.
Jan.	66,20	66,00
März	66,70	66,50
Mai	66,50	66,40
Juli	66,55	66,60
Sept.	66,80	66,75
Dez.	67,00	66,95
Jan.	67,10	67,05
Umsatz	unerh.	11000

Londoner Metallbörse

	20.1.	17.1.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	775,00-777,00	800,00-802,00
3 Mon.	806,00-807,00	827,00-828,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	252,50-253,00	252,00-254,00
3 Mon.	264,00-264,00	264,50-265,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	1003,00-1003,50	999,50-1000,00
3 Monate	1050,00-1051,00	1025,00-1025,50
ab. Kasse	–	999,00-1000,00
3 Monate	–	1023,00-1023,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	989,00-991,00	983,00-985,00
3 Monate	1012,00-1014,00	1012,00-1014,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	409,00-412,00	411,00-420,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	235-245
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	50-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	17.1.	16.1.
Febr.	63,80-64,06	65,35-68,70
März	61,60-61,75	63,96
April	59,31-59,60	60,87
Mai	57,60-57,90	58,97

GASÖL – London ($/t)	17.1.	16.1.
Feb.	194,75-195,00	197,50-198,00
März	188,75-189,00	190,75-191,00
April	183,50-183,75	185,25-186,00
Mai	180,00-180,75	181,75-182,00
Juni	179,00-179,50	179,50-180,50
Juli	179,00-179,25	180,00-181,00
Aug.	179,50-181,25	178,00-182,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	17.1.	16.1.
Febr.	63,30-64,10	64,60-64,70
März	63,50	64,30
April	62,90	63,90
Mai	62,90	63,50
Juni	63,50	63,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)	17.1.	16.1.
Febr.	23,45-23,60	24,09-24,14
März	22,57-22,68	22,86
April	21,85-22,00	22,05
Mai	21,60-21,70	21,60-21,65
Juni	21,45-21,50	21,50-21,60

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	17.1.	16.1.
Arabian Lg.	27,00	27,20
Arabian Hv.	25,00	25,20
Iran Lg.	26,90N	26,90N
Forties	22,10N	23,50N
N. Sea Brent	22,40N	22,60N
Bonny Light	26,05N	26,05N

Kartoffeln

London (£/t)	17.1.	16.1.
Febr.	80,50	80,00
April	93,80	95,80
Mai	100,50	102,40
Nov.	77,30	77,30

New York (c/lb)	17.1.	16.1.
März	2,25	2,16-2,18
April	2,25	2,16-2,20
Mai	2,38-2,40	2,36
Nov.	3,40	3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	17.1.	16.1.
März	148,20-147,90	145,50
Mai	152,20-152,60	150,00-150,50
Juli	156,70-156,30	154,00-155,00
Sept.	159,70	157,30-157,80

Devisenterminmarkt

Am 20. 1. zogen die Euro-Dollar-Deports um ⅛ Prozent an. Am Terminmarkt erweiterten sich die Dollar-Terminabschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84-0,74	2,20-2,10	4,35-4,15
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,64-1,61	3,50-3,20
Pfund/DM	3,30-1,90	7,90-6,50	14,9-15,5
FF/DM	23-7	69-53	124-108

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20.1.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent, Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent, Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20.1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 20.1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20.1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8¼	4½-4¾	3½-4¼
3 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4-4¼
6 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4-4¼
12 Monate	8¼-8½	4⅝-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 20.1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,25; Verkauf 20,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20.1. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1270,00	1650,20
5 US-Dollar (Indian)**	855,00	1000,45
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	615,25
1 £ Sovereign alt	219,50	273,03
1 £ Sovereign Elizabeth II.	201,00	251,94
20 belgische Franken	159,50	210,33
10 Rubel Tscherwonez	212,50	269,61
2 südafrikanische Rand	195,25	244,25
Krüger Rand, neu	869,25	1030,85
Maple Leaf	887,75	1051,94
Platin Noble Man	934,50	1105,23
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	224,25	284,15
20 schweiz. Franken „Vreneli"	193,75	249,38
20 franz. Franken „Napoléon"	178,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	824,00	1003,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	166,00	212,04
10 österr. Kronen (Neuprägung)	86,25	115,43
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	388,00	476,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	90,50	125,97

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrendition in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,15) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,30, Rendite 6,18

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 20.1.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	53,942	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	103,66	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,19	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,63	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,75	6,25
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,60	6,39
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	120,00	10,20
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	104,36	6,30
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	76,17	6,30
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,16	6,85
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,28	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	49,10	6,95
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	54,85	6,67
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,34	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,37	6,72
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,67	7,03
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,56	6,93
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,14	6,75
WestLB 600	100,00	2.5.95	54,95	6,67
WestLB 601	100,00	2.5.00	38,75	6,87
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,25	7,03
WestLB 500	126,86	16.2.89	108,50	5,24
WestLB 501	137,01	16.2.90	109,35	5,71
WestLB 505	115,76	3.10.88	101,45	5,02
WestLB 504	141,85	1.10.91	101,40	6,08
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	10,52
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	56,75	9,67
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,00	11,49
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	55,625	10,00
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	54,625	10,22
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	52,00	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,25	10,80
Penney (A+)	100,00	17.2.94	45,125	10,20
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,50	10,02
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	44,50	9,99
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	42,375	9,72

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,22 (5,22)	99,6	101,3	103,1	105,0	106,8	108,7
3	5,70 (5,70)	97,9	100,8	103,2	105,9	108,6	111,3
4	6,21 (6,25)	95,5	99,3	102,4	105,8	109,5	112,7
5	6,42 (6,40)	93,7	97,9	102,0	106,2	110,3	114,5
6	6,53 (6,50)	92,2	97,0	101,8	106,6	111,5	116,3
7	6,75 (6,76)	90,0	95,4	101,4	106,3	111,7	117,1
8	6,85 (6,85)	88,4	94,3	100,9	106,3	112,3	118,3
9	6,97 (6,96)	86,6	93,1	100,2	106,1	112,6	119,1
10	7,01 (6,99)	85,3	92,3	100,0	106,2	113,2	120,2
15	7,25 (7,25)	79,1	88,0	96,9	105,8	114,7	123,6

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,100 (111,121)
Performance-Rentenindex: 234,173 (234,022)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	17. Jan.	7,69-7,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,80
	60-270 Tage	7,65
Commercial Paper (Handlerplazierung)	30 Tage	7,80
	60 Tage	7,80
	90 Tage	7,75
Certificates of Deposit	1 Monat	7,75
	2 Monate	7,75
	3 Monate	7,75
	6 Monate	7,75
	12 Monate	7,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,12
	26 Wochen	7,23
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,27
	30 Jahre	9,45
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	6. Jan.	628,5 Mrd. $ (+ 3,9 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	119,40	121,35
Juni	120,45	122,60

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	17.1.	16.1.
11¼ EEC 90	106,25	106,25
10¾ EIB 93	103	103
11 dgl. 91	106,5	106,5
11¼ dgl. 90	108,125	108,125
11¾ dgl. 93	112	112
12 dgl. 95	111,375	111,375
12½ dgl. 90	110,75	110,75
12¾ dgl. 94	116,125	116,125
13 dgl. 96	115	115
10¾ Wld Bk 95	103,25	103,25
10¾ dgl. 88	103,375	103,375
10¾ dgl. 90	105,75	105,75
10¾ dgl. 93	106,875	106,875
11 dgl. 92	106,875	106,875
11¼ dgl. 98	110,375	110,375
11¼ dgl. 88	105,25	105,25
11½ dgl. 90	107,75	107,75
11¾ dgl. 89	106,125	106,125
11½ dgl. 90	108,125	108,125
12 dgl. 93	112,125	112,125
12¼ dgl. 94	114	114
12¾ dgl. 94	117,125	117,125
6¾ Sears 91	104	104
6¾ Swed.Ex.91	100,5	100,5
7 TRW 94	101,5	101,625
6¾ Un.Tech.92	100,625	100,75
6¾ World Bk90	101,125	101,125
6¾ dgl. 94	101	101
7 dgl. 94	102,25	102,125
7¾ dgl. 93	105,25	105,25
8 dgl. 93	106,625	106,625

Euro-Yen

	17.1.	16.1.
6¾ Al.Corp 91	100,875	100,875
5¾ ADB 88	–	–
7¼ dgl. 94	104,25	104,125
7 Austria 95	101,75	101,5
6¾ Avon 91	99,25	99,375
7 BP 92	103,75	103,75
6¾ Danmark 92	99,875	99,875
7 Denm.Bk. 92	100,5	100,5
7 Dow Chem.94	102,25	102,375
6¾ EDF 95	101,75	101,625
6½ Eurofima86	99,5	99,5
6½ dgl. 95	99,75	99,625
6¾ dgl. 92	99,5	99,75
7¼ dgl. 94	103,125	103,375
6½ Foannie 92	100,375	100,375
6¾ Finl.Rep90	100,875	100,875
6½ GMAC 90	101	101,125
7½ Goodyear95	101,25	101,25
6¾ dgl. 94	100,125	100,375
6¾ ITT 92	101,125	101,125
6½ McDonal.92	101,75	101,75
7¾ N.Bruns.95	103	103
7¾ N.Zeald.90	102,375	102,25
7¾ dgl. 89	103,5	103,5
7 Pac.Gas 94	102,875	102,875
6¾ Penney 92	99,375	99,375
6¾ Procter 97	102	102
6¾ Sallie 92	99,625	99,5

Lux. Franc Bonds

	17.1.	16.1.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	97,75	97,25
10½ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	101,25	101,25
10¼ Paribas89	102,25	102,25
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	103	103
12¾ Consol92	105	105
8 Capiel 88	97,5	97,75
8¾ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	103	103
7½ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¼ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	104	104
12¼ dgl. 88	108,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103	103
10 dgl. 94	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	97,75	97,75
9¼ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101	101
9¾ dgl. 93	102,75	102,75
10¼ dgl. 94	106	106
11½ dgl. 88	103	103
12¼ dgl. 90	104,5	104,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¼ Ind.B.F.95	101,5	101,5
11 Krediet.93	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	102	102
8 Luxair 87	98,5	98,5
8¾ dgl. 87	98,75	98,75
10½ Lux Bk.91	102,25	102,25
12½ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chim 95	101	101
12¾ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98	98
8½ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,75	96,75
9½ Sogenal 92	101,25	101,25
10¾ Solvay 87	101	101
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	101	101
10¼ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	17.1.	16.1.
8¾ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	96,5	96,5
9¾ Gas d Fr86	99	99
11¼ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	97	97

ECU

	17.1.	16.1.
10¾ Al.Dbk89	103	103
10¾ dgl. 91	105	104,875
9½ ABN 92	102,25	102,25
All Nippon 95	100,25	100,25
9¾ ANZ 92	102	102
10¾ Austria95	107	106,875
10 BNDA 92	101,5	101,75
9 M.+Hope 92	100,375	100,375
9 Bk.Hels.96	97,625	97,5
9¾ Bk.Tok.90	103,5	103,375
10¾ dgl. 91	102,125	102
10¾ dgl. 91	103,625	103,75
8¾ BNP 95	98,375	98,25
8¾ Bay.Vbk.88	100,75	100,625
8¾ BFCE 93	97,625	97,5
9¾ dgl. 92	104	104,125
9¾ dgl. 95	103,375	103,25
9¾ Bull 92	98,375	98,25
9¾ CNT 92	103,875	103,875
9¾ dgl. 95	103,25	103,25
8¾ Cargill 95	98,375	98,25
10¾ Coca 89	106,625	106,75
11¼ dgl.94/I	108,625	108,625
11¼ dgl.94/II	101	100,625
9 Chrysl. 92	97	96,875
10 dgl. 91	102,375	102,375
10½ dgl. 93	102,375	102,375
9 ClubMed 88	101,375	101,25
9¾ Comsal 92	101,25	101,25
9½ dgl. 95	102,25	102,25
9¾ CCF 95	100,375	100,25
9¾ CrdNord 91	102	102
11¼ CrdFonc90	106	106
11¼ dgl. 90	106,875	106,875
8¾ CrdNat 95	98,875	99,875
10¾ dgl. 94	106,25	106,75
8¾ Crdonst.94	99,875	99,875
9¾ Credito 92	101,25	101,25
9¼ Danmark 90	100,75	100,75
10¾ Denmark91	105,375	105,375
9¾ Dresd.bk93	103,25	103,375
9 EDF 97	100,75	100,625
8¾ EEC 93	99,625	99,625
8¾ ELFAqu. 88	99,125	98,625
9 Enso Gut 91	99,5	98,875
9¾ dgl. 93	99,625	98,875
10 Euratom 97	104,125	104
9¾ Eurofima93	103,625	103,625
11 dgl. 92	107,5	107,75
8¾ EIB 95	99,375	99,25
9¾ dgl. 95	103,25	103,125
10¾ dgl. 94	105,5	105,5
10¾ dgl. 89	–	–
10¾ dgl. 94	105,875	105,625
10¾ dgl. 90	106,375	106,25
11¼ dgl. 92	107,5	107,625
11¼ dgl. 94	109,5	109,375
9 Eutelsat 93	99,75	99,5
8¾ Fiat 90	100,25	100,125
9 EKFinnl 95	98,25	97,875
8¾ Ford C.93	97,375	97,125
11 Genfin.90	106,625	106,625
10¾ Giroz. 95	106,625	106,5
10¾ GTE 92	107,375	107,375
10 IADB 95	103,625	103,75
8¾ IBM 90	100,5	100,375
11 IU 89	105,125	105,125
9¾ Italie 89	101,375	101,25
10½ dgl. 92	105,375	105,375
11½ dgl. 90	107,625	107,625
9¾ Karcall 92	99,875	99,875
9¾ Kbifima 92	100,125	100
11¾ LTCB 90	106,175	106,175
10¾ Megal 95	103,375	103,375
8¾ Mits.Tr.93	97,25	97,25
9 MoetHen.91	100,875	100,875
9¾ Mol 90	100,75	100,75
8¾ Morgan 90	99,25	99,25
8¾ Motorola92	99,875	99,875
9 Nerso 95	98,375	98,375
9¾ N.Zeal 90	101,5	101,625
9½ N.Zeal.92	101,75	101,75
11 Nipp.Crb91	106,875	106,675
9 Ost.Lbk. 89	100,75	100,5
8¾ Olivetti93	99	98,5
10 Pechin.90	102,875	102,75
9 Petroc.93	96,375	96,5
9¾ Peugeot 90	100,5	100,375
10¾ dgl. 90	104,5	104,5
9 Philips 95	102,5	102,5
9¾ Pibo 92	103	103
10 Prvbk. 92	107,625	102,625
11½ Queb.Pr89	106,375	106,375
10¾ RATP 92	104,375	104,375
9¾ Rabobk. 95	102,875	102,75
8¾ Reynolds91	99,75	99,5
10¾ Roybk.Cd89	103,625	103,5
9 SAS 95	100,25	100,125
9 Sanwa 95	98,75	98,75
8¾ Socpac 90	98,25	98,25
11¾ SNCF 94	108,75	108,5
9 SNCI 95	100,125	100
10½ Sparkas91	104	103,875
9¾ Sumitcorp93	100,625	100,5
9 Sumitfin 95	100,75	100,625
9 Unbk.Nor.95	99,125	99
9½ WestLB 90	104,675	104,625
9¾ Westpac92	101,375	101,375
8¾ Worldbk 93	98,375	98,25
9¾ dgl. 95	103,75	103,75
9½ dgl. 92	103,375	103,375
10¼ dgl. 89	105,75	105,75
10¾ dgl. 88	105,5	105,5
10¾ dgl. 94	106,625	106,5
11 dgl. 95	107,25	107

ECU-Tageswerte

	17.1.	16.1.
Dollar	0,885543	0,88927
Bfr	44,6092	44,5969
DM	2,18331	2,18271
Hfl	2,45951	2,45892
£	0,615816	0,616692
Dkr	8,00509	7,99187
FF	6,70179	6,69131
Lira	1488,60	1489,53
I£	0,715598	0,715135
Sfr	1,85140	1,8463
öS	15,3465	15,3488
Peseta	136,329	136,37
Skr	6,75891	6,76245
Nkr	6,73898	6,73933
Kan-$	1,24153	1,24409
Esc	140,359	140,505
Fmk	4,81868	4,82207
Yen	179,234	179,766
Drachme	132,761	132,688

SZR-Wert

	17.1.	16.1.
Dollar	1,09365	1,09592
DM	2,69727	2,69048

„Das gebremste Lachen“: Kabarett in der „DDR“

Frontberichterstattung

Wer kann schon noch darüber lachen, wenn er die lächerlichen Verrenkungen eines Kriegstreibers auf den Brettl-Brettern besieht? Wem ist mit stereotypen Karikaturen gedient, die den 'Mann im Westen' als dumm, räuberisch oder hilflos dem forschen Gang der Weltgeschichte ausgesetzt zeigen? Die 'Westnummer' alten, einfältigen Zuschnitts ist tot!“ Das stellte der „Sonntag“ aus Ost-Berlin dieser Tage anläßlich des neuen Programms des Leipziger Kabaretts „Pfeffermühle“ fest. Es war jedoch nicht als eine grundsätzliche Kritik und als Plädoyer für ein kritisches Kabarett gemeint. Den Autor störte lediglich, daß die richtigen Ziele mit falschen Mitteln angestrebt



würden. „Die alten Feindbild-Klischees“ taugen seiner Meinung nach nichts mehr, „weil sie Terrain im Friedenskampf kosten“. Das Kabarett in der „DDR“ wird also noch immer als Teil der Frontberichterstattung betrachtet.

Wenn es dagegen selbst Front bezieht, dann stößt es sehr schnell an Grenzen. Das mußte die „Pfeffermühle“ 1979 bei ihrem Jubiläumsprogramm, „Wir können uns gratulieren“, erfahren. Darin gab es eine Nummer, die sich über die minutiösen Vorbereitungen eines „spontanen Besuchs“ von Erich Honecker in einer neuerbauten Musterwohnung bei einem sozialistischen Musterehepar lustig machte. In zweiter Instanz mußte das gesamte Programm zurückgezogen werden, „weil es 'flüchtig vorbereitet' worden und 'überarbeitungsbedürftig' sei“.

An diese Ereignisse – und damit an die Grenzen der komischen Künste in der „DDR“ – erinnert Peter Boris in dem Band „Das gebremste Lachen“. Er beschränkt sich weitgehend auf die Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes von Karikatur und Kabarett in der „DDR“. Historische Aspekte kommen nur selten ins Bild. Allerdings hat sich auch in den 40 Jahren nach Kriegsende an den Bedingungen, unter denen „sozialistische Satire“ produziert und konsumiert wird, nur wenig geändert.

Zu der sehr umfangreichen Liste der Themen, die für Kabarett und Karikatur tabu sind, kamen eher neue hinzu, als daß alte freigegeben wurden. So dürfen beispielsweise bei der Umweltverschmutzung nur die Hausfrau, die Müll in den Wald kippt, oder der namenlose Betrieb, der nachts schmutzige Abwässer in den Fluß leitet, kritisiert werden, nicht aber eine Wirtschaftspolitik, bei der die Produktion allemal vor der Umwelt rangiert. Und wenn auch in der Jahresendausgabe 1984 des „Eulenspiegel“, der Ostberliner „Wochenzeitung für Satire und Humor“, einmal ein paar Minister und Verbandspräsidenten karikiert werden durften – natürlich nur positiv – so gilt doch nach wie vor das Verbot, Witze auf Kosten der Partei- und Staatsfunktionäre zu machen. Auch die SED, die Nationale Volksarmee, die „ewige Freundschaft zur Sowjetunion“, die Sowjets in und außerhalb der „DDR“, der Marxismus, das Plansystem und die Planwirtschaft, der Ost-Ost-Handel mit seinen speziellen Bedingungen, die Ursachen der schlechten Versorgung, der unzureichende Arbeitsschutz, die gleichgeschaltete Presse, voran das „Neue Deutschland“ und vieles mehr dürfen nicht bespöttelt oder gar kritisiert werden.

Zum Belästern freigegeben sind nur Kleinigkeiten und die allerunterste Etage der Verwaltung. Peter Boris belegt das mit vielen Beispielen aus dem „Eulenspiegel“, mit Karikaturen aus den Bezirkszeitungen der SED und Texten aus den Kabarettprogrammen. Da dürfen dann Bürokraten und die permanente Unfreundlichkeit in den Gaststätten, Bestechlichkeit, Diebstähle im Betrieb, Arbeitsbummelei und ähnliche Lappalien aufgegriffen werden. Dazu kommen harmlose Witzzeichnungen – und noch immer jene abgedroschene „Westnummer“. Das Komische hält sich also in engen Grenzen, und wirkliche Satire riskiert nur, wer alles zu riskieren bereit ist.

Der Autor des „Sonntag“ hat deshalb mit dem Einleitungssatz seiner „Pfeffermühlen“-Kritik in einer Weise recht, die er gewiß nicht zuende zu denken wagt: „Leicht hat es die Kabarett-Satire (in der 'DDR') gewiß nicht“. PETER DITTMAR

Peter Boris, „Das gebremste Lachen“, Urheber-Verlag, Bonn, 127 S., 12 Mark.



Zwischen Skelett und Homunkulus: Sitzung beim Wahrsager („Hudibras und Sidophrel“), Radierung und Kupferstich von William Hogarth (1726) FOTO: DIE WELT

Paradoxe Schönfärberei: Das grafische Werk von William Hogarth in Bitburg

Mit kühnem Strich gegen harte Herzen

Im Haus Beda zu Bitburg in der Eifel ist das grafische Werk von William Hogarth (1697–1764) in seltener Vollständigkeit ausgestellt. Zu sehen sind mehr als 200 Blätter einer süddeutschen Privatsammlung, davon viele in Farbe. Dabei handelt es sich um nachträglich kolorierte Drucke. Von wem und wann sie koloriert wurden, wird nicht mitgeteilt, ist auch belanglos. Denn ein Vorzug oder gar ein künstlerischer Gewinn läßt sich in den farbigen Fassungen nicht erkennen, eher das Gegenteil. Die unmittelbare Vergleichsmöglichkeit macht es deutlich: Die bunten Blätter wirken geschönt, dekorativ, die Satire entschärft. Das aber nähert sich bedenklich der gefälligen Zeit- und Gesellschaftskritik von „Bunten Blättern“; damit hatte Hogarth genauso wenig zu tun wie mit den trivialen Karikaturen von Witz- und Flugblättern. Ihn schönzufärben ist paradox.

Hogarth kommt von Bruegel und Callot. Seine englischen Vorbilder sind in der Literatur zu finden und heißen etwa John Earle, Pope, Gay, Steele und Swift vor allem. Swift erklärte auch den Erfolg seiner Satiren – der Satire überhaupt: Sie seien eine „Art Spiegel, in dem die Betrachter jedermanns Gesicht erkennen können, nur nicht ihr eigenes“. Der ausgeprägte Geschäftsinstinkt Hogarths erkannte darin eine ideale Voraussetzung für rasche Verbreitung. Er fütterte seine Satiren mit englischem Alltag, aber genossen wurden sie in aller Welt. Seine Figuren waren in der Tat mitunter so real aus dem Leben gegriffen, daß die Zeitgenossen darin zeitgenössische Physiognomien und Ereignisse wiedererkennen konnten, gleichwohl besitzen sie so viel allgemeingültigen Charakter, daß sie auch ohne derlei Kenntnisse populär wurden. Auch in Deutschland war Hogarth schon früh bekannt und blieb es bis heute.

Hogarth hatte seinen besten Propagandisten und ausführlichsten Interpreten hierzulande in G. C. Lichtenberg; der nannte ihn in einem Atemzug mit Shakespeare, Chaucer und Fielding. Fielding selbst schätzte den „hochbegabten Herrn Hogarth als einen der nützlichsten Satiriker aller Zeiten“, dessen Sittenbilder „der Sache der Tugend besser dienen als alle je über die Moral geschriebenen Foliobände“. Reservierter äußerte sich Chodowiecki: „So hervorragend ich Hogarth in Komposition, Erfindung und Poesie seiner Arbeiten finde, so wenig bin ich mit seiner Zeichnung und seiner Ausführung im allgemeinen zufrieden.“

Die unterschiedlichen Urteile sind symptomatisch. Für die geistesverwandten Schriftsteller war die moralische Wirkung vor allem wichtig; der Danziger Maler-Radierer hielt sich zuvörderst an das Formale und hatte begreiflicherweise an den oft hart und trocken gestochenen Blättern „fachmännisch“ mancherlei auszusetzen. Hogarth selbst war sich dieser Mängel bewußt; er entschuldigte sie mit dem „moralischen Zweck“ seiner Drucke; weil diese sich an „harte Herzen“ wandten, habe er es vorgezogen, ihnen ihre Härte zu lassen und ihnen Wirkung „durch einen kraftvollen und kühnen Strich“ zu geben. (Bis 2. Febr.; Kat. 6 Mark) EO PLUNIEN

Bielefeld: Meyerbeers „Prophet“ unter John Dew

Rote Nelken im Mikro

Kommt nun doch so etwas wie eine kleine Meyerbeer-Renaissance in Gang? Nachdem die Pariser Oper wieder „Robert, le diable“ spielt, die Deutsche Oper Berlin für die kommende Spielzeit die „Hugenotten“ ankündigen wird und John Dew für diese seine Berliner Inszenierung jetzt in Bielefeld eine Art Meyerbeer-Generalprobe mit dem „Propheten“ ansetzte, braucht man sich jedenfalls nicht mehr ausschließlich auf die Vorurteile des 19. Jahrhunderts zu verlassen.

Die resultierten ja nicht nur aus Wagners Schmähschrift. Schon Robert Schumanns Neue Zeitschrift für Musik hatte gegen Meyerbeer polemisiert, Heinrich Heine Spottgedichte verfaßt. So erfolgreich Meyerbeer eine Zeitlang beim bürgerlichen Theaterpublikum (und nicht nur beim französischen) war, an mißgünstigen Widersachern haben er und sein Werk nie Mangel gelitten. Schließlich hatte man damit Erfolg: Meyerbeers Musik wurde selbst in doch eigentlich der Neutralität verpflichteten Lexika und Opernführer abgetan als pure Effekthascherei.

Welch ein Unsinn! Sie ist kunstfertig und glänzend komponiert. Sie besitzt Eleganz und Fülle zugleich. Gewiß, sie ist zuweilen auf gekonnte Art kalt, ohne Gefühlstiefe, ohne Intensität. Sie ist nicht gerade die große Kunst, aber zeugt stets von großem Können. Sie hält unorthodoxe, überraschende Wendungen bereit, kompositorische Kniffe, die noch immer einen Hauch von Kühnheit haben. Wie sie damals, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, eingeschlagen sind, kann man sich wohl gar nicht vorstellen. Das Finale dieses „Propheten“ hört sich an wie purer Gustav Mahler.

Wo bei Donizetti die Begleitfiguren unter den Arien im Dreierrhythmus rasseln, dürfen sich im „Propheten“ zierliche Arpeggios spreizen. Dem vielfarbigen Instrumentarium zu lauschen ist eine Lust. Die segelnden Kantilenen und das Feuer der Strettas verraten Meyerbeers italienische Gesellenjahre. Kein Zweifel, an musikalischem Reichtum übertrifft dieses Werk so manches, was uns aus der italienischen Belcanto-Opernküche jener Zeit wieder auf den Tisch gebracht worden ist.

Eben den „Propheten“ hatte vor gut 20 Jahren die Deutsche Oper Berlin schon einmal zur Diskussion gestellt. Das war damals einer der größten Premierenskandale der neueren deutschen Theatergeschichte. Bohumil Herlischka hatte das Stück an Kopf und Gliedern amputiert. In Bielefeld ging es dem Werk kaum besser, ohne daß sich heute noch eine Hand dagegen erhoben hätte.

Der Regisseur John Dew und sein Ausstatter Gottfried Pilz meinen es ja gut. Sie haben die Geschichtsklitterungen des Scribeschen Librettos allesamt rückgängig gemacht. Sie haben dazu ganze Akte umgestellt, sie haben neue Texte unter Arien gelegt, sie haben Schauplätze geändert und die Namen von Personen, die Abfolge der Handlung und so manches Handlungsmotiv sind neu, sie haben das Stück auf drei Stunden einschließlich Pause eingekürzt: Nein, Meyerbeers „Le Prophète“ gibt es in Bielefeld nicht zu sehen, sondern eine Wiedertäufer-Oper mit Meyerbeerscher Musik (*Dirigent: David de Villiers*). Das ist schon wieder höchst ärgerlich.

Warum Dew das anstellt, kann man nur ahnen. Die Oper Meyerbeers ist eindeutig ein Pamphlet gegen die revolutionären Bewegungen ihrer Zeit gewesen. Bei einem Beginn der Arbeit anno 1832 und der Uraufführung 1848 waren da einige Beziehungen zu knüpfen. Wenn Dew die aufständischen, zu den Wiedertäufern übergelaufenen Bauern Transparente entrollen läßt mit Forderungen wie „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ oder „Jeder nach seinem Bedarf“, dann will er wohl etwas Sympathie auf den sozialen Keim der später scheußlich entgleisten Bewegung lenken. An der Konsequenz dieser Revolution ändert das nichts.

Dew und Pilz geben dem ganzen Werk den Anstrich von heutigem Revolutionsdrama, mit rot beschmierten Mauerwänden, demagogischen Ansprachen über Ring-Mikrophon, mit roten Fähnchen und roten Nelken, mit Heil-Gebrülle, daß man kaum noch Meyerbeers Musik versteht. Was die moderne Kunst doch längst gelehrt haben sollte, nämlich ein Werk als das zu nehmen, was es ist, und nicht als Argument, mit dem sich eigene Politik machen läßt, Dew will es nicht lernen.

Die beiden Diven des Bielefelder Ensembles haben ihre großen Auftritte: Christine Weidinger als Berta und Krystyna Michalowska als Fides. Der Johann von Leiden liegt Stephen Algie hörbar schwer im Hals.

REINHARD BEUTH

Selbst die Technik ist erotisch angehaucht: Video-Zeitschriften unter der Lupe

Ein neues Dorado für Blattmacher

Kaum einen zuverlässigeren Gradmesser für die Beliebtheit bestimmter Themen oder für die „Gesundheit“ irgendeines Trends könnte es heutzutage geben, als den der ständig anschwellenden Fachliteratur und, vor allem, der Fachblätter, vulgo: der populären Bunt- bis Edelmagazine. Wer im Kaufhaus, im Fachgeschäft oder am Kiosk beispielsweise die Angebote aus Bereichen wie EDV Computerhobby, Show und Musik (vgl. WELT vom 21. 10. 1985), Sport und Mode nur flüchtig sondiert, weiß sehr schnell um die Krisenfestigkeit bewährter wie um die zukunftsweisende Heraufkunft noch junger Themen.

Eines davon ist der gesamte Bereich „Video“, der sich binnen der letzten sechs, sieben Jahre unaufhaltsam zu einem Dorado von Blattmachern gemausert hat. Die Videoindustrie liefert, zwischen Hard- und Software, den Druckerzeugnissen unaufhörlich Themen, und das *Feedback* funktioniert: Die Branchen profitieren voneinander und arbeiten deshalb Hand in Hand.

Im wesentlichen sind es zwei Typen von Zeitschriften im Video-Sektor, die sich in den florierenden Magazine-Markt teilen: Blätter für Anregungen zum „passiven“ Videogenuß, sprich: für die „Seher“, und solche für die Aktiven – für Technikfreaks und Menschen, die gern selber filmen. Die WELT stellt eine repräsentative Auswahl vor.

Generell am auffallendsten bei den Passiv-Erzeugnissen sind die leicht oder gar nicht bekleideten Damen auf Titelblättern, die zum Kauf animieren *unter eher fadenscheinigen Titeln wie* „Die neuen Erotik-Stars“, „Sex-Karriere“, „Hollywood-Karriere mit Sex“ oder „Schöne Aussichten“. Gemeint sind dabei die auf spezielle weibliche Stars wie Audrey Landers oder derzeit Jamie Lee Curtis und Musikstars, *die es im Film zu bewundern gibt.*

Neben den gerade vorzustellenden neuen Video-Filmangeboten – monatlich etwa zwischen 50 und 100 – werden häufig auch der aktuelle Kinofilm und seine Stars berücksichtigt. Technische Beiträge schließlich wie „TV-Zukunft“ via Satellit oder „Killt der Mikrochip Ihren Job?“ haben in diesem Rahmen oft nur Alibi-Charakter. Und wie nicht anders zu erwarten: Unterhaltung, Action, Gewalt, Nonsens und Erotik machen den Löwenanteil der (Film-)Themen aus.

VideoPlay (erscheint monatlich, 4 Mark) setzt am kräftigsten auf Sex im Film, nimmt dann den derzeitigen Attenborough-Hit „Chorus Line“ zum Aufhänger für die Vorstellung von Tanzfilmen auf Video. Es porträtiert Belmondo als Star eines neuen Kinofilms und interviewt, ohne direkten Anlaß, Peter Ustinov. Im Starporträt erscheint, nach diversen Filmvorstellungen, Michael Caine, dann geht es um Skandalfilme, „die Geschichte machten . . ., Teil I“. Nick Nolte und Otto zieren das Januarheft, Nastassia Kinski liefert ebenso stimulierende Optik wie die „Love Fighters“ aus dem US-Popmilieu. Kommentierte neue Video-Angebote machen einen Großteil des Magazins aus, ein spezielles Thema heißt, wieder mal, „Musik auf Video“, und der Technik-Bereich (maximal zwei Seiten) wird auch noch erotisch-optisch aufgepeppt.

Recht ähnlich die Machart von „**Video VIS**“ (monatlich, 6 Mark), das in einem Heft James Dean und Steven Spielberg porträtiert, das Thema „Fliegen“ im Videofilm (in VIS verfremdet: *Vilm*) vorstellt, auch auf harte Kerle und rassige Damen setzt, aber auch eine „Test + Technik“- und „Computer“-Rubrik bietet. „Vilm“-Rezensionen nehmen im Durchschnitt eine Seite ein, die Fernsehprogramme werden recht ausführlich präsentiert. Das Thema Kinofilm spielt nur eine untergeordnete Rolle, aber die insgesamt „seriösere“ Absicht ist erkennbar.

Das „**Video Magazin**“ (monatlich, 4,50 Mark), merklich weniger bunt bebildert, gibt sich von Mischung und Layout betont „*weltläufiger*“, nachrichtlicher. Hier werden Film und Technik gemischt, visuell reizvolle Sportthemen, Produkttests (Recorder, Kassetten), allgemein Interessierendes wie die Wetterkarte via Videoabruf geboten und insgesamt mehr *auch an nicht so gängigen Themen.* Dazu gehören beispielsweise Feinschmeckertips für Videofreunde oder Blicke hinter die Kulissen der Traumfabriken.

Schlicht „**video**“ nennt sich, in Ergänzung zum Fachblatt „audio“ aus *dem gleichen Hause, die sicherlich* seriöseste dieser Zeitschriften, die wie das „Video Magazin“ vorgestellte Filme auch mit Prädikaten bewertet. Dabei kommt sie zwar auch nicht ohne ein gerüttelt Maß Sex aus, hat aber dafür – vom Software-Teil durch Anzeigen getrennt – einen äußerst respektablen und nach bewährter „audio“-Art flott gemachten Technik-Teil, der sich gern schon mal vom reinen Fachidiotentum zu lösen versteht. Neben gezielten TV-Filmempfehlungen gibt es hier auch Buchtips, spezielle Themen-Features (z. B. „Heimatfilme“) und vor allem einen journalistisch perfekt gemachten Nachrichtenteil. Kurzum: „video“ (monatlich, 4,50 Mark) ist das Flaggschiff unter den „Passiv“-Magazinen.

Zeitungsähnlicher und pro Ausgabe für 1,50 Mark kommen noch zwei Buntblätter daher, von denen der Titel „**Video Tip**“ (monatlich) eher wie ein hauptsächlich auf Radau gepolter Gemischtwarenladen mit dürftiger Information zu den Videofilmen wirkt, dagegen „**Video aktuell**“ (gemeinsam mit der „Funk-Uhr“ produziert, vierteljährlich) mit seinen Hintergrundberichten – etwa über SAT 1 oder im Gespräch mit ZDF-Chef Dieter Stolte – wie den im wesentlichen tabellarischen Rubriken zu neuen Filmen, zu Software und Videospielen und dem auf dem knappen Platz von 30 Seiten erstaunlich vielfältigen Thema Technik ein respektables Gesamtangebot aufweist.

*

Was „video“ für die „Passiven“, das ist „**Video aktiv**“ für die Freunde an Technik und Selberfilmen (zweimonatlich, 7 Mark). Hier geht es um Kameragriffe, um Leuchtentests, um Kameraschulterbügel und Kabelanschlüsse, um Motiv-Ratschläge wie auch um das Medium Video in der Psychotherapie, um Video-Kurse, ein wenig auch über neue Filme („Enemy Mine“) und Leute dahinter (Spielberg, Coppola) und insgesamt alles, was den „Aktiven“ auch nur am Rande interessieren könnte.

„**Videofilmen**“ (vierteljährlich, 6 Mark) widmet sich neuen Recordern und neuen Normen, berichtet, wie Schüler Videoclips drehen oder wie man Schlittschuhspaß filmen kann, wie man nachvertont und ein Drehbuch komponiert. Ganz auf die Praxis abgestellt, ist „Videofilmen“ seinem Thema gemäß wohl am konsequentesten.

Einmal im Jahr erscheint „**Film-Video**“ (14 Mark), ein beinahe katalogmäßig auf die Vorstellung neuer Produkte konzentriertes, konzises Magazin, das um ein Film- und Videolexikon herum Zubehör vorstellt, Kameras, Projektoren auch und Kamerarecorder, *wie stationäre und tragbare* Recorder nach Systemen geordnet. Ein Bezugsnachweis samt Herstelleranschriften vervollständigt dieses Jahresresümee.

*

Folgende Bilanz läßt sich bei einem ersten Überblick ziehen: Erfüllen die „Aktiven“ fast durchweg die Erwartungen ihrer Zielgruppe, so herrscht bei den Film-Buntblättern zumeist ein fast erschreckend flaches Niveau vor, das im Interesse des kommerziellen Wechselspiels der Branchen anspruchsvollere Filmfreunde nahezu ignoriert. Sex, Krieg, Abenteuer, Blödeleien beherrschen die Paletten und appellieren an den Massengeschmack. Ausnahmen bestätigen, wieder einmal, die Regel. Siehe oben.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Wie lebt man als Politikergatte?

Alle reden von Rita, und keiner spricht von Hans. Deshalb reizte es Ingeborg Wurster, diesmal im **Sonntagsgespräch** (ZDF) Professor Dr. Hans Süssmuth vorzustellen, Historiker mit dem Spezialgebiet Geschichtsdidaktik. Herr Süssmuth ist der Mann hinter Frau Süssmuth, will sagen, er ist mit der Bundesfamilienministerin verheiratet.

Seit vier Monaten bekleidet Rita Süssmuth das Amt, liest seitdem ihren Namen beinahe täglich in den Zeitungen und findet sich dabei durchaus nicht immer positiv dargestellt. Wie empfindet der Ehemann es, wenn seine Frau plötzlich dem Scheinwerferlicht der Medien ausgesetzt ist? Dem Professor gefällt's, behauptet er, und man nimmt ihm die Antwort ohne weiteres ab. Schließlich hat er ja die Seine bestärkt, den Posten anzunehmen.

Gibt es Rollenschwierigkeiten? Nein, sie seien beide allmählich in die Aufgabenverteilung hineingewachsen, haben zusammen studiert, lange Jahre gemeinsam wissenschaftlich gearbeitet, eine Tochter großgezogen. Rita entsprach der Vorstellung, die der Student Hans von seiner zukünftigen Frau hatte: Sie sollte diskutieren können und zugleich einfühlsam sein.

Im Schatten der politisch tätigen Ehehälfte steht der Herr Professor gewiß nicht, hat aber dennoch sein Amt als Dekan niedergelegt, als der Ruf aus Bonn kam. Denn anderenfalls hätte es das Familienleben doch einer zu großen Belastungsprobe ausgesetzt.

Der Historiker Süssmuth verfolgt intensiv, wie die „DDR“ konsequent ein eigenes Geschichtsbewußtsein *entwickelt. In der Bundesrepublik* vermißt er – bei einigen Kollegen ebenso wie bei manchen Politikern – eine ähnlich systematische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit.

Im übrigen ist er – bislang noch – parteilos; seine Frau trat 1981 der CDU bei. Aber er kann sich durchaus vorstellen, eines Tages irgendwo „dazuzugehören“. Allerdings müßte diese Partei ein starkes soziales Engagement auf ihr Panier geschrieben haben.

Alles in allem bot dieses „Sonntagsgespräch“ eine angenehme Begegnung mit einem Wissenschaftler und zeitkritischen Beobachter – und keinem Prinzgemahl.

CORNELIA REISER

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
„Das fröhliche Krankenzimmer“
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Ein langes Wochenende
11.55 denkmal
Ein kulturelles Fragespiel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Lebensakrobaten
Artistenfamilien ganz privat
Film von Conrad Schurbohm
Auf engstem Raum leben, wohnen und arbeiten sie zusammen. Und das jeden Tag, genauer: 24 Stunden. Sei es im Hotelzimmer, im Wohnwagen, in der Freizeit oder zu Hause.
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin für Kinder
Herr Rossi sucht das Glück (7)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
21.00 Report
Nordrhein-Westfalens CDU zwischen Biedenkopf und Pützhofen / Im Härtetest: Die Sozialausschüsse der Union / Wallraff II: Waren oder Wahrheit? / Organentnahme bei jedermann
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Jamies Rache
22.30 Tagesthemen
23.00 Sport, Spiel, Kabarett
Ein Nachruf auf Sammy Drechsel
Mit Dieter Hildebrandt, Lore Lorentz, Egon Bahr und Fritz Walter
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
anschl.
Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
PEN-Tagung in New York / Fontane auf englisch / Hollywood macht mobil
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Kurvenreiche Strecke
Der Vertreter Benno Marckmann rast mit seinem Sportwagen betrunken durch den Wald. Da streift er einen Radfahrer, der wird tödlich verletzt. Kalle Kirsch, ein entsprungener Häftling, hat alles beobachtet und fotografiert, springt in Marckmanns Auto und verschwindet.
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Die Watsons leben gefährlich
Vier Weiße auf seiten der Schwarzen
Aus Südafrika berichtet Albrecht Heise
Die vier Brüder, Söhne eines Laienpredigers in Port Elizabeth, sind fromme Weiße. Jeder besitzt ein Geschäft. Ihre Kunden sind Schwarze. Sie sagen, Apartheid sei Sünde und sie setzen sich aktiv für die Rechte der Schwarzen ein.
20.15 Du träumst ja, mein Lieber!
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Georges Geret u. a.
Regie: Patrick Jamain
21.57 Ratschlag für Kinogänger
Die aktuelle Filmkritik
„Männer“ von Doris Dörrie
Vorgestellt von Ponkie
21.45 heute-journal
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Noah Delta II
Mit Attila Grandpierre u. a.
Buch, Montage, Regie: Michael Pilz
23.45 heute

SAT 1

15.00 Perrine
Die Leute aus dem Armenviertel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Fremde sind verdächtig
18.00 Taxi
Die Ersatzväter
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Glückstreffer
Zweite Runde der neuen Spielshow
19.45 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
20.45 Hunter
Geheimakte Lovejoy
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z.etten
22.45 S. T. E. P. IN
Barry White in Concert
23.40 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull (5)
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 Karichen
19.30 Alias Smith and Jones
20.15 RTL-Spiel
20.30 Josepha
Französischer Spielfilm (1982)
Mit Miou-Miou, Claude Brasseur, Bruno Cremer u. a.
22.26 RTL-Spiel
22.32 Wetter
22.35 Horoskop
22.40 Betthupferl

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Fritz Pleitgen aus den USA: Cowboys
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Industrieforscher in der Sackgasse?
Ein Konjunktur-Motor in der Krise
22.15 Deutscher Alltag
Kinder kann man nicht betrügen...
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
Ehemalige Bonner Auslandskorrespondenten und ihr Deutschlandbild
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltas (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
21.00 Tatort
Trimmel hält ein Plädoyer
Von Friedhelm Werremeier
22.25 Ich, im 70. Jahr stehend
Film von François und Luc Bondy
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
Unsere Firma
19.05 Formel Eins
20.00 Der Pilot
Ein Film von Robert P. Davis
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Ich male, also denk' ich
A. R. Penck – Maler, Zeichner, Bildhauer, Musiker
23.30 Soap oder Trautes Heim
Familiengeschichten

SÜDWEST

18.35 Fauna Iberica
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Geschlechtserziehung – Immer noch ein heißes Eisen
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Boris Kleint
21.00 Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Einmal der liebe Herrgott sein
Deutscher Spielfilm (1942)
22.45 Englischkurs (5)
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
per Telefon zur Abendschau
20.00 Karawanen, Kamele, Posten
Literarische Reise in den Orient
20.45 Die Sprechstunde
Mit der Sauna heilen?
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ladies mit weißer Weste
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Lauren Bacall u. a.
Regie: Jackie Cooper
23.20 Rundschau

Säuselnde Probleme

mar – Luther hat uns nichts mehr zu sagen. Und Schiller auch nicht. Denn beide konnten kein richtiges Deutsch. So lesen wir beispielsweise in den Sprüchen Salomonis: „Sei nicht unter den Säufern und Schlemmern." Oder in „Wallensteins Lager": „Ei, das muß immer saufen und fressen." Wer versteht solche Sätze heute überhaupt noch?

Mag man auch akzeptieren, daß diese Ausdrucksweise vor langer Zeit einmal dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprach, heute ist sie veraltet. Heute würde der weise Salomon gewiß sagen: „Sei nicht unter denen mit Alkohol- und Gewichtsproblemen." Und der Trompeter würde in seinen abfälligen Bemerkungen über den Bauern vom „Alkoholmißbrauch" und von mangelndem „Kalorienbewußtsein" sprechen. Denn die grobe Direktheit der Lutherzeit ist uns inzwischen völlig fremd, und auch das Klassische entspricht nicht unserem Zartgefühl im Umgang mit Mitmenschen.

Das lehren uns jedenfalls tagtäglich Rundfunk und Fernsehen. Wer wird da von einem Fernsehstar sagen, daß er saufe? Wer wird einem *Jazzmusiker vorwerfen, daß er sich* mit Drogen und Rauschgiften ruiniert hätte? Wer wird einem Entertainer vorhalten, daß er zu fett geworden sei, um noch auf den Bildschirm zu passen? Natürlich niemand.

Statt dessen wird von „Alkoholproblemen", „Drogenproblemen" und „Gewichtsproblemen" gesäuselt. Und wer zuhört, hört daraus: Das ist alles nicht so schlimm, das ist keine Sucht, der nur ein Schwächling nicht zu widerstehen vermag, sondern das ist ein „Problem", für das andere – die Gesellschaft vor allem – und nicht er selbst verantwortlich sind.

Oder: Am Anfang war das Wort, am Ende die Phrase.

Die Phantasie kann Kopf und Kragen kosten – Kritische Anmerkungen zu neuen Tendenzen der gegenwärtigen Choreographie

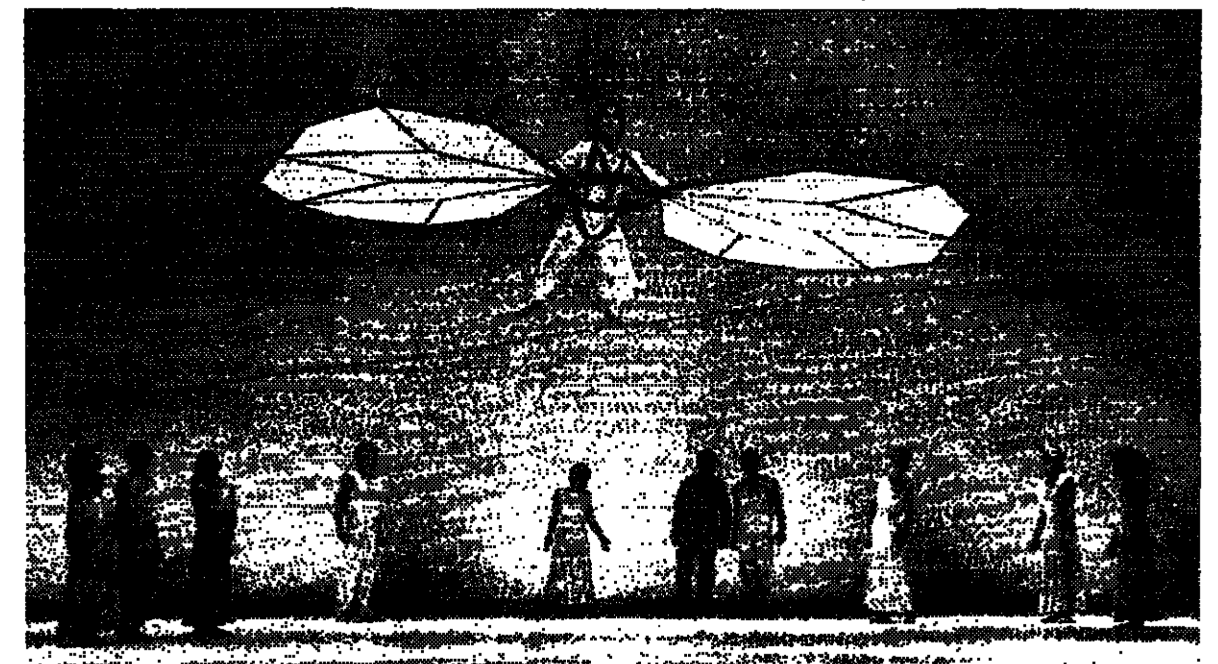
Kopfüber rollt der Puck in den Sommertraum

Auch wenn sie nicht gerade auf den Kopf gefallen sind: Auf halsbrecherische Extratouren lassen sich die Choreographen nicht so häufig ein. Selbst Uwe Scholz, Ballettdirektor in Zürich, besinnt sich auf Tschaikowskys „Dornröschen". Ein Klassiker, so meint er offenbar etwas vorschnell, kann einem jungen Ensemble wie dem seinen wohl nichts anhaben.

Aber es gibt auch welche, die immer wieder Kopf und Kragen riskieren. Krisztina Horváth beispielsweise, seit 1983 Chefin des Freiburger Tanztheaters. Der Not gehorchend, nicht allein dem eigenen Triebe, hat sie dort an den Städtischen Bühnen in aller Stille ein Repertoire erarbeitet, das sich nicht nur sehen lassen kann, sondern sich grundsätzlich von allen anderen unterscheidet.

Das neueste Stück mit dem vielversprechenden Titel „Papierflieger – Papierflügel" scheint dafür ein bezeichnendes Beispiel. Aus einer spontanen Spielerei heraus ist ihr dabei mehr erwachsen als nur ein Gestalt gewordener Menschheitstraum. Krisztina Horváth hat keine Angst vorm Fliegen – und schon gar nicht vor einer möglichen Bauchlandung. Im Gegenteil. Sie wagt vielmehr einen künstlerischen Höhenflug, der alle choreographische Erdlastigkeit des Modern Dance hinter sich läßt. Kaum haben Henry Daniel und Stephen Wynne ihre Schwalben provozierend ins Publikum geschickt, machen auch schon die Tänzer und Tänzerinnen die Probe aufs Exempel.

Dädalus und Ikarus verlieren zu Debussys „Danse sacrée et danse profane" den Boden unter den Füßen. Leonardo da Vinci, genialer Erfinder zukunftweisender Flugobjekte, schwingt sich mit der Hilfe seiner pummeligen Mutter in die Lüfte, während der Schneider von Ulm vor den Augen einer grotesken Gigantengesellschaft sanft aus dem Schnürlboden herniedergleitet und erst im Tod die ersehnte Schwerelosigkeit findet. Das romantische Ballett hebt sich zu den selbstironischen Klängen eines Camille Saint-Saëns auf die Spitze und versucht auch ohne Sylphidenflügel die tänzerische Trägheit zu überwinden. Isadora Duncan taucht auf. Loie Fuller flattert über die lichte Bühne von Monika Ziefle. Und über das seidene Segel der Humphrey-Damen schwebt am Ende gar ein Feuervogel.



Ansätze zum Höhenflug? Szene aus „Papierflieger – Papierflügel", dem neuesten Stück von Krisztina Horváth, Chefin des Freiburger Tanztheaters FOTO: KLAUS FRÖHLICH

Es gibt viel zu sehen in Freiburg. Denn Krisztina Horváth hat ihre kindliche Lust am Material, selbst wenn es sich wie hier in Luft auflöst, noch nicht verloren. Sie legt ihrer Phantasie keine Zügel an, sondern läßt ihr freien Lauf. Das läßt ihre Stücke zwar manchmal etwas zufällig erscheinen, gewinnt ihnen aber eine Leichtigkeit und Lebendigkeit, um die sie viele Kollegen beneiden.

Da hat ein Mann wie Joachim Gerster am Mannheimer Nationaltheater schon seine Mühe, überhaupt einen Adressaten seiner Arbeit zu erreichen, obwohl auch sie sich durchaus problemorientiert in einem Stück wie „Erinnerung an frühe Tage" gibt. Sowohl in seinen „Biographischen Notizen", wie er den ersten Teil seines abendfüllenden Balletts nennt, als auch in „Elisabeth Regina" entdeckt er hinter dem schönen Schein, mit dem sich bisweilen ein Leben ziert, die Spuren einer vergangenen Zeit wieder, die kaum vernarbten Verwundungen aus der Kindheit, frühe Eindrücke und Erlebnisse, die niemals verjähren. Indem Gerster diese Erfahrungen bloßstellt, liefert er zumindest einen Erklärungsversuch darüber, warum manche Menschen so geworden sind und nicht anders.

Vielleicht liegt der mangelnde Erfolg seiner „Erinnerung" einfach daran, daß sein Ballett Papier bleibt. Auch Roberto Trinchero scheitert am Hessischen Staatstheater Wiesbaden letztlich daran, daß er seine guten Absichten nicht in die tänzerische Tat umzusetzen vermag. Er nimmt zwar bei seinem „Mozart" die musikalische Struktur verschiedener Sinfonien und Klavierstücke des Komponisten als Grundlage seiner „choreographischen Abstraktionen", entwirft aber gleichzeitig eine Szenenfolge, „in welcher diejenigen, die Mozarts Biographie gut kennen, sicherlich Situationen und Gemütsverfassungen wiedererkennen, die der Persönlichkeit dieses Genies sehr nahe sind" (so der Choreograph im Programmheft). Er tut also das eine, ohne das andere zu lassen, entwirft auf der einen Seite eine Szenerie, die bewußt alles in der Schwebe hält, wird aber auf der anderen so konkret, daß gar nicht erst ein Zweifel aufkommt. Daß das nicht gutgehen kann, liegt auf der Hand.

Da hält man sich am Ende doch lieber an die Konvention, wie sie zum Beispiel Germinal Casado am Badischen Staatstheater Karlsruhe bietet. Er täuscht in „Sylvia" (Léo Delibes) wie in seinem „Sommernachtstraum" (Felix Mendelssohn) wenigstens keinen falschen Ehrgeiz vor, sondern spricht von vornherein von einer „Ästhetisierung" der Vorlagen. Aber gerade bei seiner Shakespeare-Interpretation erschöpft sich sein Ballett nicht im schönen Schein. Casado hat bisweilen tatsächlich am farbigen Abglanz alles Leben. Er macht aus dem verwirrenden Schauspiel ein Stück Tanz, das sich nicht in einer bloßen Bebilderung gefällt, die Casado als sein eigener Bühnenausstatter beisteuert. Hinter aller Attraktion entdeckt er machmal eine geradezu gefährliche Menschlichkeit. Sowohl in der Beziehung zwischen Lysander und Hermia wie auch in der von Demetrius und Helena dringt er jedenfalls in eine traumatische Tiefe, die den Einzelnen offenbar verändert.

Am vollkommensten ist von allen Abendfüllern der letzten Zeit ohne Zweifel der „Sommernachtstraum" von Heinz Spoerli in Basel geraten. Er ist aus einem Guß. Wie eine einzige Bewegung gewinnt seine Choreographie immer überraschende Gestalt. Ohne Verkrampfung entsteht eine Szene aus der anderen. Auf das Entrée des Herrscherpaares folgen die Bühnenhandwerker, die beim geräuschvollen Umbau erst die Regiebücher entdecken, die sie zum Spiel von Pyramus und Thisbe animieren. Hermia und Lysander flüchten beseligt in ihr Liebesexil, das Heinz Balthes mit silbrigen Stangen begrenzt. Wie von ungefähr rollt Puck (sensationell: Martin Schläpfer) kopfüber herein, und mit ihm nimmt das ganze Geisterreich von der Bühne Besitz. Oberon (Weit Carlsson) erscheint wie auf Wolken, und mit ihm taucht Titania (Gilma Bustillo) auf, die sich hier nicht einen beliebigen Jungen krallt, sondern einen echten Liebhaber nimmt.

Das Ballett, vom Basler Ensemble mit einer stupenden Jugendlichkeit realisiert, engt den Spielraum und damit die Phantasie des Zuschauers niemals ein. Der Zuschauer hat immer die Wahl: Er kann sich rückhaltlos einem Tanztraum hingegeben, wie ihn Puck inszeniert. Er kann sich aber auch ganz nüchtern auf das Stück einlassen und es auf seine Kunstfertigkeit hin untersuchen.

HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Ustinow dreht Film über Europäisches Parlament

AFP, **Straßburg**

Der britische Regisseur und Schauspieler Peter Ustinow hält sich zur Zeit in Straßburg auf, um einen Film über das Europäische Parlament zu drehen. Der viertelstündige Video-Streifen, der für Schulen und Universitäten in Großbritannien sowie den englischsprachigen Ländern bestimmt ist, soll Aufschluß über die Aufgaben und Ziele des Parlaments der EG-Staaten geben.

Malewitsch für das Kupferstichkabinett

DW. **Berlin**

Das Kupferstichkabinett Berlin Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz konnte in seine bereits bedeutsame Sammlung von Werken osteuropäischer Künstler der klassischen Moderne eine Rarität aufnehmen: „Suprematismus", ein Buch mit 34 Originallithographien von Kasimir Malewitsch, gedruckt in Witebsk im Jahr 1929. Malewitsch, als Mitbegründer der konstruktiv-konkreten Kunst eine der Leitgestalten der Moderne, vergegenwärtigt in diesen Lithographien das ganz Repertoire seines suprematistischen Schaffens. Von Mitte *März an sind die Lithographien der* Öffentlichkeit im Studiensaal des Kupferstichkabinetts zugänglich.

Filmfestival der Nachwuchsregisseure

dpa, **Saarbrücken**

37 Filme von Nachwuchsregisseuren aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz und der „DDR" werden beim diesjährigen Wettbewerb um den mit 20 000 Mark ausgestatteten Max-Ophüls-Filmpreis der Stadt Saarbrücken von morgen an bis zum 26. Januar vorgestellt. Von den 29 offiziellen Beiträgen erleben 13 ihre Ur- oder bundesdeutsche Erstaufführung, darunter „Va Banque" von Diethard Küster, in dem der hessische Umweltminister Joschka Fischer einen Taxifahrer mimt. Eröffnet wird das Festival mit dem Hölderlin-Film „Die Hälfte des Lebens" des „DDR"-Regisseurs Hermann Zschoche.

Forschungsinstitut für Niederschlesien

rst. **Breslau**

Noch in diesem Jahr soll in Breslau ein Niederschlesisches Wissenschaftliches Institut gegründet werden. Wie einer der Initiatoren des Institutes, Jozef Popkiewicz, erklärte, wird es Forschungen über die Entwicklung in Niederschlesien in der Vergangenheit bis zur Gegenwart unterstützen. Zugleich soll es einer Reihe von jüngeren Wissenschaftlern Gelegenheit geben, sich Arbeiten über Niederschlesien zuzuwenden. Das Institut will mit wissenschaftlichen Einrichtungen ähnlicher Art in Kattowitz und Oppeln zusammenarbeiten.

Karlsruher „Wintermusik" zum Thema Tonalität

DW. **Karlsruhe**

Die Karlsruher „Wintermusik '86" des „ensemble 13" unter Manfred Reichert findet vom 28. bis 30. Januar statt und ist dem Thema Tonalität gewidmet. Zur Uraufführung kommt ein neues Werk von Karel Goeyvaerts, weiterhin stehen Stücke von Ives, Janáček, Messiaen, Schostakowitsch, Febel, Kurtag Pärt und Rihm auf dem Programm. Vorträge halten Reinhard Febel („Tonalität nach ihrer Katastrophe"), Wolfgang Rihm („Tonalität – Klischee, Umwertung, Versuch"), Herman Sabbe („Die Sprache wiedergewonnen") und Peter Sloterdijk („Kopernikanische Mobilmachung und ptolmäische Abrüstung. Eine Intervention zur Postmoderne-Debatte").

160 Bilder von Rugendas *in Madrid* ausgestellt

dpa, **Madrid**

Eine Schau mit 160 Ölbildern des deutschen Malers Johann Moritz Rugendas (1802–1858) ist im Amerika-Haus in Madrid eröffnet worden. Die Sammlung stammt aus dem Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Die Exponate, die in den Jahren von 1831 bis 1834 entstanden, zeigen Mexikos Landschaften, Städte und Menschen (bis 22. 2.).

Moskau gründet Zentrum für Rock- und Pop-Musik

J. G. G. **Moskau**

In Moskau wurde jetzt das erste sowjetische Zentrum für U-Musik eröffnet. In diesem Zentrum können die einzelnen Ensembles proben, stehen ihnen kostenlos Klangapparate, Mischpulte, Elektronik und Aufnahmestudios zur Verfügung. Dem Zentrum haben sich bereits 50 Rock-, Pop- und Jazz-Ensembles angeschlossen. Wie Radio Moskau versicherte, haben sich diese ausnahmslos bereit erklärt, einen eigenen (sprich sowjetischen) Stil zu entwickeln, „und keine dieser Gruppen, die etwas auf sich hält, wird westliche Schlager spielen".

Deutsche Erstaufführung in Aachen: „Ein Sommertag" von Slawomir Mrozek

Eine Dame zwischen Wohl und Wehe

Sie sind ein glücklicher Mensch", sagt einer. „Wohl" heißt er, und er müßte etwas von Glück verstehen: Was er auch anfängt, es gelingt ihm auf Anhieb. Dem er den Satz zuwirft und den er beneidet, heißt „Wehe", und der hat von sich gar nicht den Eindruck, sehr glücklich zu sein: Er kann nämlich anstellen, was immer er will, es geht regelmäßig daneben. Die Frauen laufen ihm kommentarlos davon, nie war es ihm vergönnt, schwimmen zu können. Er ist nicht einmal imstande, den Strick zu befestigen, an dem er sich aufhängen will.

So beginnt „Ein Sommertag", das jüngste Stück des polnischen Dramatikers Slawomir Mrozek, der seit Jahren in Paris lebt. Am kleinen Grenzlandtheater in Aachen wurde es soeben, von Intendant Karl-Heinz Walther im ausgemacht hübschen Bühnenbild von Charles Copenhaver inszeniert, erstmals in Deutschland vorgestellt.

Wohl und Wehe treffen sich an einem abgelegenen Plätzchen – weil man „Selbstmord nur in der Einsamkeit verüben soll". Zu diesem Zweck hat sich nämlich auch Herr Wohl hierher begeben, und es erstaunt ihn nicht im geringsten, daß Herr Wehe da mit seinem Strick hantiert; er greift nicht ein und sagt kein Wort. Wenn sich jeder Wunsch unverzüglich erfülle, sagt Wohl später, sei das die Hölle: Es gebe kein Ziel mehr, wenn man jedes sogleich erreicht. So leide er am Leben überhaupt, während Wehe mit seinem persönlichen Leben hadere.

Die beiden hätten sich tatsächlich umgebracht, wenn nicht – wie das Leben so spielt – eine ausgemacht schöne Frau vorübergegangen wäre. Eine Dame, die zudem durch den abgegriffenen Trick eines fallengelassenen Tuches mitteilt, daß sie umworben sein möchte. Und was keiner erwartet: Die Dame bevorzugt den Underdog.

Aber das ist wahrlich ein Unglück. Denn der glaubt jetzt felsenfest an seine Fähigkeiten, nur probiert er sie nicht auf dem Felde der Liebe aus, sondern im Wasser. Man trifft sich am Strand, er vertraut seinen Schwimmkünsten – und tritt nicht wieder auf. Alles kommt, wie es kommen mußte: Zu den tragischen Erfolgen des Herrn Wohl gesellt sich ein weiterer. Aber getrost: „Man kann sich noch fünf Minuten vor seinem Tode umbringen. Das ist ein beruhigender Gedanke". Vorhang.

Daraus lassen sich hübsche Dialoge entwickeln, verbale Pingpong-Spiele voll psychologischer Mausefallen und weise verwinkelter Philosopheme, wie sie Mrozek in seinen polnischen Satiren „Striptease" und „Die Polizei" – erst recht in „Tango" – so meisterlich gemischt hat. Aber da gab es eine Handlung. Zuweilen recht absurd und dadurch überraschend, immer aber so, daß es neben dem Hörens- und Bedenkenswerten auch etwas zu sehen gab.

Das läßt sich von diesem „Sommertag" leider nicht berichten. So stringent sein fast nichtiger Ansatz zu Ende gedacht ist: Eher ist das ein Hörspiel, das die Realisierung auf einer Bühne auch dadurch erschwert, daß, mit Ausnahme der attraktiven Dame (Ingeborg Meyer hat es deshalb am leichtesten), die Charaktere fehlen.

Zugegeben, der Regisseur gab sich redlich Mühe im Erfinden szenischer Aktionen, mit denen er vor allem die Mißgeschicke des Herrn Wehe möglichst ausführlich darzustellen suchte. Man amüsiert sich darüber. Aber so richtig lebendig wird es dennoch nicht, auch wenn man dem Intrigenspiel des Herrn Wohl nicht uninteressiert zusieht.

Manches geht dabei zu Lasten der beiden Herren, die sich Mrozek zwischen 30 und 40 vorstellte. Das finanziell nicht auf Rosen gebettete Aachener Grenzlandtheater benötigt solche Ensemblekräfte wohl in anderen Produktionen, so daß es Mrozeks Figuren um volle zehn Jahre verjüngt hat. Aber das bekommt ihnen gar nicht: Ihr Handeln, erst recht ihr Lebensüberdruß verlieren dadurch ziemlich an Glaubwürdigkeit. Jürgen Ross (Wohl) ist zudem nicht der Mann, dem man den aalglatten Erfolgsmenschen abnimmt. Eher gelingt es Marcus Becker, die Verwandlung des Pechvogels Wehe in einen dankbaren Glückspilz nachzuzeichnen, der seinen Erfolg bei der Dame durch seine Bescheidenheit erringt.

Beim Publikum gelang ihm das nicht minder. Dessen Glück geriet dennoch eine Nummer kleiner als das des Herrn Wehe.

HORST ZIERMANN

Nächste Vorstellungen: bis 27. 1. und vom 31. 1. bis 4. 2. täglich; Kartenvorbestellungen: 0241 / 30060.

Stuttgart: Mamets „Hanglage Meerblick" und Pinters „Noch einen Letzten"

Die Stimme Gottes aus dem Whisky

Zwei kurze Stücke, eines vom amerikanischen Erfolgsautor David Mamet („Hanglage Meerblick"), eines von Harold Pinter („Noch einen Letzten", deutsche Erstaufführung), beide von Dieter Giesing in Stuttgart inszeniert – ein Abend, aus dem man mit Entsetzen herauskommt. Ein einziges Wörtchen haut einen am Schluß um, das Wörtchen „war". „War" im Sinne von gewesen, nicht mehr vorhanden.

Mamets Stück wurde in Düsseldorf als Sozialklage gegeben, in Stuttgart ist es eine bis zur Komik aufgepeitschte Knochenmühle des Wettkampfs in einem Team um den besten Platz. Versager in diesem Immobiliengeschäft werden gnadenlos ermittelt und gefeuert, und ihr krimineller Gegenschlag geht erst recht daneben. Der totale Zusammenbruch des alternden Hauptversagers wirkt in dieser Regiekonzeption allerdings mehr wie die Auflösung eines Vexierbildes. Die Spieler Hans-Michael Rehberg, Friedrich-Karl Praetorius, Hansjürgen Gerth, Gerd Böckmann, Michael Mendl, Wolfgang Höper und Klaus Steiger agieren allesamt fabelhaft. Es ist eine kitzelnde Unterhaltung, und der Zuschauer geht nach der Pause mit frohen Erwartungen in das zweite Stück, Pinters Stück.

Und dann geht es Schlag auf Schlag, der Zuschauer reißt die Augen auf, sein Herz krampft sich zusammen. Unerträglich dieser Monolog. Ja, es ist fast nur ein Monolog vor Personen, die nur wenig zu antworten haben. Der Polizeichef (Rehberg) in einer Kaserne redet auf einen verhafteten Intellektuellen (Praetorius) ein, nennt sich Gottes und des Vaterlandes Stimme, gießt sich einen Whisky und dann „noch einen Letzten" ein, bedauert die Verwüstung der Wohnung durch seine Soldaten, die bei ihrem schweren Dienst halt manchmal auf die Teppiche pissen, nennt sich Freund des Verhafteten, trinkt einen zweiten „Letzten", macht obszöne Witze über die ebenfalls verhaftete Ehefrau, beruhigt den Verhafteten über seinen siebenjährigen Sohn, der ebenfalls in der Kaserne gut aufgehoben ist, und schickt den schweigsamen Mann in die Zelle zurück.

Dann steht die Frau (Josefin Platt) vor dem Polizeichef. Die gleiche Methode. Er wirft ihr vor, sie habe ihr Söhnchen zu einem „kleinen Arschloch" erzogen, das die hereinstürmenden Soldaten getreten und angespuckt habe, fragt sie, wie oft sie in der Kaserne von den Soldaten vergewaltigt worden sei. Auf ihr „Ich weiß nicht" gibt er ihr eine Ohrfeige: „Und Sie wollen eine zuverlässige Zeugin sein?"

Am Ende erneute Vorführung des Mannes, der jetzt einen triftigen Grund hat, nicht viel zu sprechen: er besitzt keine Zunge mehr. Er fragt dennoch mühsam nach seinem Sohn. Und da kommt die knappe, joviale Antwort, er möge sich weiter keine Sorgen um ihn machen, denn er „war" ein kleines Arschloch. Vorhang.

Nichts handgreiflich Grausames geschieht auf der Bühne, das Entsetzliche wird nur beiläufig von der Stimme Gottes erwähnt. In einem Interview teilt Pinter mit, er wolle die Zuschauer informieren über die Foltermethoden „in 90 Ländern der Welt", diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, auf die Gefahr hin, daß die Zuschauer ihrem geschätzten Pinter nicht mehr folgen, auch auf die Gefahr hin, daß die Schauspieler nicht durchhalten, denn die Schauspielerin der Uraufführung brach bei einer Probe zusammen, und alle drei schafften nur wenige Vorstellungen.

Was er in Zukunft schreiben oder tun wird, weiß Pinter nicht. Das Stück „Noch einen Letzten" hat er zornbebend nach einem Gespräch mit zwei zynischen türkischen Mädchen auf einer Party niedergeschrieben, danach hat er dann tatsächlich die Wirklichkeit kennengelernt, nämlich im März 1985. Da hat er zusammen mit Arthur Miller in der Türkei mit rund hundert Gewerkschaftern, Schriftstellern, Friedensbewegten usw. gesprochen, von denen viele bloß wegen ihrer Gesinnung schon einmal verhaftet und auch gefoltert worden waren und meist ohne Anklage und ohne Gerichtsverhandlung beschädigt, teils ganz ruiniert entlassen wurden.

Harold Pinter ist ein wütender Anwalt geworden, obwohl er meint: „Man erreicht nichts." Er stand am Ende in Stuttgart mit auf der Bühne und nahm ernst den ernsten Beifall entgegen.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Nächste Vorstellungen: 25. 1. beide Stücke, 26. 1. nur „Hanglage" 12.00 Uhr, 28. 1. nur „Noch einen Letzten" 20.00 Uhr, Kartenvorbestellungen: 0711 / 20 32 444.

Geistreiche und unterhaltsame Kinokomödie: „Männer" von Doris Dörrie

Ein Knutschfleck bringt es an den Tag

Gerade will er seiner Frau Paula zum 12. Hochzeitstag ein kostbares Geschmeide anlegen, da macht er eine fatale Entdeckung: Den Hals der Angetrauten ziert ein prachtvoller Knutschfleck. So kommt also die Wahrheit ans Licht: Ausgerechnet Julius, der geniale Verpackungsdesigner, ausgerechnet dieses Prachtstück von Mann hat einen Nebenbuhler. *Gewiß, Julius hat seine Sekretä*rin bisher auch nicht immer nur zum Diktat ins Chefzimmer, doch das war selbstverständlich etwas völlig anderes. Nun watet er also durch das Meer männlichen Selbstmitleids, das beträchtlich anschwillt, als Julius seinen Konkurrenten erblickt: Kein muskulöser Sportsmann, kein millionenschwerer Pascha hat ihm Hörner aufgesetzt, sondern ein langhaariger Weichling namens Stefan.

Zeigt die Geschichte schon mit dieser intelligenten Eröffnung ihren satirischen *Reißzahn*, so sichert sie sich dann mit einem geschickten Taschenspielertrick alle komischen Möglichkeiten. Der gekränkte Julius nämlich verläßt theatralisch Heim und Weib, um sich unter falschem Namen just in Stefans Wohngemeinschaft einzumieten. Aber Regisseurin Doris Dörrie, die schon mit ihren Filmen „Mitten ins Herz" und „Im Innern des Wals" große Hoffnungen geweckt hat, schielt bei ihrem ersten Ausflug aufs glatte Komödien-Parkett nicht nach dem billigen Lacherfolg.

Die rasanten Kalauer eines Otto und den überdrehten Slapstick eines *Didi Hallervorden sucht man hier* vergebens, findet statt dessen eine Komik, hinter der stets Gefahr lauert. Wenn die beiden Gegenspieler in den vordergründig lustigen Clinch gehen, liegen Mord und Totschlag in der Luft. Insbesondere der betrogene Julius gleicht einem schwach gesicherten Stilett, das bei leisestem Knopfdruck die Klinge blitzen läßt. So birgt jedes Lachen neben Schadenfreude und vermeintlicher Überlegenheit auch Erleichterung darüber, daß die dramatische Energie noch einmal in einem Witz verpufft ist.

Allerdings verläßt sich Frau Dörrie nicht nur auf dieses raffinierte Wechselspiel zwischen Spannung und scherzhafter Erlösung. Vielmehr nimmt sie ihre Titelhelden mit fast wissenschaftlicher Akribie unter die Lupe. Nachdem Julius langsam sein Statusdenken vergessen und Stefan sein kultiviertes Versager-Image abgestreift haben, dürfen beide über das Wesen der Frauen mit jenem bierseligen Tiefsinn räsonieren, den wohl wirklich nur Männer pflegen. Wie sehr solche wehmütigen Einsichten in letzte Geheimnisse verbinden, weiß offenbar auch die Regisseurin. Jedenfalls führt sie amüsant vor, wie die beiden Gegner einander immer ähnlicher werden.

Zwar registriert Doris Dörrie mit scharfem Blick die Schwächen des „starken" Geschlechts, sie ist aber keine verbiesterte Feministin. Stets bleibt die Abrechnung mit den Herren der Schöpfung augenzwinkernd und versöhnlich. Heiner Lauterbach als strebsamer Julius und Uwe Ochsenknecht als lässig-schlapper Stefan führen Marotten, Wehwehchen und Tugenden der Männer so zwerchfellkitzelnd vor, daß eine in der kahlen deutschen Lustspiellandschaft rare Sehenswürdigkeit entsteht: die geistvolle und glänzend unterhaltende Kinokomödie.

HARTMUT WILMES



Ulrike Kriener und Uwe Ochsenknecht in „Männer" FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Langfristig: Deutsche Wissenschaftler nach Ägypten

Doktoranden im Chanel

In den Jahren von 1960 bis 1985 hat der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 6474 Stipendien an Ägypter vergeben. Mit dieser Zahl untermauerte der ägyptische Minister für Hochschulwesen und wissenschaftliche Forschung, Fathy Mahamad Aly, anläßlich seines noch andauernden Besuchs in Bonn seine Bitte, deutschen Wissenschaftlern in seinem Land wegen der engen kulturellen Verbindungen längerfristigere Verträge zu geben. Alys Reise nach Bonn steht nicht nur in Verbindung mit dem geplanten Deutschland-Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten, sondern auch mit der Bundestagsdebatte über hochschulpolitische Ziele, in der neue Formen der Programme für ausländische Hochschulen diskutiert werden sollen.

In der Bundesrepublik studieren in jedem Jahr etwa 300 ägyptische Studenten, alles Stipendiaten, die als Voll-Empfänger pro Jahr 20 000 Mark bekommen. Das Schwergewicht der Fächer liegt im Agrarbereich und bei der Veterinärmedizin, den Ingenieurwisssenschaften und in den Geisteswissenschaften bei der Ausbildung von Deutsch-Lehrern. In der Förderung liegt Ägypten, so der DAAD, unter den arabischen Staaten bei der Bundesrepublik „ganz oben".

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Professor Roswitha Wisniewski, die als Germanistin mehrere Jahre an der Universität Kairo gelehrt hat, unterstützt die Ausarbeitung neuer Programme, die gerade die langfristige wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern gewährleisten sollen. Es habe sich herausgestellt, so Frau Wisniewski, daß die Entsendung von deutschen Wissenschaftlern im Rahmen von mehrwöchigen Kurzzeitdozenturen und meist zweijährigen, höchstens fünfjährigen Gastprofessuren keine Kontinuität gewährleisten. Als besonders aussichtsreich gilt daneben das sog. „Chanel-System", in dessen Rahmen ein ägyptischer und ein deutscher Professor gemeinsam einen Doktoranden betreuen. Für den Aufenthalt in der Bundesrepublik sind zwei Jahre vorgesehen, die Promotion wird in Ägypten abgeschlossen, wobei sich der Deutsche als Gutachter beteiligt.

EBERHARD NITSCHKE

Palomares oder Der Tag, als die H-Bomben fielen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Eine Schreckensmeldung ging vor 20 Jahren um die Welt: Über dem südspanischen Dorf Palomares war ein amerikanischer Atombomber vom Typ B 52 mit einem Tankflugzeug zusammengestoßen. Beide Maschinen stürzten brennend ab. Mit den 13 Besatzungsmitgliedern taumelten auch vier Wasserstoffbomben an meist brennenden Fallschirmen 10 000 Meter in die Tiefe. Zwei der H-Bomben zerschellten am Boden, eine konnte stark zerbeult geborgen werden. Die letzte schließlich stürzte vier Meilen vor der Küste in einen Meeresgraben.

Der Inhalt der zerplatzten Bomben – Plutonium, Uran und der zur Zündung notwendige TNT-Sprengstoff – wurde auf einem kargen Ackerboden verstreut. Weil die Bomben nicht scharf gemacht waren, konnten sie *nicht explodieren.*

Fünftausend Mark für den Wiederaufbau der Kirche

Fünf der amerikanischen Flieger starben. Ihre Fallschirme hatten ebenfalls Feuer gefangen. Über weitere Tote gibt es bis heute keine zuverlässigen Nachrichten. Und auch nicht darüber, ob es Schäden durch radioaktive Verseuchung gegeben hat. Eine Portion Angst ist seit dem Tag des Absturzes aber geblieben. Ein Hauptmann der Guardia Civil, die nach dem Unglück das Gelände von der Umwelt abschirmte, soll durch radioaktive Strahlen schwer verletzt worden sein, erzählt man sich im Dorf.

Die Aufräumungsarbeiten kosteten sieben Besatzungsmitglieder einer amerikanischen Versorgungsmaschine das Leben. Sie starben in der nahen Sierra Nevada, als ihre Maschine im Schneesturm am Felsmassiv zerschellte. 4500 amerikanische Soldaten trugen mit Bulldozern 120 Hektar des strahlengefährdeten Bodens ab und verschifften ihn nach Amerika. Für die Reparatur der Dorfkirche von Palomares sammelten sie umgerechnet 5000 Mark. Und 16 Kriegsschiffe der US-Navy klaubten vom Meeresboden 138 Wrackstücke auf, darunter die vierte, intakte H-Bombe.

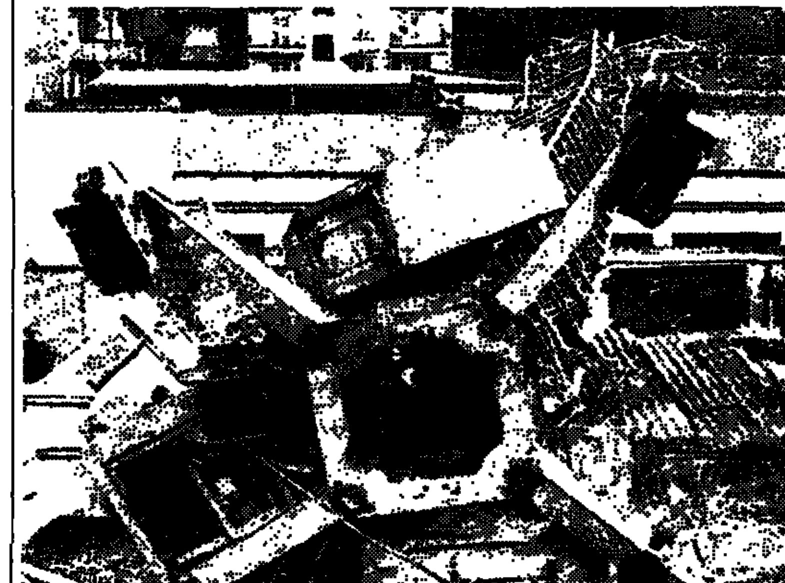
Langusten zum Sonderpreis und ein Bad im Meer

Auf dem Kreuzer „Boston", der unter dem Kommando von Vizeadmiral Guest über den Atlantik kam, fertigten Geologen nach komplizierten Unterwasservermessungen ein Relief des Meeresbodens an. Das Modell zeigte auch jenen 1200 Meter tiefen Graben, in den die vierte Bombe geglitten war und der in keiner Seekarte verzeichnet war. Drei U-Boote sicherten die Bombe, die mit ihren Fallschirmleinen 750 Meter tief in einer uneinsehbaren, von Sand umgebenen Felsspalte hing. Wochen später lag sie *auf dem* Deck des Bergungsschiffes. Während des Manövers sicherte der Flugzeugträger „Forestal" die Bergungsflotte vor allzu neugierigen Blicken aus sowjetischen U-Booten.

Kurz nach dem Absturz hatten der spanische Minister für Information und Tourismus und der amerikanische Botschafter demonstrativ ein Bad in den kühlen Mittelmeerfluten genommen. Sie wollten beweisen, daß die See trotz aller Gerüchte strahlungsfrei sei. Eine Gruppe ausländischer Korrespondenten, die wenig später die umliegenden Restaurants aufsuchte, traf auf mehr Skepsis: Ihnen wurden die Langusten zu einem stark herabgesetzten Extrapreis serviert. (SAD)

Orkan mit Spitzengeschwindigkeiten von 200 Stundenkilometern fegte über Deutschland – Schäden in Millionenhöhe





Vom Sturm zerstört: der Turm der Wallfahrtskirche St. Alban im bayerischen Hörgertshausen (oben); von einer Bö geknickt: ein Kran in der Innenstadt von Ludwigshafen FOTOS: DPA (2)/AP



Zu 87 Einsätzen mußte die Feuerwehr allein in Hamburg ausrücken. Im Bild: ein schwer beschädigter Pkw.

Das Toben der Natur knickte Bäume, Masten und Kräne wie Streichhölzer

DW. Bonn

Es heulte und tobte über Deutschland. Der Orkan war das alles beherrschende Element. Mit Geschwindigkeiten bis 200 Stundenkilometer raste er von Sonntag abend bis in die Morgenstunden des Montag über das Land hinweg und richtete Schäden in Millionenhöhe an. Bäume und Verkehrszeichen knickten wie Streichhölzer, Dächer wurden abgedeckt, Baugerüste und Plakatwände umgerissen und Stromleitungen zerfetzt. Wie durch ein Wunder forderte die entfesselte Natur kein Todesopfer. Mehrere Menschen wurden verletzt.

Für die Feuerwehren war es die Nacht der Einsätze. Besonders stark betroffen waren die Bundesländer Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. In Frankfurt mußte der Ausnahmezustand verhängt werden.

Begleitet wurden die Orkanböen von ergiebigen Regenfällen. Das Lahntal war überflutet, Keller standen unter Wasser. In Nordhessen fielen bis zu 60 Liter Wasser pro Quadratmeter. In der zweiten Nachthälfte verwandelte polare Kaltluft die Niederschläge im gesamten Mittelgebirgsraum in Schnee. Über Südbayern erreichte der Sturm Windstärke 11 und richtete Schäden in Millionenhöhe an. Acht Menschen wurden verletzt. In der Gemeinde Hörgertshausen (Landkreis Freising) stürzte der 42 Meter hohe Turm der Wallfahrtskirche St. Alban ein. Nur ein trauriger Rest ragte gestern noch in die Höhe. Der Schaden wird auf 200 000 Mark geschätzt.

Bei Halbergmoos übersah ein Autofahrer ein mit Blaulicht gesichertes Feuerwehrauto. Der Fahrer wurde schwer, fünf Feuerwehrleute leicht verletzt. In München meldete die Polizei in der Zeit von Sonntag 23.45 Uhr bis Montag 1.15 Uhr 34 Alarme und 48 Sachbeschädigungen.

Dem Wetter waren selbst die Truppen der NATO nicht gewachsen. Das Manöver „Revorger 86" konnte nicht mit der Gefechtsübung „Sichere Wacht" fortgeführt werden. Generalleutnant Andrew P. Chambers blieb keine Wahl. 73 000 amerikanische, kanadische und deutsche Soldaten hätten mit ihren 21 000 Kettenfahrzeugen die Fluren zu einer Schlammwüste verwandelt.

Verhältnismäßig glimpflich kamen die nördlichen Bundesländer davon. Im Großraum Hamburg mußten die Feuerwehren zwar rund 150 Einsätze fahren, doch sind wie in Nordrhein-Westfalen die Schäden gering. In Niedersachsen waren zahlreiche Straßen im Bereich der Leine überflutet und unpassierbar. Der Weststurm dauerte in Schleswig-Holstein etwa sechs Stunden und flaute vor dem Hochwasser ab. Ein Glück. Die Küste blieb so von einer Sturmflut verschont.

Einen Trost für Autobesitzer, deren Wagen in der umtosten Nacht beschädigt wurden, hatte gestern der ADAC parat. Falls sie eine Teil- oder Vollkasko-Versicherung abgeschlossen haben, ist ihnen ein Schadenersatz sicher. Die Bestimmungen sprechen von „unmittelbarer Einwirkung durch Sturm ab Windstärke 8" – und der herrschte ohne Zweifel.

*

Der Orkan hatte auch Auswirkungen auf den Wetterbericht der WELT. Da die Leitung vom Wetteramt Essen nach Bonn beschädigt wurde, finden Sie heute leider nur unvollständige Angaben.

LEUTE HEUTE

Porträt

Eine eigenwillige Art, den Sonntagmorgen zu verbringen, legte ein Amerikaner in New York an den Tag. Am Westrand des Central Parks stieg er in die Wohnung von **Yoko Ono** ein. Mitgehen ließ der 29jährige allerdings nichts. Im Gegenteil: Als die Witwe von Ex-Beatle John Lennon durch Geräusche aufwachte, fand sie einen Notizzettel mit Namen und Anschrift des Eindringlings und sein Porträt. Die Polizei verstand das als Einladung, den jungen Mann postwendend festzunehmen.

Portion

Ein „Böser Geist" bittet zu Tisch. Kein Grund für Gänsehaut, handelt es sich beim Gastgeber doch um **Helmut Kohl**, das so titulierte Ehrenmitglied einer westfälischen Karnevalsgesellschaft. Weil er in vielen Sessionen mit unzähligen weiteren Narrenorden und -kappen überschüttet worden ist, lädt der Regierungschef am 5. Februar 100 Jecken zur ersten „Närrischen Tafelrunde" ins Bonner Palais Schaumburg. Um zwei Uhr mittags muß der Kanzler das Zepter der Narretei allerdings schon wieder aus der Hand geben und ernsthaft weiterregieren. Bleibt zu hoffen, daß er nach Rheinischem Sauerbraten und Reibekuchen auch vom Dessert – Konfettipudding – noch eine gehörige Portion abbekommt.

Portefeuille

Warum schickt ein US-Bauarbeiter aus Staten Island seinen Nachbarn mit dem Auftrag los, auf der Stelle für 600 Dollar Fertigmenüs zu besorgen? Daß er zufällig vor genau 37 Jahren Hochzeit feierte, war für den 59jährigen **Patrick Gonsalvo** eher von beiläufigem Interesse. Er lud zu der beachtlich großen Spontan-Party, als er im Fernsehen das Ergebnis des New Yorker Zahlenlottos erfuhr und er dank der paar Kreuzchen in den richtigen Kästchen um 30 Millionen Dollar reicher geworden war. Der Gewinn wird in Form von 20 Jahresschecks à 1 142 856 Dollar ins Portefeuille Gonsalvos wandern. Häppchenweise sozusagen.

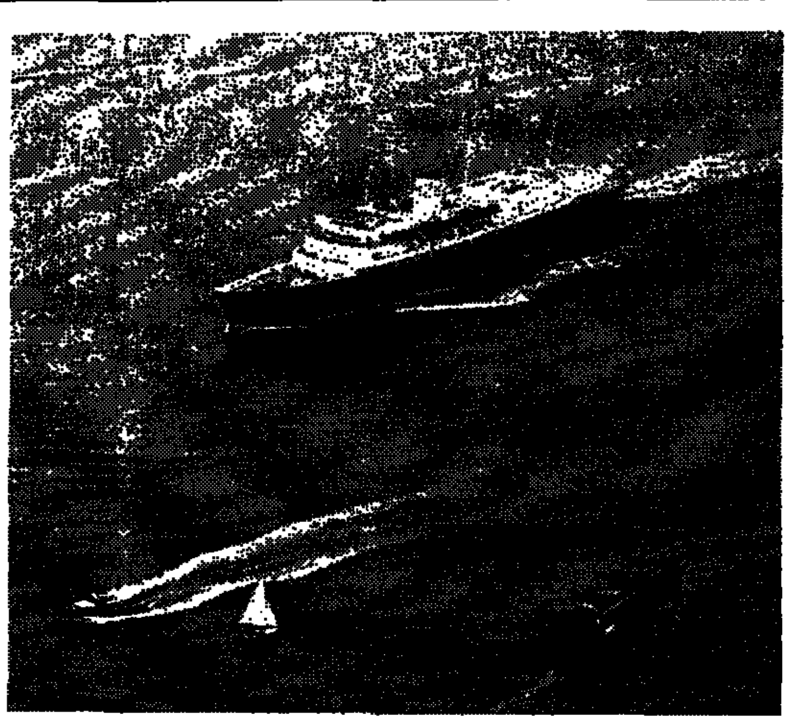
„Britannia" in rauher Mission

Die „Britannia" – normalerweise der Kreuzfahrer der Windsors – ist dieser Tage auch ohne die königliche Familie an Bord in die Schlagzeilen geraten, als sie vor Aden Hunderte von Flüchtlinge aufnahm, die vor den Wirren des Umsturzes im Südjemen flohen.

Normalerweise geht es weit weniger hektisch und viel glanzvoller an Bord zu, wo Prinz Charles und Lady Di 1982 ihre Hochzeitsreise durchs Mittelmeer verlebten. Seit dem Stapellauf vor 33 Jahren steht dieses 125 Meter lange und 5041 Tonnen schwere Schiff im Dienst der königlichen Familie. 1,2 Millionen Kilometer hat es in den königlichen Diensten auf allen Weltmeeren zurückgelegt. Umgerechnet 2858 Kilometer kann es ohne Bunkerung zurücklegen bei einer Spitzengeschwindigkeit von 21 Knoten.

Aber erst jetzt, 33 Jahre nach dem Stapellauf, haben „ganz normale Sterbliche in den Betten der Queen geschlafen", stellen die Briten nicht ohne Stolz fest. Endlich einmal hat die königliche Yacht einen halbmilitärischen Auftrag zu erfüllen. Bisher sind 641 Aden-Flüchtlinge von der „Britannia" im Pendelverkehr von Aden nach Djibouti gebracht worden. Rund 1100 Ausländer warten an den Stränden von Aden immer noch verzweifelt darauf, von den Barkassen der Yacht ihrer Königlichen Hoheit an Bord gebracht zu werden. „Schon die Rettung war wie ein Märchen. Daß wir dann noch geradezu königlich behandelt wurden …" schwärmte die englische Hausfrau Barbara Lemanski (35), nach Worten ringend.

Die „Märchenyacht" der Queen hat ständig 277 Mann an Bord, 21 Offiziere und 256 Matrosen. Zur Unterhaltung der Flüchtlinge spielte sogar die 25-Mann-Kapelle. Die Rechnung bezahlt das Londoner Verteidigungsministerium. Offiziell nämlich ist die „Britannia" ein Lazarettschiff der Royal Navy, das binnen 24 Stunden zu einem schwimmenden Krankenhaus mit Betten für 235 Patienten umgerüstet werden kann.



Wurde zum Refugium für „normale Sterbliche": das königliche Kreuzfahrtschiff „Britannia" FOTOS: UPI (2)

Dennoch blieb das Mehrzweck-Schiff selbst vom Falklandkrieg verschont. Angeblich, weil man dann noch ein Tankschiff zusätzlich gebraucht hätte. Die Requirierung des Luxusdampfers „Queen Elizabeth II" fand die Londoner Regierung viel einfacher.

Jetzt endlich erlebt die „Britannia" ihren ersten „heißen" Einsatz. Und *schon jubeln die Briten doppelsinnig* nach der ersten Strophe eines patriotischen Liedes „Britannia rules the waves." (Britannia beherrscht die Meere). Diesen alten, oft genug unterdrückten Stolz der Briten wachzurütteln, hat ein Zufall genügt, derjenige nämlich, daß die Yacht zufällig vor Aden lag. Sie war auf dem Weg nach Neuseeland und Australien, wo sie für einen Staatsbesuch Königin Elizabeth II gebraucht wird.

Deshalb gibt es auf der „Britannia" nach dem Flüchtlingseinsatz viel Silber zu putzen, Planken zu scheuern und Wäsche zu bügeln. Bei Staatsbesuchen wird die Yacht als ein Musterstück britischen Stolzes vorgeführt. Staatsgästen stehen dann auch das Bordkino, der Swimmingpool auf dem Oberdeck und der Kammerkonzertsaal mit Flügel zur Verfügung. Auf dem Oberdeck werden keine mündlichen Kommandos gegeben, nur Handzeichen, und die Matrosen tragen weiße Leinenschuhe mit dünnen Gummisohlen, damit die Queen niemals durch Geräusche gestört werden kann. Nicht einmal ein lautes „Good Morning, Sir" ist zu hören. Die Matrosen tragen denn auch keine Kopfbedeckung; somit sind sie nicht zu einem militärischen Gruß verpflichtet. (SAD)



An diesem antiken Tisch im Speisesaal der „Britannia" werden die Flüchtlinge bewirtet

WETTER: Mild

Lage: Mit den Ausläufern eines Nordmeertiefs gelangt milde Meeresluft nach Deutschland. Süddeutschland liegt unter schwachem Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden länger andauernder Regen. Höchste Temperaturen bei 8, nachts um 4 Grad. Frischer, in Böen starker bis stürmischer Südwestwind. Im Süden zunächst niederschlagsfrei. Zum Abend von Norden her Bewölkungsverdichtung und nachfolgend Regen. Höchste Temperaturen 5 bis 8 Grad, nachts nur geringe Abkühlung. Mäßiger bis frischer Südwest wind.

Weitere Aussichten: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer, vorübergehend etwas kühler

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.14 Uhr*, Untergang: 16.54 Uhr; **Mondaufgang:** 13.03 Uhr, Untergang: 5.56 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Jan., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	3	Rs
Bielefeld	–	
Braunlage	–	
Bremen	–	
Dortmund	–	
Dresden	4	bd
Düsseldorf	–	
Erfurt	–	
Essen	5	bw
Feldberg/S.	-4	Ne
Flensburg	–	
Frankfurt/M.	7	he
Freiburg	6	he
Garmisch	–	
Greifswald	4	bd
Hamburg	5	bw
Hannover	5	Rs
Kahler Asten	-1	S
Kassel	5	bd
Kempten	–	
Kiel	–	
Koblenz	–	
Köln-Bonn	6	bw
Konstanz	4	R
Leipzig	4	bd
List/Sylt	5	bw
Lübeck	5	he
Mannheim	–	
München	5	he
Münster	–	
Norderney	–	
Nürnberg	6	bd
Oberstdorf	3	S
Passau	4	bd
Saarbrücken	5	bd
Stuttgart	5	bd
Trier	–	
Zugspitze	-13	S
Ausland:		
Algier	–	
Amsterdam	7	he
Athen	16	he
Barcelona	13	Ne
Belgrad	–	
Bordeaux	–	
Bozen	7	he
Brüssel	7	he
Budapest	9	he
Bukarest	5	bd
Casablanca	–	
Dublin	9	bd
Dubrovnik	–	
Edinburgh	8	R
Faro	–	
Florenz	–	
Genf	–	
Helsinki	-19	he
Hongkong	–	
Innsbruck	6	Rs
Istanbul	9	bw
Kairo	–	
Klagenfurt	–	
Konstanza	–	
Kopenhagen	2	bd
Korfu	–	
Las Palmas	–	
Leningrad	–	
Lissabon	13	Ne
Locarno	–	
London	9	bw
Los Angeles	–	
Luxemburg	4	bd
Madrid	13	Ne
Mailand	–	
Malaga	–	
Mallorca	13	Ne
Moskau	-7	S
Neapel	–	
New York	–	
Nizza	16	he
Oslo	-16	S
Ostende	–	
Palermo	–	
Paris	8	he
Peking	–	
Prag	5	bd
Rhodos	–	
Rom	14	bd
Salzburg	–	
Singapur	–	
Split	–	
Stockholm	-10	he
Straßburg	–	
Tel Aviv	–	
Tokio	–	
Tunis	–	
Valencia	–	
Varna	–	
Venedig	–	
Warschau	2	bd
Wien	8	he
Zürich	5	Rs

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Gewandelte Einstellung zum Diebstahlsdelikt?

dpa, Frankfurt

Der Diebstahl einer Kleinigkeit in einem Betrieb ist nach Auffassung der neunten Kammer des Frankfurter Arbeitsgerichts kein hinreichender Grund, einen Arbeitnehmer fristlos zu entlassen. Mit dieser gestern veröffentlichten Begründung hob das Gericht die Kündigung einer Kaffee-Verkäuferin auf, die einen Liter Kaffeesahne im Wert von 4,80 Mark gestohlen hatte. Der Arbeitgeber muß die Kosten des Verfahrens tragen. Grundsätzlich, so die Argumentation der Arbeitsrichter, ist Diebstahl zwar ein Grund zur sofortigen Kündigung, doch müsse auch die Höhe des angerichteten Schadens, die Gefahr einer Wiederholung, die Wirkung eines solchen Vorfalls im Betrieb und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden. Im vorliegenden Fall hätte eine Abmahnung oder höchstens eine fristgerechte Kündigung als Warnsignal auch für die übrige Belegschaft genügt. Mit der Entscheidung, so Arbeitsrichter Hartmut Bäumer, trage man auch „einer sich wandelnden Einstellung in der Bevölkerung und der allgemeinen Rechtsgüterschutzdiskussion im Hinblick auf den Eigentumsschutz bei Bagatelldelikten Rechnung" (AZ: 9 Ca 473/84).

Geburt einer Insel

rtr, Tokio

Durch den Ausbruch des unter Wasser liegenden Vulkans Fukutokuoka-No-Ba ist in der Nähe der japanischen Pazifikinsel Iwo Jima gestern eine neue Insel enstanden. Nach Angaben der Schiffahrtbehörde in Tokio ragt die 35 000 Quadratmeter große Insel etwa 15 Meter aus dem Meer empor. Der am Sonntag ausgebrochene Vulkan stieß auch gestern noch große Felsbrocken und Rauchwolken aus. Derselbe Vulkan hatte bereits 1914 eine Insel aus dem Meer entstehen lassen, die aber innerhalb von drei Jahren wieder versunken war.

Kein Rauchverbot im Büro

dpa, Münster/Bonn

Ein ambitionierter Nichtraucher darf von einem Großraumbüro in ein Einzelzimmer umgesetzt werden, ohne daß ihm damit Willkür widerfährt (Az.: 12 A 2120 / 85). Mit diesem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster unterlag gestern ein 50jähriger Amtmann nach einem achtjährigen Rechtsstreit mit der Stadt Bonn. Sein Antrag, ein allgemeines Rauchverbot in dem Großraum zu erlassen, lehnten die Richter ab. (Az.: 12 A 2287 / 84)

Flog Sabine selbst?

AP, Sitten

Der am Dienstag vergangener Woche in Mali abgestürzte Begleithubschrauber der Auto- und Motorradrallye Paris–Dakar ist angeblich vom französischen Organisator des Rennens, Thierry Sabine, selbst und nicht von dem Schweizer Piloten François-Xavier Bagnoud gesteuert worden. Dies behauptet Bagnouds Vater. Beim Absturz sind neben Sabine und Bagnoud noch drei weitere Personen, darunter der französische Popsänger Daniel Balavoine, ums Leben gekommen. Bagnoud, der als Direktor der Walliser Hubschrauberfirma „Air Glacier" vorsteht, widersprach bisherigen Darstellungen, wonach der Hubschrauber an einer rund 30 Meter hohen Sanddüne zerschellt sein soll. Der Helikopter sei ohne Kollision „wie ein totes Blatt zu Boden gestürzt". Es sei daher auch möglich, daß der Hubschrauber abgeschossen worden sei.

Tödliche Geisterfahrt

dpa, Günzburg

Ein Geisterfahrer hat am Sonntag abend auf der Autobahn München-Stuttgart bei Günzburg einen Frontalzusammenstoß verursacht, bei dem drei Menschen ums Leben kamen. Der Fahrer bog mit seinem Wagen falsch auf die Autobahn ein. Auf der Überholspur kam es zum Zusammenstoß mit einem entgegenkommenden Auto, bei dem vermutlich der Geisterfahrer selbst, ein Insasse seines Wagen und ein Mitfahrer aus dem entgegekommenden Auto ums Leben kamen.

Teurer Wutanfall

SAD, Crown Point

Weil seine Frau einen Strafzettel wegen Parkens vor einer abgelaufenen Uhr erhalten hatte, geriet Kendall Smith aus Crown Point, Ind., so in Rage, daß er die 102 Parkuhren der Stadt mit Dichtungsmasse verstopfte. Wegen Zerstörung öffentlichen Eigentums wurde er jetzt zu zehn Tagen Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe verurteilt. Außerdem muß Smith, der noch einem Zivilprozeß wegen der Schadensersatzforderungen entgegensieht, 100 Arbeitsstunden für die Gemeinde ableisten.

ZU GUTER LETZT

„Da das U-Boot äußerlich nichts Ungewöhnliches erkennen läßt, schließen Fachleute daraus, daß das Schiff in seinem Inneren einen Schaden erlitten hat." Dies wußten die „Kieler Nachrichten" über ein havariertes sowjetisches Untersee-Boot, das von einem anderen Schiff abgeschleppt wurde, zu berichten.